

F 57.297
Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite: 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 1. März 1988

Blatt 364

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Zilk zu Gedenkveranstaltungen März 1938 (368)
- Gute Erfolge für die Wiener Wirtschaft in Moskau (369)

Kommunal/Lokal:

- Drei-Parteien-Antrag zur Stadterneuerung im Gemeinderat beschlossen (365)
- Vorträge über „Molekulargenetik und Gentechnologie“ (366)
- Hatzl: Auch für Stadtwerke wird Gas erst mit 1. April billiger (367)
- Bilanz über Winterdienst am Wochenende (370)
- Leitschienenreparaturen in mehreren Bereichen (nur FS)

Drei-Parteien-Antrag zur Stadterneuerung im Gemeinderat beschlossen

Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die Diskussion um die Steuerreform hat nun in Wien die drei im Gemeinderat vertretenen Parteien zu einem gemeinsamen Vorgehen in Sachen Stadterneuerung veranlaßt. Am späten Nachmittag wurde in der Gemeinderatssitzung am Montag ein Drei-Parteien-Antrag einstimmig beschlossen, wonach die Stadt Wien im Interesse der Stadterneuerung auf Bundesebene darauf dringen soll, daß die Abschreibungsmöglichkeiten bzw. die Behandlung von Reparaturen und Großreparaturen sowie die Zehntelabschreibung gemäß § 28 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes so gestaltet werden, daß die private Initiative in der Stadterneuerung forciert wird.

Die Stadterneuerung in Wien sei, so in der Begründung des Antrages, auch in den nächsten Jahren eine der wichtigsten und vordringlichsten Aufgaben. Zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen und vor allem für den Einsatz privaten Kapitals sind dabei auch entsprechende steuerliche Rahmenbedingungen notwendig. Zu befürchtende Veränderungen dieser Bedingungen im Zuge der Steuerreform könnten wesentliche Einschränkungen der Abschreibungsmöglichkeiten im Einkommensteuerrecht und damit äußerst negative Auswirkungen auf die Stadterneuerung zur Folge haben. Bleibe der Einsatz privaten Investitionskapitals aber aus, so würden der Wiener Wirtschaft jährlich Milliardenaufträge und tausende Arbeitsplätze verlorengehen.

Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zeigte sich über das gemeinsame Vorgehen der drei Gemeinderatsparteien sehr zufrieden und wird die Position gegenüber dem Bund vertreten. (Schluß) ah/bs

Vorträge über „Molekulargenetik und Gentechnologie“

Stacher: Umfassende Information für Mediziner

Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Projekts „Medizin und Gesundheit 2000“ wird jetzt in Wien ein Vortragszyklus über „Molekulargenetik und Gentechnologie“ veranstaltet. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ feststellte, bietet die Vortragsreihe eine umfassende Information über dieses aktuelle Spezialgebiet für Mediziner. Die Vorträge finden im Großen Hörsaal II des Biologiezentrums der Universität Wien, 9, Althanstraße 14, statt und beginnen jeweils um 19.30 Uhr.

Die Themen und die Vortragenden sind:

- 3. März: „Grundlagen der Molekulargenetik“ (Univ.-Prof. Dr. Rudolf SCHWEYEN, Institut für Mikrobiologie und Genetik — Wien)
- 10. März: „Mutation, Repair, Onkogenese“ (Univ.-Doz. Dr. Michael BREITENBACH, Institut für Mikrobiologie und Genetik — Wien)
- 17. März: „Chromosomale Anomalien — Grundlagen und Diagnosen“ (Univ.-Prof. Dr. Dieter SCHWEIZER, Institut für Botanik der Universität Wien)
- 24. März: „Genetische Beratung und pränatale Diagnostik“ (Univ.-Prof. Dr. Walter ROSENKRANZ, Institut für Medizinische Biologie und Humangenetik — Graz)
- 7. April: „Gentechnische Produkte für die Medizin — Erfahrungen und Entwicklungen“ (Univ.-Doz. Dr. Peter SWETLY — Fa. Bender & Co. GesmbH.)
- 14. April: „Ethische Fragen der Gen- und Reproduktionstechnik“ (Univ.-Prof. Dr. Horst SEIDLER, Institut für Humanbiologie — Wien).

Die Vortragsreihe findet in Zusammenarbeit mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit statt. „Es wird so viel über Gentechnologie diskutiert, ohne daß die Diskutanten genau wissen, worum es eigentlich geht. Deshalb ist es notwendig, vor allem auch den Ärzten die in den letzten Jahren erarbeiteten Forschungsergebnisse und Erkenntnisse darzustellen. Nur so kann eine fruchtbare Diskussion entstehen“, meinte Stadtrat Stacher. (Schluß) sc/gg

Hatzl: Auch für Stadtwerke wird Gas erst mit 1. April billiger

Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Presseaussendung von ÖVP-Gemeinderat Walter NETTIG stellte Dienstag Energiestadtrat Johann HATZL fest, daß der Einstandspreis beim Erdgas im letzten Quartal 1987 gegenüber dem Sommer 1987 noch gestiegen sei. Hatzl verwies darauf, daß diese Mehrkosten nicht an den Konsumenten weitergegeben wurden. Die seit Beginn dieses Jahres sinkenden Einstandskosten wirken sich für die Wiener Stadtwerke — ebenso wie es bei einem Anstieg der Fall wäre — erst mit einer Nachlaufzeit von mindestens drei, bei bestimmten Verträgen sogar sechs Monaten aus, sodaß der 1. April der frühestmögliche Zeitpunkt ist, an dem die Kostensenkung weitergegeben werden könne.

„Wenn Nettig mit den Kosten für die Klein- und Mittelbetriebe argumentiert, muß man sich fragen, warum bei fünfmaliger Gaspreissenkung um insgesamt rund 30 Prozent diese Betriebe den Vorteil nicht selbst an ihre Konsumenten weitergegeben haben. Angeblich wirken sich die Energiekosten ja so stark auf die Kalkulation aus, daß das möglich sein müßte“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/gg

Zilk zu Gedenkveranstaltungen März 1938

Wien, 1.3. (RK-POLITIK) Am Donnerstag, dem 10. März, um 19 Uhr, wird wie geplant eine Großkundgebung zum Gedenken an den März 1938 auf dem Wiener Rathausplatz stattfinden. Dies betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seinem wöchentlichen Pressegespräch. Je länger er die Debatten um dieses Gedenken verfolge, desto mehr werde er von tiefer Scham ergriffen, sagte Zilk, der die Diskussionen der letzten Tage und Wochen wörtlich als „unwürdige Debatte“ bezeichnete.

Die Stadt Wien wird ihre Gedenkveranstaltungen in dem Bewußtsein durchführen, das Jahr 1938 nicht zu vergessen, im Bewußtsein einer Verpflichtung gegenüber der Jugend, gegenüber jenen Österreichern, die damals nicht gejubelt haben, und gegenüber jenen, die ihre Schuld längst gesühnt haben, sagte der Bürgermeister.

Im Zusammenhang mit der Großkundgebung wird es am 10. März ab 17 Uhr auf den öffentlichen Verkehrsmitteln Freifahrt geben.

Zilk kündigte an, daß es auf jeden Fall auch IM Rathaus selbst eine Gedenkveranstaltung geben wird. Es hänge noch von Gesprächen der drei Klubs ab, ob es eine Gedenksitzung des Landtages sein wird oder eine Gedenkstunde im Rathaus. Er, Zilk, sei durchaus offen, er sei selbstverständlich auch damit einverstanden, daß bei einer Gedenksitzung neben ihm selbst auch Vertreter der drei Parteien zu Wort kommen. Keinesfalls werde er auf eine Gedenkveranstaltung im Wiener Rathaus verzichten, betonte Zilk.

Weiters wird in der Volkshalle des Rathauses wie geplant eine Ausstellung zum Thema „Wien 1938“ stattfinden.

Zilk appellierte abschließend, das Gedenken an den März 1938 in Würde zu begehen. (Schluß) ger/rr

Gute Erfolge für die Wiener Wirtschaft in Moskau

Wien, 1.3. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK berichtete am Dienstag in seinem Pressegespräch über seine Gespräche in Moskau in der vergangenen Woche. Für die Wiener Wirtschaft konnten interessante Aufträge angebahnt werden. So könnten Wiener Baufirmen in Moskau und Umgebung fünf Hotelbauten mit einer Auftragssumme von rund zwei Milliarden Schilling übernehmen.

Kulturelle Zusammenarbeit

Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Wien und Moskau, bzw. zwischen Österreich und der Sowjetunion konnten vertieft werden. Bürgermeister Zilk hatte in der sowjetischen Hauptstadt eine große Ausstellung des österreichischen Malers Max WEILER eröffnet. Es wurden u.a. vereinbart, daß in beiden Hauptstädten in nächster Zeit eine gemeinsame Ausstellung von jungen, noch nicht arrivierten Künstlern aus beiden Staaten gezeigt werden soll. (Schluß) fk/bs

Bilanz über Winterdienst am Wochenende

Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL und der Leiter der MA 48, SR Dipl.-Ing. Gerhard GILNREINER berichteten im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag über den Winterdienst am vergangenen Wochenende. Häupl stellte fest, daß es gegenüber dem Vorjahr zu Verbesserungen in der Organisation gekommen sei. Er habe vor, gemeinsam mit der MA 48, Gespräche über die Erfahrungen des heurigen Winters zu führen.

Gilnreiner erklärte, daß die positiven Leistungen am Wochenende hauptsächlich auf die gut motivierte Mannschaft, aber auch auf die hohe Bodenausstrahlung zurückzuführen seien. Er strich besonders hervor, daß nach wie vor Tagmannschaften vorgezogen werden, um die Effizienz zu erhöhen. Zweifelsohne habe es am Wochenende auch Probleme gegeben, z.B. in den engen Gassen mancher Stadtrandsiedlungen, aber auch durch die mangelnde Bereitschaft mancher privater Unternehmer. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch werden die großen Schneeberge in der Stadt weggeräumt. Beim Schneetelefon habe es zahlreiche Anrufe gegeben.

Bürgermeister Dr. ZILK sprach dem Bundesheer seinen Dank für die Mithilfe bei der Schneeräumung aus. Abschließend stellte Häupl fest, daß man gemeinsam mit der Wiener Handelskammer dafür sorgen werde, Maßnahmen gegen die „schwarzen Schafe“ bei den privaten Unternehmern zu ergreifen. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 2. März 1988

Blatt 371

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

10. März: Großkundgebung auf dem Rathausplatz (376)

Kommunal/Lokal:

Neuer Flächenwidmungsplan, Bausperre (372)

Wien gegen neues Futtermittelgesetz (374)

1986: 26.513 Neuerkrankungen an Krebs in Österreich (375)

„D“-Wagen eingestellt (nur FS)

Verfolgungsjagd im U-Bahn-Tunnel (nur FS)

Tödlicher Straßenbahnunfall (nur FS)

Kultur:

Milo Dor feiert 65. Geburtstag (373)

Sport:

Ski-Langlauf in Wien (nur FS/1.3.)

Neuer Flächenwidmungsplan, Bausperre

Öffentliche Auflage

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Für einen Teil von Neustift am Walde und Pötzleinsdorf wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet. Über einen Teil von Hernals soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. Beide Planentwürfe liegen vom 3. bis 31. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Das Gebiet im 19. Bezirk wird im wesentlichen von Zuckerandlgasse, Strehlgasse und einer Linie in Verlängerung der Khevenhüllerstraße begrenzt. Mit dem Plan wird ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan aus dem Jahre 1978 abgeändert. Durch die Neufestsetzung der Begrenzungslinie zwischen bebaubaren und nicht bebaubaren Flächen sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit ein früher hier bestandener Bau- platz genutzt werden kann. Davon abgesehen, sollen die Bebauungsbestimmungen im Plangebiet mit dem Bestand abgestimmt werden.

Die Bausperre in Hernals schließt den Bereich zwischen Rosensteingasse, Hernalser Hauptstraße, Hormayrgasse, Kalvarienberggasse und Antonigasse ein. Ziel ist es, eine weitere Verdichtung der Bebauung zu verhindern. Deshalb soll während der Geltungsdauer der Bausperre ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet werden. (Schluß)
and/bs

Milo Dor feiert 65. Geburtstag

Wien, 2.3. (RK-KULTUR) Milo DOR, der eigentlich Milutin Doroslovac heißt, wurde am 7. März 1923 in Budapest als Kind serbischer Eltern geboren. Seine ersten Lebensjahre verbrachte er in Novisad, dann zog die Familie nach Belgrad, wo er auch 1941 maturierte. Schon als Schüler betätigte er sich als Redakteur serbischer Zeitschriften.

Als Widerstandskämpfer wurde er während des Zweiten Weltkrieges verhaftet und 1943 als Zwangsarbeiter nach Wien deportiert. Milo Dor kehrte nach Kriegsende nicht nach Jugoslawien zurück, sondern studierte in Wien Theaterwissenschaft. Er begann in deutscher Sprache zu schreiben und war als Journalist tätig. In diesen Jahren arbeitete er als Autor sehrend mit Reinhard Federmann zusammen: Die Bücher „Internationale Zone“, „der unterirdische Strom“, „Und einer folgt dem andern“, „Othello von Salerno“ und „Das Gesicht unseres Jahrhunderts“ entspringen dieser Gemeinschaftsproduktion. Einen großen selbständigen Erfolg konnte Dor mit dem Roman „Nichts als Erinnerung“ verbuchen, für den er 1962 den Österreichischen Staatspreis erhielt. Im selben Jahr gab er auch eine Anthologie österreichischer Nachkriegsliteratur unter dem Titel „Die Verbrannten“ heraus. Es folgte dann die Herausgabe der Sammelbände „Ein Orden für Argil. Jugoslawien in Erzählungen seiner besten zeitgenössischen Autoren“, „Der Flug des Ikaros. Hörspiele jugoslawischer Autoren von heute“, „Der galante Witz“ und „Der groteske Witz“.

Als Theaterautor hat sich Dor 1974 versucht, als im Grazer Schauspielhaus seine Komödie „Menuett“ uraufgeführt wurde. Im selben Jahr erschien auch Dors autobiographischer Essayband „Meine Reisen nach Wien“. Zwei Jahre später wurden die beiden Romane „Die weiße Stadt“ und „Nichts als Erinnerung“ vom ORF verfilmt.

1979 gehörte Dor zu den Mitbegründern der „Interessensgemeinschaft österreichischer Autoren“ und ist seitdem deren Präsident.

Von seinen zahlreichen Buchpublikationen sind aus neuerer Zeit vor allem zu nennen: der von ihm herausgegebene Band „Schreib wie du schweigst. Serbische Aphorismen“ (1984) und „Der letzte Sonntag. Bericht über das Attentat von Sarajevo“ (1982).

1983 gab Peter Grünauer den Band „Für Milo Dor. Das große kleine Dorf aus dem wir stammen“, heraus.

Der Autor hat für sein vielfältiges Werk zahlreiche öffentliche Ehrungen erhalten. (Schluß) red/gg

Wien gegen neues Futtermittelgesetz

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) „Ich teile die Bedenken, die von verschiedenen Seiten, unter anderem von Tierärzten, gegen den Entwurf zum neuen Futtermittelgesetz geäußert werden. Das Land Wien hat daher in seiner Stellungnahme im Dezember auch auf diese Bedenken hingewiesen und den Entwurf in seiner derzeitigen Fassung abgelehnt“. Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Bedenklich sind dabei vor allem jene Passagen, die die Anwendung von Arzneimitteln bzw. Fütterungsarzneimitteln im Futter legalisieren sollen. „Arzneimittel sind klar im Arzneimittelgesetz definiert und können nicht Futtermittel sein. Bei einem neuen Futtermittelgesetz können daher auch nicht Stoffe, die eindeutig — weil sie der Therapie oder Prophylaxe von Tierkrankheiten dienen — Arzneimittel darstellen, ins Futtermittelrecht übernommen werden. Das ist auch für den Konsumenten wichtig, da ja nur das Arzneimittelgesetz jene Absetzfristen — also die Zeiten, wann eventuell erforderliche Medikamente vor der Schlachtung nicht mehr gegeben werden dürfen — und jene ärztlichen Kontrollen vorschreibt, die rückstandsfreie tierische Lebensmittel garantieren.“

Das Land Wien sprach daher in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Futtermittelgesetzes auch schwerwiegende Bedenken aus, die vor allem jene Passagen betreffen, durch die Arzneimittelgesetz und Lebensmittelgesetz geändert werden sollen. Neben der Änderung der entsprechenden Paragraphen verlangt Wien außerdem eine erweiterte Mitsprache von Konsumentenvertretern in den geplanten Beratungsgremien. „So sehr ich mich für verständlichere Gesetze ausspreche, kann doch nicht akzeptiert werden, daß Bereiche aus dem Arzneimittelbereich oder dem Lebensmittelrecht nun im Futtermittelgesetz verankert werden und dadurch möglicherweise Nachteile für die Konsumenten entstehen können“, sagte Schirmer. (Schluß) hrs/gg

1986: 26.513 Neuerkrankungen an Krebs in Österreich

Stacher: Wien versorgt viele Patienten aus anderen Bundesländern

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1986 wurden in Österreich 26.513 Neuerkrankungen an Krebs gemeldet. Etwa 90 Prozent der Neuerkrankten werden in Krankenhäusern behandelt. In Wien wurden 8.261 Patienten behandelt, von denen allerdings nur 6.983 in Wien wohnhaft waren. Es wurden also 1.298 Personen medizinisch betreut, die ihren Wohnort in einem anderen Bundesland hatten. Dazu stellte der Wiener Gesundheits- und Spitalsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, fest, daß die Stadt Wien Jahr für Jahr beträchtliche Mittel aufwenden muß, um Patienten aus anderen Bundesländern zu versorgen.

Die Tagessätze der Krankenkassen und die Zuschüsse des Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds decken ja nur einen Teil der tatsächlichen Behandlungskosten. Für den Rest muß der Spitalserhalter — in den städtischen Spitälern also die Stadt Wien — aufkommen. Da in den Wiener Krankenhäusern zu einem hohen Prozentsatz medizinische Spitzenleistungen erbracht werden, entstehen auch entsprechend hohe Kosten für die Stadt Wien.

Bei einer künftigen Neuregelung der Spitalsfinanzierung muß, so Stacher, diese besondere Situation in den Wiener Krankenhäusern berücksichtigt werden. Ebenso muß die Tatsache, daß so viele Patienten aus den Bundesländern in Wien untersucht und behandelt werden, eine Auswirkung auf die Zahl der Wiener Spitalsbetten haben.

Als markantes Gegenbeispiel führt der Wiener Gesundheitsstadtrat aus der Krebsstatistik an, daß 1986 in Niederösterreich 5.305 Neuerkrankungen gemeldet wurden, aber nur in 4.086 Fällen die Behandlung in diesem Bundesland erfolgte. 1.219 Patienten wurden in anderen Bundesländern, der Großteil davon zweifellos in Wien, versorgt. (Schluß) sc/bs

10. März: Großkundgebung auf dem Rathausplatz

Wien, 2.3. (RK-POLITIK) Am Donnerstag, dem 10. März, um 19 Uhr, wird auf dem Wiener Rathausplatz wie geplant eine Großkundgebung zum Gedenken an den März 1938 stattfinden.

Bei dieser Kundgebung der Stadt Wien werden folgende Personen sprechen:

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK

Paul GROSZ, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (geb. am 18. Juli 1925 in Wien 16, überlebte die NS-Zeit als Zwangsarbeiter in Wien)

Dr. Fritz BOCK, Vizekanzler a.D. (geb. am 26. Februar 1911 in Wien, in der katholischen Jugend- und Studentenbewegung tätig, 1938/39 im KZ Dachau, 1952-1956 Staatssekretär, 1956-1968 Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, 1966-1968 Vizekanzler)

Dr. Bruno KREISKY, Bundeskanzler a.D. (geb. am 22. Jänner 1911 in Wien, 1935 wegen illegaler Betätigung inhaftiert, 1936 im Sozialistenprozeß zu einem Jahr Kerker verurteilt, 1938 fünf Monate in Gestapo-Haft, danach Emigration nach Schweden. 1953-1959 Staatssekretär, 1959-1966 Außenminister, 1970-1983 Bundeskanzler)

Stadtrat Dr. Erhard BUSEK

Franz OLAH, Bundesminister a.D. (geb. am 13. März 1910 in Wien, 1938-1945 in KZ-Haft, 1959-1963 Präsident des ÖGB, 1963-1964 Innenminister)

Dr. Ludwig SOSWINSKI, Gemeinderat a.D. (geb. am 15. Jänner 1905, 1937 wegen illegaler Betätigung inhaftiert, 1938-1945 in KZ-Haft, Obmann des Bundesverbandes Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus, Obmann der Lagergemeinschaft Mauthausen)

Prof. DDr. Viktor Emil FRANKL (geb. am 26. März 1905 in Wien, leitete bis 1938 die von ihm begründeten Jugendberatungsstellen, in der NS-Zeit zuerst versteckt, dann Arzt im Rothschild-Spital, schließlich KZ Auschwitz bis 1945, seither als Arzt und Wissenschaftler tätig. Begründer der Existenzanalyse und der Logotherapie).

Dr. Bock, Olah und Dr. Soswinski gehören zu den wenigen Überlebenden des ersten Österreich-Transportes ins KZ Dachau, der am 1. April 1938 vom Westbahnhof abfuhr.

Bei der Veranstaltung am Rathausplatz wird außerdem der Burgschauspieler Franz MORAK lesen, ferner treten die Chorvereinigung des ÖGB (Leitung Erwin WEISS) sowie Concentus vocalis (Leitung Herbert BÖCK) auf.

Ab 18.30 Uhr erfolgt auf dem Rathausplatz eine Musikübertragung, das Ende der Kundgebung ist für ca. 20 Uhr vorgesehen. (Schluß) ger/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite: 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 3. März 1988

Blatt 377

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Selbstschutzveranstaltungen im März (378)

1987 gingen 386 Patienten aus dem Pflegeheim Lainz nach Hause (379)

Ehrenzeichen des Landes Wien (380)

Neuer Leiter der MA 13 (382/383)

Kultur:

„Made in Britain“ bei der Viennale (381)

Selbstschutzveranstaltungen im März

Im 11. Bezirk beginnt Kurs am 8. März

Wien, 3.3. (RK-LOKAL) In vier Bezirken, im 4., 11., 14. und 20. Bezirk, finden im heurigen Frühjahr Selbstschutzveranstaltungen statt. Im 11. Bezirk beginnt die Kursreihe am 8. März. Die kompletten Veranstaltungsprogramme liegen in der Stadtinformation, in allen Bürgerdienst-Außenstellen, in den Volkshochschulen, bei niedergelassenen Ärzten und in Apotheken auf und werden auf Wunsch von der Stadtinformation (Telefon 43 89 89) auch zugesandt.

Im 4. Bezirk (Amtshaus Favoritenstraße 18) findet derzeit ein Erste-Hilfe-Kurs statt. Weitere Veranstaltungen der hier laufenden Reihe haben die Themen „Vorbeugender Brandschutz“ und „Kriminalpolizeiliche Beratung über Eigentumsschutz und Sicherheitsfragen“ zum Inhalt.

Im 11. Bezirk (Zentrum Simmering, Simmeringer Hauptstraße 96 a) beginnt die Kursreihe am 8. März mit der Eröffnungsveranstaltung. Hier findet der Erste-Hilfe-Kurs ab 22. März statt. Im März geht es an diesem Kursort außerdem um die Themen „Eigentumsschutz und Sicherheitsfragen“ sowie „Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen“.

Im 14. Bezirk (Volkshochschule Penzing, Lortzinggasse 2) werden im März die Themen „Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen“, „Eigentumsschutz und Sicherheitsfragen“ und „Vorbeugender Gesundheitsschutz“ geboten.

Im 20. Bezirk (Volkshochschule Brigittenau, Raffaelgasse 11-13) stehen im März die Themen „Schutzraumfragen“ und „Vorbeugender Brandschutz“ auf dem Programm.

Persönliche Beratung

Zum Thema Selbst- und Zivilschutz bietet die Stadt Wien auch persönliche oder telefonische Beratung sowie die Zusendung von Informationsmaterial an. Beratungswünsche kann man entweder auf einem Vordruck deponieren, der in der Stadtinformation im Rathaus und in den Bürgerdienst-Außenstellen aufliegt, oder die Informationen per Telefon anfordern (Stadtinformation, 43 89 89). Mit seinen Wünschen kann man sich schriftlich auch direkt an die Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation, Rathaus, 1082 Wien, wenden. (Schluß) and/rr

1987 gingen 386 Patienten aus dem Pflegeheim Lainz nach Hause

Mobile Nachsorge hilft daheim

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1987 konnten 386 Patienten aus dem Pflegeheim Lainz wieder in häusliche Pflege entlassen werden, um 35 Prozent mehr als im Jahr 1985. Die Heimkehr der Patienten wurde möglich, weil sie im Pflegeheim auf die Selbständigkeit vorbereitet wurden und weil sie zu Hause durch die Mobile Nachsorge betreut werden. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER wies darauf hin, daß, verglichen mit dem Bettenstand in Lainz, schon 12 Prozent, bezogen auf die im Jahr 1987 im Pflegeheim aufgenommenen 1936 Patienten, sogar 20 Prozent wieder in die eigenen vier Wände zurückkehren konnten.

In der von Stadtrat Stacher angeregten Mobilen Nachsorge arbeiten mehrere Schwestern und Pfleger des Pflegeheimes Lainz mit. Schon während des Aufenthaltes des Patienten im Pflegeheim sind sie in die Rehabilitation eingebunden und haben deshalb ein besonderes Vertrauensverhältnis zu „ihren“ Patienten. Sie informieren dann Angehörige oder Bekannte des Patienten und stellen auch Kontakte zu Nachbarn in seinem Wohnhaus her. Wenn die Patienten schließlich nach Hause gehen können, werden sie in ihren Wohnungen noch einige Zeit von ihren gewohnten Pflegerinnen und Pflegern betreut. So bekommen die Patienten das notwendige Gefühl der Sicherheit und Selbständigkeit für das Leben zu Hause.

Die Mitarbeiter der Mobilen Nachsorge stellen auch die Verbindung zu den Sozialen Diensten der Stadt Wien her, die dann für weitere Hilfeleistungen, wie Heimhilfe, Essen auf Rädern, Reinigungsdienst, Besuchsdienst usw., sorgen. (Schluß) sc/bs

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte Mittwoch nachmittag in Anwesenheit von Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS Ehrenzeichen an verdiente Persönlichkeiten. Senatsrat i.R. Dipl.-Ing. Alfred DRENNIG, der sich im Rahmen der MA 31 besonders im Hinblick auf die Einspeisung des Wassers aus der „Pfannbauernquelle“ in das Wiener Wasserversorgungsnetz verdient gemacht hat, erhielt das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Landesfeuerwehrkommandant-Stellvertreter Ernst EISHOLD, der sich große Verdienste um das Wiener Betriebsfeuerwehrwesen erworben hat, erhielt das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Oberstleutnant der Reserve Hubert BUDER, seit fast 30 Jahren sowohl im militärischen Bereich als auch in der Offiziersgesellschaft Wien tätig, erhielt das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. (Schluß) du/bs

„Made in Britain“ bei der Viennale

Wien, 3.3. (RK-KULTUR) Eine umfassende Schau des britischen Films unter dem Titel „Made in Britain“ ist der Programmschwerpunkt der diesjährigen „Viennale“, die vom 13. bis 25. März stattfindet. Das Filmmuseum bringt im Rahmen der „Viennale“ eine Gesamtschau des Werkes von Federico Fellini. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, die am Mittwoch das Viennale-Programm gemeinsam mit Helmut DIMKO vorstellte, wies darauf hin, daß die Subvention für das Filmfestival von 2,3 auf drei Millionen Schilling erhöht wurde. Die „Viennale“ ist damit in der Lage, das umfangreichste und qualitativ reichhaltigste Programm ihrer Geschichte zu bringen. Insgesamt werden in den beiden Sälen der Urania, im Stadtkino und im Filmmuseum 130 Filme aus mehr als 20 Ländern zu sehen sein, eine Auswahl aus den wichtigsten und interessantesten Filmen des letzten Produktionsjahres.

Die Schau britischer Filme wird mit dem neuen Film von Stephen Frears „Sammie And Rosie Get Laid“ eröffnet, weiters ist auch der Film von Peter Wollen „Friendshop's Death“ zu sehen, der parallel im Fernsehen in der Reihe „Kunststücke“ gezeigt wird.

Aus Amerika kommt eine Reihe von Filmen junger Regisseure, darunter „Someone To Love“ von Henry Jaglom, zugleich Orson Welles letzter Film zur „Viennale“. Die Sowjetunion ist unter anderem mit der Abrechnung mit dem Stalinismus „Reue“ vertreten, Argentinien mit Filmen über die Militärdiktatur. Filme aus Japan und China und verschiedenen anderen, auch kleineren Ländern, sowie eine Dokumentarfilmreihe sind ebenso zu sehen. Österreich zeigt unter anderem „Einstellen wird es mittag“, eine Fernsehproduktion von Karin Brandauer und die Rekonstruktion von „Sodom und Gomorrhe“ von Michael Kertesz, der in späteren Jahren unter seinem Hollywood-Namen Michael Curtiz „Casablanca“ drehte. Dieser „Kultfilm“ wird in Anwesenheit des letzten lebenden Hauptdarstellers, des Altösterreichers Paul Henreid zu sehen sein. Neben Henreid haben auch Federico Fellini und Richard Attenborough als Repräsentant des britischen Films ihr Kommen zur Viennale zugesagt. Im Mittleren Saal der Urania laufen schließlich noch zwei Sonderreihen „Kids in America“ und „Österreich — bunt — bizarr“, wobei Heimatfilme ebenso gezeigt werden wie „Sittendokumente“. Zum Thema „1938“ werden zwei Dokumente des Simon-Wiesenthal-Centers in Los Angeles, ein Film über Raoul Wallenberg und „Genocide“ gezeigt sowie der Spielfilm „Die Mission nach Evian“ gezeigt.

Die Retrospektive des Schaffens von Federico Fellini im Österreichischen Filmmuseum wird durch eine Ausstellung der Zeichnungen Fellinis in der Albertina ergänzt. Fellinis Zeichnungen stehen als Vorlagen für Dekorateure, Bühnenbildner oder Architekten in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen Filmen. (Schluß) gab/rr

Neuer Leiter der MA 13

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 13 — Bildung und außerschulische Jugendbetreuung — hat einen neuen Leiter. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Donnerstag im Auftrag des Bürgermeisters Obermagistratsrat Dr. Wolfgang LISCHKA in sein Amt ein.

Lischka, Jahrgang 1942, studierte Jus, war mehrere Jahre in der Privatwirtschaft tätig, leitete vier Jahre lang das Personalamt der Stadtgemeinde Leoben und ist seit 1975 bei der Stadt Wien beschäftigt. In den vergangenen zwölf Jahren arbeitete Dr. Lischka in der MA 5 — Finanzwirtschaft und Haushaltswesen — und war dort mit dem Subventionswesen betraut.

Lischka folgt Obersenatsrat Hofrat Dr. Karl FOLTINEK, der in den Ruhestand tritt. Foltinek stand mehr als zwei Jahrzehnte an der Spitze von Magistratsabteilungen, zuerst der MA 7 (Kulturamt) und zuletzt fast ein Jahrzehnt lang der MA 13.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK dankte Foltinek für seine Leistungen, durch die die Magistratsabteilung 13 zu einer eigenständigen, nicht mehr wegzudenkenden Einrichtung geworden ist. Seinen Nachfolger forderte Zilk auf, die Abteilung im bisherigen Geist des Verständnisses, der Zusammenarbeit und des Fortschritts weiterzuführen.

Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL würdigte ebenfalls die Verdienste Foltineks und wies darauf hin, daß der neue Abteilungsleiter, der ja aus dem Bereich der Finanzverwaltung kommt, eine Art „Frontwechsel“ vollziehe. Schon bisher habe Dr. Lischka aber großes Verständnis für die vielfältigen Aufgaben im Bereich der MA 13 bewiesen, die von den Jugendzentren bis zur Volksbildung, von den Bibliotheken bis zur Modeschule und zum Konservatorium reichen.

Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION wies darauf hin, daß die MA 13 — formal betrachtet — eine der jüngsten Abteilungen der Stadtverwaltung ist. Sie ging 1979 durch Ausgliederung der entsprechenden Agenden aus dem Kulturamt hervor. Im dem knappen Jahrzehnt seither hat sich die Richtigkeit dieser organisatorischen Entscheidung voll bestätigt. Die Führung und Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung und die außerschulische Jugendbetreuung nehmen gerade heute einen immer wichtigeren Stellenwert in der Gesellschaft ein. Einerseits verfügen die Menschen durch Arbeitszeitverkürzungen und gestiegene Lebenserwartung über mehr Freizeit als früher, andererseits besteht vielfach ein Defizit in der sinnvollen Nutzung dieser Freizeit. Die MA 13 hat hier attraktive Alternativen anzubieten — von den traditionsreichen Wiener Volkshochschulen und städtischen Büchereien bis zu den Aktivitäten des Landesjugendreferats, wie etwa das Ferienspiel, und speziellen Veranstaltungen für ältere Menschen, bei denen getrachtet wird, Unterhaltung und Bildung sinnvoll zu verbinden.

Bandion betonte, daß Bildung kein statischer Begriff, sondern ein lebenslanger Prozeß sei. Die Jugend ihrerseits benötige auch außerhalb der Schule geistige, kulturelle und sportliche Anreize und Herausforderungen. Eine besondere Bedeutung komme auch den Büchereien zu. Die Erziehung junger Menschen zum Lesen, die Vermittlung der Freude am Lesen und die Behauptung des Buches neben den neuen Kommunikationstechniken unserer Zeit — vom Fernsehen bis zum Computer — sind wesentliche Fragen unserer von der Schrift und vom Buchdruck geprägten Kultur. Die Musiklehranstalten der Stadt Wien bieten ein Spektrum vom elementaren Musikunterricht bis zur professionellen Ausbildung, in Hetzendorf wird der kreative Nachwuchs für die Modebranche herangebildet, und die Landesbildstelle sorgt unter anderem für die Ausrüstung der Wiener Pflichtschulen mit audiovisuellen Medien und Geräten.

Obersenatsrat Foltinek leitete diese vielfältige Abteilung hervorragend, mit ihm — so Bandion — tritt einer der profilierten Beamten der älteren Generation in den Ruhestand. Auf seinen Nachfolger wartet keine leichte, aber eine sehr interessante Aufgabe.

Den Dank der Gewerkschaft an den scheidenden Abteilungsleiter und die besten Wünsche für seinen Nachfolger überbrachte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalratsabgeordneter Rudolf PÖDER.

An der Amtseinführung nahmen auch mehrere Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Bildung, Jugend, Familie und Soziales sowie Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL teil. (Schluß) ger/gg

Forts. von Blatt 382

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 4. März 1988

Blatt 384

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Franz Morak liest Verbotenes (396)

Kommunal/Lokal:

Programm der Wiener Gedenkveranstaltungen am 10. März (385/FS: 3.3.)

Terminvorschau vom 7. bis 18. März 1988 (386/387)

Instandsetzungsarbeiten auf der B 14 — Klosterneuburger Straße (388)

Konstituierende Sitzung der Behindertenkommission (389)

51 Ampeln sollen für öffentlichen Verkehr geschaltet werden (392-395)

Stichflamme im Gasthaus (nur FS/3.3.)

Kirchschläger über Stenografie (nur FS)

Kultur:

Sommergroßausstellung „Imagen de Mexico“ (390)

Silbernes Ehrenzeichen für Samy Molcho (391)

„Juden in Ungarn“: Ausstellung im Palais Palfy (391)

Programm der Wiener Gedenkveranstaltungen am 10. März

Gedenkstunde und Ausstellungseröffnung im Rathaus, Großkundgebung auf dem Rathausplatz

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Nun steht das Programm der offiziellen Gedenkveranstaltungen des Landes Wien am 10. März fest. Um 16 Uhr findet im Festsaal des Wiener Rathauses eine Gedenkstunde statt: Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK hält eine Ansprache, die das Glinka-Arenkow-Quartett mit zwei Stücken von Anton von Webern umrahmt. Anschließend wird eine Tafel zum Gedenken an die Angehörigen des Wiener Landtags und der Wiener Bürgerschaft, die in der NS-Zeit ermordet wurden, vor dem Gemeinderatssitzungssaal enthüllt.

Danach erfolgt die feierliche Eröffnung der Ausstellung „Wien 1938“ um 17 Uhr in der Volkshalle des Wiener Rathauses. Aus Platzgründen sind die Gedenkstunde und die Ausstellungseröffnung nur mit einer Einladung zugänglich. Geladen sind Wiener Mandatäre, Ehrenbürger, ehemalige Mandatäre, sowie Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Widerstandskämpfer, der KZ-Verbände und Interessensvertretungen.

Um 19 Uhr beginnt dann, wie bereits mehrfach berichtet, die Großkundgebung auf dem Wiener Rathausplatz. (Schluß) chr/rr

Bereits am 3. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Terminvorschau vom 7. bis 18. März 1988

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 7. bis 18. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 7. MÄRZ:

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Dr. Pasterk „Literatur im März“ (Secession, 1, Friedrichstraße 12)

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 8. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an o. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Kaindl (Arb.-Zi., Bgm.)

17.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Es war ein Vorspiel nur Bücherverbrennung 1933“ (StR. Dr. Pasterk, Nationalbibliothek)

MITTWOCH, 9. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Umbau der AIDS-Station“ (AKH, I. Univ.-Hautklinik, Alser Str.4)

12.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Lokalbahnen (Rathauskeller)

DONNERSTAG, 10. MÄRZ:

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Presseführung durch die Ausstellung „Wien 1938“ (Volkshalle)

16.00 Uhr, Gedenkstunde „März 1938“ im Festsaal, anschließend Gedenktafelenthüllung vor dem Gemeinderatssitzungssaal (nur mit Einladung)

17.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Wien 1938“ (Volkshalle, Rathaus; nur mit Einladung)

19.00 Uhr, Großkundgebung Rathausplatz

FREITAG, 11. MÄRZ:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur

MONTAG, 14. MÄRZ:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 15. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vizebürgermeister Mayr an Ing. Wolfgang Denzel und Dior. Dr. Kurt Spera (Steinerner Saal, Rathaus)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Krankenanstaltenverband“
(Restaurant Kupferdachl)

MITTWOCH, 16. MÄRZ:

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vizebürgermeister Ingrid Smejkal an Hofrat Dr. Ferdinand Hübner, Min.-Rat Dipl.-Ing. Andreas Schiefthaler, Oberschulrat Friedrich Buzek sowie der Prof. Dr. Julius-Tandler-Medaille an Min.-Rat. Mag. Gerhard Silvestri (Steinerner Saal, Rathaus)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Österreich und Nationalsozialismus 1938-1945 (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)

DONNERSTAG, 17. MÄRZ:

11.00 Uhr, Eröffnung „Literatur für junge Leser“ (StR. Dr. Pasterk, Palais Auersperg)

FREITAG, 18. MÄRZ:

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Nikolaus Harnoncourt (Steinerner Saal, Rathaus)
(Schluß) gal/bs

Forts. von Blatt 386

Instandsetzungsarbeiten auf der B 14 - Klosterneuburger Straße

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) Auf der Heiligenstädter Hangbrücke, im Zuge der Klosterneuburger Straße (B 14), werden Montag den 7. März, die 1987 begonnenen Instandsetzungsarbeiten nunmehr mit der Bauphase 2 fortgesetzt. Die Dauer ist auf etwa vier Monate veranschlagt, während der auf beiden Richtungsfahrbahnen die jeweils linke Fahrspur gesperrt werden muß. Die Ampelregelung im Kahlenbergedorf erfolgt während der Verkehrsspitzen individuell durch einen Polizeibeamten.

Es handelt sich bei der 880 Meter langen Hangbrücke zwischen dem Kahlenbergedorf und der Wiener Stadtgrenze um eine komplizierte Konstruktion. In der Längsrichtung besteht die B 14 in diesem Abschnitt nämlich nicht aus einem durchgehenden Straßenbauwerk, sondern aus einer in den Hang geschnittenen Fahrbahn (Damm) und einer Hangbrücke.

In der Bauphase 2 erfolgen nunmehr der Umbau des Trennfugenbereiches zwischen hangseitiger Stützmauer und Tragwerkskonstruktion sowie der Einbau einer neuen aufwendigen Längsdilatation (Fahrbahnübergangskonstruktion). Die Gesamtkosten dieser Instandsetzung betragen rund 35 Millionen Schilling. (Schluß) pz/bs

Konstituierende Sitzung der Behindertenkommission

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) Donnerstag nachmittag fand die konstituierende Sitzung der gemeinderätlichen Behindertenkommission statt. Zum Vorsitzenden der Behindertenkommission, die die Aufgabe hat, Anliegen von behinderten Menschen zu behandeln, wurde GR. Hans KÖNIG (SPÖ) gewählt. Seine Stellvertreter sind GR. Prof. Erika STUBENVOLL (SPÖ) und GR. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP). (Schluß) jel/rr

Sommergroßausstellung „Imagen de Mexico“

Der Beitrag Mexikos zur Kunst des 20. Jahrhunderts

Wien, 4.3. (RK-KULTUR) Durch die Initiative von Vizebürgermeister Hans MAYR und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK ist es gelungen, kurzfristig die in Frankfurt bis Ende Februar gezeigte Ausstellung „Imagen de Mexico“ für Wien zu sichern.

Veranstalter in Wien sind die Wiener Festwochen und das Kulturamt. Die Ausstellung wird im besonderen Ausmaß durch die Mitwirkung der Wiener Messe AG unterstützt. Zeitraum: Mitte Mai bis Ende Juli 1988. Ort: Messepalast.

„Imagen de Mexico“ ist die erste umfassende Ausstellung der mexikanischen Malerei, Graphik, Fotografie und Volkskunst von 1900-1960. In Mexiko selbst hat es eine solche Ausstellung noch niemals gegeben. Erst nach den Präsentationen in Frankfurt und Wien wird die Ausstellung in Mexiko gezeigt werden.

Inhaltliche Erstinformation zur Ausstellung

Ausstellungsleitung und -konzept: Erika BILLETER (Direktorin des Kunstmuseums in Lausanne). In einer repräsentativen Übersicht zeigt die Ausstellung ca. 400 Werke von 58 mexikanischen Künstlern.

Zu Beginn der Ausstellung steht die Zeit des Aufbegehrens — die 1919 mit der Revolution gegen den Diktator Diaz begann — und damit künstlerisch die Aufklärungsarbeit, die den Malern in einem Land, in dem die meisten Menschen weder lesen noch schreiben konnten, die Rolle eines politischen Agigators zuwies. Die drei Muralisten, Diego Rivera, Jose Clemente Orozco und David Alfaro Siqueiros — alle drei Schöpfer jener von Picasso bis Breton bewunderten monumentalen Wandmalerei — sind ebenso je eigene Werksquerschnitte gewidmet, wie den beiden Frauen Frida Kahlo und Maria Izquierdos. Frida Kahlos Arbeit, letztlich ein lebenslanges Selbstgespräch über ihre Herkunft, ihre schwere Krankheit und ihre Liebe zu Diego Rivera, ist allein durch 15 Gemälde vertreten.

Ebenfalls mit einer eigenen kleinen Retrospektive seines Oeuvres ist jener mexikanische Maler in der Ausstellung präsent, der es in der Nachkriegszeit erstmals wagte, mit dem offiziellen Realismus zu brechen: Rufino Tamayo.

Um diese Hauptmeister der mexikanischen Kunst des 20. Jahrhunderts gruppieren sich vor allem jene bildkünstlerischen Bewegungen, die unmittelbar auf den Traditionen der mexikanischen Volkskunst und Volkskultur fußen.

Breiten Raum widmet Erika Billeter auch der Geschichte der mexikanischen Fotografie. Von den Anfängen der Dokumentationsfotographie im Zeichen der Revolution zu Beginn des Jahrhunderts über die beiden Hauptmeister Manuel Alvarez Bravo und Lola Alvarez Bravo bis zu den jüngsten fotografischen Tendenzen reicht der Bogen. (Schluß) red/bs

Silbernes Ehrenzeichen für Samy Molcho

Wien, 4.3. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Freitag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an o. Hochschulprofessor Samy MOLCHO das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Der Feier wohnten u.a. Stadtrat Dr. Erhard BUSEK sowie der Vorsitzende des Kulturausschusses Gemeinderat Dkfm. Dr. Adolf AIGNER bei. (Schluß) red/rr

„Juden in Ungarn“: Ausstellung im Palais Palfy

Wien, 4.3. (RK-KULTUR) Im Palais Palfy wurde am Freitag die Ausstellung „Juden in Ungarn“ eröffnet, die vom „Verein der Freunde des Beth Hatefutsoth“ mit Unterstützung des Kulturamtes der Stadt Wien gezeigt wird. Die Ausstellung, die die Jahrhunderte jüdischen Lebens in Ungarn nachzeichnet, ist bis 26. März täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK wies im Rahmen der Eröffnung auf die Bedeutung der Ausstellung auch für Wien hin. Räumliche Nähe und lange Epochen gemeinsamer Geschichte seien hier zu berücksichtigen. Besonders gelte es aber, angesichts der Parallelität der Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges diese Ausstellung als Anlaß zur Besinnung und Diskussion über die Vergangenheit und die Chancen der Zukunft zu nehmen.

Die Geschichte der Juden in Ungarn reicht bis weit ins Mittelalter zurück und ist im Verlauf der Jahrhunderte vom Wechsel zwischen Restriktionen und Liberalisierungen gekennzeichnet. Die Herrschaft der Türken in Ungarn, die die Juden erstmals zu gleichberechtigten Bürgern machten, das Toleranzpatent Josef II. und die Entwicklung im 19. Jahrhundert, die 1867 die Gewährung der bürgerlichen Rechte für die jüdische Bevölkerung brachten, zählen zu den positiven Kennmarken der jüdischen Geschichte in Ungarn, die auf der anderen Seite immer wieder von Antisemitismus und Verfolgung mit dem schrecklichen Höhepunkt des Holocaust gekennzeichnet war. Heute leben rund 100.000 Juden in Ungarn, die ein wichtiges Element der ungarischen Gesellschaft darstellen. (Schluß) gab/rr

51 Ampeln sollen für öffentlichen Verkehr geschaltet werden

Bevorrangungsprogramm der Wiener Verkehrsbetriebe wird forciert

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) Die Behinderungen durch den Autoverkehr und die Aufenthalte vor Verkehrsampeln gehören zu den wichtigsten Verzögerungs- und Störfaktoren für öffentliche Verkehrsmittel. In Wien haben sich die PKW-Zulassungen seit 1960 (Einführung der StVO) verdreifacht. Zur Erhaltung und Erhöhung der Verkehrssicherheit mußte deshalb die Anzahl der Verkehrslichtsignalanlagen wesentlich erhöht werden. Sie hat sich im gleichen Zeitraum fast versechsfacht. Verkehrsstadtrat Johann HATZL stellte Freitag in einer Pressekonferenz ein Programm vor, das bei 51 Ampeln den öffentlichen Verkehr den Vorrang sichern soll.

Bei Lichtsignalanlagen wirkt sich nicht nur der Aufenthalt vor der Ampel als Zeitverlust aus, sondern auch die Verzögerungen und das Anfahren. Ein tatsächlicher Aufenthalt von 30 Sekunden ergibt dadurch einen Zeitverlust von insgesamt 47 Sekunden.

Die Koordinierung der Signalanlagen hat früher fast nur auf den Individualverkehr Rücksicht genommen. In Zukunft soll aber der Faktor „Transportleistung“ in den einzelnen Straßenzügen darüber entscheiden, ob der öffentliche oder der private Verkehr bei der Koordinierung der Ampelanlagen Vorrang hat. Als Basis dafür dienen die in einer Stunde beförderten Personen.

Dabei wird für einen Fahrstreifen im innerstädtischen Bereich bei Signalregelungen eine maximale Leistungsfähigkeit von 800 PKW-Einheiten pro Stunde angenommen. Da der durchschnittliche Besetzungsgrad bei nur 1,2 Personen pro PKW liegt, ergibt sich eine Transportleistung von zirka 1.000 Personen pro Stunde.

Dies wird aber beim öffentlichen Verkehr schon bei sieben Zügen pro Stunde erreicht, was einem Intervall von achteinhalb Minuten entspricht. In der Verkehrsspitze ist aber das Intervall auf allen Linien der Wiener Verkehrsbetriebe wesentlich kleiner und geht bis unter drei Minuten. Damit ergibt sich für die Straßenbahn eine bis zu dreifach höhere Transportleistung als beim PKW.

Neue Schaltprogramme für Ampeln

Abhilfe kann nur durch Schaltprogramme geschaffen werden, die besonders auf die Bedürfnisse der öffentlichen Verkehrsmittel abgestimmt sind, z. B. durch andere Koordinierung, kurze Umlaufzeiten, Grünzeitdehnung und -vorziehung, Phasentausch sowie Kombination aller vorgenannten Verfahren. Im Rahmen der bisher durchgeführten Bevorrangungsprogramme der Wiener Verkehrsbetriebe mit Schwerpunkten auf einzelnen Linien wurden schon rund 50 Ampeln so geregelt, daß die Zeitverluste für den öffentlichen Verkehr verkürzt werden konnten. Der Projektleiter für die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs bei den Wiener Verkehrsbetrieben hat nunmehr ein Programm ausgearbeitet, mit dem die Umstellung der Ampeln wesentlich beschleunigt werden soll. Dieses Programm enthält 51 Lichtsignalanlagen, davon sollen noch heuer mindestens 12 umgeschaltet werden, 21 Ampeln sind bereits bei der Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisatorische und technische Verkehrsangelegenheiten) in Bearbeitung. Jede Änderung eines Ampelprogrammes bedarf allerdings einer genauen Überprüfung und vorhergehenden Verkehrszählungen, sodaß das Tempo, mit der die Umschaltungen vorgenommen werden können, naturgemäß begrenzt ist.

Auf folgenden Kreuzungen ist eine Änderung des Ampelprogrammes für den öffentlichen Verkehr bereits in Bearbeitung:

- Johann-Nepomuk-Berger-Platz (eine Ampel), Bevorrangung der Linien „J“, „9“ und „44“.

- Radetzkystraße/Hintere Zollamtsstraße, Radetzkyplatz (zwei Ampeln), Linien „N“ und „0“.
- Landstraßer Hauptstraße von Landstraßer Gürtel bis zur Baumgasse (fünf Ampeln), Linien „18“, „71“ und „74A“.
- Kreuzgasse von der Martinstraße bis zur Vinzenzgasse (drei Ampeln), Linien „9“ und „42“, hier sollen zwei Ampeln bei der Annäherung der Linie „42“ „frei“ gehen, eine soll von beiden Linien beeinflusst werden.
- Hütteldorfer Straße von der Lützowstraße bis zur Waidhausenstraße (drei Ampeln), Linie „49“.
- Linzer Straße von der Ameisgasse bis zur Hochsatzengasse (drei Ampeln), Linie „52“.
- Leopoldauer Straße/Töllergasse und Angerer Straße (zwei Ampeln), Linie „29A“. Die Ampel Töllergasse soll als erste durch eine besondere Buskennung beeinflusst werden können.
- Elderschplatz (1 Ampel), Linie „21“.

Weiters haben die Wiener Verkehrsbetriebe in ihren Programmen noch unter anderem folgende Straßenzüge bzw. Kreuzungen vorgesehen: Dresdner Straße (fünf Ampeln, Linie „N“), Engerthstraße (drei Ampeln, Linie „21“), Wagramer Straße — Donauefelder Straße (elf Ampeln, Linien „25“, „26“), Nußdorfer Straße — Döblinger Hauptstraße (vier Ampeln, Linien „37“, „38“), Hietzinger Hauptstraße/St.-Veit-Gasse (eine Ampel, Linie „58“), Laxenburger Straße (sieben Ampeln, Linien „66A“, „67A“).

20 Linien für Bevorrangung vorgesehen

Neben dem Programm zur Verbesserung der Situation bei den 51 Ampeln wird auch das Bevorrangungsprogramm der Wiener Verkehrsbetriebe fortgesetzt, in dessen Rahmen alljährlich Maßnahmen bei einigen Schwerpunktlinien gesetzt werden. Darunter sind auch Linien, die schon einmal beschleunigt wurden, bei denen aber noch Maßnahmen ausstehen. Daneben gibt es bedingt durch Änderungen im Verkehrsgeschehen neuralgische Punkte, die sofort bearbeitet werden müssen.

Für heuer haben die Verkehrsbetriebe die Bevorrangung der Linien „6“, „25“, „26“ und „32“ vorgesehen. Innerhalb der nächsten drei Jahre sollen dazu noch die Linien „0“, „62“, „7A“ und „48A“ kommen. In diesen acht Programmen sind ebenfalls Änderungen an 56 Ampelanlagen vorgesehen. Danach sind in der langfristigen Planung folgende Linien für eine Bevorrangung vorgesehen: „5“, „9“, „10“, „40“, „41“, „60“, „10A“, „13A“, „15A“, „31A“, „40A“, „59A“ und „66A“.

Die für heuer vorgesehenen Maßnahmen werden schon in nächster Zeit mit den Bezirken und den Interessensvertretungen besprochen und bei der Magistratsabteilung 46 beantragt werden.

Die Problematik liegt bei solchen Maßnahmen erfahrungsgemäß in den Verhandlungen mit den Interessensvertretungen. Oft würden durch relativ billige verkehrsorganisatorische Maßnahmen, wie etwa durch Bodenmarkierungen (Sperrlinien, wie etwa am Rennweg bei der Linie „71“ oder in der Alser Straße bei den Linien „43“ und „44“), durch eigene Spuren wie bei der Buslinie „48A“ in der Neustiftgasse, durch Halteverbote oder Linksabbiegeverbote große Wirkungen im Hinblick darauf erreicht, daß für Straßenbahn oder Bus schwerwiegende Behinderungen wegfallen. Jede einzelne dieser Maßnahmen muß jedoch in langwierigen Verhandlungen gegenüber den Interessen der Autofahrer, der Geschäftsleute, der Anrainer etc. durchgesetzt werden. Oft scheitern die Vorhaben der Verkehrsbetriebe in diesen Verhandlungen. Der Erfolg des Bevorrangungsprogrammes hängt also im wesentlichen nicht von finanziellen Voraussetzungen ab — der Finanzbedarf ist bei vielen Maßnahmen erstaunlich niedrig — sondern vom Verständnis der Betroffenen.

Forts. von Blatt 392

Forts. auf Blatt 394

1988 Maßnahmen für „6“, „25“, „26“, „62“, „65“, „48A“

Als erste Maßnahmen im heurigen Jahr werden bereits im Frühjahr auf der Wiedner Hauptstraße die Gleise abmarkiert, wodurch die Behinderungen durch den Individualverkehr für die Linien „62“, „65“ und die Badner Bahn in diesem Bereich wegfallen. In der Burggasse wird — auf Kosten von Parkplätzen — zwischen der Stiftgasse und der Breite Gasse eine eigene Busspur während der Verkehrsspitzenzeiten für die Linie „48A“ geschaffen. Weiters sollen heuer noch folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

Linie „6“: Eine große Anzahl von Maßnahmen, wie z.B. der neue selbständige Gleiskörper in der Geiselbergstraße, wurde schon verwirklicht. Weitere Abmarkierungen und Lichtsignaländerungen in der Geiselbergstraße, der Quellenstraße und auch am Gürtel sollen heuer noch folgen.

Linie „25“: Diese Linie verkehrt fast ausschließlich auf einem vom Individualverkehr abgetrennten Gleiskörper, Behinderungen entstehen vor allem durch die Aufenthalte bei den Ampeln in der Wagramer Straße und in der Erzherzog-Karl-Straße. Diese Probleme sollen durch eine Beeinflussung beziehungsweise Optimierung der Lichtsignalanlagen gelöst werden

Linie „26“: Auch hier entstehen wie bei der Linie „25“ die größten Verzögerungen durch Lichtsignalanlagen, die Beeinflussung der Signale soll auch in der Donaufelder Straße erfolgen. Dort wie auch in der Schloßhofer Straße sollen durch Abmarkierungen und Abbiegeverbote die Behinderungen weiter abgebaut werden.

Linie „32“: Verzögerungen entstehen durch ungünstige Schaltungen der Ampelanlagen, die der Straßenbahn besser angepaßt werden sollen. Verkehrsbeschränkungen wie Abbiegeverbote und Sperrflächen sollen in der Klosterneuburger Straße und in der Prager Straße ebenfalls zur flüssigeren Abwicklung des Verkehrs beitragen.

Programm für die nächsten Jahre

Aus dem weiteren Programm der Verkehrsbetriebe für die nächsten Jahre:

Linie „O“: Die Linie „O“ wird vor allem im Verlauf der Fasangasse und der Ungargasse behindert. Die Verkehrsbetriebe schlagen daher die Anpassung einiger Lichtsignalanlagen und Maßnahmen zur Freihaltung der Gleise in den Stauräumen vor. Weiters soll der Gleiskörper in der Laxenburger Straße bis zum Quellenplatz abmarkiert werden (wird bereits im Frühjahr 1988 durchgeführt).

Linie „62“: Diese lange und auf Grund der Topographie schwierige Linie wird vor allem in der Wiedner Hauptstraße, bei der Breitenfurter Straße und bei der Kreuzung Atzgersdorfer Straße behindert. Dies könnte abgebaut werden durch Halteverbote und Sperrflächen in der Wiedner Hauptstraße, durch eine andere Führung der Linksabbieger aus der Breitenfurter Straße in die Altmannsdorfer Straße stadteinwärts sowie durch eine Beeinflussung der Lichtsignalanlage Atzgersdorfer Straße. Weitere Maßnahmen sind in der Flurschützstraße, der Hetzendorfer Straße und der Feldkeller-gasse vorgesehen.

Linie „7A“: Um die Behinderungen durch Liefer- und Kundenfahrzeuge im Bereich Reumannplatz abzubauen, müßte die Linie „7A“ durch die Rotenhofgasse geführt werden. Im Bereich Inzersdorfer Straße/Laxenburger Straße und Davidgasse/Triester Straße ist zur Verflüssigung des Verkehrsablaufes die Markierung von Abbiegespuren bzw. die Aufweitung des Kreuzungsplateaus vorgesehen.

Linie „48A“: Diese Linie verkehrt in den stark vom Individualverkehr belasteten Straßenzügen Gablenzgasse — Burggasse beziehungsweise

Forts. von Blatt 393

Forts. auf Blatt 395

Neustiftgasse — Koppstraße in der Gegenrichtung. Dort treten insbesondere zu den Verkehrsspitzen Behinderungen durch Rückstau und auch außerhalb der Spitzen Behinderungen durch in zweiter Spur parkende Fahrzeuge auf. Abschnittsweise eigene Busspuren sollen den Autobus eine weitgehende verzögerungsfreie Fahrt ermöglichen. In Richtung Ottakring könnte die Linie „48A“ durch die Herbststraße geführt werden, da in der Koppstraße keine effektiven Maßnahmen möglich sind.

**Seit 1980 wesentliche Verbesserungen bei
24 Straßenbahnen und neun Autobuslinien**

Trotz aller Probleme, die sich in jedem Einzelfall mit den verschiedenen Interessensgruppen ergeben, konnten seit 1980 bei 24 Straßenbahn- und neun Autobuslinien wesentliche Verbesserungen erreicht werden. Da die einfachste Methode, nämlich die Schaffung von eigenen Gleiskörpern, in Wien auf Grund der gewachsenen Struktur mit engen verwinkelten Gassen nur schwer durchführbar ist, muß durch die Anbringung von Sperrlinien und Schwellen in kritischen Bereichen der private Pkw vom Gleis ferngehalten werden.

Das optimal beschleunigte Verkehrsmittel stellt natürlich die U-Bahn dar. Sie befördert allein pro Tag rund eine halbe Million Fahrgäste, etwa ein Viertel der Gesamtleistung der Wiener Verkehrsbetriebe. Mit der Fertigstellung des Grundnetzes der U-Bahn wurde ein ganz wesentlicher Beitrag zur Attraktivität des öffentlichen Verkehrs geleistet. Die möglichst rasche Fertigstellung der neuen Linien „U3“ und „U6“ als wichtige Querverbindung ist daher von größter Bedeutung für das öffentliche Verkehrsnetz in Wien. (Schluß) roh/gal/bs

Forts. von Blatt 394

Franz Morak liest Verbotenes

Wien, 4.3. (RK-POLITIK) Zum Auftakt der Großkundgebung auf dem Rathausplatz, die Donnerstag, den 10. März zum Gedenken an den März 1938 stattfindet, wird Burgschauspieler Franz MORAK Texte lesen, die in der NS-Zeit verboten waren. Er hat dafür Gedichte und Prosa von Carl ZUCKMAYER, Theodor KRAMER, Karl KRAUS und Siegmund FREUD ausgewählt. Die Lesung von Franz Morak wird um etwa 18.50 Uhr beginnen. (Schluß) sti/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 7. März 1988

Blatt 397

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Erhöhung der Bäderpreise (398/FS: 4.3.)
- „The Sound of Vienna“ mit Jose Feliciano auf Platz 1 der Ö-3-Hitparade (400/FS: 6.3.)
- Donauraum-Ausstellung verlängert (403)
- Zwei neue Primärärzte an der Krankenanstalt Rudolfstiftung (404)
- Wiener VP fordert Ausbau der Hauskrankenpflege (405)
- Tödlicher Arbeitsunfall (nur FS)
- 10. März: Gemeinsames Gedenken vor dem Wiener Rathaus (nur FS)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Öleinsatz im Alberner Hafen (nur FS)

Bezirke:

- Gedenksitzung der Liesinger Bezirksvertretung (399/FS: 5.3.)
- Neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für Schafberg (401)

Kultur:

- Aquarelle und Ölbilder im Bezirksmuseum Meidling (399/FS: 5.3.)
- Gedenkstunde im Konservatorium (399/FS: 6.3.)
- 50. Todestag von Egon Friedell (402)
- Literatur im März zum Thema „heute: besichtigen & berichtigen“ (406)

Erhöhung der Bäderpreise

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport beschloß am Freitag die Neufestsetzung der Preise für die Benützung der städtischen Bäder. Einzelkarten für Kästchen und Kabinen in den Saunen sowie Kästchen in den Schwimmhallen und Sommerbädern werden um 5 Schilling teurer, die Karten für Kinder und Jugendliche um 2 Schilling, Brausebäder werden um 2 bis 3 Schilling teurer.

Folgende Verbesserungen werden eingeführt: Der kleine Bäderpaß gilt in Zukunft für alle 12 städtischen Hallenbäder. Kinder dürfen auch während der Semester-, Oster-, und Weihnachtsferien ganztägig unentgeltlich ein Bad besuchen. In Bädern, bei denen Umbauarbeiten durchgeführt werden, wird es zu Preisreduktionen kommen, z.B. im Krapfenwaldlbad um 50 Prozent und im Laaerbergbad um 25 Prozent. Die neuen Preise gelten ab 1. April 1988. Vorverkaufskarten, die vor dem 1. April 1988 gelöst wurden, haben ohne Einhebung einer Nachzahlung bis 30. April 1988 Gültigkeit. Jahres- und Halbjahreskarten, die vor dem 1. April 1988 gelöst wurden, haben ohne Einhebung einer Nachzahlung während ihrer Laufzeit Gültigkeit. (Schluß) du/bs

Bereits am 4. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Aquarelle und Ölbilder im Bezirksmuseum Meidling

Wien, 5.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Meidling sind vom 10. März bis 24. April Aquarelle von Emmy SCHWELL — die Motive stammen aus Meidling und von Reisen in Österreich — und Ölbilder von Hans Alexander BRUNNER zu sehen. Die Ausstellung ist jeweils Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und Samstag und Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Die Eröffnung erfolgt am 10. März, 18 Uhr, durch Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER. (Schluß) gab/rr

Bereits am 5. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Gedenksitzung der Liesinger Bezirksvertretung

Wien, 5.3. (RK-BEZIRKE) Anlässlich des Gedenkens an das Jahr 1938 und der damit verbundenen Eingliederung der Gemeinden des 23. Bezirkes zu Wien tritt die Liesinger Bezirksvertretung zur einer Sitzung zusammen. Die Gedenkrede wird der Wiener Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN halten. Die Sitzung findet am Freitag, dem 11. März, um 16 Uhr im Festsaal der Bezirksvorstehung, 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, statt. (Schluß) smo/gg

Bereits am 5. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Gedenkstunde im Konservatorium

Wien, 6.3. (RK-KULTUR) Der Verein der Freunde der Musikschulen gedenkt mit einem künstlerischen Programm an den März 1938. Die Veranstaltung unter dem Titel „Die Iden des März“ findet Freitag, den 11. März um 19 Uhr im Konservatorium der Stadt Wien, 1, Johannesgasse 4a statt. (Schluß) sti/rr

Bereits am 6. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

„The Sound of Vienna“ mit Jose Feliciano auf Platz 1 der Ö-3-Hitparade

Wien, 6.3. (RK-LOKAL/KULTUR) Spitzenreiter der Ö-3-Hitparade ist neuerdings „The Sound of Vienna“. Dieses Lied, komponiert und getextet von den beiden Wienern Chris DUCHATSCHKEK und Rudi SPREITZER und gesungen von Jose FELICIANO gemeinsam mit der eigens für diese Produktion gegründeten Gruppe „Vienna projekt“, war im vergangenen November von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Festsaal des Rathauses vorgestellt worden.

Bei dieser Gelegenheit hatte Feliciano vom Bürgermeister auch den Silbernen Rathausmann erhalten.

Nun gelang „Sound of Vienna“, seit einigen Wochen bereits in den Hitparaden, der Sprung an die Spitze. Seit heute ist es offiziell: Feliciano rangiert mit seiner Wien-Hymne auf Platz 1 der Ö-3-Hitparade.

Die Platte, die auch in Deutschland immer beliebter wird, ist bereits europaweit veröffentlicht und wird demnächst auch in den USA auf den Markt kommen.

Auch auf Felicianos neuer LP, die demnächst zum Teil auch in Österreich produziert wird, wird es wieder ein Wien-Lied geben. Der Titel steht schon fest: „Vienna nights“. (Schluß) emw/bs

Bereits am 6. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für Schafberg

Wien, 7.3. (RK-BEZIRKE) Für ein rund 34 Hektar großes Gebiet am Südhang des Schafberges (Alsrücken) wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet. Die Reduzierung der geplanten Straßen, die Festsetzung von Fußgängerwegen und öffentlichen Durchgängen zur besseren Erschließung von Erholungsgebieten, die widmungsmäßige Sicherung von Grundflächen für öffentliche Zwecke sowie die widmungsmäßige Berücksichtigung bestehender und angestrebter Nutzungsstrukturen im Grünland und im Bauland stehen dabei im Vordergrund.

Der Entwurf liegt vom 10. März bis 7. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/gg

50. Todestag von Egon Friedell

Wien, 7.3. (RK-KULTUR) Egon Friedell (richtig : Friedmann) wurde am 21. Jänner 1878 in Wien geboren. Nach der Matura studierte er an der Wiener Universität Germanistik, dissertierte über „Novalis als Philosoph“ und promovierte 1904 zum Doktor der Philosophie. Seitdem lebte er in Wien als freier Schriftsteller, Kritiker, Kulturhistoriker und schließlich Schauspieler.

Friedells weitgespannte Tätigkeit im Wiener geistigen Leben der vier Jahrzehnte zwischen 1900 und 1938 kann schwer mit wenigen Worten charakterisiert werden. So kann man in Friedell den witzigen Kommentator von Theaterstücken, Büchern und Zeitereignissen sehen. In jeder seiner kritischen Bemerkungen steckt ein Stück ernster Kulturkritik. Friedell ist stets auf dem Standpunkt gestanden, daß Geschichte nur Kulturgeschichte sein kann, worunter er den Zusammenhang aller Kräfte versteht, die geschichtsbildend wirken. So steht deshalb die kulturhistorische Arbeit im Mittelpunkt seines Lebenswerkes.

Fleißiges Quellenstudium, dem ein großer Schatz an historischen Wissen entspringt, führt ihn zur Konzeption seiner kulturgeschichtlichen Werke. Die dreibändige „Kulturgeschichte der Neuzeit“ (1927-1931) führt von der Renaissance bis zur Gegenwart. Seine zweibändige „Kulturgeschichte des Altertums“ ist bis zu seinem Tode nur in dem Band „Ägypten und Vorderasien“ erschienen. Der zweite Band ist aus dem Nachlaß 1949 unter dem Titel „Kulturgeschichte Griechenlands“ veröffentlicht worden.

Friedell war ein enger Freund von Peter Altenberg und Alfred Polgar. Altenberg hat er unter dem Titel „Ecce poeta“ (1912) eine große Abhandlung gewidmet.

Mit Polgar verband ihn auch ein engeres Arbeitsverhältnis. 1908 erschien — von beiden gemeinsam verfaßt — die köstliche Verulkung der deutschen Literaturhistoriker in dem Einakter „Goethe“, in welchem Goethe als Prüfling über seine eigenen Lebensdaten schmähsch durchfällt. Mit Hans Süssmann gemeinsam hat er des Nestroystück „Alles und Nichts“ umgearbeitet und die Offenbachschen Operetten und Opern „Die schöne Helena“ und „Hoffmanns Erzählungen“ textlich bearbeitet.

Friedells Essays und kulturkritischen Aufsätze sind in einer Reihe von Auswahlbänden gesammelt. So im „Steinbruch“ und 1947 unter dem Titel „Das Altertum war nicht antik“. Als Übersetzer aus dem Französischen und Englischen ist Friedell gleichfalls bekannt geworden.

Schließlich muß man noch, wenn man Friedells Persönlichkeit ganz gerecht werden will, auch seine schauspielerische Tätigkeit erwähnen. Er hat bereits in jungen Jahren im Kabarett „Fledermaus“ damit begonnen. 1923 holte ihn Reinhardt sogar an seine Bühnen in Wien und in Berlin. Friedell selbst hat seine schauspielerische Tätigkeit stets mit ironischen Kommentaren versehen.

Als am 16. März 1938 zwei SA-Leute in seine Wohnung in der Gentszgasse eindrangen, stürzte er sich aus dem Fenster. (Schluß) red/rr

Donauraum-Ausstellung verlängert

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund des großen Publikumsinteresses wird die Ausstellung der Ergebnisse des Wettbewerbes „Chancen für den Donauraum Wien“ verlängert.

Die Präsentation im Wiener Messepalast (Halle P, Eingang Burggasse — gegenüber dem Volkstheater) ist nunmehr bis einschließlich 25. März zu sehen.

Die Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag von 9 bis 16 Uhr, Dienstag von 9 bis 19 Uhr und Sonntag von 9 bis 12 Uhr. An Samstagen bleibt die Ausstellung geschlossen. (Schluß) lf/rr

Zwei neue Primärärzte an der Krankenanstalt Rudolfstiftung

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Montag vormittag in der Krankenanstalt Rudolfstiftung zwei neue Primärärzte in ihr Amt ein: Dozent Dr. Werner GRÜNBERGER wurde Vorstand der Gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung, Dozent Dr. Paul SPORN Vorstand des Instituts für Anästhesiologie.

Dozent Grünberger war zuletzt Oberarzt an der I. Universitäts-Frauenklinik und hat dort unter anderem eine Spezialambulanz für gynäkologische Probleme im Kindes- und Jugendalter aufgebaut. Auf wissenschaftlichem Gebiet hat er mehr als 180 Arbeiten veröffentlicht. Er tritt die Nachfolge von Primarius Dr. Karlheinz LÖW an, der seit 1971 Leiter der Abteilung, seit 1979 Stellvertreter des ärztlichen Direktors der Krankenanstalt Rudolfstiftung war und nun in den Ruhestand getreten ist.

Dozent Sporn war seit 1977 Leitender Oberarzt an der Intensivbehandlungsstation I der Klinik für Anästhesie und allgemeine Intensivmedizin der Universität Wien. Er tritt die Nachfolge von Prof. Dr. Alexander BENKE an, der seit 1976 Vorstand des Instituts für Anästhesiologie an der Krankenanstalt Rudolfstiftung war und nun ebenfalls in Pension gegangen ist.
(Schluß) sc/bs

Wiener VP fordert Ausbau der Hauskrankenpflege

Hampel-Fuchs für Modellversuche

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Den Ausbau einer leistungsfähigen Hauskrankenpflege in Wien forderte VP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS Montag vormittag in einer Pressekonferenz. Naturgemäß nehmen ältere Menschen die Einrichtungen des Gesundheitswesens häufiger in Anspruch als jüngere. Es sei aber nicht möglich, jedem, der einen Platz in einem Pflegeheim braucht, diesen Platz zur Verfügung zu stellen. Daher ergibt sich für die Wiener Volkspartei die Notwendigkeit, die Gesundheitspolitik für die Senioren neu zu orientieren. Die Funktion des Pflegeheims müsse daher zu den Senioren kommen, die Hauskrankenpflege müsse forciert werden.

In Wien gebe es derzeit 81 mobile Krankenschwestern, die eine ausgezeichnete Arbeit leisten. Da die Zahl der Patienten, die zu Hause betreut werden müssen, steigt, müssen die Schwestern jedoch — bei gleichbleibendem Personalstand — seit Jahren immer mehr Arbeit leisten. Die Arbeit der mobilen Schwestern müsse daher durch eine umfassende Hauskrankenpflege ergänzt werden. Dafür fehlen in Wien jedoch die personellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen.

Außerdem müsse in Wien die Rehabilitation nach Schlaganfällen ausgebaut werden. Es gibt Rehabilitationsmöglichkeiten nach Herzinfarkten und nach Unfällen, aber zu wenig Einrichtungen für die Rehabilitation nach Schlaganfällen.

Weitere Forderungen der Stadträtin:

- Die Vorsorge-Untersuchungen müßten forciert werden.
- Modellversuche, die die ambulante Versorgung der Patienten zum Ziel haben, sollen gefördert werden.
- Für das Notruftelefon sollte eine Subjektförderung eingeführt werden.

Abschließend sprach sich Stadträtin Hampel-Fuchs gegen eine Reduzierung von Akutbetten in den Wiener Krankenanstalten aus, solange es in den Spitälern noch Gangbetten gibt. (Schluß) sc/rr

**Literatur im März zum Thema „heute:
besichtigen & berichten“**

Wien, 7.3. (RK-KULTUR) Die diesjährige Literatur im März, die vom 22. bis 27. März in der Secession stattfindet, ist dem Thema „heute: besichtigen & berichten“ gewidmet. Die Literaturwoche soll damit den geistigen Standort im heutigen Wien und Österreich umreißen und die Diskussion um die Ereignisse vor 50 Jahren ergänzen. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK bezeichnete die „Literatur im März“ als Versuch, Themen in den Raum zu stellen, die betroffen machen und dazu animieren, miteinander ins Gespräch zu kommen. Das gelte für die diesjährige — bereits zehnte — Literaturwoche ebenso wie für Veranstaltungsreihen der letzten Jahre.

Zu den Höhepunkten der kommenden „Literatur im März“ sind sicherlich der Vortrag von George Tabori am Eröffnungsabend, Bruno Kreiskys Ausführungen zum Thema „Geschichte — klüger für ein anderes Mal“ am Mittwoch, dem 23. März und ein Gespräch am 24. März, das Erich Fried, Michael Scharang und Franz Vranitzky zum Thema „Literatur und Politik heute“ führen, zu zählen. An den Vormittagen der Werkstage finden jeweils um 9 und um 11 Uhr Lesungen heimischer Autoren statt, zu denen im besonderen Schulklassen eingeladen sind. In einer „Werkstatt für junge Erwachsene“ werden — jeweils um 14 Uhr — Aufzeichnungen zum Thema „Heute“ erarbeitet. „Literatur primär“ stellt Texte, Dias und Fotos von Autoren vor, die versuchen, das Phänomen Stadt auch fotografisch zu analysieren. „Wir sprechen uns noch — Sprache in der Wende“ bringt am Freitag, dem 25. März, eine Auseinandersetzung mit der Sprache als Transportmittel der Wende-Philosophie. Am Sonntag, dem 27. März, dem Schlußtag der Literaturwoche, lesen in einer Matinee um 11 Uhr Burgschauspieler Texte zum Thema „Wien heute — Besichtigung einer alten Stadt“. Die Literaturwoche schließt mit dem Kabarett-Programm „jetzt erst recht“. (Schluß) gab/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 55), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 8. März 1988

Blatt 407

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 40 Jahre Wiener Heilstättenschule (408)
- Patienten malen und zeichnen (409)
- Stadtsenat beschloß neues Kuratorium für Stadterneuerungsfonds (410)
- Ein Jahr Wiener Umweltpolizei (411/412)
- Steigende Arbeitslosigkeit in Wien (413)

Kultur:

- „Die Wahrheit 38 — 45“ (414)

40 Jahre Wiener Heilstättenschule

Festveranstaltung und Symposium

Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) „70 Jahre Unterricht im Spital — 40 Jahre Wiener Heilstättenschule“ ist das Motto einer Festveranstaltung und eines Symposiums, das am Mittwoch, dem 9., und Donnerstag, dem 10. März, im Wappensaal des Rathauses stattfindet.

Im Anschluß an die Festveranstaltung (ab 9 Uhr) beginnt um 14 Uhr ein Symposium, das sich mit dem Thema „Kind im Krankenhaus“ beschäftigt. Im Rahmen dieser Veranstaltung referieren und diskutieren Mediziner und Pädagogen aus dem In- und Ausland.

Während der Veranstaltung wird im Rathaus eine Ausstellung über die Einrichtung „Heilstättenschule in Wien — Schule im Krankenhaus“ gezeigt. (Schluß) jel/bs

Patienten malen und zeichnen

Ausstellung im Pflegezentrum Sophienspital

Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Im Pflegezentrum Sophienspital der Stadt Wien wird Mittwoch abend eine Ausstellung von Bildern und Graphiken eröffnet. Es handelt sich dabei um Arbeiten von 28 Patienten des Pflegezentrums, die im Laufe des vergangenen Jahres aktiv am Projekt „Künstlerische Animation und Kreativität“ teilgenommen haben. Die Ausstellung kann vom 9. März bis zum 29. April während der Besuchszeiten (Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag von 13.30 bis 15 Uhr, Mittwoch von 18 bis 19 Uhr) besichtigt werden.

Das Projekt „Künstlerische Animation und Kreativität“ steht unter der Leitung von Magister Andrea PISECKY, die in ihrer Arbeit von den Künstlerinnen Brigitte JISKRA und Carmen MOSWITZER unterstützt wird. Die Aktion bietet für etwa 190 Patienten die Möglichkeit, sich künstlerische Techniken anzueignen, sie wieder aufzufrischen oder eben nur einfach daran teilnehmen. Die Anregung zum Zeichnen und Malen soll nicht nur die künstlerische Kreativität entfalten und fördern, die Animation gibt auch die Gelegenheit zu regelmäßigen sozialen Kontakten, die eine wesentliche Bereicherung des Heimalltags darstellen.

Die Kunstanimation unterstützt die medizinischen Behandlungen. Dabei spielen Ermunterung und Anerkennung eine wichtige Rolle. Denn die künstlerische Tätigkeit vermittelt den Patienten, die oft altersbedingt behindert sind, eine besondere Selbstbestätigung.

Bibliothek für die Patienten

Ebenfalls Mittwoch abend wurde im Pflegezentrum Sophienspital eine Bibliothek für die Patienten eröffnet (die Bücher und Kassetten wurden von der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie und Soziales zur Verfügung gestellt). Die Bewohner des Pflegezentrums können nun in mehr als 300 Büchern — drei Viertel davon Belletristik, ein Viertel Sachbücher — schmökern und mehr als 300 Tonbänder — 50 davon Sprechaufnahmen, der Rest klassische und Unterhaltungsmusik — hören. (Schluß) sc/rr



Stadtsenat beschloß neues Kuratorium für Stadterneuerungsfonds

Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat hat in seiner heutigen Sitzung die neuen Mitglieder und Ersatzmitglieder des Kuratoriums des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds beschlossen. Dem neuen Kuratorium gehören Vizebürgermeister MAYR, amtsführender Stadtrat EDLINGER, die Stadträte Dr. BUSEK und Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ sowie Vertreter der Magistratsabteilungen 25 und 50, des ÖGB, der Arbeiterkammer Wien, des Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen, der Architektenkammer, der Innung der Immobilienreuhändler, der Wiener Handelskammer und der Innung des Baugewerbes an.

Als Ersatzmitglieder wurden unter anderen amtsführender Stadtrat SALLABERGER sowie die Gemeinderäte Ing. SVOBODA, LUSTIG, Dr. PETRIK und Dr. KABAS bestellt. Die konstituierende Sitzung des neuen Kuratoriums findet am 24. März statt. (Schluß) ah/gg

Ein Jahr Wiener Umweltpolizei

Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichteten am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters über die Wiener Umweltpolizei. Die Wiener Umweltpolizei besteht jetzt seit einem Jahr und hat sich in dieser Zeit bereits in vielen wichtigen Dingen bewähren können: von Umwelteinsätzen in Industriebetrieben über die Beseitigung von gefährlichen Lagerungen bis zur Hilfe in der Not, wenn der Besitzer eines Wohnhauses die Mieter in der Kälte frieren ließ oder Gewerbebetriebe unzumutbare Lärm- und Geruchsbelästigungen verursachten. Insgesamt rund eintausendmal wurde innerhalb des ersten Jahres ihres Bestehens die Umweltpolizei in Anspruch genommen. Bürgermeister Dr. Helmut Zilk hatte diese Institution als schlagkräftige Waffe gegen Umweltsünder und als Zentrale für die Koordination von Umweltschutzaktivitäten ins Leben gerufen. Man erreicht sie über die Stadtinformation, Telefon 43 89 89.

Umweltpolizei in Stabsstelle eingerichtet

Es ist kein Zufall, daß die Wiener Umweltpolizei im Büro für Sofortmaßnahmen der Magistratsdirektion eingerichtet wurde. Diese Dienststelle ist in der Lage, notwendige Maßnahmen rasch einzuleiten und kurzfristig auf die personellen Ressourcen der Stadtverwaltung in den verschiedensten Bereichen zuzugreifen. Das kann sich etwa dann bewähren, wenn in einem Gewerbebetrieb gefährliche Stoffe in die Luft oder in den Boden gelangen können, und die Beiziehung verschiedener Experten innerhalb kürzester Zeit vonnöten ist. In diesem Sinne ist der Name „Umweltpolizei“ auch als Synonym für alle Dienststellen der Stadtverwaltung anzusehen, die sich der Bekämpfung von Umweltgefährdungen widmen. Die Umweltpolizei-Funkstreifen sind jedoch im Büro für Sofortmaßnahmen der Magistratsdirektion stationiert und können von hier aus in dringenden Fällen innerhalb weniger Minuten ausfahren.

Umweltgefährdungen in der Stadtinformation melden

Zur Entgegennahme von Meldungen über Umweltgefährdungen wurde die Stadtinformation im Rathaus gewählt. Unter der Telefonnummer 43 89 89 kann man Umweltgefährdungen rund um die Uhr bekanntgeben. Die Stadtinformation besitzt Direktverbindungen zum Büro für Sofortmaßnahmen, zur Feuerwehr und zur städtischen Umweltschutz-Dienststelle, und sie kann Beschwerden über Umweltgefährdungen auch an die zuständigen Bürgerdienst-Außenstellen weiterleiten. Nachts erfährt man vom Anrufbeantworter der Stadtinformation, wer in akuten Fällen Meldungen über Gefahren für die Umwelt entgegennimmt.

Wie sich gezeigt hat, ist dieser Weg effizient und ermöglicht die rasche Einleitung von Gegenmaßnahmen, wenn auch manche Umweltsünder erst versuchen, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um sich den Auflagen der Umweltpolizei zu entziehen. Das ist allerdings nicht die Regel. Im allgemeinen stößt die Umweltpolizei mit ihren Forderungen nach Schutz der Umwelt auf Bereitwilligkeit und Konsensbereitschaft bei den Betroffenen.

Es stinkt? Es raucht? Es ist zu laut? Umweltpolizei rufen!

Geruchsbelästigungen sind nach wie vor der hauptsächlichste Anlaß für die Wiener, die Umweltpolizei zu rufen. Das kann von den Emissionen einer Fabrik bis zum Abluftrohr eines Restaurants reichen, das vor dem Schlafzimmerfenster mündet. Unnötiger Lärm beispielsweise von Diskotheken oder — während der Sommermonate — von Schanigärten mobilisiert ebenfalls die Umweltpolizei. Ergebnisse von Umweltpolizeieinsätzen kön-

nen Strafanzeigen gegen Gewerbebetriebe ebenso sein wie die Beschlagnahme von Einrichtungsgegenständen: in einer Diskothek, die — ohne entsprechende gewerbebehördliche Betriebsgenehmigung — die Anrainer zwischen Weißglut und Verzweiflung taumeln ließ.

Fahrzeuge ohne Kennzeichen und Autowracks veranlassen ebenfalls viele Wiener, sich an die Umweltpolizei zu wenden. Sie wartet jedoch nicht nur auf Beschwerden aus der Bevölkerung, sondern registriert Mängel auch auf ihren täglichen Streifenfahrten und veranlaßt Abhilfe.

Ausstattung der Umweltpolizei-Streifenwagen

Die Umweltpolizei-Streifenwagen, die mit besonders versierten Mitarbeitern der Stadtverwaltung besetzt sind, besitzen eine Standardausstattung, die wichtige Entscheidungsgrundlagen für Sofortmaßnahmen am Einsatzort bieten. Dazu gehören ein Lärmmeßgerät, ein Thermohygrograph und ein Temperaturfühler (wenn z.B. ein Hausbesitzer seine Mieter ohne Gas frieren läßt) und ein Gaswarngerät für den Personenschutz. es zeigt Kohlenmonoxid-, Schwefelwasserstoff- und Sauerstoffkonzentrationen an und warnt auch vor explosiven Gasen. Außerdem führen die Umweltpolizisten Einrichtungen zur Überprüfung der Einhaltung des Salzstreuverbotes mit und können Umweltsünden auch sofort mit einer Sofortbildkamera festhalten. Über Funk und teilweise Autotelefon können die für die Umwelteinsätze gebrauchten Experten rasch herbeigerufen werden.

Interesse aus dem Ausland für die Umweltpolizei

Die Wiener Umweltpolizei findet weithin Interesse und Anerkennung. Wie weit, das löste sogar bei der Umweltpolizei Erstaunen aus, als sich nämlich das sowjetische Fernsehen anmeldete, um einen Beitrag zu drehen. Und auch ein Vertreter der chinesischen Botschaft in Wien ließ sich erklären, an wen sich die Wiener wenden, wenn sie ihre Umwelt gefährdet sehen.

Wien hat seit zehn Jahren Mobilen Bürgerdienst

„Vater“ oder „Bruder“ der Wiener Umweltpolizei ist der Mobile Bürgerdienst der Stadt Wien. Er besteht jetzt seit zehn Jahren, genau seit dem 1. März 1978. Bürgermeister Leopold Gratz hatte die Schaffung dieser Mobilen Einheit im bereits seit 1974 bestehenden Büro für Sofortmaßnahmen der Magistratsdirektion angeordnet. Mit gutem Grund, wie sich seither zeigte, denn seither ist der Mobile Bürgerdienst in sage und schreibe 100.000 Fällen tätig geworden. Dabei schlagen die kennzeichenlosen Fahrzeuge und rostenden Autowracks dominierend zu Buche: Allein innerhalb eines Jahres entledigen sich an die zweieinhalbtausend Wiener auf diese Weise ihres fahrbaren Untersatzes und riskieren unnütze hohe Kosten. Es würde genügen, bei einem Polizeiwachzimmer Verzichtserklärung, Typenschein und Wagenschlüssel abzugeben, um sein Fahrzeug auf Kosten der Allgemeinheit loszuwerden. Wer sich damit begnügt, einfach die Nummerntafel abzuschrauben, kann eine eindrucksvolle Verwaltungsstrafe und hohe Abschlepp- und Lagerkosten erwarten. Und das zahlt sich doch wirklich nicht aus.

Der „Mobile Bürgerdienst“ der Stadt Wien geht nicht nur Hinweisen aus der Bevölkerung nach, sondern stellt auch während der ständigen Streifenfahrten Unzukömmlichkeiten fest, deren Beseitigung in dringenden Fällen auch über Funk oder Autotelefon veranlaßt werden kann. (Forts. mgl.) and/gal

Forts. von Blatt 411

Steigende Arbeitslosigkeit in Wien

Zilk und Mayr für rasche Gespräche mit Bundesdienststellen

Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Die Verschlechterung am Wiener Arbeitsmarkt — in allen Bundesländern außer Wien sinkt derzeit die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr — machen rasche Gespräche mit den Bundesdienststellen notwendig. In einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY sowie die Bundesminister DALLINGER und Dr. STREICHER führen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Vizebürgermeister Hans MAYR an, daß Wien die Probleme mit den selbst zur Verfügung stehenden Mitteln allein nicht lösen können.

Zwar ist es gelungen, die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter durch eine dynamische Investitionspolitik im heurigen Februar gegenüber dem Vorjahr um 12,6 Prozent zu senken, dies reicht jedoch nicht aus, um andere negative Entwicklungen auszugleichen. Vor allem hat der „Kahlschlag“ bei den Beschäftigten der verstaatlichten Industrie in Wien bereits das zumutbare Ausmaß überschritten. Dazu kommt, daß die Arbeitsmarktverwaltung in anderen Regionen Sondermaßnahmen (wie z.B. Frühpensionierungsaktionen) setzt, die Wien bisher verwehrt wurden.

Anlaß für den Vorstoß des Landes Wien ist die jüngste Entwicklung am Wiener Arbeitsmarkt. Ende Februar waren in Wien 47.265 Menschen als arbeitslos gemeldet, um 1.102 mehr als im Februar des Vorjahres. In Österreich sank dagegen im Februar die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr um 10.629 auf 214.690.

Die Wiener Arbeitslosenrate betrug im heurigen Februar 6,1 Prozent (Vorjahr 5,9 Prozent), österreichweit verzeichnete man eine Arbeitslosenrate von 7,3 Prozent (Vorjahr 7,7 Prozent). Sollte der Trend am Wiener Arbeitsmarkt so weiterlaufen, ist zu befürchten, daß sich die heurige Wiener Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt an den Österreichwert angleicht — ein für Wien wohl denkwürdiges Faktum, da die Wiener Arbeitslosenrate in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer sehr deutlich unter dem Bundesdurchschnitt zu liegen kam.

Die schlechte Entwicklung am Wiener Arbeitsmarkt spielt sich vorwiegend in zwei Bereichen ab: bei den Angestellten nahm die Zahl der Arbeitslosen im heurigen Februar gegenüber dem Vorjahr um 1.357 auf 16.571 zu, ebenso gab es im Bereich Metall/Chemie einen beachtlichen Zuwachs von 577 Arbeitslosen auf 6.038. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter sank dagegen um 827 auf 5.717. (Forts. mgl.) sei/rr

„Die Wahrheit 38 - 45“

Zilk präsentiert neue Buchreihe

Wien, 8.3. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK präsentierte am Dienstag in seinem Pressegespräch die ersten vier Bände der im Verlag Jugend & Volk erschienenen Buchreihe „Die Wahrheit 38 — 45“. Die Herausgeber der Buchreihe sind Prof. Peter WEISER und Dr. Franz ENDLER. Die Bücher kosten jeweils 78 Schilling.

- Rudolf KALMAR, „Zeit ohne Gnade“: Dieses Buch erschien erstmals 1946 und war jahrzehntelang vergriffen. Rudolf Kalmar hat das Buch unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem KZ bzw. aus der Strafkompagnie geschrieben. Rudolf Kalmar, geb. 1910 in Wien, wurde bereits 1938 ins KZ eingeliefert. Später, nach dem Weltkrieg, war Kalmar durch viele Jahre hindurch Präsident der Schriftstellervereinigung Concordia.

- Maria CZEDIK, „Uns fragt man nicht...“: Es handelt sich um Tagebücher aus den Jahren 1938 bis 1945.

- Chas KELFEIT, „Ich kann nicht schweigen“, Bumi LAZAR, „Überleben in Preßburg“: Kelfeit war Geschäftsmann in Wien, er hat in seinem einprägsamen Tatsachenbericht festgehalten, wie es ihm und anderen jüdischen Mitbürgern 1938 in Wien ergangen ist. Lazar beschreibt seine Erinnerungen über das Leben in den Lagern und in seiner Heimatstadt Preßburg.

- E. H. KAMPELMACHER, „In die Emigration“, David G. GIL, „Briefe aus den Jahren 1939 — 1945“: Zwei junge Wiener Juden, die in die Emigration gegangen sind. Kampelmacher beschreibt seine schwierige Flucht nach Holland, und Gil stellte seine Briefe aus der Zeit der Verfolgung zur Verfügung.

(Schluß) fk/gg

Chef vom Dienst:
42 800/8971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 9. März 1988

Blatt 415

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Gedenktafel für Gemeinderäte (417)
- Von Alban Berg bis Webern (417)

Kommunal/Lokal:

- Goldenes Ehrenzeichen für Professor Kaindl (416)
- Vier neue Flächenwidmungspläne im 2. Bezirk (418)
- Hitparade der Wiener Sehenswürdigkeiten 1978 (419)
- Sallaberger: Einheitliche Gestaltung der Mariahilfer Straße angestrebt (420)
- Großkundgebung auf dem Rathausplatz (422)
- Katzenheim Freudenu wird zweimal wöchentlich kontrolliert (423)
- Neue AIDS-Station in Betrieb genommen (425)
- Einsturzgefährdetes Haus (nur FS/8.3.)

Kultur:

- Donauturm: Bilder von der Insel Lanzarote (421)
- „Bücherverbrennung“: Ausstellung eröffnet (421)
- Pläne des Theaters der Jugend (424)

Goldenes Ehrenzeichen für Professor Kaindl

Landeshauptmann Zilk überreichte die Auszeichnung

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte Dienstag nachmittag dem Vorstand der Kardiologischen Universitätsklinik, Univ.-Prof. Dr. Friedrich KAINDL, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Er wies in seiner Laudatio daraufhin, daß Professor Kaindl im Jahr 1968 zum Vorstand der damals neu geschaffenen Kardiologischen Universitätsklinik bestellt wurde und seither „Legionen von jungen Medizinerinnen“ ausgebildet hat. Professor Kaindl habe in Wien die Kardiologie begründet; schon 1966 habe er im Wiener Allgemeinen Krankenhaus die erste Herzalarmstation Österreichs eingerichtet.

Viele der ehemaligen Studenten und Mitarbeiter von Professor Kaindl gehören heute in Österreich zu den bekanntesten Herzspezialisten. Auf die erfolgreiche Tätigkeit von Professor Kaindl gehe es aber auch zurück, so der Landeshauptmann, daß die österreichische Kardiologie auch im Ausland Anerkennung gefunden habe und einen ausgezeichneten Ruf genieße. Die Auszeichnung von Professor Kaindl erfolge auch im Namen vieler Wienerinnen und Wiener, die heute nicht mehr leben würden, gebe es nicht die „Klinik Kaindl“.

Professor Kaindl dankte herzlich für die hohe Auszeichnung und erinnerte daran, daß der damalige Fernsehdirektor Zilk 1972 die Gründung des Österreichischen Herzfonds tatkräftig unterstützt habe. Das sei damals der erste Schritt im Kampf gegen die Volksgeißel Herzinfarkt gewesen. Vielen Menschen, die diesen Kampf gemeinsam mit ihm geführt haben und weiterführen, gebühre „ein Stückchen“ seiner Auszeichnung.

An der Ehrung nahmen auch Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß) sc/gg



Gedenktafel für Gemeinderäte

Wien, 9.3. (RK-POLITIK) Am 10. März wird Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Anschluß an die Gedenkstunde beim Gemeinderatssitzungssaal im Rathaus eine Gedenktafel für die Gemeinderäte enthüllen, die in der NS-Zeit umgekommen sind. Der Prominenteste ist Dr. Robert DANNEBERG (geb. 23.7.1885, Gemeinderat 1918-34, Landtagspräsident 1922-34, Finanzstadtrat 1932-34, am 12.12.1942 im KZ Auschwitz ermordet). Weiters sind verzeichnet Therese AMMON (geb. 1.8.1877, Gemeinderat 1927-34, 1944 im KZ Theresienstadt ermordet), Dr. Aladar BEKES (geb. 13.10.1868, Arzt, Gemeinderat 1923-24, 1942 im KZ Theresienstadt verschollen), Julius BERMANN (geb. 1.5.1868, Gewerkschaftssekretär, Gemeinderat 1919-34, gest. 7.1.1943 im KZ Theresienstadt), Johann POKORNY (geb. 1.7.1882, Geschäftsführer, Gemeinderat 1919-34, gest. am 11.9.1940 an den Folgen langer KZ-Haft), Edmund REISMANN (geb. 14.8.1881) Gemeinderat 1919-34, ermordet 28.12.1942 im KZ Auschwitz). Alle bisher Genannten waren Sozialdemokraten. Auf der Gedenktafel ist außerdem der Name des Rechtsanwaltes Dr. Jakob EHRlich (geb. 13.9.1877), verzeichnet, der 1919-23 Gemeinderat der Jüdisch Nationalen Liste war und 1934-38 der vom autoritären Regime eingesetzten „Wiener Bürgerschaft“ als Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde angehörte. Er starb am 17.5.1938 im KZ Dachau. (Schluß) red/bs

Von Alban Berg bis Webern

Rahmenprogramm für die Großkundgebung auf dem Rathausplatz

Wien, 9.3. (RK-POLITIK) Auf dem Rathausplatz beginnt das Rahmenprogramm für die Großkundgebung zum Gedenken an den März 1938 am Donnerstag, dem 10. März, bereits um 18.30 Uhr. Es werden Aufnahmen zweier Werke übertragen, die in der NS-Zeit verboten waren: „3 Orchesterstücke op. 6“ von Alban BERG (ORF-Symphonie-Orchester, Dirigent Christoph von DOHNANY) und „6 Stücke für Orchester op. 6“ von Anton WEBERN (London-Symphonie-Orchestre, Dirigent Pierre BOULEZ). Der Symbolcharakter der beiden Werke liegt nicht nur darin, daß die Komponisten Wiener waren, sondern sie bringen auch die Tragik der Geschichte Europas in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts zum Ausdruck.

Ab etwa 18.50 Uhr wird Burgschauspieler Franz MORAK Texte lesen, die ebenfalls in der NS-Zeit verboten waren: Carl ZUCKMAYER, Theodor KRAMER, Karl KRAUS und Siegmund FREUD.

Danach leitet der ÖGB-Chor unter Prof. Erwin WEISS mit dem Dachaulied zur Eröffnungsrede von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK über. Das Dachaulied hat der Wiener Dichter Jura SOYFER als Häftling im KZ Dachau geschrieben, ein Mithäftling, der Wiener Komponist Herbert ZIPPER, hat es vertont. Der Text nimmt auf die Worte Bezug, die über dem Eingang des KZ Dachau standen: „Arbeit macht frei“. Soyfer starb 1939, 27 Jahre alt, im KZ Buchenwald, Zipper überlebte das Grauen. Nach den ersten Rednern wird der Chor „Concentus vocalis“ unter Mag. Herbert BOECK die Kantate „Gegen den Krieg“ singen, die Hanns EISLER nach Texten von Bertolt BRECHT geschrieben hat. Beide Chöre werden zum Abschluß der Kundgebung gemeinsam die Bundeshymne singen. (Schluß) sti/gg

Vier neue Flächenwidmungspläne im 2. Bezirk

Öffentliche Auflage – rechtliche Sanierung von Kleingartenanlagen

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Für vier Gebiete im 2. Bezirk wurden die Entwürfe für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ausgearbeitet. Sie liegen vom 10. März bis 7. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Zusätzlich findet während der Zeit der öffentlichen Auflage jeden Donnerstag von 14 bis 17.30 Uhr in den Räumen des Magistratischen Bezirksamtes für den 2. Bezirk eine Informationsveranstaltung statt.

Die vier Pläne betreffen die Kleingartenanlagen „Sulzwiese“ östlich der Südost-Tangente im Grünen Prater, „80er Linie“ beim Gaswerksteg, „Kanalwächterhaus“ bei der Ostbahnbrücke und „Freudenau“ an der Ostbahn. Aufgrund des Kleingartengesetzes und der Bauordnungsnovelle soll nun eine rechtliche Sanierung dieser Anlagen vorgenommen werden. Die kleingärtnerische Nutzung wird gesichert. (Schluß) and/rr

Hitparade der Wiener Sehenswürdigkeiten 1987

Vom Schloß Schönbrunn bis zum Museum moderner Kunst

Wien, 9.3. (RK-LOKAL) Die Schauräume des Schlosses Schönbrunn waren 1987 Wiens meistbesuchte Sehenswürdigkeit. Das geht aus der soeben erstellten Statistik über die Besucherfrequenzen der Wiener Sehenswürdigkeiten für 1987 hervor, derzufolge 1,29 Millionen Touristen das barocke Habsburgerschloß besuchten. An zweiter Stelle der „Hitparade“ folgt das Riesenrad mit mehr als 840.000 Fahrgästen vor dem Kunsthistorischen Museum mit rund 515.000 Besuchern und der Österreichischen Galerie mit 395.000 Besuchern. Der Donauturm als Wiens beliebtester Aussichtspunkt zog im Vorjahr 480.000 Touristen an.

Das vielfältige Angebot der städtischen Museen nützten rund 390.000 Menschen. Diese Zahl enthält sowohl die 65.000 Besucher des Historischen Museums der Stadt Wien als auch die fast 90.000 Besucher der Ausstellung „Drüber und drunter — Wiener Damenmode von 1900-1914“ in der Hermesvilla.

Die Kronjuwelen der Habsburger in der Schatzkammer — die nach Umbauarbeiten erst seit Mai 1987 wieder geöffnet ist und deren Besucherfrequenz daher nur schwer mit der anderer Sehenswürdigkeiten verglichen werden kann — besichtigten rund 350.000 Personen. Ins Naturhistorische Museum kamen rund 345.000 Besucher; und die beiden Museen zeitgenössischer Kunst, das Museum moderner Kunst und seine Dependance, das Museum des 20. Jahrhunderts, besuchten insgesamt rund 120.000 Kunstinteressierte.

Die Spanische Reitschule gehört für viele zum Fixprogramm ihres Wien-Aufenthaltes: Etwa 70.000 Personen sahen die Vorführungen, und etwa 175.000 Schaulustige kamen zum Training der Lipizzanerhengste. Über den Stephansdom, den absoluten Spitzenreiter unter Wiens Sehenswürdigkeiten, liegen keine Besucherzahlen vor. (Schluß) wfv/gg

Sallaberger: Einheitliche Gestaltung für Mariahilfer Straße angestrebt

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Wie Stadtrat Günther SALLABERGER gestern, Dienstag abend, in einer von der Wiener Handelskammer initiierten Diskussionsveranstaltung über die künftige Oberflächengestaltung der Mariahilfer Straße bekräftigte, strebe er eine möglichst einheitliche Lösung für den gesamten Bereich zwischen Gürtel und Ringstraße an. Die Stadt Wien sei dabei noch völlig offen, für eine der drei Projektvarianten. Der beschränkt ausgeschriebene Wettbewerb habe, so Sallaberger, jedenfalls zum Ziel, die Tradition der Mariahilfer Straße im Zusammenhang mit der Erschließung durch die U 3 mit Neuem zu verbinden. Als erfreulich bezeichnete es der Stadtrat, daß beim bisherigen Bauverlauf die Rücksichtnahme auf die Funktion der Geschäftsstraße offenbar zur Zufriedenheit aller Beteiligten verlaufen ist. Sallaberger betonte abschließend, daß nunmehr nach den intensiven Diskussionen eine rasche Entscheidung über die endgültige Oberflächengestaltung nötig ist. (Schluß) lf/bs

„Bücherverbrennung“: Ausstellung eröffnet

Wien, 9.3. (RK-KULTUR) In der Österreichischen Nationalbibliothek ist bis 4. April die Ausstellung „Bücherverbrennung in Deutschland 1933. Voraussetzungen und Folgen“ zu sehen. Die Ausstellung, die von der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik mit Förderung durch das Kulturamt Wien gezeigt wird, dokumentiert die Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933, denen die Werke zahlreicher bedeutender Schriftsteller zum Opfer fielen, die heute für die Literatur der ersten Jahrhunderthälfte stehen.

Die Schau gibt aber auch einen Einblick in die Hintergründe und Voraussetzungen dieses barbarischen Aktes, sie beleuchtet die Haltung des Faschismus gegenüber der Literatur und Kunst und weist auf die Folgen hin, die dem Geistesleben in Deutschland und Österreich daraus erwachsen.

Im Rahmen der Eröffnung betonte Bundeskanzler Dr. Franz VANITZKY, daß es auch heute Tendenzen der Geistfeindlichkeit gebe, denen man entgegentreten müsse. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK wies darauf hin, daß es bis jetzt nicht gelungen sei, manche der damals geächteten Autoren dem Vergessen zu entreißen. Die Ausstellung ist Montag bis Samstag von 10 bis 16 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 10 bis 13 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

Donauturm: Bilder von der Insel Lanzarote

Wien, 9.3. (RK-KULTUR) Der Urlaub steht vor der Tür, das merkt man auch an den Ausstellungen auf dem Donauturm. Als letzter Künstler vor der Sommerpause stellt Herbert PASIECZNYK auf dem Donauturm aus. Die Insel Lanzarote bildet das Thema seiner Bilder.

Pasiecznyk, ein Schüler von Sergius PAUSER und Rudolf HAUSNER, ist schon mit vielen Ausstellungen an die Öffentlichkeit getreten. Auf dem Donauturm sind seine Bilder vom 11. bis 24. März täglich zwischen 10 und 22 Uhr zu sehen.

Die Vernissage findet am Donnerstag, dem 10. März, um 19 Uhr, im oberen Turmrestaurant statt. (Schluß) wh/rr

Großkundgebung auf dem Rathausplatz

Am 10. März ab 17 Uhr Freifahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Am Donnerstag, dem 10. März, um 19 Uhr findet auf dem Rathausplatz die Großkundgebung zum Gedenken an das Jahr 1938 statt. Von 17 Uhr bis Betriebsschluß gilt in diesem Zusammenhang Freifahrt auf allen Linien der Wiener Verkehrsbetriebe und auf den in Tarifgemeinschaft und im Auftrag geführten Linien. Es empfiehlt sich, nach Möglichkeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Rathausplatz zu kommen.

Die Straßenbahnlinien „J“, „1“, „2“, „31“, „32“, „46“, „49“, „65“, die Autobuslinie „59A“ sowie die U-Bahn-Linien werden verstärkt geführt.

Voraussichtlich ab 18 Uhr muß der Straßenbahnbetrieb am Ring zwischen der Stadiongasse und der U-Bahn-Station Schottentor unterbrochen werden.

Die Linie „D“ wird ab Wipplinger Straße/Ring über den Schottenring — Franz-Josefs-Kai — Ring — Schwarzenbergplatz zum Südbahnhof und über die gleiche Strecke zurück geführt.

Die Linien „1“ und „2“ verkehren mit geänderter Streckenführung, und zwar ab Schottentor über Schottenring — Franz-Josefs-Kai — Ring zur Babenbergerstraße und über die gleiche Strecke zurück.

Parkflächen für Autobusse reserviert

Zur Großkundgebung auf dem Rathausplatz, bei der prominente Zeitzeugen zum Gedenken an den März 1938 das Wort ergreifen, werden auch zahlreiche ältere Menschen erwartet, die mit Autobussen zum Rathausplatz kommen werden. Aus diesem Grund ist die Zufahrt zum Rathaus innerhalb Grillparzerstraße, Landesgerichtsstraße und Stadiongasse — ausgenommen Anrainer mit Garage — nicht möglich. Außerdem müssen sämtliche Parkflächen innerhalb dieses Bereiches für Autobusse reserviert werden. Die Regelung tritt am Donnerstag um 17 Uhr in Kraft und gilt bis zum Ende der Veranstaltung, voraussichtlich gegen 20.30 Uhr. Autos, die in dieser Zeit auf den genannten Flächen abgestellt sind, werden kostenpflichtig entfernt und an anderer Stelle abgestellt.

Gedenkminute am 11. März

Auch die Wiener Verkehrsbetriebe werden die Gedenkminute am 11. März einhalten. Sie unterbrechen um 11.10 Uhr für eine Minute den Betrieb.

Auf Grund verschiedener Kundgebungen am 11. und 12. März kann es an diesen Tagen auf den Linien „1“, „2“, „2A“, „37“, „38“, „40“, „41“ und „42“ zu kurzzeitigen Aufenthalten beziehungsweise Umleitungen kommen. (Schluß) red/bs

Katzenheim Freudenau wird zweimal wöchentlich kontrolliert

Keine Tierquälerei festzustellen

Wien, 9.3. (RK-LOKAL) Nach einem Gespräch mit der Initiative gegen das Katzenheim Freudenau bedauerte Stadträtin Christine SCHIRMER, daß die Mitarbeiter/innen der Initiative die Verbesserungen, die aufgrund der zweimal wöchentlich durchgeführten Kontrollen des Veterinäramts der Stadt Wien durchgeführt wurden, nicht zur Kenntnis genommen haben. Die Vorwürfe wegen Tierquälerei, die seit einiger Zeit gegen das Heim erhoben werden, konnten bei den Kontrollen nicht erhärtet werden. Die Katzen sind großteils in guter gesundheitlicher Verfassung, einzelne Vorschriften — etwa eine bessere Absonderung neu gekommener Katzen aus Quarantänegründen — wurden in der Zwischenzeit bereits erfüllt. „Als Tierfreundin und als für den Tierschutz zuständige Stadträtin tun mir alle Tiere leid, die in ein Heim müssen. Besonders die sensiblen Katzen leiden darunter; aber das kann doch nicht einem Heim angelastet werden“, sagte Stadträtin Christine Schirmer Mittwoch gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“.

Ein Teil der Schwierigkeiten des Katzenheims Freudenau ist sicher durch den Überbelag, durch die zu hohe Katzenanzahl, bedingt — in letzter Zeit wurden nun mehr Katzen an neue Besitzer/innen abgegeben, was auch von behördlicher Seite dringendst empfohlen wird.

Selbstverständlich muß auch das Katzenheim Freudenau wie alle anderen Tierheime nach einer Übergangsfrist um eine entsprechende Bewilligung nach dem neuen Tierschutzgesetz ansuchen. Außerdem wird derzeit in Erwägung gezogen, die Einlieferung neuer Tiere und deren weitere Geschichte durch den Amtstierarzt kontrollieren zu lassen. „Wir versichern allen Tierfreunden, daß die Einhaltung der behördlichen und veterinärmedizinischen Auflagen und speziell die Verwirklichung nach wie vor laufend kontrolliert werden“, bekräftigte Schirmer. (Schluß) hrs/bs

Pläne des Theaters der Jugend

Wien, 9.3. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und Dr. Reinhard URBACH stellten am Mittwoch in einem Pressegespräch die Pläne für die Zukunft des Theaters der Jugend vor. Dr. Pasterk bezeichnete künstlerisch anspruchsvolles Kinder- und Jugendtheater als primäre Zielvorstellung. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, die Organisationsstrukturen des Theaters der Jugend zu überprüfen und die Kostenrelation derart zu verändern, daß erheblich mehr Mittel für die künstlerische Produktion frei werden.

Das Renaissancetheater soll kindergerecht adaptiert werden, was einen Rückgang der Zuschauerplätze von über 800 auf 430 bis 500 bedingt. Das Theater an der Wien und das Raimundtheater werden als Spielorte aufgegeben, da es nicht kinderfreundlich ist, in fixen Dekorationen und in derart großen Theatern Kinderstücke zu spielen.

Für die Schüler der Oberstufe wird eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Wiener Bühnen angestrebt, um auf diesem Weg gutes Theater anbieten zu können.

Weiters ist an die Einrichtung eines „Foyertheaters“ für rund 100 Personen und generell an ein pluralistischeres Angebot in der Spielplangestaltung und auch in Bezug auf die Aufführungsformen gedacht. Das Ensemble soll durch Gastschauspieler und Gastregisseure ergänzt werden, Koproduktionen mit anderen Kinderbühnen in Österreich und auch auf internationaler Ebene sollen weiters zur Attraktivierung des Angebotes beitragen.

Konkret kündigte Dr. Urbach unter anderem Stücke von Astrid Lindgren und Christine Nöstlinger — eine szenische Aufführung ihres Buches „Der Hund kommt“ —, von F.K. Waechter, sowie Adaptierungen wie etwa die eines Stückes des Grips-Theaters Berlin an. Generell soll der Spielplan neben den gewohnten Märchenaufführungen eine weite Palette des modernen Kinder- und Jugendtheaters anbieten. (Schluß) gab/rr

Neue AIDS-Station in Betrieb genommen

Zahl der AIDS-Erkrankungen nimmt weiter zu

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Verbesserte Möglichkeiten für AIDS-Patienten, die einer intensiven ärztlichen Betreuung bzw. Pflege bedürfen, gibt es ab sofort in der I. Univ.-Hautklinik des Allgemeinen Krankenhauses. Mittwoch wurde die neu errichtete AIDS-Station in Betrieb genommen. Im April 1986 zunächst als „Provisorium“ eingerichtet, wurde diese Einrichtung nach dreimonatiger Bau- und Einrichtungszeit nunmehr fertiggestellt. Aus diesem Anlaß fand Mittwoch ein Pressegespräch statt, in dessen Rahmen Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Klinikvorstand Univ.-Prof. Dr. Klaus WOLFF die neue Station vorstellten.

Österreichs erste AIDS-Station

Die AIDS-Station war im April 1986 als erste Einrichtung dieser Art in Österreich mit Unterstützung der Stadt Wien in Betrieb genommen worden. So wurde damals für den Ambulanz- bzw. stationären Betrieb unter anderem auch ein neu entwickeltes Diagnostikgerät um 2,5 Millionen Schilling angeschafft. Aufgrund der wesentlich erweiterten Anforderungen durch diese Spezialeinrichtungen ergab sich auch die Notwendigkeit einer Personalaufstockung. Seit September vorigen Jahres stehen fünf zusätzliche Krankenschwestern dafür zur Verfügung. Mit der baulich neugestalteten AIDS-Station — Kostenaufwand insgesamt 2,5 Millionen Schilling, wovon 1,7 von der Aktion „Künstler gegen AIDS“ aufgebracht wurden — wurde nicht nur ein Provisorium beendet, sondern auch die Bettenkapazität von 11 und 16 erhöht.

Weitere Stationen geplant

Laut Gesundheitsstadtrat Stacher handelt es sich bei AIDS leider nicht nur um eine Erkrankung, sondern auch um ein gesundheitspolitisches Problem. Seitens der Stadt Wien war man daher bereits seit dem Jahre 1983 bemüht, in Zusammenarbeit mit führenden AIDS-Experten und mit Vertretern besonders gefährdeter Risikogruppen, ausführlich und gezielt zu informieren. Ebenso wurde vor einem Jahr in Wien Österreichs erste Landes-AIDS-Kommission konstituiert. Bisher hat sich die Kommission unter anderem mit Themen wie Dialysen bei AIDS-Patienten bzw. HIV-positiven Personen, sowie der Vorgangsweise bei Transplantationen und der Unterbringung bzw. Behandlung von AIDS-Patienten befaßt. Stacher unterstrich die Notwendigkeit der Schaffung spezieller Stationen für jene AIDS-Patienten, die einer besonderen ärztlichen Versorgung bzw. Überwachung bedürfen. Gegenwärtig ist die Schaffung einer weiteren Station im Pulmologischen Zentrum auf der Baumgartner Höhe geplant. Was Gesamtösterreich betrifft, so gibt es zur Zeit nur noch in Graz eine derartige Einrichtung, in Innsbruck ist eine solche Station geplant. Darüber hinaus unterstrich der Gesundheitsstadtrat aber auch die Notwendigkeit der Schaffung eigener Wohnheime für AIDS-Patienten.

Wien: Bisher insgesamt 64 Erkrankungen

Seit dem Auftreten der Krankheit sind in Wien bis 20. Februar 1988 insgesamt 64 Erkrankungen aufgetreten, 28 Personen davon sind verstorben. Im Vergleich dazu: 1983 waren es 5 Erkrankungen, 1986 betrug die Zahl der Erkrankten 13 und 1987 30 Personen. In Österreich gab es bis 31. Jänner 1988 145 Erkrankungen, davon 79 Todesfälle.

Was die Erkrankungsrate betrifft, so haben sowohl die Schweiz als auch die BRD eine höhere Quote, wobei die Zahlen in den USA noch wesentlich darüber liegen. (Schluß) zi/rr/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 10. März 1988

Blatt 426

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Wiener Stadtwerke gedachten der Opfer des Faschismus (431)
- Gedenkstunde anlässlich des 50. Todestages der Okkupation Österreichs (433-439)
- Großkundgebung auf dem Wiener Rathausplatz (442-444)

Kommunal/Lokal:

- Wiener Lokalbahnen feiern ihr 100jähriges Bestehen (427/FS: 9.3.)
- Jetzt ist es Zeit, zur Zeckenimpfung zu gehen (428)
- 51 Millionen Schilling für nachträgliche Aufzugseinbauten (429)
- Städtebund: Steuerreform droht Gemeinden in den Ruin zu treiben (430)
- Gedenktafel für Gemeinderäte (440)

Kultur:

- „Wien 1938“ in der Volkshalle des Rathauses (432)
- Ausstellung „Wien 1938“ eröffnet (441)

Wiener Lokalbahnen feiern ihr 100jähriges Bestehen

Großer Aufschwung seit 1983

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) In einer Pressekonferenz anlässlich ihres hundertjährigen Bestehens präsentierte sich Mittwoch die Wiener Lokalbahnen AG als modernes Unternehmen, das den Aufschwung mit der Einführung des Verkehrsverbundes Ost-Region — die Fahrgastzahlen sind um 70 Prozent gestiegen — auch zu einer Modernisierung seiner Betriebsmittel genützt hat. An der Pressekonferenz nahmen Verkehrsstadtrat Johann HATZL sowie die Direktoren Dipl.-Ing. Günther ZIMMERL und Reinhold KÖHLER teil.

Badner Bahn

Die Badner Bahn, eines der drei Standbeine der Wiener Lokalbahnen neben dem Busbetrieb und dem Reisebüro, steht heute mit ihrer gemischten Trassenführung für den modernen Typ der „Stadtbahn“, jenes Nahverkehrsmittels, das derzeit in aller Welt einen Siegeszug feiert. Für die 90er Jahre wird für die Badner Bahn an neuerlichen Investitionen gearbeitet, die der Bequemlichkeit der Fahrgäste und der Pünktlichkeit dienen sollen. So soll durch den Ankauf zusätzlicher Doppelgelenktriebwagen eine weitere Verdichtung des Bahnbetriebes erfolgen, das Intervall soll auf der Strecke Wien — Baden durchgehend auf 15 Minuten verbessert werden.

Die Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen war am 22. März 1888 von der „Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft“ gegründet worden, die ihr die Konzessionen für die Lokalbahn Wien — Wiener Neudorf sowie für die Fortsetzungstrecken übertrug. Auf dieser Strecke fuhren seit 1886 Dampftramway-Garnituren. 1897 wurde das „Badner Bahn- und Beleuchtungsunternehmen“ von der „Elektrizitäts-AG“ gekauft. Auf dieser Strecke gab es ab 1895 einen elektrischen Betrieb. Im Jahr 1907 wurde auf der gesamten Strecke Wien — Baden der Betrieb elektrifiziert. Damit kam eine erste starke Steigerung der Fahrgastfrequenz. Im Ersten, vor allem aber im Zweiten Weltkrieg kam es zu schweren Schäden auf der Badner Bahn. Nach den Wiederinstandsetzungsarbeiten sanken durch die Inbetriebnahme der Südbahnstrecke der ÖBB und durch die zunehmende Motorisierung die Fahrgastzahlen. Der große Aufschwung kam wieder mit der Einführung des Verkehrsverbundes Ost-Region. Seit 1983 sind dadurch die Fahrgastzahlen um 70 Prozent auf fünf Millionen im Jahr 1987 gestiegen.

Autobusbetrieb

Schon im Jahr 1928 hatten die Wiener Lokalbahnen einen Autobusbetrieb eingerichtet. Zunächst wurde die Badner Ringlinie mit drei Autobussen befahren. Durch die Erwerbung zusätzlicher Konzessionen weitete sich der Autobusbetrieb aus. Heute verfügen die WLB über einen der größten und besteingerichteten Autobusbetriebe Niederösterreichs. Die Autobusse werden sowohl im Linienverkehr wie auch im Auftragsgeschäft eingesetzt.

Jubiläumsveranstaltungen

Am Samstag, dem 26. März, finden Publikumsveranstaltungen anlässlich des Jubiläums statt. Von 9 bis 18 Uhr gibt es Freifahrt auf der gesamten Strecke der Badner Bahn. Um 10 Uhr beginnt eine Festveranstaltung in der Badner Veranstaltungshalle mit buntem Musikprogramm, der ORF-Sendung „Autofahrer unterwegs“, Lotterie, Medaillenprägung, etc. Der Original K.u.K. Hofsalonwagen der Badner Bahn wird als „Rollende Vernissage“ eingesetzt und Werke des Künstlers Prof. ZELLER-ZELLENBERG vorstellen. Zwei Brautpaare aus Wien und Baden feiern ihre Hochzeit gemeinsam mit der Badner Bahn, sie erhalten als Hochzeitsgeschenk einen Abend im Hofsalonwagen sowie eine Reise nach Venedig mit dem Reisebüro der Wiener Lokalbahnen. (Schluß) roh/bs

Bereits am 9. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Jetzt ist es Zeit, zur Zeckenimpfung zu gehen

Stacher warnt vor Impfmüdigkeit

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Noch bevor die warme Jahreszeit beginnt, sollte man unbedingt zur Zeckenimpfung gehen. Das empfiehlt der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Immerhin sind im vergangenen Jahr in Wien 12 Personen nach einem Zeckenbiß erkrankt. Gehirn- und Gehirnhautentzündung, aber auch der Tod können die Folgen eines solchen Bisses sein. Virustragende Zecken gibt es im Westen Wiens, aber auch in den meisten Bundesländern.

Der günstigste Zeitpunkt für die Impfung ist in der kühlen Jahreszeit, noch bevor die Zecken aktiv werden. Es sind drei Teilimpfungen erforderlich. Der beste Abstand zwischen der ersten und der zweiten Teilimpfung beträgt zwei Wochen bis drei Monate, zwischen der zweiten und der dritten Teilimpfung 9 bis 12 Monate. Nach der zweiten Teilimpfung beträgt der Schutz bereits 96 Prozent für etwa ein Jahr, nach der dritten Teilimpfung 98,4 Prozent. Einmalige Auffrischungsimpfungen sind dann nur mehr alle drei Jahre erforderlich.

Im Jahr 1987 zählte das Wiener Gesundheitsamt rund 49.900 Teilimpfungen, um 2.700 weniger als im Jahr 1986. Trotz der geringeren Zahl an Impfungen ging auch die Zahl der Erkrankungen zurück: von 18 im Jahr 1986 auf 12 im Jahr 1987. Stadtrat Stacher warnt aber vor einer möglichen Impfmüdigkeit. Man darf die Gefahren eines Zeckenbisses mit schlimmen Folgen nicht unterschätzen.

Hier wird geimpft:

- in der Zentrale des Gesundheitsamtes, Gonzagagasse 23, Montag bis Freitag, von 8 bis 12 Uhr,
- in den Bezirksgesundheitsämtern jeden Dienstag und Freitag, von 9 bis 11 Uhr, (während der Schulferien nur einmal wöchentlich),
- im Amtshaus am Schottenring, Eingang Neutorgasse 18, Donnerstag, von 15 bis 17 Uhr, (nicht während der Schulferien),
- in der Spezialambulanz Wien 10., Gellertgasse 42-46, jeden Mittwoch, von 17 bis 19 Uhr, (nicht während der Schulferien),
- in der Mutterberatung, Wien 21., Freytaggasse 32, jeden Donnerstag, von 17 bis 19 Uhr, (nicht während der Schulferien).

Eine Teilimpfung kostet 180 Schilling, wobei bei einer Impfung in den Gesundheitsämtern die Refundierung durch die Krankenkasse gleich abgezogen wird und daher nur 130 Schilling zu bezahlen sind. (Schluß) sc/bs

51 Millionen Schilling für nachträgliche Aufzugseinbauten

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) 51,1 Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung für nachträgliche Aufzugseinbauten in städtischen Wohnhäuser.

Weitere 6,2 Millionen Schilling wurden für die Anschaffung von 2.000 neue Gasherden für Gemeindewohnungen bewilligt.

Der Gemeinderatsausschuß beschloß ferner, 8,4 Millionen Schilling für Sanierungsarbeiten an Amtshäusern im 2., 6. und 9. Bezirk sowie am Europahaus des Kindes (16, Vogeltenngasse) bereitzustellen. Knapp über 28 Millionen Schilling soll die Errichtung eines Kindertagesheimes für die neue städtische Wohnhausanlage 10, Wienerberggründe (2. Bauteil) kosten. Für die Nachrichtentechnik des Sozialmedizinischen Zentrums Ost (SMZ Ost) wurden Aufträge im Wert von 85,6 Millionen Schilling an drei Wiener Firmen vergeben.

Schließlich beschloß der Gemeinderatsausschuß, ein Baurecht auf einem Grundstück in Wien 2, Hafenzufahrtstraße, zugunsten der Österreichischen Buddhistischen Religionsgesellschaft für die Errichtung eines Tempels des Friedens einzuräumen. (Schluß) ah/bs

Städtebund: Steuerreform droht Gemeinden in den Ruin zu treiben

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Wie der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK, Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ erklärte, ist nach den bisher in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Auswirkungen der Steuerreform für die Städte und Gemeinden mit erheblichen Einnahmefällen zu rechnen. Wenn auch bisher noch keine detaillierten Berechnungsunterlagen vorliegen, droht offensichtlich ein Einnahmefall in Milliardenhöhe. Erste überschlagsmäßige Berechnungen lassen bei den österreichischen Gemeinden jährlich Mindereinnahmen von 3,7 Milliarden Schilling erwarten, und zwar 2,7 Milliarden Schilling aus der Lohn- und Einkommenssteuer und eine Milliarde Schilling aus der Gewerbesteuer.

Der Präsident des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, hat deshalb an den Bundesminister für Finanzen, Dkfm. LACINA, das dringende Ersuchen gerichtet, so rasch wie möglich umfassende Unterlagen über die finanziellen Auswirkungen der Steuerreform auf die einzelnen Gebietskörperschaften zu übermitteln.

Der Österreichische Städtebund anerkennt die Notwendigkeit einer Tarifregelung bei der Lohn- und Einkommensteuer, vertritt aber die Ansicht, daß die Aufteilung der zu erwartenden Einnahmefälle auf die einzelnen Gebietskörperschaften auf die geringe Belastbarkeit der österreichischen Gemeinden und ihre schon derzeit äußerst angespannte Finanzsituation Bedacht nehmen muß.

„Einnahmefälle von bis zu zehn Prozent ihrer Steuereinnahmen wären für die Gemeinden unakzeptabel und für viele angesichts der hohen Verschuldung geradzuruinös“, erklärte Bürgermeister Zilk. „Die Gemeinden, die 11,5 Prozent Anteil an den Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften haben, müßten nach den vorliegenden Schätzungen rund 25 Prozent der Steuerausfälle auf sich nehmen. Ich fordere den Bund auf, schon jetzt bei der noch offenen Verteilung der Erträge aus der Kapitalertragssteuer auf Zinsen auf die Situation der Gemeinden Bedacht zu nehmen und den Anteil der Gemeinden an anderen Steuern zu erhöhen“, schloß der Präsident des Österreichischen Städtebundes. (Schluß) roh/gg

Wiener Stadtwerke gedachten der Opfer des Faschismus

Wien, 10.3. (RK-POLITIK) Die Personalvertreter und leitende Beamte der Wiener Stadtwerke gedachten heute, Donnerstag, in einer Feierstunde jener Bediensteten der Wiener Stadtwerke, die in der Zeit von 1938 bis 1945 wegen ihrer aufrechten demokratischen Gesinnung und ihres Eintretens für ein freies Österreich inhaftiert waren oder sogar ihr Leben lassen mußten. Bei der im Gaswerk Simmering abgehaltenen Feier legten die Gewerkschaftsvertreter und der amtsführende Stadtrat für Verkehr und Energie Johann HATZL Kränze am Mahnmal derer nieder, die ihr Leben für ihre Gesinnung opferten. Immerhin wurden 69 Bedienstete der Wiener Stadtwerke hingerichtet.

In einer Ansprache würdigte der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Otto HIRSCH die aufrechte Gesinnung und die Bereitschaft, für die Ideale der Demokratie einzutreten. Hirsch bezeichnete dieses Verhalten als Vorbild auch für die heutige Zeit.

Stadtrat Hatzl erinnerte in seiner Rede an die Ereignisse, die zum März 1938 geführt hatten, und appellierte an die Bediensteten der Wiener Stadtwerke, so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft einen Beitrag zu leisten, daß der Faschismus keine Chance mehr erhalte. Hatzl sprach sich auch gegen Verniedlichung und Vergessen dieser furchtbaren Zeit aus und betonte, daß das Argument bloßer Pflichterfüllung ein zutiefst inhumanes sei und deshalb keine Gültigkeit haben dürfe. Was man stärker als je zuvor benötige, sei ein positives Österreichbewußtsein, getragen von gegenseitiger Achtung, und ein ehrliches solidarisches Bemühen aller demokratisch Gesinnten um die Zukunft Österreichs. (Schluß) pz/bs

„Wien 1938“ in der Volkshalle des Rathauses

Wien, 10.3. (RK-KULTUR) In der Volkshalle des Wiener Rathauses ist bis 30. Juni die Ausstellung „Wien 1938“ zu sehen, die im Gedenken an die Ereignisse rund um den Anschluß vor 50 Jahren gezeigt wird. Die Ausstellung, die im Auftrag des Historischen Museums der Stadt Wien von einem Team von Zeithistorikern und Sozialwissenschaftlern aus dem Umfeld des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes erarbeitet und von Architekt Hermann CZECH gestaltet wurde, versucht, aufgrund der historischen Darstellung der verschiedensten Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens ein objektives Bild jener Tage zu geben. Die Kosten der Ausstellung, rund 6,5 Millionen Schilling, werden ausschließlich von der Stadt Wien getragen. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK kritisierte in diesem Zusammenhang die Haltung des Bundes, der eine ursprünglich gegebene Zusage zur Mitfinanzierung nicht gehalten habe. Bei der für ganz Österreich so ungemein wichtigen Thematik der Ausstellung sei diese Haltung völlig unverständlich. Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK sagte, es sei mit einem Wort von Hermann BROCH — die Schuld durch Gleichgültigkeit, über die es nachzudenken gelte. Die Ausstellung „Wien 1938“ sei in diesem Sinn als Beitrag zur nachdenklichen Selbstbesinnung zu sehen.

Die Ausstellung „Wien 1938“ soll eine Antwort auf die Fragen rund um die Ereignisse dieses Jahres geben, soll ein Beitrag zu dieser Diskussion sein. Dabei soll nichts beschönigt oder verharmlost werden: Der „Anschluß“ war für die Österreicher ein durchaus zwiespältiges Ereignis — sie waren Opfer **und** Täter, Verfolgte **und** Verfolger. Diese Tatsache wird bei der historischen Darstellung der verschiedensten Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens im Nationalsozialismus deutlich.

„Wien 1938“ zeigt die nationalsozialistische Herrschaft in Österreich in all ihren Facetten von der Politik über den Alltag bis hin zu Wirtschaft und Kunst, von den Mitgliedern der NSDAP bis zu den Exilanten, von den jubelnden Menschen der Massenveranstaltungen bis zur Vertreibung und Vernichtung der Juden, von den Zustimmenden und Angepaßten bis zu jenen, die Widerstand leisteten. Die Präsentation konzentriert sich vor allem auf das Geschehen in Wien, wobei hauptsächlich der Zeitraum vom März 1938 bis zum Kriegsausbruch im September 1939 dokumentiert wird. In einigen Fällen wird die Darstellung zum besseren Verständnis bis in das Jahr 1945 fortgeführt. Die ereignisreichen Wochen zwischen dem 12. März und der Volksabstimmung am 10. April stehen jedoch im Mittelpunkt.

Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich. Jeden Samstag um 16 Uhr sowie jeden Sonntag um 10 und 16 Uhr werden kostenlose Führungen für die Ausstellungsbesucher angeboten. Führungen für Schulklassen sind nach telefonischer Voranmeldung unter der Telefonnummer 0222/42 800/2275 DW. (von 10 bis 18 Uhr) möglich. (Schluß) gab/gg

Gedenkstunde anläßlich des 50. Jahrestages der Okkupation Österreichs

Die Rede von Landeshauptmann Dr. Helmut Zilk im Wortlaut

Wien, 10.3. (RK-POLITIK) Im großen Festsaal des Wiener Rathauses fand am Donnerstag nachmittag eine Gedenkstunde anläßlich des 50. Jahrestages der Okkupation Österreichs statt. Unter den Teilnehmern an der Gedenkstunde befanden sich auch die Wiener Ehrenbürger Kardinal Dr. KÖNIG, Altbundeskanzler Dr. KREISKY, der frühere Nationalratspräsident BENYA und Minister a.D. Dr. Hertha FIRNBERG, die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, Frankreichs, Jugoslawiens, Mexikos, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarns und der USA, Oberrabbiner Eisenberg sowie die Mitglieder der Wiener Landesregierung und des Wiener Landtages, ehemalige Mandatäre sowie Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Widerstandskämpfer, der KZ-Verbände, der Interessensvertretungen und der Beamtenschaft.

Landeshauptmann Dr. Helmut Zilk hielt folgende Ansprache:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich meine Gedenkworte mit einer kleinen historischen Reminiszenz einleiten:

Es war am Abend des 11. März 1938. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hatte soeben seine Abschiedsrede „Gott schütze Österreich“ gehalten, und die Nationalsozialisten zogen schon triumphierend durch Wien.

Ein Mann, der Schuschnigg bis zuletzt unterstützt und ihm zu jener Radiorede geraten hatte, saß hier im Rathaus, in dauerndem Telefonkontakt mit Bundespräsident Miklas: Es war Richard Schmitz, der kommissarisch eingesetzte Bürgermeister von Wien.

Er ließ noch die Rathauswache bewaffnen, ja sogar Waffen an einige Betriebsmilizen in städtischen Betrieben, in denen sich noch viele illegale Sozialdemokraten befanden, verteilen.

In seiner Rathauswohnung herrschte inzwischen fieberhafte Aktivität: Seine Familie verbrannte Dokumente, die den Nationalsozialisten nicht in die Hände fallen sollten. Aber alles das kam zu spät, es konnte seine Verhaftung nicht verhindern.

Der Christlich-Soziale Richard Schmitz kam von 1938 bis 1945 in das Konzentrationslager Dachau. Er überlebte seine Haftzeit, so wie sein Vorgänger, der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister, der vier Jahre vor ihm von seinem Arbeitstisch weg im Rathaus verhaftet worden war: Der demokratisch gewählte Wiener Bürgermeister Karl Seitz im Jahre 1934!

Das Schicksal dieser Männer ist für mich ein Symbol: Sie standen einander weltanschaulich in schroffer Ablehnung gegenüber, aber so viel sie auch trennen mochte, in einem waren sie einig: In der Ablehnung des Nationalsozialismus.

Und das ist auch das Vermächtnis dieser Männer, denn diese Ablehnung gilt auch für uns alle hier, ohne Ausnahme!

Und zwar nicht nur als Lippenbekenntnis in einer Trauerstunde, sondern in allem, was wir beschließen: In dieser Stadt ist kein Platz für Chauvinismus, kein Platz für einen menschenverachtenden Nationalismus, kein Platz für Antisemitismus und schon gar nicht für neonazistische Gruppen oder Gruppchen!

Es ist ein weises Wort, daß jene Gemeinschaften oder Individuen, die ihre Geschichte vergessen, dazu verurteilt sind, ihre Vergangenheit wieder zu erleben.

Und wenn wir in unserer Geschichte zurückblicken, wer möchte schon einen 15. Juli 1927 (Brand des Justizpalastes), die Ausschaltung der Demokratie im März 1933, den Bürgerkrieg des Februar 1934, werden 11. März 1938 nochmals erleben?

Für uns ist der 11. März 1938 kein Tag zum Feiern, denn für uns ist er untrennbar verbunden mit den traumatischen Ereignissen, die ihm folgen sollten:

Der Verhaftung von zehntausenden politisch Mißliebigen, den Exzessen gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern, dem Holocaust und dem Hingezogenwerden in einen Aggressionskrieg, dem 55 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Für uns ist der 11. März 1938 nicht zu trennen von der schrecklichen Bilanz, die die Welt und unser Land im April 1945 ziehen mußten.

Und so sind für uns auch die Bilder vom Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich, die Nazi-Bilder von den zehntausenden jubelnden Menschen, ein traumatisches Erlebnis. Sie zeigen ein Bild unseres Landes, das manche — sagen wir es doch ehrlich — manchmal gerne wegretuschieren möchten:

Die Jubelspaliiere, die offensichtliche Begeisterung vieler Menschen, den Jubel auf dem Heldenplatz und schon früher auf anderen Plätzen in anderen österreichischen Städten.

Diese Bilder zeigen aber eines nicht: Die zehntausenden Verhafteten der ersten Tage und Wochen! Schätzungen sprechen von bis zu 70.000 Menschen, die von den Nationalsozialisten systematisch verhaftet wurden. Daß man damit das größte Widerstandspotential gleich von Beginn an ausschaltete, ist klar. Und umso mehr müssen wir den Widerstand bewundern, den Männer und Frauen dieses Landes trotz der furchtbaren ersten Verhaftungswellen geleistet haben.

In diesem Rückblick sehen wir aber auch die krassen Fehleinschätzungen mancher österreichischer Staatsmänner oder anderer führender Persönlichkeiten. Ein Staatskanzler a. D. Renner irrte damals ebenso wie Kardinal Innitzer. Beide schätzten die Okkupation Österreichs falsch ein und waren wahrscheinlich ebenso kurzsichtig, wie das manche europäische Staatsoberhäupter im übrigen auch waren.

Das überflüssige „Ja“ Renners zum Anschluß und das „Heil Hitler“ Innitzers hatten eine traurige Vorbildwirkung auf zehntausende Unentschlossene, Ängstliche, die diesen Persönlichkeiten glaubten. Das eben war das große Versagen: Daß auch geachtete Persönlichkeiten durch ihr Fehlverhalten Unsicherheit, Verwirrung und falsche Überzeugungen in die Köpfe vieler Leichtgläubiger trugen!

Aber Innitzer und Renner und zehntausende von denen, die im März 1938 den Anschluß noch begrüßt hatten, begannen sehr bald, den Verlust ihrer persönlichen Freiheit zu verspüren, die maßlosen Herrschaftsansprüche des Nationalsozialismus, die verbrecherische Seite des Regimes. Kardinal Innitzer schon wenige Monate später bei den Zerstörungen seines Erzbischöflichen Palais durch Nationalsozialisten.

Als sie den Anschluß begrüßten, hatten sie den Krieg und den Massenmord, trotz aller Indikatoren, die es schon 1938 dafür gab, nicht voraussehen können. Das Ja zum Anschluß bedeutete kein Ja zum Krieg, schon gar nicht ein Ja zum Massenmord. Im März 1938 mochten viele noch hoffen, daß die brutale Seite des Nationalsozialismus nur eine Übergangserscheinung, eine kurze Entgleisung sei. Wir wissen heute, daß diese Hoffnung ein tragischer Fehlschluß war!

Daher tun wir uns heute mit Schuldzuweisungen leicht. Aber man kann eine Nation nicht auf Dauer in Schuldige und Unschuldige teilen, ohne ihr damit die Chance des Analysierens, Differenzierens, Neu-Beurteilens,

Forts. von Blatt 433

Forts. auf Blatt 435

kurz: des Lernens aus der Geschichte zu nehmen. Und **daß** wir aus der Geschichte gelernt haben, sollte heute niemand leugnen. Ich werde darauf auch noch näher eingehen.

Die tiefere Ursache für die Anschlußbewegung im März 1938 ist wohl eine einmalige Mischung aus Traditionen des 19. Jahrhunderts, einem schwach ausgebildeten Österreichbewußtsein, den Folgen der Verträge nach dem Ersten Weltkrieg und einer explosiven sozialen und politischen Situation im Lande.

Es ist heute Allgemeingut, daß die „Anschluß“-Bewegung bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht und — etwa im Jahr 1918 — praktisch in allen damaligen Parteien verankert war.

Selbst in der Sozialdemokratie, die 1933 dem Anschluß abschwor, gab es weit bis über dieses Datum hinaus einzelne Personen, die sich ein vereinigt-sozialdemokratisches Deutschland und Österreich vorstellen konnten.

Von einer Immunisierung gegen den „Anschluß“-Gedanken konnte im Österreich des Jahres 1938 jedenfalls keine Rede sein.

Die Lebensfähigkeit Österreichs, jenes „Reststaates“ nach der Zerschlagung der Monarchie, wie ihn ein großer französischer Staatsmann sinngemäß definierte, war eine weithin bezweifelte Tatsache.

Und vergessen wir eines nicht: Jene 600.000 Arbeitslosen und Ausgesteuerten, die von einem Tag auf den anderen nicht wußten, wovon sie und ihre Familien leben sollten, hatten wahrscheinlich keinen realen Grund, an die Lebensfähigkeit und Lebensberechtigung eines herzlosen Staates, eines Staates ohne soziales Mitgefühl, zu glauben! Wenn wir heute von der Gefahr einer Zwei-Drittel-Gesellschaft sprechen, dann war das Österreich des Jahres 1938 bestenfalls eine Fünfzig-Prozent-Gesellschaft, was die soziale Lage betraf.

Österreich bildete auch in dem wenig rühmlichen Bild, das manche zentraleuropäische Staaten damals boten, keine Ausnahme: Die 30er Jahre („the nightmare years“ nennt sie der große amerikanische Historiker William Shirer, die „Jahre des Alptraums“) waren in vielen europäischen Ländern keine Blüte der Demokratie. Unser Land bildete hier keine Ausnahme. Heute wird von niemandem mehr geleugnet, daß man in Österreich ab 1933 und 1934 (aus welchen Gründen, Anlässen und Motiven immer) wahrlich nicht die Luft demokratischer Freiheit atmen konnte. Es war die stickige Luft eines autoritären Regimes, eines Regimes der Anhaltelager, Zensur, der Rede- und Versammlungsverbote und der gewaltsamen Auflösung demokratischer Parteien und Verbände.

Aber auch eine der zynischen Konstanten der Weltpolitik muß hier erwähnt werden: das Desinteresse der Starken an den Schwachen.

Von zwei Ausnahmen abgesehen, gab es keinen Protest gegen die Okkupation Österreichs, und die de facto-Anerkennung der neuen Situation drückte sich in der eilfertigen Umwandlung von Botschaften zu Konsulaten aus. „Mit den Protestnoten, die nach dem 12. März im deutschen Außenamt eintrafen, konnte Hitler zufrieden sein: Keine einzige Erklärung richtete sich gegen die Liquidierung der Unabhängigkeit Österreichs. Allein die Vorgangsweise, mit der der Existenz Österreichs ein Ende gesetzt wurde, nicht der 'Anschluß' selbst, sondern die Methode, löste den Protest der Westmächte aus“, resümiert eine junge österreichische Historikerin die damalige Situation (Helene Maimann: „Die Reaktionen der Auslandspresse auf den 'Anschluß' Österreichs an das Deutsche Reich“, in: Wien 1938, Forschung und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Wien 1978, Seiten 116 ff.). Dieses Desinteresse, das man (auch nach dem Urteil führender ausländischer Historiker) dem kleinen Österreich entgegenbrachte, ist in vielem eine traurige Parallele zu unserer Gegenwart. Auch heute hat man manchmal das Gefühl, daß die armen kleinen Staaten der

Forts. von Blatt 434

Forts. auf Blatt 436

Welt vor allem dazu da sind, unter den Problemen zu leiden, die ihnen die Reichen und Mächtigen der Erde bereiten...

Es gibt viele **Erklärungen, Entschuldigungen** für die Iden des März 1938, es gibt aber ebenso viele historische **Tatsachen**, die uns heute tief treffen müssen:

Da ist einmal die schändliche antisemitische Tradition, die ein trauriger und verabscheuungswürdiger Teil unserer Vergangenheit ist.

Es ist das Verdienst von Persönlichkeiten wie Friedrich Heer, um einen großen Toten zu nennen, oder einer Erika Weinzierl, diese schandhafte Tradition erforscht und dokumentiert zu haben. Keine politische Bewegung hat sich ihr gänzlich entzogen, wenngleich aber von einem **gleichen** Anteil, einer **gleichmäßigen** Verteilung auf alle Weltanschauungen und Parteien keine Rede sein kann!

Was bei den einen eine systematisch gepflegte Tradition war, waren bei anderen nur Einzelpersonen und einmalige Entgleisungen; und bei allen gemeinsamen Schuldbekennnissen können wir diese Unterschiede nicht verwischen.

Ebenso klar ist zu sagen, daß es 1938 nicht nur die einmarschierenden Nationalsozialisten gab, sondern auch einen „hausgemachten“ österreichischen Nationalsozialismus. Und daß viele dieser österreichischen Nazis in der Vernichtungsmaschinerie des Dritten Reiches an führender Stelle tätig waren, am Holocaust mitwirkten (und zwar nicht nur gezwungenermaßen) und dabei schwere Schuld auf sich und ihr Land luden.

Und noch ein drittes: Seit der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 war Österreich ein okkupiertes, ein von den Nationalsozialisten besetztes Land.

Niemand wird an dieser Tatsache rütteln. Aber Österreicher waren Opfer **und** Täter! Unser Land war das erste Opfer der nationalsozialistischen Gewaltpolitik — aber manche Opfer dieser Okkupation machten sehr rasch selbst Jagd auf ihre Opfer: Jagd auf den politisch Andersdenkenden, vor allem aber auf jüdische Mitbürger. Manche Opfer haben sich sehr rasch selbst ihre Opfer gesucht; wir sollten diese beschämende Tatsache offen eingestehen. Und wir sollten das auch nicht durch einen Vergleich mit anderen Ländern, einer bis heute friedlosen Welt, die aus dem Krieg und dem Holocaust anscheinend so wenig gelernt hat, verkleinern und relativieren.

Im März 1938 wurde der Name Österreich von den Landkarten der Welt getilgt, von zwei rühmenswürdigen Ausnahmen abgesehen, ohne größeren Widerspruch der Völkergemeinschaft übrigens. Auch das ist ein Faktum, das wir angesichts des kritischen Interesses, das man in den letzten zwei Jahren unserem Land entgegenbringt, einmal deutlich aussprechen muß.

Denn für hunderttausende Österreicher begann ihr Leidensweg zu einem Zeitpunkt, zu dem manche führende europäische Staatsmänner immer noch wenn schon nicht an die Salonfähigkeit, so doch an die Paktfähigkeit Adolf Hitlers glaubten.

In Österreich wurden schon vor 1938 Nationalsozialisten verurteilt und inhaftiert, als Hitler noch freundlich die Hände anderer europäischer Staatsmänner schütteln konnte. Und in Österreich starben schon Widerstandskämpfer, als andere Länder mit Hitler immer noch Pakte und (zum Teil in ihren Ländern bejubelte) Verträge schlossen.

Keine 500 Schritte von hier starben im Landesgericht 1.100 Widerstandskämpfer unter dem Schafott, in ganz Österreich waren es 2.000 hingerichtete Widerstandskämpfer. Über 97.000 Österreicher, davon 65.000 jüdische Mitbürger, wurden in Konzentrationslagern oder in der Gestapo-Haft ermordet. An die 20.000 Österreicher wurden Opfer der „Euthanasie“, ca. 15.000 bis 20.000 Österreicher kamen als alliierte Soldaten oder Partisanen

Forts. von Blatt 435

Forts. auf Blatt 437

Forts. von Blatt 436

im Widerstandskampf um. Rund 100.000 Österreicher waren aus politischen Gründen inhaftiert. Es waren Katholiken, Monarchisten, Sozialdemokraten, Christlich-Soziale, Kommunisten, Ordensschwwestern, überzeugte Marxisten oder auch enttäuschte ehemalige Nationalsozialisten.

Es war der Widerstand einer Minderheit, so wie der Mut, für die Beseitigung einer Diktatur das Höchste, nämlich das Leben zu riskieren, meistens nur der Mut einer Minderheit ist.

Und noch etwas: Wir tun uns heute mit der Forderung nach mehr Widerstand leicht, und oft wird mit dieser Forderung rasch der Stab über die ganze damalige Erwachsenengeneration gebrochen. Lassen sie mich hier deutlich eines sagen: Die Forderung nach Heroismus, das Leben für eine Idee zu opfern, kann man nur an **einen** richten: **An sich selbst!** Heroismus kann man nicht von anderen fordern!

Wir können den Heroismus einzelner Widerstandskämpfer bewundern, aber nur eine maßlos selbstgerechte Gegenwart kann einer vergangenen Generation mangelnden Heroismus zum Vorwurf machen.

Wir gedenken heute der Soldaten und Zivilisten aller Länder, die in diesem Krieg starben, aber auch jener Österreicher, die zur Deutschen Wehrmacht eingezogen wurden und in fremder Uniform für Ziele kämpften, die nicht die ihren waren. Wir gedenken der 25.000 Österreicher, die bei Bombenangriffen starben und der mehr als 250.000 Landsleute, die ihren erzwungenen Dienst in der fremden Uniform der Deutschen Wehrmacht mit dem Leben bezahlen mußten. Auch sie zählen für mich zu den Opfern dieses Krieges.

Und vielleicht sollten wir in dieser Stunde einmal die in Österreich landauf und landab geübte Praxis der „Helden“-Denkmäler kritisch überdenken: Waren es wirklich „Helden“ oder waren es nicht eigentlich Opfer, die in fremden Ländern für die nationalsozialistische Herrschaftsidee fielen und Witwen, Waisen und verzweifelte Familien zurückließen?

Ich glaube, wir haben hier viel Stoff für eine kritische Selbstanalyse.

Wenn wir vom März 1938 sprechen, dann muß unsere Trauer besonders jener Menschengruppe gelten, die der nationalsozialistischen Gewaltpolitik in Österreich fast zur Gänze zum Opfer fiel: Den Menschen jüdischen Glaubens, unseren jüdischen Mitbürgern!

Ich habe bei vielen Anlässen meine Bewunderung für den einmaligen kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen und humanitären Beitrag ausgedrückt, den jüdische Mitbürger für unser Land geleistet haben. Es ist ein überproportionaler Beitrag, ein Beitrag, für den wir dankbar sind.

Über 65.000 jüdische Österreicher starben im Holocaust, zehntausende konnten noch fliehen in eine Welt, die das Grauen der nationalsozialistischen Massenvernichtung zu lange nicht wahrhaben wollte. Wenige hundert überlebten in Wien, aber zehntausende Emigranten nahmen die Erinnerung an Demütigungen, Qualen und Erniedrigungen in andere Länder mit. Die Erinnerung an den März 1938 muß für uns auch ein Anlaß sein, über die Gefühle jener vertriebenen Österreicher, die so oft beschönigend mit dem Wort „Emigranten“ umschrieben werden, nachzudenken.

Die ganze Bilanz des Grauens, das Mitte März 1938 begann, enthüllte sich erst sieben Jahre später, im April des Jahres 1945. Und diese bittere Bilanz wurde hier bei uns gezogen, im Roten Salon des Rathauses.

Bei uns konstituierte sich am 27. April 1945 die erste provisorische österreichische Regierung. Es war eine Regierung, die — und das muß man heute aller Welt deutlich sagen — aus Männern des Widerstands, aus Überlebenden der Konzentrationslager und aus Emigranten gebildet wurde. Es war eine Regierung, die schon in ihrer personellen Zusammensetzung einen klaren Trennstrich zum Nationalsozialismus zog. Es waren Männer,

Forts. auf Blatt 438

die von den Nationalsozialisten verfolgt, verjagt, eingekerkert und jahrelang mit Folter und Tod bedroht worden waren. An diese Tatsache muß mit aller Deutlichkeit erinnert werden.

Lassen Sie mich aber in diesem Zusammenhang auch einige Worte zur Entnazifizierung nach 1945 sagen:

Es ist heute populär geworden, so zu tun, als ob unser Volk aus den Jahren des Nationalsozialismus nahtlos, ohne Bruch in die Nachkriegszeit übergegangen wäre. Und dazu muß man einiges anmerken, denn die österreichische Regierung hat sich 1945 sehr wohl der Geschichte gestellt:

Es gab eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen zur Entnazifizierung des Beamtenapparates, es gab eine umfassende Straf- und Sühnegesetzgebung durch die österreichische Regierung und durch einzelne alliierte Behörden. Österreich hat die vollständigste Erfassung von Nationalsozialisten überhaupt durchgeführt — nicht nur der NSDAP-Mitglieder, sondern sogar auch noch der letzten Parteianwärter! Sie alle wurden registriert, auch der letzte kleine Postbeamte oder Lehrer, der durch das „Ja“ eines Staatskanzlers oder das „Heil Hitler“ eines Kardinals in den Irrtum und den Gewissenszweifel getaumelt war.

Es gab von 1945 bis 1957 Volksgerichte für Kriegsverbrecher, 136.000 Erhebungen zu nationalsozialistischen Verbrechen, 23.000 Anklagen, 13.000 Schuldsprüche und 43 Todesurteile, von denen 30 auch vollstreckt wurden. Diese Zahlen schließen jene Verurteilungen nicht ein, die von alliierten Militärgerichtshöfen in den Besatzungszonen verhängt wurden. (Hier gab es allein in den Westzonen 1945 und 1946 mehr als 30.000 Verhaftungen. Die Zahlen aus Ost-Österreich sind nicht annähernd bekannt.)

Das neue Österreich des Jahres 1945 hat die Schmerzzonen der Vergangenheit nicht ausgespart. Wo führende Persönlichkeiten geirrt haben, haben sie in ihrem Handeln Konsequenzen gezogen: Karl Renner wurde der Architekt der Zweiten Republik und Kardinal Innitzer hat eine nicht minder bahnbrechende, ja historische Rolle gespielt: Er hat der österreichischen Kirche anstelle eines Parteivolkes die Betreuung des ganzen österreichischen Volkes offengestellt und nahegelegt.

Und so wie diese Persönlichkeiten Konsequenzen gezogen haben, haben das auch hunderttausende andere Getäuschte, Leichtgläubige und Mitläufer der ersten Stunden getan. Die Menschen haben aus den sieben Jahren Nationalsozialismus gelernt, und sie haben schon seit den ersten freien Wahlen nach dem Krieg, am 25. November 1945, ein klares Bekenntnis zur demokratischen Staatsform, zur freiheitlichen Rechtsordnung und zur demokratischen Völkergemeinschaft abgelegt.

Und weil wir wissen, daß die Männer und Frauen, die die Zweite Republik schufen, mit keiner Erbsünde des Nationalsozialismus belastet waren, können wir heute auch über manche Versäumnisse sprechen:

Daß man in den Volksgerichtsprozessen gegen ehemalige Nationalsozialisten manchmal die Kleinen faßte und bestrafte, während man die Großen laufen ließ. Daß es auch später eine Reihe unverständlicher Gerichtsurteile gab.

Daß man die schon in der Moskauer Deklaration der Alliierten erfolgte Einstufung Österreichs als „erstes Opfer der nationalsozialistischen Gewaltpolitik“ allzu bereitwillig aufgriff und aus tagespolitischer und außenpolitischer Opportunität die Verstrickung von Österreichern in die Mordmaschinerie des Dritten Reiches gelegentlich allzu gerne übersah und daß man die Not der Gegenwart vor Augen hatte und sich nicht um eine systematische Rückholung der Emigranten bemühte. Der große Wiener Stadtrat Viktor Matejka blieb hier mit seinen Initiativen lange ein einsamer Rufer in der Wüste.

Forts. von Blatt 437

Forts. auf Blatt 439

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe die Schrecken der Kriegszeit, aber auch die Armut der Nachkriegszeit persönlich miterlebt. Mir blieb eine Verstrickung in das System des Nationalsozialismus erspart.

Das ist nicht mein persönliches Verdienst, denn vielleicht hätte ich mich so angepaßt verhalten, wie viele andere auch; es ist das Verdienst meines Vaters, der mich eben in einem anderen Geist, einer anderen Weltanschauung erzogen hat.

Heute, mit 60 Jahren, fühle ich mich selbst manchmal als ein Stück Zeitgeschichte.

Ich habe 1945 die Freude der Befreiung erlebt, die aber noch keine wirkliche Freiheit bedeutete.

Ich habe dann 1955 auch die Freude der Freiheit, den Stolz auf die wiedergewonnene staatliche Souveränität Österreichs erlebt.

Und dann die Jahre des sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs, auch die Hast der Erfolgsjahre, in der wir manches vergessen und vieles verdrängt haben.

Wenn ich heute an die Jahre von 1938 bis 1945 zurückdenke, fühle ich Trauer und Betroffenheit, sieben Jahre lang in einer Gesellschaft aufgewachsen zu sein, die eine systematische Massenvernichtung betrieb und duldete.

Wenn ich aber heute vor Ihnen stehe, fühle ich auch den bescheidenen Stolz auf das, was wir gemeinsam seit 1945 geleistet haben.

Weil wir selbst Not erduldet, aber auch zugefügt haben, wissen wir von der ersten Stunde unserer Unabhängigkeit an, wie wichtig internationale Solidarität ist, und daß wir auch anderen helfen müssen.

Wir haben den Ungarnflüchtlingen des Jahres 1956 geholfen, den Flüchtlingen aus der CSSR 1968, zehntausenden Polen in den letzten Jahren, und vergessen wir nicht: Auch für zehntausende Juden aus anderen Ländern wurde Österreich das Tor zur neuen Welt.

Wir flüchten nicht aus unserer Zeitgeschichte, wir haben versucht zu lernen, und wir haben auch in aller Bescheidenheit einen kleinen Beitrag zur Humanisierung einer friedlosen Welt geleistet.

Meine Damen und Herren!

Jeder, der den 11. März 1938 erlebt hat, hat daran seine eigenen, persönlichen Erinnerungen. Bei allen weltanschaulichen Unterschieden ist er für uns alle Anlaß zu Nachdenklichkeit.

Wenn wir den Blick in die Geschichte scheuen, werden wir blind für die Gegenwart. Wenn wir aber nur mehr über die Geschichte reden, werden wir blind für die Zukunft. Und das Schicksal unseres Landes entscheidet sich nicht nur in der Vergangenheit, sondern erst recht in der Zukunft. Fast 60 Prozent aller Österreicher sind nach dem Kriegsende geboren.

Lassen wir die Jugend aus den Schlacken der Vergangenheit treten, ermöglichen wir ihr den Schritt in eine Zukunft, die nicht von unserer Vergangenheit, der Vergangenheit der Großelterngeneration, überschattet ist.

Wenn diese Gedenktage einen Sinn haben, dann doch den, daß wir mit uns selbst ins Reine kommen müssen: Wir müssen das Irren einer Generation erkennen, und wir müssen mit diesem Eingeständnis der Jugend unseres Landes den Weg in die Zukunft ebnen. Wir dürfen nicht die Probleme der älteren Generation zu einem Zukunftsproblem unserer Jugend machen!

Nein: Unsere offene Sicht muß der Jugend den Blick auf eine durch die Vergangenheit unbelastete Zukunft öffnen!

Wir brauchen eine Generation, die kennt, was gestern war.

Wir brauchen aber auch eine Jugend, die weiß, was sie für morgen tut!


Sorgen wir für die Zukunft unserer Jugend, arbeiten wir für die Zukunft Wiens, für die Zukunft Österreichs.

Es lebe Österreich. (Schluß) red/gg/rr

Gedenktafel für Gemeinderäte

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Gedenkstunde, die Donnerstag nachmittag im Festsaal des Rathauses stattfand, enthüllte Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN vor dem Gemeinderatssitzungssaal eine Gedenktafel für jene Mitglieder des Wiener Gemeinderates, die in der NS-Zeit umgekommen sind. Es sind dies: Therese AMMON (1944 im KZ Theresienstadt ermordet), Dr. Aladar BEKES (1942 im KZ Theresienstadt verschollen), Julius BERMANN (1943 im KZ Theresienstadt gestorben), Dr. Robert DANNEBERG (der ehemalige Landtagspräsident und Finanzstadtrat wurde 1942 im KZ Auschwitz ermordet), Johann POKORNY (1940 an den Folgen langer KZ-Haft gestorben), Edmund REISMANN (1942 im KZ Auschwitz ermordet) sowie Dr. Jakob EHRLICH (gestorben 1938 im KZ Dachau).

Ehrlich war 1919 bis 1923 Gemeinderat der Jüdisch Nationalen Liste und 1934 bis 1938 als Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde Mitglied der vom autoritären Regime eingesetzten „Wiener Bürgerschaft“. Alle anderen Mandatäre waren Sozialdemokraten und gehörten dem Wiener Gemeinderat vor bzw. bis 1934 an. (Schluß) ger/bs



**ZUM GEDENKEN AN DIE
DEMOKRATISCH GEWÄHLTEN
MITGLIEDER DES WIENER
LANDTAGS UND GEMEINDERATS
THERESE AMMON
DR. ALADAR BEKES
JULIUS BERMANN
DR. ROBERT DANNEBERG
POKORNY JOHANN
UND EDMUND REISMANN
SOWIE AN DEN ANGEHÖRIGEN
DER WIENER BÜRGERSCHAFT
DR. JAKOB EHRLICH.
SIE FIELEN DER
NATIONALSOZIALISTISCHEN
GEWALTHERRSCHAFT
ZUM OPFER.
11. MÄRZ 1988**

Ausstellung „Wien 1938“ eröffnet

Wien, 10.3. (RK-KULTUR) Die Ausstellung „Wien 1938“ in der Volkshalle des Rathauses wurde am Donnerstag nachmittag eröffnet. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK bezeichnete die Ausstellung als Chance, den Wurzeln der Identität unserer heutigen Gesellschaft nachzuspüren. Dazu gehöre der Jubel auf dem Heldenplatz ebenso wie der Widerstand zehntausender und der Leidensweg hunderttausender Menschen.

Die Geschichte müsse nach einem Wort von Eugen Kogon als „Arsenal unserer Erfahrungen“ gesehen werden: „Man muß sie kenne, um aus ihr bestätigt oder gewarnt zu werden.“

Univ.-Prof. Dr. Erika WEINZIERL bezeichnete die Ausstellung als notwendige Erinnerung für jene, die diese Zeit erlebt haben, und als wichtige Information für die Nachgeborenen. Die Ausstellung zeige, wozu ein verbrecherisches Regime — auch in der Manipulation der Menschen — fähig sei. Sie sei ein Mahnmal für etwas, was nicht erst im Jahr 1938 begonnen habe und was auch heute noch nachwirke. (Schluß) gab/bs

Großkundgebung auf dem Wiener Rathausplatz

Wien, 10.3. (RK-POLITIK) Auf dem Wiener Rathausplatz, auf dem sich bereits 30.000 Menschen versammelt hatten, begann am Donnerstag um 19 Uhr die Großkundgebung zum Gedenken an den März 1938. Die Veranstaltung, die von Kammerschauspielerin Eva ZILCHER moderiert wurde, begann mit dem vom ÖGB-Chor vorgetragenen Dachau-Lied von Jura SOYFER. Anschließend las Burgschauspieler Franz MORAK ein Gedicht von Theodor KRAMER.

Zilk: Nie wieder Faschismus, Krieg und Diktatur

Als erster Redner erinnerte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK daran, daß die Bilder vom Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich in der ganzen Welt bekannt seien. Es gab damals aber auch noch andere Ereignisse, von denen keine Bilder gemacht werden durften. 70.000 Menschen wurden verhaftet, an die Greuel der Deportationen in die Konzentrationslager, an das Schicksal jüdischer Mitbürger erinnern nur jene, die diese schreckliche Zeit überlebt haben. Unsere Pflicht ist es, jener 2.700 Österreicher zu gedenken, die als Widerstandskämpfer hingerichtet wurden, jener 32.000, die in KZs umgekommen sind, jener 20.000, die der „Euthanasie“ zum Opfer fielen, und vor allem jener 65.000 Juden, die ermordet wurden. Wir gedenken aber auch der 20.000 Zivilisten, die im Bombenhagel ums Leben gekommen sind, und jener 247.000 Soldaten, die einem unfreiwillig geleisteten Dienst in fremder Uniform zum Opfer fielen.

Österreicher waren Opfer, und Österreicher waren Täter, betonte der Bürgermeister. Auch Österreicher waren ohne Zwang in die Mordmaschinerie der Nazis integriert. Immer aber gab es auch das andere Österreich, für das die heute zu Wort kommenden Zeitzeugen stehen. Wir haben aus der Geschichte auch gelernt. Nie wieder darf Wien ein Platz für Chauvinismus, für Nationalismus und Vorurteile werden, nie wieder darf es in diesem Land Faschismus, Krieg und Diktatur geben.

Paul Grosz: Niemals vergessen!

Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Paul GROSZ, erinnerte daran, daß es vor der NS-Zeit 190.000 Juden in Wien gegeben habe. 65.000 davon wurden ermordet, von den vertriebenen leben noch ca. 30.000 in aller Welt. Der „Anschluß“ war nicht nur eine nationale Tragödie, er bedeutete auch den Zusammenbruch einer ganzen Zivilisation. Treue Staatsbürger wurden über Nacht zu Untermenschen, die verfolgt, gedemütigt, ihrer Menschenwürde beraubt und ermordet wurden. Dies bleibt ein Schandfleck in der Geschichte dieser Stadt, den man niemals vergessen dürfe, wolle man sich nicht am Verschweigen und Verdrängen mitschuldig machen.

Grosz wies darauf hin, daß es auch zehntausende nichtjüdische Österreicher gegeben habe, die den Nazis zum Opfer fielen — so Zigeuner und politisch Mißliebige.

Grosz wandte sich abschließend an die Jugend. Die Zukunft liegt in ihren Händen, sie könne sich für ein weltoffenes Wien entscheiden. Ein Kampf um die Hirne und Herzen der Menschen, um Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit müsse geführt werden. Die Jugend sei keine Gefangene der Vergangenheit — wer die Vergangenheit kennt, der kann die Zukunft frei gestalten.

Dr. Fritz Bock: Die Österreicher wollten die Freiheit

Vizekanzler a.D. Dr. BOCK wies darauf hin, daß Österreich das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggression war. Allerdings sei dieses Ziel der Nationalsozialisten schon länger bekannt gewesen, und es sei auch eine

historische Tatsache, daß die große Mehrheit der Österreicher die Unabhängigkeit des Landes wollte. Dieser Wille der Österreicher sei es auch gewesen, der Österreich wieder die Freiheit gebracht habe. Schon im Sommer 1938, als er mit anderen Mitgefangenen auf der Lagerstraße des KZ Dachau ging, habe man unter den Österreichern von nichts anderem gesprochen, als von dem, was man in der Freiheit gemeinsam und nicht mehr gegeneinander machen wolle. Dr. Bock erinnerte auch an den historischen Handschlag zwischen Alfons Gorbach und Bruno Pittermann am 12. Februar 1964 beim Mahnmal am Heldenplatz. 50 Jahre nach dem März 1938 müsse man all der Helden gedenken, die in Unfreiheit für Österreich gestorben sind, damit Österreich heute in Freiheit leben könne

Dr. Bruno Kreisky: Klüger werden für ein anderes Mal!

Bundeskanzler a.D. Dr. Bruno KREISKY rief dazu auf, der geschichtlichen Wahrheit endlich zum Durchbruch zu verhelfen. Er habe wie viele andere den schmerzlichen Verlust seiner Heimat und ihrer Freiheit erlebt. Aber schon vier Jahre vor dem März 1938 seien in Österreich die freigewählten Abgeordneten am Betreten des Parlaments gehindert worden. Deshalb dürften die Österreicher nie wieder bereit sein, „vom Geist der Demokratie auch nur das kleinste Stückchen aufzugeben“. An die Jugend richtete Kreisky den Aufruf, die Zukunft zu gestalten. Dies sei eine gewaltige Aufgabe, und es müßte alles unternommen werden, damit Österreich von den Besten des Landes vertreten wird. Die Demokratie sei nur dadurch zu sichern, indem sie ununterbrochen in Bewegung gehalten werde. In dem redlichen Bemühen, nichts zu verdrängen und nichts zu verschütten, sondern die Geschichte als einen sicheren Weg in die Zukunft zu begreifen, sollten die Österreicher „klüger werden für ein anders Mal“, schloß Kreisky.

Dr. Erhard Busek: In den vergangen 50 Jahren viel gelernt

Stadtrat Dr. Erhard BUSEK meinte, daß die Besinnung auf die Geschichte allein nicht die Zukunft für Österreich sein könne. Er gehöre einer Generation an, die die Märztag des Jahre 1938 nicht erlebt hat. Ihn erfüllen die Leiden der Österreicher, der Widerstand und die Opfer mit tiefem Respekt. Nun brauche man mehr Mut zur Lösung der dringlichen Zukunftsfragen, mehr Mut zum Gemeinsamen, mehr Mut zur geistigen Auseinandersetzung und mehr Mut, über parteiliche Standpunkte hinauszugehen. Die heute 40jährigen hätten nicht das Recht, Richter über den Lebensweg der heute 70jährigen zu sein. Man müsse denen mit Achtung begegnen, die sich auf Grund einer persönlichen Entscheidung für eine Politik entschieden hätten, die sich später als richtig oder als falsch herausgestellt hat, die geirrt haben und die sich auch zur Reue durchgefunden haben.

Besonderer Dank gelte heute jenen aufrechten Demokraten, sagte Dr. Busek, die immer an Österreich geglaubt habe und diesen Glauben an uns weitergegeben haben.

Dr. Ludwig Soswinski: Stolz auf die Zweite Republik

Dr. Ludwig SOSWINSKI, Obmann der Lagergemeinschaft Mauthausen, verwies darauf, daß am Freitag der 50. Jahrestag seiner Verhaftung durch die Nationalsozialisten sei. Um halb sechs Uhr früh sei er am 11. März noch von österreichischen Polizisten mit Hakenkreuz-Emblemen verhaftet worden. Beim ersten Transport nach Dachau war er bereits dabei. Jeder, der Kerker und KZ überlebt habe, müsse stolz sein auf die Zweite Republik. Es sei gelungen, nach dem Zusammenbruch den Wiederaufbau einzuleiten, die demokratischen Institutionen wieder funktionsfähig zu machen. Der große Fehler, den alle Gruppierungen in der Ersten Republik begangen hätten, nämlich im politischen Gegner einen Feind zu sehen, wurde seit 1945 nicht mehr wiederholt. Man könne verschiedener Meinung über die Zukunft sein, nur müsse man die Einigkeit pflegen. Diese Einigkeit, die

Forts. von Blatt 442

Forts. auf Blatt 444

in der Ersten Republik fehlte, wurde in den Lagerstraßen der KZ geboren, „da gab es nur mehr Österreicher“.

Franz Olah: Anpassung ist der Weg in den Untergang

Bundesminister a.D. Franz OLAH, von 1938 bis 1945 in KZ-Haft, betonte, man muß für eine Sache kämpfen, wenn man von ihrer Richtigkeit überzeugt ist. Kapitulation und Anpassung sind immer der Weg in den Untergang. Aus der damaligen Zeit ohne Gnade ist zu lernen, daß ein frei gewähltes Parlament die einzige Sicherheit auch für die persönliche Freiheit der Bürger ist. Die Menschen des Widerstands sind diesen Weg gegangen, damit die Bürger wieder selbst über ihr Schicksal entscheiden können. Nicht die Verweigerung schützt die Demokratie, der Gebrauch des Wahlrechts ist unser würdig. Für dieses kostbarste Recht des Menschen haben zehntausende ihr Leben gegeben.

Wir waren keine Helden — ich lehne diesen Begriff ab —, und es wäre Verharmlosung, würde ich sagen, daß ich keine Angst gehabt habe, meinte Olah. Unser Leben war vom ersten Tag im KZ an nichts mehr wert. Was uns aufrecht hielt, war unsere Gesinnung und die Überzeugung, daß wir für die Sache unserer Mitmenschen stehen, die Gewißheit, daß Österreich nicht für immer in dieser Barbarei versickern wird, daß Freiheit und Demokratie stärker sein werden als selbst der perfekte Unterdrückungsapparat der Nazis, erklärte Olah.

Prof. DDr. Frankl: Es gibt keine Kollektivschuld

Es sei ein Fall von Wahnsinn, ein Rückfall in die nationalsozialistische Ideologie der Sippenhaftung, wenn man die heute 0 bis 50jährigen Österreicher kollektiv schuldig spricht, erklärte Prof. DDr. Viktor Emil FRANKL. Von ihm, dessen Vater, Bruder, Mutter und erste Frau im KZ getötet wurden, sei kein einziges Wort des Hasses zu erwarten, denn er kenne ja nicht die Täter persönlich und er lehne eine kollektive Schuldsprechung ab.

Nach dem Krieg wurde er in Amerika immer wieder gefragt, warum die Menschen nicht Widerstand geleistet hätten. Die Frage nach dem Widerstand kann nur jeder für sich persönlich beantworten, man kann Widerstand nicht von anderen verlangen. Umso mehr sind die Männer und Frauen der Widerstandsbewegung zu bewundern, wie sein damals bester Freund, der sein Leben hingab.

Jede Nation ist Holocaust-gefährdet, betonte Frankl weiter. Es gibt nur zwei Menschenrassen, anständige und unanständige Menschen. Die anständigen Menschen sind eine Minorität, die Gefahr liege dort, wo die Regierenden es zulassen, daß unanständige Menschen an die Oberfläche geschwemmt werden. Davor ist keine Nation gefeit.

Alle, die guten Willens sind, sollten einander die Hände entgegenstrecken — über alle Gräber, über alle Gräben hinweg — das fordere die Stimme der Vernunft, schloß Frankl.

Das Gedenken an den März 1938 endete mit der Österreichischen Bundeshymne. (Schluß) red

Forts. von Blatt 443

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 11. März 1988

Blatt 445

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Auffahrtsrampe zur Praterbrücke erhält zweite Fahrspur (447)
- Gemeinde-Zeitung zum Gedenkjahr (448)
- ARGE „Gesundheit in Wien“ tagte im Rathaus (449)
- Terminvorschau vom 14. bis 25. März 1988 (450/451)
- 14. Wiener Schultheatertreffen (452)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (446)

Kultur:

- Ausstellung „Der Dom im Bild“ wird verlängert (nur FS)

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Penzing

Wien, 11.3. (RK-BEZIRKE) Im Festsaal des Amtshauses Hietzing/Penzing, 13, Hietzinger Kai 1, findet am Mittwoch, dem 16. März, um 16.30 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Penzing statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Wieden

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Donnerstag, dem 17. März, um 18 Uhr, im Amtshaus 4, Favoritenstraße 18, 1. Stock, statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Währing

Donnerstag, den 17. März, findet um 17.30 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksvertretung, 18, Martinstraße 100, eine Sitzung der Bezirksvertretung Währing statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten

Im Sitzungssaal des Amtshauses, 5, Schönbrunner Straße 54, findet am Dienstag, dem 22. März, um 17 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvorstehung Margareten statt. (Schluß) red/rr

Auffahrtsrampe zur Praterbrücke erhält zweite Fahrspur

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Ab Montag, den 14. März, wird im 22. Bezirk die bisher nur aus einer — allerdings überbreiten — Spur bestehende Auffahrtsrampe von der Straße Am Kaisermühlendamm zur Praterbrücke wegen Bauarbeiten für die Dauer von etwa vier Monaten auf eine Breite von 4,50 meter eingeengt. Den Anlaß für diese Maßnahme bildet die Verbreiterung der Auffahrtsrampe auf zwei echte Fahrspuren.

Ein über der Neuen Donau verlaufender Geh- und Radweg muß wegen dieser Arbeiten in dem Richtung Reichsbrücke liegenden Abschnitt ebenfalls teilweise gesperrt beziehungsweise umgeleitet werden und wird entsprechend beschildert. (Schluß) pz/bs

Gemeinde-Zeitung zum Gedenkjahr

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Die Märzausgabe der „Österreichischen Gemeinde-Zeitung“ steht ganz im Zeichen des Gedenkjahres 1988. Einleitend befaßt sich Bürgermeister Dr. Helmut ZILK unter dem Titel „Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen“ mit den Auswirkungen der Ereignisse von 1938 auf die Gegenwart. Der Historiker Dr. Siegfried NASKO, Archivdirektor in St. Pölten, sieht das Jahr 1938 aus der Sicht des Geschichtswissenschaftlers. Er befaßt sich auch mit der Situation der Städte und Gemeinden nach dem Anschluß.

Darauf folgend kommen vier Zeitzeugen, alle frühere Bürgermeister bzw. Vizebürgermeister großer österreichischer Städte, zu Wort: Dr. Ernst KOREF, Linz, „Die Besetzung Österreichs“, Dipl.-Ing. Dr. Gustav SCHERBAUM, Graz, „Hitler bedeutet Krieg“, DDr. Alois LUGGER, Innsbruck, „Meine Konsequenz: Der europäische Gedanke“ und der frühere Wiener Vizebürgermeister Dr. Heinrich DRIMMEL, „Die Verlierer“.

Die Gemeinde-Zeitung ist über den Verlag „Jugend & Volk“, 1153 Wien, Anschützgasse 1, Tel. 87 25 15/90-94, zu beziehen. (Schluß) roh/gg

ARGE „Gesundheit in Wien“ tagte im Rathaus

Erste Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Die auf Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Oktober 1986 gegründete Arbeitsgemeinschaft „Gesundheit in Wien“ trat Donnerstag im Wiener Rathaus zu einer Sitzung zusammen, um eine Zwischenbilanz ihrer Tätigkeit zu ziehen. Die ARGE hat es sich zur Aufgabe gemacht, in einer neuen Form der informellen Zusammenarbeit im Interesse der Patienten Verbesserungen im Gesundheitswesen zu erreichen. Vor allem werden administrative und organisatorische Abläufe „durchforstet“ und auf ihre Patientenfreundlichkeit überprüft.

Nun liegen die ersten Ergebnisse von drei Arbeitsgruppen vor. Das sind einige der unbürokratisch erzielten Verbesserungen:

- Es konnte mit den Krankenkassen vereinbart werden, daß — bei einer ausreichend medizinischen Begründung — für Transporte in psychiatrische Krankenanstalten zu einer ambulanten Behandlung ein Kostenersatz erfolgt.
- Mit der Wiener Ärztekammer wurde die Problematik der ständig zunehmenden Hausbesuche erörtert, die die Rettungsorganisationen durchzuführen haben, weil praktische Ärzte nicht erreichbar sind.
- Die Ärztekammer führt nun mit den praktischen Ärzten im 2. und 22. Bezirk einen Versuch durch, einen neuen Modus für Hausbesuche zu finden.
- Es wird die Einführung einer „Behandlungsmappe“ befürwortet, in der Aufzeichnungen über Erkrankungen, Befunde und Medikationen aufbewahrt werden können. Im Falle einer akuten Erkrankung wäre eine solche Dokumentation sehr wertvoll. Die Mappe sollte jedoch keine Zwangseinrichtung sein. Es müßte dem Patienten überlassen bleiben, ob er die Mappe verwendet oder nicht.

Über eine Reihe weiterer Themen finden noch Gespräche und Verhandlungen statt. Ein wichtiger Diskussionspunkt betrifft Patienten, die vor dem Wochenende oder vor einem Feiertag aus einer stationären Spitalspflege entlassen werden und bestimmte Medikamente weiter nehmen müssen. Zu diesem Zeitpunkt ist es den Patienten im allgemeinen nicht möglich, einen praktischen Arzt oder einen Chefarzt einer Krankenkasse zu erreichen, um ein Spitalsrezept „umschreiben“ zu lassen. Es wird daher angestrebt, daß Spitalsrezepte ohne „Umschreibung“ in den Apotheken akzeptiert werden können, um eine nahtlose Behandlung der Patienten zu gewährleisten.

Bürgermeister Dr. Zilk äußerte sich zufrieden über die ersten konkreten Ergebnisse der informellen Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen im Gesundheitswesen und hob besonders die freiwillige Basis dieser Zusammenarbeit hervor. Er regte an, das Problem einer umfassenden Hauskrankenpflege zu einem Gesprächsthema zu machen. Gesundheitsstadtrat Stacher unterstrich die Bedeutung der Sozialdienste für das Gesundheitswesen. Nur eine Integration von Gesundheits- und sozialen Diensten kann zu einer Entlastung der Spitäler führen. Es wurde beschlossen, eine neue Arbeitsgruppe zu bilden, die den Themenkreis Hauskrankenpflege — Rehabilitation — psychosoziale Betreuung eingehend behandeln soll.

In der Arbeitsgemeinschaft „Gesundheit in Wien“ sind alle im Wiener Gesundheitswesen tätigen Organisationen und Institutionen, wie zum Beispiel die Sozialversicherungsträger, Erhalter öffentlicher und privater Krankenanstalten, Ärztekammer, Apothekerkammer, Dentistenkammer, die Rettungsorganisationen und das Gesundheitsamt, vertreten. (Schluß)

sc/bs

Terminvorschau vom 14. bis 25. März 1988

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 14. bis 25. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 14. MÄRZ:

- 9.00 Uhr, Gemeinderatsauschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales
- 11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 15. MÄRZ:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vizebürgermeister Mayr an Ing. Wolfgang Denzel und Dior. Dr. Kurt Spera (Steinerner Saal, Rathaus)
- 14.00 Uhr, Gemeinderatsauschuß Gesundheits- und Spitalswesen
- 14.30 Uhr, Gemeinderatsauschuß Verkehr und Energie
- 17.30 Uhr, Pressekonferenz Zilk/Vak/Zelmann — Ausstellung „Jüdisches Wien“ (Z-Hauptgebäude)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Krankenanstaltenverband“ (Restaurant Kupferdachl)

MITTWOCH, 16. MÄRZ:

- 9.00 Uhr, Eröffnung Frühjahrsmesse
- 12.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Paul Henreid (Arb.-Zi., Bgm.)
- 15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vizebürgermeister Ingrid Smejkal an Hofrat Dr. Ferdinand Hübner, Min.-Rat Dipl.-Ing. Andreas Schiefthaler, Oberschulrat Friedrich Buzek sowie der Prof. Dr. Julius-Tandler-Medaille an Min.-Rat. Mag. Gerhard Silvestri (Steinerner Saal, Rathaus)
- 19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Österreich und Nationalsozialismus 1938-1945 (Rathaus, Stadtssenatssitzungssaal)

DONNERSTAG, 17. MÄRZ:

- 11.00 Uhr, Eröffnung „Literatur für junge Leser“ (StR. Dr. Pasterk, Palais Auersperg)

FREITAG, 18. MÄRZ:

- 10.00 Uhr, Gemeinderatsauschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik
- 11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Nikolaus Harnoncourt (Arb.-Zi, Bgm.)

MONTAG, 21. MÄRZ:

- 10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Heinz Hruza (Arb.-Zi., Bgm.)
- 11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP
- 15.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Johannes J. Schobermayr und Oberamtsrat Franz Tetenka (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 22. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

16.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Dr. Lucia Binder, Dr. Karl Aigner und Rudolf Martin Einhorn (Steinerner Saal, Rathaus)

19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding „Schloß Wilhelminenberg“ mit Vbgm. Mayr (Gästehaus Schloß Wilhelminenberg, 16, Savoyenstraße 2)

19.00 Uhr, Eröffnung Literatur im März (Secession)

MITTWOCH, 23. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Sallaberger an OAR Friedrich Thorwartl (Arb.-Zi, Sallaberger)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal „Mutter-Kind-Heim“ (PID)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Mag. Dr. Paul Belohlavy, Prim. Dr. Wilhelm Bostjancic, Prim. Dr. Gerhard Felger, Prim. Univ.-Doz. Dr. Raoul Schindler und Oberamtsrat Michael Idinger (Steinerner Saal, Rathaus)

14.00 Uhr, Überreichung der Josef-Kainz-Medaillen der Stadt Wien 1987 durch StR. Dr. Pasterk an Gert Voss, Elisabeth Rath und Achim Freyer sowie der Förderungspreise zur Josef-Kainz-Medaille an Klaus Fischer, Katharina Manker, Torsten Fischer und Sabina Kellner (Wappensaal, Rathaus)

19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Dr. Häupl „Kommende sportliche Aktivitäten in der Bundeshauptstadt“

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Altbundeskanzler Dr. Bruno Kreisky: Geschichte, klüger für ein anderes Mal? (Wiener Secession)

DONNERSTAG, 24. MÄRZ:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal

10.00 Uhr, Bgm. Dr. Zilk und StR. Dr. Pasterk; Ehrenbürgerurkunde an Gottfried v. Einem (Rathaus)

FREITAG, 25. MÄRZ:

ab 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat
(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 450

14. Wiener Schultheatertreffen

14. bis 22. März

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Die Ergebnisse der theaterpädagogischen Arbeit an den Wiener Schulen präsentiert das Wiener Landesjugendreferat und der Stadtschulrat für Wien vom 14. bis 22. März im Rahmen des 14. Schultheatertreffens. Die Aufführungen der rund 250 Schülerinnen und Schüler finden wie auch schon in den letzten Jahren in der Volkshochschule Margareten, Stöbergasse 11-15, statt. Umweltprobleme und das Jahr 1938 stehen im Mittelpunkt des Programms. Nähere Auskünfte im Landesjugendreferat, Telefon 42 800/2746. Der Eintritt ist bei allen Aufführungen frei! (Schluß) jel/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 14. März 1988

Blatt 453

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Jugendamt hilft Alleinerziehern (455/FS: 13.3.)
- Mit den Verkehrsbetrieben zur Frühjahrsmesse (457)
- Arbeitsmaterial für das nächste Schuljahr (459)
- Sprung aus brennender Wohnung (nur FS/12.3.)
- Vortrag: „Wien im März 1938 — Jubel oder Ablehnung?“ (nur FS)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Mit den Verkehrsbetrieben zur Frühjahrsmesse (457)
- Arbeitsmaterial für das nächste Schuljahr (459)
- Kritik der ÖVP an Jugendzentren und am Margaretner Bad (460)

- Sitzungen der Bezirksvertretungen (456)

Kultur:

- „Österreich und Nationalsozialismus 1938 — 1945“ (454/FS: 12.3.)
- 100. Geburtstag von Prof. Thirring (458)

„österreich und Nationalsozialismus 1938-1945“

Podiumsdiskussion bei Wiener Vorlesungen

Wien, 12.3. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK laden zu einer Podiumsdiskussion „Österreich und Nationalsozialismus 1938-1945“ im Rahmen der Wiener Vorlesungen am Mittwoch, dem 16. März, um 19 Uhr ein. Die Moderation der Veranstaltung hat Bundesminister a. D. Franz KREUZER. Am Podiumsgespräch nehmen die Historikerin Univ.-Prof. Dr. Erika WEINZIERL, der amerikanische Geschichtswissenschaftler Dr. Robert KNIGHT, der Politologe Univ.-Prof. Dr. Emmerich TALOS und als Zeitzeuge Hermann LANGBEIN, der viele Jahre im KZ verbracht hat, teil. (Schluß) fk/gg

Bereits am 12. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Jugendamt hilft Alleinerziehern

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Von den Wiener Bezirksjugendämtern wurden mit Ende Dezember 1987 2.517 Vormundschaften und 21.630 Sachwalterschaften über eheliche und uneheliche Kinder geführt. In den meisten Fällen sind die Bezirksjugendämter mit der Hereinbringung der Unterhaltsbeiträge von den säumigen Unterhaltspflichtigen (zumeist die Väter) befaßt. Besonders nach Scheidungen gibt es immer wieder Probleme mit der Bezahlung des Unterhaltes.

Im Jahr 1987 konnten die Wiener Bezirksjugendämter von den Unterhaltspflichtigen insgesamt 355,4 Millionen Schilling hereinbringen und an die Berechtigten überweisen. Gegenüber dem Jahr 1986 ergab sich damit eine Steigerung um 18 Millionen oder 5,4 Prozent.

Wie wirksam vor allem den Alleinerziehern geholfen werden konnte, ihre oft schwierigen finanziellen Probleme zu lösen, ergibt sich auch daraus, daß in 8.091 Fällen, das ist ein Drittel aller Vormundschaften und Sachwalterschaften, durch Anträge beim Pflegschaftsgericht die Auszahlung von Unterhaltsvorschüssen erreicht werden konnte.

Um diesen Erfolg zu erzielen, mußten von den Mitarbeitern der Rechtsfürsorge unter anderem 8.164 Unterhalts- bzw. Unterhaltsvorschußanträge gestellt sowie 6.621 Exekutionen eingeleitet werden. (Schluß) jel/rr

Bereits am 13. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau

Wien, 14.3. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 16. März, findet um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 20, Brigittaplatz 10, eine Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring

Im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 16, Richard-Wagner-Platz 19, findet am Donnerstag, dem 17. März, um 16 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Dienstag, den 22. März, findet um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 2, Karmelitergasse 9, eine Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf

Im Festsaal der Bezirksvorstehung, 6, Amerlingstraße 11, findet am Mittwoch, dem 23. März um 17 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Liesing

Donnerstag, den 24. März, findet um 16 Uhr im Festsaal des Amtshauses Liesing, 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, eine Sitzung der Bezirksvertretung Liesing statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem ein Bericht der Verkehrskommission, Flächenwidmungen sowie die Genehmigung der Kosten in Höhe von vier Millionen Schilling für die Störungsbehebung an der öffentlichen Beleuchtung und von 2,1 Millionen für die Führung der Pensionistenklubs im heurigen Jahr. (Schluß) end/bs

Mit den Verkehrsbetrieben zur Frühjahrsmesse

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Wer sich einen Stau und langwierige Parkplatzsuche ersparen will, sollte mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Frühjahrsmesse fahren. Eine eigene „Messelinie“ wurde eingerichtet.

In der Zeit vom 16. März bis 20. März verkehren während der Öffnungszeiten der Wiener Frühjahrsmesse folgende Linien zum Messegelände im Prater:

Die Linie „N“ fährt vom Schwedenplatz bis zur Prater Hauptallee (Messegelände Südportal). Die Linie „21“ verkehrt ab dem Schwedenplatz über Praterstern — Elderschplatz zum West- und Nordportal. Die Linien „10 A“ und „11 A“ fahren zum Elderschplatz (Messegelände Nordportal). Die Linie „O“ wird über Praterstern bis zum Elderschplatz verlängert geführt.

Zusätzlich verkehrt die Linie „81“ zwischen Praterstern und Lagerhaus Schleife zum Messegelände Westportal und die Linie „82 A“ zwischen Praterstern und Messe Südportal. Damit eine Anbindung an die Straßenbahnlinie „N“ durch die Autobuslinie „82 A“ gewährleistet ist, gibt es in beiden Fahrtrichtungen in der Kaiserallee vor beziehungsweise nach der Hauptallee eine Haltestelle. Diese „Messelinie“ wird in der Zeit von 8.30 bis 18.35 Uhr in einem Zehn-Minuten-Intervall im VOR-Tarif geführt. (Schluß)
roh/rr

100. Geburtstag von Prof. Thirring

Wien, 14.3. (RK-KULTUR) Hans THIRRING wurde am 23. März 1888 in Wien geboren und starb hier am 22.3.1976. Nach dem Physik- und Mathematikstudium an der Universität Wien promovierte er im Jahr 1911. 1915 wurde er Privatdozent, 1921 a.o. Professor, 1927 ordentlicher Professor für Theoretische Physik. Im Jahr 1938 wurde er von den Nationalsozialisten wegen seiner positiven Beschäftigung mit der Relativitätstheorie und wegen seiner pazifistischen Gesinnung pensioniert. 1945 wurde er auf seine Lehrkanzel zurückberufen, wo er bis zum Jahre 1958 tätig war.

Als Physiker war Thirring ein außerordentlich klarer Interpret der Probleme, die sich aus Einsteins Relativitätstheorie ergeben. Auch seine erste größere wissenschaftliche Publikation befaßte sich mit der „Idee der Relativitätstheorie“, die von Einstein persönlich voll anerkannt wurde. 1946 erschien seine „Geschichte der Atombombe“, das als eine der ersten Schriften in die Probleme der Atomzertrümmerung und deren Anwendung zur Konstruktion der Atombombe einführte und damals als ein Musterbeispiel einer allgemein verständlichen Darstellung galt.

Obwohl Thirrings Tätigkeit als Wissenschaftler und vor allem als Lehrer zu würdigen ist, liegt das Schwergewicht seines Lebens auf seiner Arbeit für den Frieden. Thirring hat die Summe seiner Ansichten in den zwei Bänden seines Werks „Homo sapiens“ (1947-1949) niedergelegt. Im ersten Band seines Werkes legte er die psychologische und soziologische Ursache des Kriegführens auseinander und entwickelte im zweiten Teil eine genaue Analyse des Kriegswillens, gezeigt am Beispiel des Nationalsozialismus und seiner Führer.

Seine ideellen Erwägungen haben auch Thirrings praktisches Wirken in der Friedensbewegung bestimmt. Die Basis seiner Friedensarbeit war die längste Zeit die „Österreichische Friedensgesellschaft“, deren Zielen er in Nachfolge Bertha von Suttners folgte. Später wirkte Thirring bei den internationalen Friedensbestrebungen mit. Im Jahre 1957 wurde Thirring von der Sozialistischen Partei als Bundesrat für das Land Wien nominiert. Für seine Lebensarbeit wurde Thirring mehrere Male geehrt. 1952 erhielt er den Preis der Karl Renner-Stiftung. 1963 wurde ihm der Ehrenring der Stadt Wien verliehen. 1968 erhielt er das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. (Schluß) red/bs

Arbeitsmaterial für das nächste Schuljahr

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die Anschaffung von Arbeitsmaterial für die Wiener Pflichtschulen genehmigte Montag der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales einstimmig. Elf Millionen Schilling werden für Schreib- und Zeichenrequisiten, die im Schuljahr 1988/89 in den allgemeinbildenden Pflichtschulen verwendet werden, aufgewendet. Die Kosten für textiles Handarbeitsmaterial betragen 6 Millionen Schilling. Ebenfalls einstimmig wurde der Ankauf von neuen Schulmöbeln für allgemein- und berufsbildende Pflichtschulen im Wert von 8,5 Millionen Schilling beschlossen. (Schluß) jel/gg

Kritik der ÖVP an Jugendzentren und am Margaretner Bad

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Beim Projekt „Erlebnisbad Margaretner“ handle es sich eindeutig um Steuergeldverschwendung, kritisierte Gemeinderat Dkfm. Karl KÖNIG am Montag im ÖVP-Pressegespräch. Die Mehrkosten gegenüber einem normalen Bezirkshallenbad bezifferte er mit 30 bis 50 Millionen Schilling. Dazu komme, daß relativ hohe Eintrittsgebühren zu erwarten seien. GR. König sprach sich als Margaretner Mandatar weiters für neue Grünflächen im Bezirk aus und schlug das Areal in der Strobachgasse, die derzeitigen Betriebsflächen der MA 48 und das ehemalige Arbeitsamt in der Embelgasse dafür vor. Außerdem bekräftigte er die Forderung der Margaretner ÖVP nach der Errichtung einer U-Bahn-Station Reinprechtsdorfer Straße.

Neues VP-Modell für Jugendzentren

GR. Dr. Andreas SALCHER kritisierte die Verbürokratisierung der Jugendzentren. Im Vorjahr seien bereits mehr als 60 Prozent der Budgetmittel für Personalkosten aufgewendet worden. Nach seinen Vorstellungen sollte die Gemeinde die Führung der Jugendzentren privaten Trägervereinen überlassen, wobei seitens der Stadtverwaltung die Kriterien und Voraussetzungen für die Förderung der offenen Jugendarbeit sowie die pädagogischen Grundkonzepte erstellt werden sollten. Die ÖVP bekenne sich, so Salcher, nachhaltig zur Notwendigkeit der Jugendzentren als einen wichtigen Ansatz in der kommunalen Jugendarbeit. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2071 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 15. März 1988

Blatt 461

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuer Flächenwidmungsplan in der Donaustadt (462)
- Ausstellung „Jugend unterm Hakenkreuz“ (463)
- Hatzl stellt Brückenbauprogramm 1988 vor (464/465)
- Vergnügungssteuer: Aufsteller und Lokalinhaber Gesamtschuldner (466)
- Wien im Februar gut besucht (467)
- Sallaberger: Information der Fraktionen über Auskunftspflichtgesetz (468)
- Keine Probleme mit dem Schnee (nur FS/14.3.)
- Schneeräumung ohne Probleme (nur FS)
- „Die Toten haben keine Stimmen“ (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus (462)
- Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt (462)

Neuer Flächenwidmungsplan in der Donaustadt

Öffentliche Auflage

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Für ein Gebiet im 22. Bezirk im wesentlichen zwischen Wulzendorfstraße, Hardeggasse, Langobardenstraße und Kapellenweg, wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet. Er betrifft vor allem das Gelände des Sozialmedizinischen Zentrums Ost. Der Planentwurf liegt vom 17. März bis 14. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Das Plangebiet hat eine Ausdehnung von 25 Hektar. Eine bisher hier geplante berufsbildende Schule soll nicht mehr verwirklicht werden. Die dafür vorgesehenen Flächen kommen dem Sozialmedizinischen Zentrum zugute. Abgehend von ursprünglichen Plänen, soll die Verkehrsorganisation geändert werden. Das bedeutet, daß auf verschiedene ursprünglich konzipierte Straßenbauten verzichtet werden kann. Die Hauptzufahrt zum Krankenhaus wird von der Erzherzog-Karl-Straße her über die Zschokkegasse erfolgen. Darauf wird in dem neuen Plan ebenfalls Rücksicht genommen. (Schluß) and/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Wien, 15.3. (RK-BEZIRKE) Donnerstag, den 17. März, findet um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 15, Gasgasse 8-10, eine Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus statt. (Schluß) end/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt

Wien, 15.3. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt findet am kommenden Donnerstag, dem 17. März, um 17 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 8, Schlesingerplatz 4, statt. (Schluß) red/rr

Ausstellung „Jugend unterm Hakenkreuz“

Erziehung und Schule in der Zeit des Faschismus

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Vom 15. März bis 30. April ist in der Arbeiterkammer eine Ausstellung zum Thema „Jugend unterm Hakenkreuz“ zu sehen, die vom Stadtschulrat für Wien in Zusammenarbeit mit der MA 13 – Landesjugendreferat Wien, der Arbeiterkammer, dem Verein der Freunde des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien und der Zentralsparkasse zusammengestellt wurde.

Die Schau über Erziehung und Schule in der Zeit des Faschismus wird durch zahlreiche Veranstaltungen ergänzt, die ebenfalls in den Räumen der Wiener Arbeiterkammer, 4, Prinz-Eugen-Straße 20-22, stattfinden.

Geöffnet ist die Ausstellung „Jugend unterm Hakenkreuz“ Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag jeweils von 8 bis 16 Uhr und Donnerstag von 8 bis 18 Uhr, außerdem an den Familiensonntagen 27. März und 24. April von 10 bis 16 Uhr. Der Eintritt ist frei. (Schluß) jel/bs

Hatzl stellt Brückenbauprogramm 1988 vor

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag, gab Verkehrsstadtrat Johann HATZL einen umfassenden Überblick über die auf dem Sektor Brückenbau in Wien vorgesehenen Maßnahmen im Jahr 1988. Der Schwerpunkt der Brückenbaumaßnahmen liegt im Jahr 1988 beim zügigen Ausbau der A 22 — Donauufer Autobahn im Bereich Reichsbrücke bis Praterbrücke. Stadtrat Hatzl nahm die Pressekonferenz auch zum Anlaß, die vielfältigen Aufgaben darzulegen, die die Magistratsabteilung 29 — Brückenbau und Grundbau zu erfüllen hat. Seit der neuen Geschäftseinteilung des Magistrats der Stadt Wien mit Wirksamkeit vom 12. Dezember 1987 gehört diese Magistratsabteilung zur Geschäftsgruppe Verkehr und Energie.

Bedeutende Bauvorhaben für 1988

Brückenneubau: Im Knoten Reichsbrücke werden Mitte 1988 zwei Fuß- und Radwegeüberführungen über die Anbinderampen an die A 22 fertiggestellt sein. Im Herbst 1988 werden die Bauarbeiten für zwei Fuß- und Radwegeunterführungen unter der Wagramer- und Schüttaustraße beendet.

Die durch die Wiener Bundesstraßen AG unter Bauaufsicht der MA 29 laufenden Baumaßnahmen auf der A 22, werden plangemäß weitergeführt, wobei die Rohbaumaßnahmen für den Lärmschutztunnel Kaisermühlen und die Anschlußstelle Kaisermühlen abgeschlossen werden konnten. Im Baulos Alte Donau — Praterbrücke ist sichergestellt, daß der halbseitige Ausbau so weit fertiggestellt ist, daß eine Verkehrsumlegung von der Anschlußstelle Kaisermühlen zur Praterbrücke erfolgen kann, um die restlichen Baumaßnahmen in diesem Bereich durchführen zu können.

Im Jahr 1988 werden in diesem Baulos eine Fuß- und Radwegeüberführung in Höhe des Ruderklubs Pirat und zwei Rampenüberführungen im Knoten Praterbrücke errichtet und fertiggestellt.

Weitere wichtige Brückenbaumaßnahmen sind

- Weiterführung der Baumaßnahmen (Abbruch und Neuerrichtung) der Brücke über die Pottendorfer Linie und Badner Bahn (Wien 12., Wienerbergstraße)
- Fortsetzung der Bauarbeiten am Gründurchzug im Zuge der B 17 Triester Straße (10.,)
- Beginn der Neuherstellung der direkten Verbindungsrampe B 3B Donau-stadtstraße zur A 23 Südosttangente (22.,)
- Abbruch und Neubau der Josef-Harrer-Brücke (14.,)
- Errichtung einer Stützmauer in der Adolf-Blamauer-Gasse (3.,)

Brückenerhaltung

- Praterbrücke über die Donau: Überholung des Korrosionsschutzes, der Tragwerkskonstruktion und der Geländer (Restarbeiten)
- Hochstraße Inzersdorf: Instandsetzung der Tragwerksuntersichten
- Wiener Westausfahrt B 1 Hadikgasse: Generalinstandsetzung
- Klosterneuburger Hangbrücke im Zuge der B 14: Instandsetzung der Fahrbahn
- Radetzkybrücke über den Wienfluß: Generalinstandsetzung, Restarbeiten wie Errichtung von zwei Pylonen mit Kandelabern
- Hiltonsteg: Instandsetzung der Gehwegkonstruktion und des Korrosionsschutzes

Erneuerung von Stützmauern

- Ausstellungsstraße (2.,): Fortsetzung 1988
- Naschmarkt (4.,): Fortsetzung 1988
- Erneuerung der Stiegenanlagen der Stützmauer Gudrunstraße (10.,)

Brückenprüfungen

Im Jahr 1988 werden mehr als 140 Brückenobjekte einer Hauptprüfung unterzogen. Seit 1976 wurden rund 1.400 Brückenhauptprüfungen und 5.000 periodische Prüfungen vorgenommen. Außerdem wurden zur Kontrolle rund 29.000 Brückenbegehungen durchgeführt. Als Folge dieser Kontrollen wurden bei 51 Brücken umfangreiche Instandsetzungsarbeiten veranlaßt, 27 Brücken wurden erneuert.

Investitionen der letzten Jahre

Für die Brückenneubauten wurden in den letzten zehn Jahren von der Gemeinde 1.487 Millionen Schilling, seitens der Bundesstraßenverwaltung 5.470 Millionen Schilling und seit dem Jahr 1985 von der Wiener Bundesstraßengesellschaft 587 Millionen Schilling investiert. Für die Brückenerhaltung wurden im gleichen Zeitraum für die Instandhaltung der Objekte seitens der Stadt Wien 320 Millionen Schilling und im Rahmen der Bundesstraßenverwaltung 617 Millionen Schilling ausgegeben. Das sind durchschnittliche Kosten von 90 Millionen Schilling pro Jahr.

Magistratsabteilung 29 – Brückenbau und Grundbau

Gemäß der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien mit Wirksamkeit vom 12. Dezember 1987 gehört die Magistratsabteilung 29 nunmehr zur Geschäftsgruppe Verkehr und Energie. Sie umfaßt die Gruppen, „Brückenbau“, „Grundbau“ sowie „Allgemeines, Brückenprüfung und Sonderbauten“. Zu ihrem Wirkungsbereich gehört unter anderem auch die Führung eines Baugrunderkennungsplans von Wien, mit einer Evidenz der Ergebnisse aller Bohrungen, Aufgrabungen und Schürfungen über die Beschaffenheit des Bodens und seiner Eignung für Gründungen. In diesem Kataster sind bisher Ergebnisse von zirka 39.500 Untersuchungen zusammengetragen worden. Diese Sammlung ist öffentlich zugänglich und erleichtert in vielen Fällen auch die Projektierung privater Vorhaben.

Brückenprüfung

Eine besonders wichtige Aufgabe ist es, für die Sicherheit in der Verwaltung der Magistratsabteilung 29 stehenden Objekte Sorge zu tragen. Im Wiener Raum sind 608 Brückenobjekte zu prüfen. Alle Objekte werden in regelmäßigen Abständen kontrolliert, wobei zwischen der „Befahrung“, der „Periodischen Überwachung“ und der „Hauptprüfung“ unterschieden wird.

Befahrung

Die Objekte eines Gebietes werden vom Gebietsprüfwerkmeister mindestens alle vier Monate befahren beziehungsweise begangen. Bei dieser Prüfung wird auf sichtbare Mängel und Veränderungen des Brückendecks geachtet.

Periodische Prüfung

Diese Überwachung wird vom Prüfwerkmeister in Abständen von höchstens einem Jahr oder wenn es der Bauzustand des Objektes erfordert, in kürzeren Abständen, sowie nach außergewöhnlichen Ereignissen, wie länger anhaltenden extremen Temperaturen, Hochwässern, Erdbeben, Rutschungen, Unfällen etc. vorgenommen.

Hauptprüfung

In Abständen von höchstens sechs Jahren werden alle Objekte einer Hauptprüfung unterzogen. Die Prüfung erfolgt unter Leitung des Prüfingenieurs gemeinsam mit dem Gebietsbrückenmeister, der sein Objekt meist schon jahrelang kennt und einem anderen Prüfwerkmeister. Bei größeren Objekten wird fallweise geeignetes Personal von Fachfirmen herangezogen. Bei Donaubrücken wird einmal jährlich eine Stromgrundaufnahme im Bereich der Pfeiler durchgeführt. (Schluß) pz/bs

Forts. von Blatt 464

Vergnügungssteuer: Aufsteller und Lokalinhaber Gesamtschuldner

Bis 20. April öffentliche Einsicht

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL.) Für die Steuer auf Spielautomaten soll es ab 1. Jänner 1989 eine neue Regelung geben: Während derzeit der Automatenaufsteller der Steuerschuldner ist und der Lokalinhaber bloß die Haftung übernimmt, sollen in Zukunft Aufsteller und Lokalinhaber als Gesamtschuldner auftreten, gab Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt. Diese Regelung wird im Interesse der Lokalinhaber getroffen, um zu vermeiden, daß es zu hohen Steuerrückständen und zu hohen Haftungssummen kommt.

Die Haftung des Lokalinhabers kann nämlich in der Regel erst relativ spät geltend gemacht werden — dann, wenn zunächst alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, um die Steuer vom Automatenaufsteller selbst einzutreiben. Unter Umständen kam es — ohne Verschulden der Behörde — zu längeren Zeiträumen, bis der Lokalinhaber zur Haftung herangezogen wurde, der entsprechende Steuerrückstand war in der Zwischenzeit entsprechend hoch. Die nun vorgesehene Lösung einer Gesamtschuldnerregelung geht auf eine Empfehlung des Kontrollamtes zurück.

In Zukunft wird für jeden Spielautomaten ein eigenes Steuerkonto geführt, die Anmeldung muß durch beide Unternehmer — Aufsteller und Lokalinhaber — erfolgen, für die rechtzeitige Bezahlung der Steuer haben beide Unternehmer zu sorgen.

Der Entwurf zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes liegt bis 20. April 1988 in den Magistratischen Bezirksämtern zur Einsichtnahme auf. Die Einsichtnahme ist Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr möglich. (Schluß) sei/bs

Wien im Februar gut besucht

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Nach dem guten Start ins neue Jahr im Jänner war Wien auch im Februar besser besucht als in allen Jahren zuvor: Wurden im Februar 1986 noch rund 180.000 Gästenächtingungen gezählt, im Februar 1987 rund 190.000, so stieg die Frequenz im Februar 1988 um 18 Prozent auf insgesamt 230.000 Übernachtungen. Die Wintersaison Wiens seit Anfang November 1987 hat sich damit bisher um 11 Prozent verbessert.

Besonders deutlich trugen im Februar die Gäste aus Japan (+ 36 Prozent), aus Italien (+ 32 Prozent), aus Österreich (+ 18 Prozent) und aus Deutschland (+ 16 Prozent) zum positiven Resultat bei. Aus dem ganzen Dutzend der wichtigsten Herkunftsländer gab es im Februar ausschließlich positive Ergebnisse, das schwächste aus den USA (+ 0,2 Prozent).

Wie schon 1987, profitierte die Drei-Sterne-Hotellerie (mit +39 Prozent) am stärksten von der gestiegenen Gästefrequenz. Konnten die Fünf- und Vier-Sterne-Betriebe auch noch + 14 Prozent verbuchen, so mußten sich die einfacheren Gasthöfe im Februar mit + 4 Prozent begnügen.

Die Auslastung der Hotellerie verbesserte sich im Februar um 1,7 Prozentpunkte auf 27,6 Prozent, in der Wintersaison bisher um 1,2 Prozentpunkte auf 32,8 Prozent. In der Sommersaison werden allerdings mehr als doppelt so gute Auslastungswerte erreicht; die touristische Wintersaison Wiens wird daher durch intensives Marketing weiter verstärkt werden. (Schluß)
wfv/rr

Sallaberger: Information der Fraktionen über Auskunftspflichtgesetz

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Aussendung von ÖVP-Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER stellte Stadtrat Günther SALLABERGER Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß dieser von ihm in der heutigen Sitzung der Landesregierung eingebrachte Gesetzesentwurf nicht aus inhaltlichen Gründen von der Tagesordnung abgesetzt wurde, sondern deshalb, um den Fraktionen die Gelegenheit zu geben, sich vor einer Beschlußfassung noch eingehender mit diesem Entwurf zu beschäftigen. (Schluß) ger/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 16. März 1988

Blatt 469

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Startschuß für Aktion gegen Kleinwasserheizer (471)
- Ehrenzeichen des Landes Wien (472)
- Wiener Spitäler zum Abbau von Akutbetten (474-476)
- Wienerlied-Platte zur Rettung des Stephansdomes (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt (470)
- Gedenksitzung der Bezirksvertretung Alsergrund (470)

Kultur:

- Wanderausstellung „Jewish Vienna“ eröffnet (473)
- Umbau im Uhrenmuseum abgeschlossen (473)

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt

Wien, 16.3. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 23. März, findet um 14.30 Uhr im Festsaal der Bezirksvorstehung, 1, Wipplingerstraße 8, eine Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt statt. Auf der Tagesordnung stehen neben Anfragen und Berichten die Beratung der Oberflächengestaltung des Dr.-Karl-Lueger-Platzes sowie die Bewilligung der Turnsaal-Neugestaltung in der Rengasse. (Schluß) end/rr

Gedenksitzung der Bezirksvertretung Alsergrund

Wien, 16.3. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung Alsergrund tritt am Mittwoch, dem 23. März, um 17 Uhr, zu einer Sitzung zum Gedenken an das tragische Geschehen im März 1938 zusammen. Es sprechen Chefredakteur i.R. Prof. Ludwig REICHHOLD, Abgeordneter zum Nationalrat a.D., Univ.-Prof. Dr. Alfred GISEL, Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Dr. Wilfried GREDLER und Univ.-Prof. Dr. Eduard RABOVSKY.

Im Anschluß an die Gedenksitzung im Festsaal der Bezirksvorstehung, 9, Währinger Straße 43, findet im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung eine Arbeitssitzung der Bezirksvertretung Alsergrund statt. (Schluß) end/bs

Startschuß für Aktion gegen Kleinwasserheizer

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Die von Energiestadtrat Johann HATZL bereits angekündigte Aktion gegen gefährliche „Kleinwasserheizer“, 5-Liter-Durchlauferhitzer ohne Abzug und ohne Sauerstoffmangelsicherung, hat nun begonnen. Die Wiener Stadtwerke-Gaswerke werden in dieser Woche an rund 130.000 Besitzer solcher Geräte schreiben, um ihnen einen kostengünstigen Tausch gegen ein sicheres Gerät anzubieten.

Der Brief hat folgenden Wortlaut: „Die sogenannten 'Kleinwasserheizer', 5-Liter-Durchlauferhitzer ohne Abzug und ohne Sauerstoffmangelsicherung, können bei unsachgemäßer Bedienung oder Wartung zu einer Gefahr für ihre Benützer werden. In den letzten Jahren ist es zu etlichen Unfällen mit solchen Geräten gekommen, leider auch zu Todesfällen.

Die Wiener Stadtwerke-Gaswerke haben deshalb, gemeinsam mit der Landesinnung Wien der Sanitär- und Heizungsinstallateure, dem Großhandel und den Geräteherstellern eine Umtauschaktion ins Leben gerufen, die Ihnen zu einem sehr günstigen Preis die Installierung eines modernen, allen Sicherheitsanforderungen entsprechenden, Gerätes ermöglichen soll.

Falls Sie daher noch einen 'Kleinwasserheizer' älteren Baujahrs in Verwendung haben, können Sie bei Ihrem Installateur, der Ihnen auch gerne beratend zur Seite steht, ein Neugerät (Type A) zum verbilligten Aktionspreis von 3.990 Schilling (inkl. Umsatzsteuer ohne Montage, unverbindlich empfohlener Richtpreis) erwerben. Dieses Gerät ist mit einer Sauerstoffmangelsicherung ausgestattet, sodaß es sich bei Sauerstoffmangel, der zu Unfällen führen kann, selbsttätig abschaltet. Steht Ihnen jedoch ein entsprechender Rauchfang (Abgasfang) zur Verfügung, dann empfehlen wir Ihnen, ein Gerät mit Abgasführung zu wählen. Dieses ist dann auch zur Warmwasserbereitung für ein Wannenbad oder zum Duschen geeignet.

Achtung: Diese Aktion ist bis 30. Juni 1988 befristet.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen Ihnen folgende Stellen der Gaswerke zur Verfügung:

- 6, Mariahilfer Straße 63, Tel.: 587 96 01, Beratungsstelle der Gaswerke
- 8, Josefstädter Straße 10-12, Tel.: 4309-0, Technische Abteilung
- 12, Theresienbadgasse 3, Tel.: 83 35 41, Technische Abteilung
- 20, Denisgasse 39-41, Tel.: 33 35 21, Technische Abteilung

Außerdem hilft Ihnen auch das Kundenberatungszentrum der Wiener Stadtwerke im 9. Bezirk, Spitalgasse 5-9 gerne weiter.

Im Interesse Ihrer Sicherheit möchten wir Ihnen empfehlen, von dieser Aktion Gebrauch zu machen.“ (Schluß) roh/bs

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Im Rathaus wurden Dienstag nachmittag zwei verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft geehrt: Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Ing. Wolfgang DENZEL und Direktor Dr. Kurt SPERA. (Schluß) red/gg

Wanderausstellung „Jewish Vienna“ eröffnet

Bürgermeister Zilk gegen Verdrängen der Vergangenheit

Wien, 16.3. (RK-KULTUR/LOKAL) „Wir müssen auch über die Schattenseiten unserer Vergangenheit reden“, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, der Dienstag abend in der Hauptanstalt der Zentralsparkasse in Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY die Wanderausstellung „Heritage and Mission: Jewish Vienna“ („Erbe und Auftrag: Jüdisches Wien“) eröffnete. Die Ausstellung, die auf 56 Bildtafeln das Schicksal der jüdischen Wiener vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart zeigt, wird vom Jewish Welcome Service im Ausland eingesetzt. Vorher ist sie auf Einladung von Z-Generaldirektor Dr. Karl VAK bis 31. März zu den Banköffnungszeiten im Kassensaal der Z-Hauptanstalt (3, Vordere Zollamtsstraße 13) zu sehen. Die Zentralsparkasse hat dazu auch einen Kurzkatalog in deutscher Sprache aufgelegt.

Bei der Eröffnung der Ausstellung sprach der Leiter des Jewish Welcome Service, Prof. Dr. Leon ZELMAN, vom Recht aller Opfer des Naziterrors und ihrer Nachkommen, Kritik an Uneinsichtigkeit und Verdrängung zu üben, wandte sich aber strikt dagegen, der Mehrheit der Österreicher, die die Nazizeit nicht oder nur als Kind erlebt haben, kollektive Vorwürfe zu machen. Bürgermeister Dr. Zilk ging in seiner Rede nochmals auf die Weigerung eines Teils der Bundesregierung ein, die Jahre vor 1938 als — wissenschaftlich längst außer Streit stehende — Vorgeschichte des „Anschlusses“ zu akzeptieren. Auch zur Ausstellung „Jewish Vienna“ habe es aus dem Außenministerium bremsende Kommentare gegeben, die er aber nicht akzeptiere, erklärte Zilk. (Schluß) wfv/gg

Umbau Im Uhrenmuseum abgeschlossen

Wien, 16.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Nach dem Abschluß der Heizungsumbau- und Renovierungsarbeiten im 1. Stock des Uhrenmuseums, Wien 1, Schulhof 2, sind wieder sämtliche Schauräume des Museums zugänglich. Im Zuge der Bauarbeiten wurde auch ein neuer Verkaufsraum im Erdgeschoß eingerichtet. Das Uhrenmuseum ist Dienstag bis Sonntag, von 9 bis 12.15 Uhr, und von 13 bis 16.30 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/rr

Wiener Spitäler zum Abbau von Akutbetten

Stacher: Besondere Verhältnisse in Wien

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) In der derzeit laufenden Diskussion über die Spitalsfinanzierung, vor allem über den geplanten Abbau von Akutbetten in den österreichischen Krankenanstalten, meldet sich nun auch der Wiener Krankenanstaltenverband zu Wort. Wie der Präsident des Verbandes, Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Dienstag abend in einem Pressegespräch feststellte, ist es zu begrüßen, daß der Bund nun von seiner ursprünglichen Forderung, 2.600 Akutbetten in allen Bundesländern prozentuell gleichmäßig abzubauen, abgegangen ist und Regelungen anstrebt, die auf die besonderen Verhältnisse in jedem einzelnen Bundesland Rücksicht nehmen.

Wiener Krankenanstaltenverband

Der Wiener Krankenanstaltenverband ist ein gemeinnütziger Verein von Wiener Krankenhausträgern, der 1980 gegründet wurde. Zweck des Vereines ist die Koordination der stationären Krankenhausversorgung in Wien, die Förderung der Zusammenarbeit, der Erfahrungsaustausch, die generelle Information der Mitglieder usw. Der Verband hat gegenwärtig 25 Mitglieder, die 38 Wiener Krankenanstalten mit mehr als 15.000 Betten repräsentieren. Mitglieder sind neben der Stadt Wien, die der größte Wiener Krankenhausträger ist, zum Beispiel auch die Wiener Gebietskrankenkasse als Träger des Hanusch-Krankenhauses, die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, verschiedene Ordensgemeinschaften, aber auch die „echten“ Privatspitäler, wie das Rudolfinerhaus, die Neue Wiener Privatklinik, das Goldene Kreuz usw.

Wien hat schon Akutbetten eingespart

In den Verhandlungen über die Krankenanstaltenfinanzierung in den Jahren 1988 bis 1990 hatte der Bund von den Ländern ursprünglich verlangt, die insgesamt 53.645 Akutbetten (ohne Psychiatrie und Neurologie), die es Ende 1986 in Österreich gab, bis 1990 um 2.600 zu verringern. Für Wien hätte das bedeutet, daß man die 12.302 Akutbetten um 596 hätte reduzieren müssen. Die Stadt Wien hat sich als größter Wiener Krankenhausträger grundsätzlich gegen eine lineare Kürzung des Bestandes an Akutbetten ausgesprochen, weil eine solche Maßnahme nur vom Bestand ausgeht, aber nicht vom Bedarf. In Wien wurden von 1983 bis 1986 bereits 539 Akutbetten eingespart — in diesem Zeitraum wurde in mehreren anderen Bundesländern die Bettenzahl noch aufgestockt. Der Wiener Krankenanstaltenverband unterstützt die Meinung der Stadt Wien, daß man bei der Festlegung der Bettenzahl nicht vom vorhandenen Bestand ausgehen kann, sondern nur von der tatsächlich zu versorgenden Bevölkerung. Wie Stadtrat Stacher betonte, sind bei der Berechnung des Bedarfs an Akutbetten mehrere Faktoren zu berücksichtigen: die Zahl der Einwohner, die Altersstruktur der Bevölkerung und der Anteil der Fremdpatienten, der in Wien aufgrund der zentralen Lage und des hochrangigen medizinischen Leistungsangebotes besonders groß ist.

Altersstruktur in Wien

Wien hat im Verhältnis zu den anderen Bundesländern einen sehr hohen Anteil an älteren Menschen. Alte Menschen müssen nicht nur öfter in das Krankenhaus, sie haben auch eine längere Verweildauer. Je 1.000 Einwohner einer Altersgruppe wurden 1986 in Österreich nur 162 im Alter von 16 bis 45 Jahren, aber 331 im Alter von 66 bis 75 und 410 im Alter von mehr als 75 Jahren in einem Akutspital aufgenommen. Und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer nach Altergruppen betrug 1986 in den Wiener städtischen Akutspitälern für die Gruppe von 16 bis 45 Jahren 7,3 Pflege-

tage, für die Gruppe von 66 bis 75 aber schon 14,8 und für die Gruppe von mehr als 75 Jahren sogar 20,8 Pflagetage. Das bedeutet, daß Menschen in der Altersgruppe von 66 bis 75 Jahren 4,1 mal, Menschen in der Altersgruppe von mehr als 75 Jahren 7,2 mal so viele Pflagetage konsumieren wie Menschen in der Altersgruppe von 16 bis 45 Jahren. Wenn man nun noch berücksichtigt, daß Wien einen Anteil von 19,6 Prozent an der Österreichischen Bevölkerung, aber einen Anteil von 25,7 Prozent an der Bevölkerungsgruppe hat, die älter als 65 ist, dann ist klar, daß Wien eine höhere Anzahl von Akutbetten benötigt.

Einrichtungen für ältere Menschen

Auch die Auslastung der Betten kann kein Maßstab für den angestrebten Abbau von Akutbetten sein, weil in den Akutbetten sehr häufig Patienten liegen, die eigentlich in ein Pflegeheim oder in eine andere außerstationäre Einrichtung gehören. Oder die Patienten liegen länger als erforderlich im Akutspital, weil es keine sozialen Hilfen gibt. In Wien stehen dagegen allein in den städtischen Pflegeheimen rund 6.500 Betten zur Verfügung. Außerdem gibt es Pflegebetten in den Betreuungsstationen der Pensionistenheime und ein Netz von sozialen Diensten zur Betreuung zu Hause (Mobile Schwestern, Essen auf Rädern, Heimhilfe, Besuchsdienst usw.). Solche Einrichtungen sind eben die Voraussetzung für eine Reduktion der Akutbetten, wie sie in Wien in den vergangenen Jahren bereits erfolgt ist.

Fremdpatienten

Eine bedeutende Rolle spielen in Wien aber auch die Patienten aus anderen Bundesländern. In Wien wurden 1986 351.111 Patienten in Akutspitalern stationär versorgt, 293.068 davon waren Wiener. 17.912 Wiener wurden in Krankenhäusern in den Bundesländern betreut. In Wien gibt es also einen „Überhang“ von 40.131 Patienten aus den anderen Bundesländern.

Aufgrund dieser objektivierten Bedarfsziffern (Bevölkerung + Altersstruktur + Fremdpatienten) ergibt sich, wenn man eine gleichmäßige Verteilung in Österreich haben und 2.600 Betten abbauen will, daß Wien nicht reduzieren, sondern um 432 Akutbetten aufstocken müßte. Nach diesen Kriterien müßte außer Wien nur noch Niederösterreich um 169 Betten vermehren — ein deutlicher Beweis für die relativ geringe Bettenzahl in der Ostregion. Die anderen Bundesländer müßten mehr als 3.000 Akutbetten abbauen.

Kosten der Fremdpatienten

Die Patienten aus den anderen Bundesländern beeinflussen jedoch nicht nur die Zahl der Akutbetten in Wien, sie spielen auch eine wesentliche Rolle bei den Spitalskosten. Die Pflegegebühr in den Wiener städtischen Krankenanstalten (ausgenommen das Allgemeine Krankenhaus) beträgt pro Tag 2.490 Schilling. Davon bezahlt 940 Schilling die Krankenkasse und 475 Schilling im Durchschnitt der Krankenanstaltensammelkassen (KRAZAF). Die Stadt Wien muß 1.075 Schilling pro Tag zuschießen. Im AKH beträgt die Pflegegebühr pro Tag 3.900 Schilling. Daraus ergibt sich, abgezogen Krankenkasse (940 Schilling) und KRAZAF (646 Schilling), eine Abgangsdeckung von 2.314 Schilling durch die Stadt Wien.

Allein auf der Basis der Pflegegebühren ergeben sich durch die 40.000 Patienten aus den anderen Bundesländern für die Stadt Wien Kosten von rund 800 Millionen Schilling (Abgang berechnet für 1988). Diese Berechnung berücksichtigt jedoch noch nicht die Tatsache, daß die Patienten aus den anderen Bundesländern in einem hohen Ausmaß Spitzenversorgungsleistungen der Medizin in Anspruch nehmen.

Forts. von Blatt 474

Forts. auf Blatt 476

So wurden in Wien 1986 durchgeführt (in Prozenten von ganz Österreich):

Percutane Steinertrümmerung	62,2 Prozent
Transplantation Knochenmark	61,5 Prozent
Behandlung schwangerer Diabetikerinnen	59,7 Prozent
Transplantation Herz	58,8 Prozent
Ausgewählte zytostatische Chemotherapie-Verfahren	56,6 Prozent
Transplantation Leber	44,7 Prozent
Transplantation Niere	44,4 Prozent
Operative Eingriffe an Hirngefäßen	40,7 Prozent

Forts. von Blatt 475

Teure Spitzenleistungen der Medizin

Die Spitzenversorgungsleistungen sind aber auch entsprechend kostenintensiv:

Transplantation Knochenmark	S 835.000
Transplantation Herz	S 497.000
Transplantation Leber	S 456.000
Transplantation Niere	S 287.000
Gerinnungsfaktorensubstitution (Bluter)	S 245.000
Herzklappenersatz	S 150.000
Replantation von Extremitäten und -teilen	S 105.000

1986 wurden 35,4 Prozent der medizinischen Spitzenversorgungsleistungen von Österreich in Wien erbracht. Daraus ergaben sich Kosten von mehr als 2,3 Milliarden Schilling, die zum überwältigenden Teil von der Stadt Wien getragen wurden. Diese großzügigen Leistungen der Bundeshauptstadt müssen in den Verhandlungen über die Spitalsfinanzierung endlich berücksichtigt werden, betonte Stacher. (Schluß) sc/bs/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 17. März 1988

Blatt 477

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Denkmal für Spanienkämpfer (480)

Kommunal/Lokal:

Zilk und Ludwig fixieren gemeinsamen Termin für Semesterferien 1989 (478/FS: 16.3.)

Ehrenzeichen des Landes Wien (481)

Neuer Leiter für die MA 14 (482)

Die Dezentralisierung der Wohnhäuserverwaltung beginnt (483)

Jeder zweite leidet unter dem Wetter (484/485)

Kultur:

Goldenes Ehrenzeichen für Paul Henreid (479/FS: 16.3.)

„Literatur für junge Leser“ eröffnet (486)

Zilk und Ludwig fixieren gemeinsamen Termin für Semesterferien 1989

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Eltern, die nächstes Jahr mit ihren schulpflichtigen Kindern auf Winterurlaub fahren wollen, können diesen jetzt bereits vorplanen: Die beiden amtsführenden Präsidenten des Landes-schulrates von Wien und von Niederösterreich haben sich über eine gemeinsame Regelung der Semesterferien geeinigt, die dem neuen Schulzeitgesetz Rechnung trägt. Wie die Landeshauptmänner Dr. Helmut ZILK und Siegfried LUDWIG heute, Mittwoch, bekanntgaben, wurden in den Bundesländern Wien und Niederösterreich die Semesterferien im Schuljahr 1988/89 für die zweite Februarwoche festgelegt, die am Montag, dem 13. Februar 1989 beginnt. (Schluß) red/gg

Bereits am 16. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Goldenes Ehrenzeichen für Paul Henreid

Wien, 16.3. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Mittwoch, im Rahmen einer kleinen Feier im Roten Salon des Wiener Rathauses dem Schauspieler Paul HENREID das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Henreid wurde 1908 in Triest geboren, besuchte in Wien das Theresianum und das Reinhardt-Seminar, spielte im Volkstheater und im Theater in der Josefstadt und wirkte nach seiner Emigration in die Vereinigten Staaten im Jahr 1940 in zahlreichen internationalen Filmen (wie etwa „Casablanca“) mit. Der Feier wohnten auch Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION bei. (Schluß) red/bs

Bereits am 16. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Denkmal für Spanienkämpfer

Wien, 17.3. (RK-POLITIK) Am kommenden Samstag, dem 19. März, wird um 10 Uhr auf dem Zentralfriedhof ein Denkmal für die Österreicher enthüllt, die in Spanien gegen den Faschismus gekämpft haben. Es steht in der Nähe des Mahnmals für die Opfer des Februars 1934 beim 2. Tor. Die Enthüllung wird von der Musikkapelle der Wiener Gaswerke musikalisch umrahmt. Mitte April wird ein Denkmal für die österreichischen Spanienkämpfer in Barcelone enthüllt. (Schluß) sti/bs

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Mittwoch nachmittag an Hofrat Dr. Ferdinand HÜBNER und Ministerialrat Dipl.-Ing. Andreas SCHIEFTHALER. Smejkal würdigte die Verdienste Hofrat Hübners, der sich besonders um den zweiten Bildungsweg im Rahmen der Arbeitermittelschule verdient gemacht hat. Ministerialrat Andreas Schiefthaler erhielt das Goldene Ehrenzeichen für seine engagierte Tätigkeit im Rahmen des Verbandes der Elternvereine an Höheren Schulen Wiens.

Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Oberschulrat Friedrich BUZEK, die Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Silber übergab Vizebürgermeister Smejkal Ministerialrat Mag. Gerhard SILVESTRI. (Schluß) jel/gg

Neuer Leiter für die MA 14

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte Mittwoch nachmittag Senatsrat Dr. Karl GRAF in sein Amt als neuer Leiter der Magistratsabteilung 14 (Sanitätsrechtsangelegenheiten und Sozialversicherung) ein. Graf folgt damit Obersenatsrat Dr. Franz HAWLA, der in den Ruhestand getreten ist.

Der neue Abteilungsleiter, Jahrgang 1938, arbeitete nach einem Studium der Theologie zunächst als Erzieher, studierte nebenberuflich Jus und trat 1967 in den Dienst der Stadt Wien. Nach seiner Promotion war er vorerst in einem Magistratischen Bezirksamt und ab 1974 im Jugendamt tätig, dessen stellvertretender Leiter er 1976 wurde.

Obersenatsrat Dr. Hawla war 1946 als Maturant zur Stadt Wien gekommen und war später nach einem nebenberuflichen Jusstudium lange Zeit in der Finanzverwaltung tätig. Die Magistratsabteilung 14 leitete er seit 1977.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER dankte Hawla für die von ihm geleistete hervorragende Arbeit in einer schwierigen Materie. Auf den neuen Abteilungsleiter wartet eine Reihe interessanter neuer Aufgaben.

Magistratsdirektor Dr. BANDION, der dem neuen Chef der MA 14 das Beststellungsdekret überreichte und die besten Wünsche des Bürgermeisters übermittelte, wies darauf hin, daß die MA 14 als eine Art Rechtsabteilung des Gesundheitswesens eine sehr wichtige Aufgabe erfülle.

Die finanziellen Aufwendungen der Stadt Wien für das Gesundheitswesen sind sehr hoch, und die Wiener haben Anspruch auf eine optimale Betreuung in den Spitälern. Die MA 14 trägt durch ihre Tätigkeit — z.B. Mitwirkung an einschlägigen Gesetzen und Verordnungen, Betriebsbewilligungen für Krankenanstalten — dazu bei, die Voraussetzungen für ein funktionierendes Gesundheitswesen zu schaffen. In ihrer heutigen Form entstand sie 1979 durch die Zusammenlegung der damaligen Magistratsabteilungen 14 (Sozialversicherung) und 16 (Sanitätsrechtsangelegenheiten). Bandion würdigte die hervorragenden Leistungen Dr. Hawlas und wünschte Dr. Graf in seiner neuen Funktion viel Erfolg.

Den Dank der Gewerkschaft an den scheidenden Abteilungsleiter, der auch lange Zeit Rechtsberater der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten war, und die besten Wünsche für seinen Nachfolger überbrachte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalratsabgeordneter Rudolf PÖDER.

An der Amtseinführung nahmen auch Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Gesundheits- und Spitalswesen sowie Magistratsvizeidirektor Dr. Alfred PEISCHL teil. (Schluß) ger/rr

Die Dezentralisierung der Wohnhäuserverwaltung beginnt

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Mehr Bürgernähe und eine wirkungsvollere Arbeit für die Mieter von Gemeindewohnungen soll es nun durch eine Dezentralisierung und Neuorganisation der städtischen Wohnhäuserverwaltung geben. Die Magistratsabteilungen 27 und 52, die für die bauliche Erhaltung und die Verwaltung der rund 2.000 städtischen Wohnhäuser mit insgesamt rund 220.000 Wohnungen zuständig sind, werden künftig enger zusammenarbeiten und schrittweise ihre Dienststellen näher zum Bürger verlegen.

Mit Jahresbeginn 1988 wurde mit der Neuorganisation der beiden Abteilungen in insgesamt fünf regionale Verwaltungsgruppen begonnen. Kommende Woche wird nun die erste Gruppe für die Bezirke 3, 4, 10 und 11 dezentralisiert und aus der Rathausnähe in Amtsräume im 3. Bezirk, Landstraßer Gürtel 8/6. Stock (Telefon 79 25 40) übersiedeln. Dort wird diese Verwaltungsgruppe „Süd-Ost“ relativ eigenständig für die Verwaltung und Erhaltung von rund 55.000 Gemeindewohnungen und fast 3.000 Geschäftslokalen in diesen vier Bezirken sorgen. Die leichtere Erreichbarkeit soll Voraussetzung für einen besseren Kontakt mit den Bewohnern, vor allem aber zu den Mietervertretern sein. Durch erweiterte Kompetenzen, etwa im Bereich der Beschaffung, sollen Mieteranliegen künftig unbürokratischer erledigt werden können. Unmittelbarste Ansprechpartner der Mieter bleiben aber nach wie vor Hausbesorger und Hausinspektor.

Noch heuer im Herbst soll die Gruppe für die Bezirke 21 und 22 dezentralisiert werden. Zwei weitere Gruppen folgen bis zum Sommer 1989. Lediglich die Gruppe für die innerstädtischen Bezirke 1, 2, 6 bis 9 und 20 verbleibt in der Doblhoffgasse 6 im 1. Bezirk. (Schluß) ah/gg

Jeder zweite leidet unter dem Wetter

Beratungsstelle: 7.000mal Rat und Hilfe

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Für Wetterfühlige und Pollenempfindliche steht in Wien seit über einem Jahr eine Medizin-Meteorologische Beratungsstelle des Gesundheitsamtes 1., Neutorgasse 15, zur Verfügung. Die Serviceeinrichtung — sie stellt ein Novum in Europa dar — bietet sowohl die Möglichkeit von Beratungen und Auskünften als auch Untersuchungen. Meinungsumfragen zufolge leiden nahezu 50 Prozent der Bevölkerung unter dem Wetter. Die Beratungsstelle wurde im vergangenen Jahr rund 7.000mal in Anspruch genommen. Dies gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde bekannt.

Telefonische und schriftliche Anfragen

Der Medizin-Meteorologische Beratungsdienst wurde 1987 rund 7.000mal in Anspruch genommen. Davon wurden 4.741 Personen telefonische Auskünfte erteilt, 1.568 schriftliche Anfragen beantwortet und 317 Personen persönlich beraten (295 Wetterfähigkeits- und 22 Pollenallergieberatungen). Seit Mitte vergangenen Jahres gibt es auch die Möglichkeit einer gruppenspezifischen Beratung. An den 21 Sitzungen nahmen insgesamt 211 Personen teil.

Migräne, Rheuma, Kreislaufbeschwerden

Was die Frequenz der Beratungsstelle betrifft, so kamen, wie der Leiter Dr. Alois MACHALEK erklärte, von den ratsuchenden Personen rund 20 Prozent zweimal, 5 Prozent vier- bis fünfmal. Erfreulicherweise konnte in 20 Prozent der Fälle eine vollständige Befreiung von der Wetterfühligkeit erzielt werden, und in 60 Prozent aller Fälle war die Hilfe bereits nach der ersten Beratung wirksam. Signifikant war auch, daß Wetterfühligkeit vor allem im aktiven Lebensabschnitt eines Menschen und weniger häufig im Pensionsalter auftritt. Was die Beschwerden betrifft, so zeigte sich, daß am häufigsten (30 bis 40 Prozent) Wetterfühlige wegen Migränebeschwerden kommen, gefolgt von wetterbedingten rheumatischen Beschwerden und Herz-Kreislauf-Beschwerden.

Beratungsschema für Wetterfühlige

Für die Beratung bzw. Behandlung der Wetterfühligen wurde von einem Wissenschaftsteam — bestehend aus einem Mediziner, Meteorologen, Botaniker und Psychologen — ein eigenes Beratungsschema erarbeitet. Dabei wird zunächst versucht, in einem ausführlichen Patientengespräch eine diagnostische Abklärung zu finden. Zur Feststellung der Wetterfühligkeit, das heißt der Ursachen für das Auftreten von Beschwerden, erhält der Patient sodann einen eigens entwickelten „Beschwerdenkalender“, der in weiterer Folge mittels EDV ausgewertet wird. Nach Vorliegen dieser Unterlagen wird gemeinsam mit dem Patienten ein „Verhaltensmuster“ erarbeitet, um dadurch die Wetterfühligkeit in den Griff zu bekommen. Weitere Aussprachen bzw. autogene Trainingshilfen und chinesische Entspannungs- und Atemtechniken (Qi-gong) ergänzen die Behandlung.

Pollenallergie-Information

Im Rahmen der Pollenallergie-Information werden, wie Dr. Siegfried JÄGER erklärte, der jeweilige aerobiologische Zustand der Luft erarbeitet und Pollenflugprognosen für Allergiker, Ärzte und Apotheker erstellt. Ferner gibt es die Möglichkeit einer bioklimatischen Beratung über Erholungsaufenthalte, Kurorte und Heilbäder. Der „Einzugsbereich“ der Beratungsstelle erstreckt sich praktisch auf ganz Österreich.

Der Pollenwarndienst für Wien bringt außerdem täglich Prognosen über einen Tonbanddienst (4800/3309) und ab 21. März auch täglich im Stadtradio auf der Welle von Ö Regional. Zweimal wöchentlich ist eine Prognose unter der Wiener Kurzwahlnummer 1529 zu hören und gelangt über die APA auch an die Tageszeitungen. Je nach Wetterentwicklung wird der Pollenwarndienst von Jänner (Februar) bis Mitte/Ende September geführt.

Laut Dr. Jäger können in Österreich mit derartigen Einrichtungen jährlich durch Pollenallergieerkrankungen bedingte Medikamentenkosten in der Höhe von 70 Millionen Schilling bzw. 4,5 Millionen durch Krankenstände „verlorene Arbeitstage“, eingespart werden.

Beratungszeiten

Die Beratungsstelle 1., Neutorgasse 15, Parterre, steht für telefonische Informationen und Auskünfte Montag bis Donnerstag von 7.30 Uhr bis 18 Uhr bzw. Freitag bis 15.30 Uhr unter den Telefonnummern 53 114/668, 693 und 656 zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es auch persönliche Beratungs- und Untersuchungsmöglichkeiten für Wetterfühlige, Dienstag und Donnerstag, bzw. für Pollenempfindliche, Montag und Mittwoch, jeweils von 16 bis 18 Uhr. Im Rahmen einer internistischen Untersuchung können etwa die Lungenfunktion und der Blutdruck überprüft oder eine Durchleuchtung der Lunge durchgeführt werden. Ferner werden für Wetterfühlige unter anderem Biowetterprognosen erstellt. (Schluß) zi/bs

Forts. von Blatt 484

„Literatur für junge Leser“ eröffnet

Wien, 17.3. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK eröffnete am Donnerstag die „Literatur für junge Leser“, die heuer vom 17. bis 24. März im Palais Auersperg stattfindet. Die Literaturwoche, die es heuer zum zehnten Mal gibt, soll dazu beitragen, Kinder und Jugendliche auf kurzweilige Weise für Literatur zu interessieren und schließlich für das Lesen zu gewinnen.

Neben dem Vorlesen und Erzählen stehen Begegnungen mit Autoren und Illustratoren sowie Bilderbuchfilme und Kindertheater auf dem Programm. Eltern können sich in bezug auf die Buchauswahl für Kinder beraten lassen.

Erstmals gibt es auch eine Sport-Diskussion und eine Mitspiel-Sportgeschichte mit dem TSA-Sport-Team. Weitere Mitmachaktionen wie „Wir machen eine Zeitung“ oder „Theater zum Mitreden“ tragen zur Auflockerung des Programms bei. Spezielle Akzente werden auch bei den Ausstellungen im Rahmen der Literaturwoche gesetzt: Preisgekrönte Bücher aus Österreich und anderen Ländern sind ebenso ausgestellt wie Sachbücher zu verschiedenen Themenbereichen wie Umwelt und Arbeitswelt. Die „Literatur für junge Leser“ ist täglich von 9 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich. (Schluß) gab/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 18. März 1988

Blatt 487

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuer Vorstand der Augenabteilung im Krankenhaus Lainz (488/FS: 17.3.)
- Wieder Maus im Toastbrot (489/FS: 17.3.)
- Terminvorschau vom 21. bis 29. März 1988 (490/491)
- Neue Forschungsstelle für Umweltpneumologie im Krankenhaus Lainz (492)
- Neue Initiative des Jugendzentrums Rennbahnweg (493)
- „Bei einem Wirte wundermild ...“ im Bezirksmuseum Simmering (496)
- Mietermitbestimmung für Gemeindebauten in Vorbereitung (497)
- Amtseinführung in der MA 51 (498)
- Vorübergehende Streckenänderungen bei Straßenbahnlinien „43“ und „44“ (nur FS)

Kultur:

- Renovierungsarbeiten im „Eroica-Haus“ (494)
- Ronacher-Renovierung, Kunsthalle im Messepalast (494/495)
- Ehrenmedaille in Gold für Harnoncourt (499)

Neuer Vorstand der Augenabteilung im Krankenhaus Lainz

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Donnerstag vormittag den neuen Vorstand der Augenabteilung im Krankenhaus der Stadt Wien — Lainz, Univ.-Prof. Dr. Hans GNAD, in sein Amt ein.

Prof. Gnad arbeitete als Assistenzarzt an den Universitäts-Augenkliniken von Innsbruck, Zürich, Madurai (Indien) und Wien; seit 1974 war er Leiter der Augenambulanz am Ludwig Boltzmann-Institut, seit 1977 Oberarzt und seit 1982 Klinikvorstand-Stellvertreter an der I. Universitäts-Augenklinik Wien. Seit 1980 ist er auch teilbeschäftigter Facharzt für Augenheilkunde am Neurologischen Krankenhaus der Stadt Wien — Rosenhügel. Prof. Gnad tritt die Nachfolge von Prof. Dr. Josef STEPANEK an, der seit 1960 Vorstand der Augenabteilung im Krankenhaus Lainz war und nun in den Ruhestand getreten ist.

Stadtrat Stacher wies darauf hin, daß das Fachgebiet Augenheilkunde deutlich zeigt, wie sich die Medizin im Laufe der Zeit verändert. So benötigt man in der Augenheilkunde derzeit weniger Betten als noch vor einigen Jahren. Mit der Entwicklung der Medizin kann sich das aber durchaus wieder ändern.

Strukturänderungen bei Spitälern

Es ist daher notwendig, so Stacher, die Struktur der Krankenhäuser ständig an die Entwicklung in der Medizin anzupassen. Mit der Fertigstellung des Wiener Allgemeinen Krankenhauses 1991/92, mehr aber noch durch die Besiedelung des neuen Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost 1992 und 1994 werden sich daher auch Strukturänderungen in anderen Wiener städtischen Spitälern ergeben. Wenn das SMZ Ost in Betrieb geht, müssen die Bewohner des 21. und 22. Bezirks nicht mehr quer durch Wien ins Krankenhaus fahren. Es steht ihnen dann ein modernst eingerichtetes Krankenhaus nördlich der Donau zur Verfügung. Es ist aber klar, daß dann in den Krankenhäusern im Westen von Wien Abteilungen aufgelassen oder umstrukturiert werden müssen. Für diese Neuorganisation werden jetzt die Unterlagen erarbeitet. Es sind daher auch noch keine Entscheidungen gefallen. Bis Ende 1989 aber müssen die Entscheidungen getroffen werden. Das Ziel der Umstrukturierung ist die bestmögliche regionale Verteilung der Krankenhausleistungen über das ganze Stadtgebiet, betonte Stacher. (Schluß) sc/bs

Bereits am 17. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wieder Maus im Toastbrot

Betrieb sofort neuerlich überprüft

Wien, 17.3. (RK-LOKAL) Trotz strenger Kontrollen der Bäckereibetriebe — 1987 wurde dazu eine eigene Schwerpunktaktion durchgeführt — wurde heute Donnerstag, wieder eine Maus, diesmal in einem vorverpackten Toastbrot, an der Unterseite der Verpackung entdeckt. Der Käufer, der das Brot in einem Supermarkt im 21. Bezirk erworben hatte, brachte das Brot zum Teil originalverpackt, zum Teil geöffnet zum Marktamt, das eine sofortige neuerliche Überprüfung der betroffenen Bäckerei (Konsum-Großbäckerei) durchführte. Dabei zeigte sich, daß die Bäckerei den Normen durchaus entspricht und eigene Vorkehrungen zur Bekämpfung der Mäuse, unter anderem Ultraschall, getroffen worden waren. Wie die Maus dennoch in das Toastbrot kam, ist derzeit nicht klar. Bei der heutigen Revision waren, wie das Marktamt mitteilt, auch keine Spuren von Mäusen oder anderen Nagern (angebissene Backwaren, Exkremete usw.) zu finden. Auch 1987 hatte sich bei der Überprüfung im Oktober gezeigt, daß keine zusätzlichen Vorschriften erforderlich waren.

Da in den letzten Jahren bereits zweimal Mäuse in Brotwaren aus Wiener Bäckereien gefunden worden waren, hatten Lebensmitteluntersuchungsanstalt und Marktamt auf Weisung der damaligen Stadträtin Friederike SEIDL die Wiener Bäckereien bei einer Schwerpunktaktion strengstens auf eventuelle hygienische Mißstände überprüft und durch entsprechende Auflagen das „Mausrisiko“ verringert. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 17. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!!

Terminvorschau vom 21. bis 29. März 1988

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 21. bis 29. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 21. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Heinz Hruza (Arb.-Zi., Bgm.)

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP

15.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Johannes J. Schobermayr und Oberamtsrat Franz Tetenka (Steinerner Saal, Rathaus)

16.30 Uhr, Pressekonferenz „Kindertheater“. StR. Dr. Pasterk, Generaldirektor Dr. Schmidt-Chiari (CA)

DIENSTAG, 22. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

16.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Dr. Lucia Binder, Dr. Karl Aigner und Rudolf Martin Einhorn (Steinerner Saal, Rathaus)

19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding „Schloß Wilhelminenberg“ mit Vbgm. Mayr (Gästehaus Schloß Wilhelminenberg, 16, Savoyenstraße 2)

19.00 Uhr, Eröffnung Literatur im März (Secession)

MITTWOCH, 23. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Sallaberger an OAR Friedrich Thorwartl (Arb.-Zi., Sallaberger)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal „Mutter-Kind-Heim“ 11, Pleischlgasse 2

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Mag. Dr. Paul Belohlavy, Prim. Dr. Wilhelm Bostjancic, Prim. Dr. Gerhard Felger, Prim. Univ.-Doz. Dr. Raoul Schindler und Oberamtsrat Michael Idinger (Steinerner Saal, Rathaus)

14.00 Uhr, Überreichung der Josef-Kainz-Medaillen der Stadt Wien 1987 durch StR. Dr. Pasterk an Gert Voss, Elisabeth Rath und Achim Freyer sowie der Förderungspreise zur Josef-Kainz-Medaille an Klaus Fischer, Katharina Manker, Torsten Fischer und Sabina Kellner (Wappensaal, Rathaus)

17.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Steinplastiken“ von A.Hrdlicka sowie Eröffnung Kunstraum Wr. Messepalast, StR. Pasterk (Messepalast, Halle H 4, Eingang b. d. Burggasse)

19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Dr. Häupl „Kommende sportliche Aktivitäten in der Bundeshauptstadt“

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Altbundeskanzler Dr. Bruno Kreisky: Geschichte. klüger für ein anderes Mal? (Wiener Secession)

Forts. auf Blatt 491

DONNERSTAG, 24. MÄRZ:

8.30 Uhr, Kontrollausschuß

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal

10.00 Uhr, Bgm. Dr. Zilk und StR. Dr. Pasterk; Ehrenbürgerurkunde an
Gottfried v. Einem (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

FREITAG, 25. MÄRZ:

ab 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat

MONTAG, 28. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP

DIENSTAG, 29. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 490

Neue Forschungsstelle für Umweltpneumologie im Krankenhaus Lainz

Zusammenarbeit Stadt Wien - Boltzmann-Gesellschaft

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) „Lunge und Umwelt“ ist der Themenbereich einer neuen Ludwig Boltzmann-Forschungsstelle, die im Krankenhaus der Stadt Wien — Lainz eingerichtet wird. Sie wird die Einwirkungen von Schadstoffen in der Atemluft auf Lunge und Bronchien erforschen. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen genehmigte in seiner letzten Sitzung einen Vertrag, der die Zusammenarbeit des Anstaltenamtes der Stadt Wien mit der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft — Österreichische Vereinigung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung beim Betrieb der Forschungsstelle regelt.

Durch die Lunge eines erwachsenen Menschen strömen pro Tag rund 10.000 Liter Atemluft. Die Lungenbläschen haben insgesamt eine Fläche von 80 bis 120 Quadratmetern. Die staubförmigen und gasförmigen Schadstoffe in der Luft haben daher Auswirkungen auf Lunge und Bronchien. Die neue Ludwig Boltzmann-Forschungsstelle für Umweltpneumologie wird die Schadstoffe in der Atemluft messen, Schäden am bronchopulomalen System untersuchen und eventuelle Leistungseinschränkungen der Lunge feststellen.

Mit der Leitung der Forschungsstelle wird der Vorstand der Abteilung für Lungenerkrankungen im Krankenhaus Lainz, Primarius Dr. Hartmut ZWICK, betraut werden. Die Lungenfachärzte auf dieser Abteilung beschäftigen sich schon seit Jahren intensiv mit Problemen der Umweltpneumologie.

Der Vertrag zwischen der Stadt Wien und der Boltzmann-Gesellschaft orientiert sich an ähnlichen Verträgen, die zwischen den beiden Institutionen schon geschlossen wurden. Er ermöglicht auf unbürokratische Weise eine enge und effiziente Zusammenarbeit zwischen Krankenhaus und wissenschaftlicher Forschung. (Schluß) sc/rr

Neue Initiative des Jugendzentrums Rennbahnweg

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Eine neue Initiative, die den Bewohnern der Wohnhausanlage Rennbahnweg zugute kommen soll, startet nun das Jugendzentrum Rennbahnweg. Ab sofort steht das Jugendzentrum jeweils Donnerstag, von 9 bis 21 Uhr, den Siedlungsbewohnern für private Treffen, Gesprächsrunden usw. offen. Einrichtungen wie das Fotolabor, die Video-Anlage, Turnsaal, Disco, Tischtennis und vieles andere stehen zur Verfügung. Gruppen, die dieses Angebot z.B. für Vereins- oder Clubabende nützen wollen, können sich unter der Telefonnummer 25 11 96 anmelden. Individuelle Vereinbarungen, wie etwa die Beaufsichtigung von Kindern bei Zusammenkünften von Eltern, sind ebenfalls möglich.

Jugendzentrum Rennbahnweg, Liebigasse 3 Telefon 25 11 96. jeden Donnerstag von 9 bis 21 Uhr. (Schluß) jel/bs

Renovierungsarbeiten im „Eroica-Haus“

Wien, 18.3. (RK-KULTUR/LOKAL) In der Beethoven-Gedenkstätte „Eroica-Haus“, 19, Döblinger Hauptstraße 92, werden vom 21. März bis 11. April Renovierungsarbeiten durchgeführt. Die Gedenkstätte bleibt während dieser Zeit geschlossen. (Schluß) gab/bs

Ronacher-Renovierung, Kunsthalle im Messepalast

Zweite Ausschreibungsstufe für Ronacher

Wien, 18.3. (RK-KULTUR) In einem gemeinsamen Pressegespräch stellten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Vizebürgermeister Hans MAYR und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK Donnerstag abend die weitere Vorgangsweise für den Umbau des Ronacher und die Pläne für die rasche Verwirklichung einer Kunsthalle im Messepalast vor. Bürgermeister Zilk betonte, daß damit zwei große Vorhaben der Wiener Kulturpolitik verwirklicht werden. Sowohl die Renovierung des Ronacher wie auch die Einrichtung einer Ausstellungshalle internationalen Zuschnitts seien seit langem geplant. Kulturstadträtin Dr. Pasterk sagte, es gelte, Lösungen in Abstimmung kultureller Notwendigkeiten und finanzieller Möglichkeiten zu finden und zu verwirklichen.

Für das Ronacher bedeutet das die Modifizierung der Projekte der Wettbewerbssieger Coop Himmelblau und Boris Podrecca. Die Kosten der Erstpläne mit jeweils 900 Millionen Schilling sind zu hoch, darüber hinaus stimmen sie mit den neuen Schutzplänen des Bundesdenkmalamtes nicht überein. Das Lösungsmodell sieht eine zweite Ausschreibung mit genauen Eckdaten vor. Die Bausumme für die Renovierung soll 450 Millionen Schilling nicht überschreiten. Dieser Wert soll durch Einsparungen im Bauvolumen, in der Technikausstattung und in der Anzahl und Größe der Bühnen erreicht werden. Die Einladung für die zweite Ausschreibung geht an Coop Himmelblau und Boris Podrecca, der Jury soll ein außenstehender Theaterfachmann beigezogen werden.

„Cats“ im Ronacher

Während der zweiten Ausschreibungsphase und der Erarbeitung neuer Umbaupläne wird das Ronacher auf Initiative von Vizebürgermeister Hans MAYR mit „Cats“ bespielt. Aufgrund einer Marktstudie beträgt das offene Besucherpotential für „Cats“ in Österreich, Deutschland und der Schweiz rund 1,4 Millionen Personen, womit eine weitere Saison für das Musical mehr als gerechtfertigt ist. Die dafür notwendigen Adaptionen im Ronacher sind zum größten Teil als Vorleistungen in die Gesamtrenovierung einbringbar, das vorhersehbare Einspielergebnis dürfte die Produktionskosten um eine Million übertreffen. Wien wird damit in der Saison 1988/89 mit „Cats“ im Ronacher, „The Phantom of the Opera“ im Theater an der Wien und „Les Misérables“ im Raimundtheater drei Musicals anbieten.

Kunsthalle im Messepalast

Da Wien derzeit keine Kunsthalle mit der für internationale Ausstellungen notwendigen klimatischen Ausstattung besitzt, soll mit der Klimatisierung der Reithallen E und E 1 im Messepalast ein erster Schritt in Richtung einer „brauchbaren Kunsthalle“, so Kulturstadträtin Dr. Ursula Pasterk, gegangen werden. Anlaß für die rasche Verwirklichung dieses Plans ist die Ausstellung „Geschichte der modernen Seele“, die 1989 gezeigt werden soll und die aufgrund der wertvollen Exponate einen vollklimatisierten Raum braucht. Die Kosten der Klimatisierung wurden vom

Ausstellungsarchitekten Hermann CZECH mit zehn Millionen Schilling für eine Halle (E) und mit 15 Millionen Schilling für beide Hallen berechnet.

Wien würde damit bereits im kommenden Jahr — lange vor der möglichen Verwirklichung des Gesamtprojektes Messepalast durch den Bund — über eine attraktive, klimatisch entsprechende Ausstellungshalle verfügen. Diese Lösung könnte später auch in die große Messepalast-Lösung einbezogen werden.

„Kunstraum“ im Messepalast

Bereits am 23. März wird der „Kunstraum Wien“ im Messepalast, ein 300 Quadratmeter großer selbstständiger Abschnitt der Halle H, mit einer Ausstellung „Steinskulpturen“ von Alfred HRDLICKA eröffnet. Dieser Raum soll in Zukunft vor allem für sehr spezifische, kleinere Ausstellungen genutzt werden.

„Imagen de Mexico“

Vom 12. Mai bis 31. Juli wird im Messepalast die Großausstellung „Imagen de Mexico“ gezeigt. Die Ausstellung, die bis Ende Februar in Frankfurt zu sehen war, ist die erste umfassende Schau der mexikanischen Malerei, Grafik, Fotografie und Volkskunst von 1900 bis 1960. Sie umfaßt 400 Werke von 58 Künstlern und 1.000 Objekte der Volkskunst. (Schluß) gab/rr

Forts. von Blatt 494

„Bei einem Wirte wundermild...“ im Bezirksmuseum Simmering

Wien, 18.3. (RK-LOKAL) Das Bezirksmuseum Simmering zeigt in Zusammenarbeit mit „Kultur Elf“ und dem Kulturverein Simmering vom 20. März bis 12. Juni die Ausstellung „Bei einem Wirte wundermild... Auf den Spuren alter Einkehrghäthöfe, Stammbeisel und Kaufläden in Simmering“.

Die Ausstellung wird am Sonntag, dem 20. März, um 10 Uhr von Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dr. Hannelore HATZL-BANDEL eröffnet. Im Rahmenprogramm bringt Brigitte SLEZAK Heiteres zum Thema der Ausstellung, die „Weana Gaudibrüada“ sorgen für die musikalische Umrahmung. (Schluß) gab/bs

Mietermitbestimmung für Gemeindebauten in Vorbereitung

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Donnerstag abend fand im Rathaus ein erster Meinungsaustausch zwischen Vertretern der städtischen Wohnhäuserverwaltung, politischen Funktionären und Vertretern der wichtigsten Mieterorganisationen Wiens über das geplante Mietermitbestimmungsstatut für Wiens Gemeindewohnbauten statt. Das in einem Entwurf der Wohnhäuserverwaltung (Magistratsabteilung 52) vorliegende Mietermitbestimmungsstatut wurde dabei von allen Teilnehmern grundsätzlich begrüßt und als erster Schritt zu einer anzustrebenden Verankerung der Mitbestimmung im Mietrechtsgesetz angesehen.

Da von den Mietervertretungen — zum Teil bereits schriftlich Ergänzungsvorschläge eingebracht wurden, wird der erste Entwurf in den kommenden Wochen überarbeitet und Ende April bei einem zweiten Gespräch neuerlich zur Beratung vorgelegt, sodaß eine Beschlußfassung des Statuts durch den Wiener Gemeinderat noch im Juni erfolgen könnte. Das Statut soll dann mit sofortiger Wirkung in Kraft treten.

Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER erklärte, daß für eine Demokratisierung unserer Gesellschaft die erweiterte Mitbestimmung im Wohnbereich ein zentrales Ziel sei. Die Mietermitbestimmung in Wiens Gemeindebauten könne aber nur ein erster Schritt sein. Er wolle dafür eintreten, sagte Edlinger, daß auch gemeinnützige Wohnbaugesellschaften, die öffentliche Förderungsmittel in Anspruch nehmen, derartige Mieterrechte beschließen. Vor allem aber sollte die mögliche gemeinsame Beschlußfassung des Mietermitbestimmungsstatutes im Wiener Gemeinderat in eine Willenskundgebung an den Bundesgesetzgeber münden, da demokratische Rechte nicht nur für Gemeindemieter, sondern auch für die viel größere Zahl von Mietern in privaten Wohnhäusern gelten müßten.

Die Förderung der Partnerschaft und Kommunikation zwischen Bewohnern und Hausverwaltung sei das wichtigste Ziel dieses Mitbestimmungsstatutes, weshalb nur sehr wenige organisatorische Grundsätze im Entwurf enthalten sind, und viele Möglichkeiten einer Mitwirkung eröffnet werden, meinte Edlinger.

Zu den zentralen Punkten des geplanten Statuts zählen etwa

- die demokratische Wahl von Mietervertretern,
- das Recht der Mietervertreter zur Prüfung, ob die Mietzinse korrekt berechnet und verwendet werden, bei voller Einsicht in Aufzeichnungen und Abrechnungen,
- umfassende Vorschlagsrechte für Verbesserungsmaßnahmen,
- Informations- und Beratungspflicht der Wohnhäuserverwaltung bei größeren Erhaltungsarbeiten am Haus,
- Beschlußfassung der Mieterversammlung über die Hausordnung und die Nutzung von Gemeinschaftseinrichtungen usw.

Auch die Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Parteien begrüßen den Entwurf grundsätzlich und traten für eine Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten im Wohnbereich ein. (Schluß) ah/rr

Amtseinführung in der MA 51

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL/SPORT) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Freitag Senatsrat Dr. Ferdinand PODKOWICZ offiziell in das Amt des Leiters der Magistratsabteilung 51 (Sportangelegenheiten) ein. Interimistisch stand Podkowicz schon seit einem dreiviertel Jahr an der Spitze dieser Abteilung.

Podkowicz, Jahrgang 1939, trat 1964 in den Dienst der Stadt Wien, studierte nebenberuflich Jus und war in der Folge unter anderem im Kulturamt, in Magistratischen Bezirksämtern sowie vor seiner Versetzung in die MA 51 zuletzt in der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision tätig.

Personalstadtrat Günther SALLABERGER bezeichnete Podkowicz als prädestiniert für die keineswegs einfache Aufgabe im Sportamt, wo es viele Einzelinteressen zu koordinieren gilt. Dem Sport kommt durch die Vermehrung der Freizeit und die gestiegene Lebenserwartung eine immer noch wachsende Bedeutung als Faktor der Freizeitgestaltung zu.

Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL wies auf die Bedeutung der Sportförderung hin und bezeichnete es als wichtigste Aufgabe des Sportamtes, eine Animationsfunktion zu erfüllen und die organisatorischen Voraussetzungen zu gewährleisten, daß die Menschen möglichst selbst aktiv Sport betreiben können.

Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, der das vom Bürgermeister unterzeichnete Bestellsdekret überreichte, ging auf die Gründe für den gestiegenen Stellenwert des Sports in unserer Gesellschaft ein. Dazu zählen etwa die Veränderungen in der Arbeitswelt und in der Technik, die ebenso zu mehr Freizeit wie auch zu einer teils erzwungenen, teils freiwilligen Bewegungsarmut geführt haben. Die Sportausübung bietet hier eine Ausgleichsmöglichkeit, die auch durch ein gehobenes Gesundheitsbewußtsein gefördert wird. Der Spitzensport wiederum habe zweifellos eine Vorbildfunktion, vor allem für die Jugend, ist durch ständig neue Höchstleistungen und einen immer professionelleren Showcharakter aber auch für Zuschauer anderer Altersstufen attraktiv. Darüber hinaus stellt der Sport in einer immer komplizierter gewordenen Welt auch einen Sektor dar, in dem eindeutige Kriterien für Leistung und Erfolg gelten.

Bandion betonte, daß die Tätigkeit der MA 51 eine wesentliche Voraussetzung für das sportliche Leben in unserer Stadt bildet.

Der Amtseinführung wohnten auch der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalratsabgeordneter Rudolf PÖDER, der dem neuen Abteilungsleiter die besten Wünsche der Gewerkschaft übermittelte, der frühere Sportstadtrat Nationalratsabgeordneter Franz MRKVICKA, Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL sowie Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Umwelt, Freizeit und Sport und des Wiener Landessportrates bei. (Schluß) ger/rr

Ehrenmedaille in Gold für Harnoncourt

Wien, 18.3. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte Freitag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold an den Dirigenten Nikolaus HARNONCOURT. Der Feier wohnten auch die Stadträte Dr. Ursula PASTERK, Dr. Erhard BUSEK und Dr. Rainer PAWKOWICZ sowie Bundestheater-Generalsekretär Dr. Rudolf SCHOLTEN bei.
(Schluß) red/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 21. März 1988

Blatt 500

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Einwendungen Wiens gegen Wackersdorf (507/FS: 20.3.)
- Busek: Wien muß sich auf EG-Beitritt vorbereiten (515)

Kommunal/Lokal:

- Wiener Stadion: EKAZENT wird voll für Schaden aufkommen (501/FS: 18.3.)
- Häupl begrüßt Zusammenarbeit mit Niederösterreich in Umweltfragen (503/FS: 18.3.)
- „Manes-Sperber-Park“ in der Leopoldstadt (504/FS: 19.3.)
- Wiederaufnahme des Autobusverkehrs zwischen Kahlenberg und Leopoldsberg (504/FS: 19.3.)
- Erhaltung der Werkbundsiedlung mit Europa-Nostra-Preis gewürdigt (506/FS: 19.3.)
- Am 27. März ist Familiensonntag (509)
- Fernwärme für ORF-Zentrum (510)
- Küche im SMZ-Ost wird 2.150 Personen versorgen (511)
- Umkehr einer Einbahn in Favoriten (512)
- Stadion-Prüfbericht an Staatsanwaltschaft Wien (513)
- Goldenes Verdienstzeichen für Heinz Hruza (514)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (509)

Kultur:

- Pasterk: Befremden über Kritik Noevers am Ronacher-Projekt (502/FS: 18.3.)
- Wiener Filmpreis 1988 vergeben (505/FS: 19.3.)
- Dienstag Eröffnung der „Literatur im März“ (508)
- Wiener Vorlesungen mit Bruno Kreisky (nur FS/20.3.)

Wiener Stadion: EKAZENT wird voll für Schaden aufkommen

Verantwortung der EKAZENT-Geschäftsführung wird überprüft

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Der Generaldirektor der Wiener Holding, Dipl.-Kfm. Dr. Ernst KRAUS, nahm Freitag im Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik zur aktuellen Situation um das Wiener Stadion Stellung. Er berichtete, daß sich der Vorstand der Wiener Holding am Mittwoch mit dem Fall bereits befaßt habe und dabei festgehalten wurde, daß sich die Wiener Stadthalle als Bauherr gegenüber der Holding Tochter EKAZENT genauso verhalten werde, wie gegenüber einer x-beliebigen Firma. Man könne davon ausgehen, daß die EKAZENT voll für den entstandenen Schaden aufkommen werde und daß sie aufgrund der guten Geschäftsergebnisse der vergangenen Jahre auch finanziell in der Lage ist, die Kosten zu tragen.

Kraus berichtete weiter, daß es Haftrückstände in der Höhe von 8,9 Millionen gebe, ebenso Resthonorare an die EKAZENT von 4,6 Millionen und Resthonorare an das Ziviltechnikerbüro in der Höhe von 4 Millionen. Diese insgesamt 17,5 Millionen Schilling sind bar vorhanden und werden vorerst natürlich nicht ausgezahlt. Den vom Wiener Kontrollamt ausgewiesenen Schaden bezifferte Kraus mit 21,1 Millionen Schilling. Derzeit werden im Bereich des Stadions Probebohrungen durchgeführt, eine Auswertung kann erst später erfolgen. Ebenso wird derzeit die Verantwortung der Geschäftsführung der EKAZENT überprüft.

In der Sitzung des Finanzausschusses gab es massive Kritik der ÖVP und der FPÖ am Geschehen im Wiener Stadion. ÖVP-Gemeinderat Ing. Konrad MANDAHUS bezeichnete es als springenden Punkt, daß die Kosten von ursprünglich 370 Millionen auf fast 600 Millionen hinaufgeschneit sind, ohne daß rechtzeitig auf diese enorme Erhöhung aufmerksam gemacht wurde. Die Opposition habe laufend darauf aufmerksam gemacht, die Hinweise wurden jedoch nicht beachtet, betonte Mandahus.

FPÖ-Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL hielt die Wiener Stadthalle in ihrer Funktion als Bauherr schwer überfordert. Man hätte sich schon von Anfang an überlegen müssen, ob man die Wiener Stadthalle überhaupt damit betrauen solle. Es ist zu befürchten, so Hirnschall, daß der Schaden weit über die vom Kontrollamt aufgezeigten rund 20 Millionen gehe.

Vizebürgermeister Hans MAYR verwies darauf, daß die Wiener Stadthalle das Stadion bereits seit gut 14 Jahren verwalte und betreibe. Es liege auf der Hand, den Verwalter und Betreiber einer Anlage mit der Bauherrnfunktion zu betrauen. (Schluß) sei/bs

Bereits am 18. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Pasterk: Befremden über Kritik Noevers am Ronacher-Projekt

Wien, 18.3. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK zeigte sich gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ überaus befremdet darüber, daß Direktor Dr. NOEVER sich zum Umbau des Ronacher äußert, ohne im geringsten davon informiert zu sein, was tatsächlich geplant ist. Es könne keinesfalls von einer „überraschenden Kehrtwendung der Stadt Wien“ gesprochen werden, weist Pasterk die Kritik Noevers zurück. Viel mehr bedeute, die zweite Ausschreibungsphase — die ausdrücklich an der Erstentscheidung der Jury festhält — den entscheidenden weiteren Schritt zur Realisierung des Projekts Ronacher.

Die neuen Auflagen des Bundesdenkmalamtes, daneben aber auch die Berücksichtigung der Finanzierbarkeit solch eines Großprojektes, machen eine Modifizierung der bisher vorliegenden Entwürfe notwendig, ohne aber die avancierten ästhetischen Gestaltungsvorschläge als solche auch nur in Frage zu stellen.

Noevers Stellungnahme ist laut Dr. Pasterk umso bedauerlicher, als diese keinerlei Interesse an der inhaltlichen Substanz der nun offen auf dem Tisch liegenden Lösungsvorschläge erkennen läßt und daher der Sache nicht dient. (Schluß) gab/rr

Bereits am 18. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Häupl begrüßt Zusammenarbeit mit Niederösterreich in Umweltfragen

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Wiens Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL und der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL trafen einander am Freitag nachmittag zu einem ersten Informationsgespräch über die Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich in Umweltfragen. Häupl begrüßte sehr die Fortsetzung der bisherigen guten Kooperation der beiden Bundesländer. Es herrsche beiderseitiges Interesse für die gemeinsame Lösung von Umweltproblemen, speziell im Abfallwirtschaftsbereich, was bereits durch die Gründung des Abfallwirtschaftsverbundes Ost manifestiert worden sei. Als wichtigste Themen diskutierten die beiden Umwelt-Politiker die Altbatterie-Entsorgung und Maßnahmen zum Schutz des Wienerwaldes auf der Grundlage der Wienerwalddeklaration. (Schluß) du/rr

Bereits am 18. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

„Manes-Sperber-Park“ in der Leopoldstadt

Wien, 19.3. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung einer Parkanlage in der Lilienbrunnengasse im zweiten Bezirk nach Manes SPERBER in „Manes-Sperber-Park“.

Manes Sperber, der 1905 in Zablotow in der Nähe von Czernowitz geboren wurde und 1984 in Paris starb, zählt zu den wichtigsten Exponenten der deutschsprachigen Literatur und Philosophie in diesem Jahrhundert. Sperber absolvierte in Wien die Mittelschule und studierte an der Universität Wien bei Alfred Adler Individualpsychologie. In seinen Werken setzt er sich auch mit seinen Wiener Jahren auseinander.

Weitere Benennungen, die der Kulturausschuß beschloß: Die Verkehrsfläche zwischen Sulzengasse und Mühlstraße im zehnten Bezirk wird nach dem Militärbauingenieur Oberst Ing. Karl BEICHL in „Beichlgasse“ benannt. Beichl entdeckte die Wiener Thermen, die heute in Oberlaa genutzt werden.

Die städtische Wohnhausanlage Volksgasse-Hanselmayergasse Elisabethallee-Wattmangasse in Hietzing wird nach der Abgeordneten zum Wiener Gemeinderat und zum Bundesrat Rudolfine MUHR in „Rudolfine-Muhr-Hof“ benannt. (Schluß) gab/bs

Wiederaufnahme des Busverkehrs zwischen Kahlenberg und Leopoldsberg

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Am Montag, dem 21. März, nimmt die Autobuslinie „38 A“ wieder den täglichen Verkehr zwischen dem Kahlenberg und dem Leopoldsberg auf. Es gelten folgende Betriebszeiten: ERSTER BUS ab Kahlenberg um 9.02 Uhr, ab Leopoldsberg um 9.23 Uhr. LETZTER BUS ab Kahlenberg um 18.02 Uhr, ab Leopoldsberg um 18.23 Uhr. (Schluß) pz/rr

Bereits am 19. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 19. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Filmpreis 1988 vergeben

Wien, 19.3. (RK-KULTUR) Der Wiener Filmpreis 1988, der im Rahmen der Viennale vergeben wurde, wurde am Freitag abend von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK an die „ASIFA AUSTRIA“, die österreichische Gruppe innerhalb der „Internationalen Vereinigung der Animationsfilmer“ überreicht. Werke dieser Animationsfilmgruppe, die seit fünf Jahren im Rahmen der Hochschule für Angewandte Kunst in Wien arbeitet, sind auf verschiedenen Festivals in aller Welt gelaufen. Der „Wiener Filmpreis“ ist ein Förderungspreis, der von der Firma Kodak gesponsert wird. „ASIFA AUSTRIA“ erhält Filmmaterial, um exemplarische Werke der letzten Zeit für den Kinoeinsatz umkopieren zu können, und Filmrohmaterial für die Arbeit der nächsten zwei Jahre. (Schluß) gab/rr

Bereits am 19. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Erhaltung der Werkbundsiedlung mit Europa-Nostra-Preis gewürdigt

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Internationale Anerkennung für Wien: Europa-Nostra (Internationaler Verband der Vereinigungen zum Schutz des europäischen Kultur- und Naturerbes) hat der Stadt Wien im Rahmen ihres Umweltschutzjahreswettbewerbes, der im Zusammenhang mit der Europa-Landschafts-Kampagne mit der Unterstützung des Europarates veranstaltet wurde, einen Preis für Städte mit mehr als 300.000 Einwohner verliehen.

Wien bekam den Preis „für ein bedeutendes Beispiel der Erhaltung von Bauten aus den 30er-Jahren im internationalen Stil“ für die Werkbundsiedlung zuerkannt.

Die Wiener Werkbundsiedlung entstand 1930 — 1932 auf Initiative des österreichischen Werkbundes im Rahmen der Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien. Als Bauausstellung die im Sommer 1932 mit Mustereinrichtungen der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sollte sie modellhafte, moderne Haustypen für künftige Siedlungsanlagen aufzeigen. Ursprünglich zum Verkauf gedacht, wurden die meisten Häuser vermietet und in den Miethausbestand der Stadt Wien übernommen.

Als eines der bedeutendsten Beispiele der Moderne in Österreich steht die Siedlung als Ensemble unter Denkmalschutz. Ein Großteil der Häuser, soweit sie im Besitz der Stadt Wien sind, wurde 1983 — 1985 instandgesetzt und unter sorgfältiger Beachtung der formalen, technischen und funktionellen Gesichtspunkte wieder hergestellt.

Stadtrat Günther SALLABERGER bezeichnete die Preisverleihung als erfreuliche internationale Anerkennung und als Aufforderung, diesen Weg der Stadtbildpflege fortzusetzen. (Schluß) lf/bs

Bereits am 19. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Einwendungen Wiens gegen Wackersdorf

Wien, 20.3. (RK-POLITIK) Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat gemeinsam mit den Mitgliedern der Wiener Landesregierung aller drei Parteien folgendes Schreiben an das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen gerichtet:

„Als Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien erhebe ich gemeinsam mit den im Folgenden unterzeichneten Mitgliedern der Wiener Landesregierung EINWENDUNG gegen den Antrag der DKW zur atomrechtlichen Genehmigung einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (vgl. Bekanntmachung vom 9. Februar 1988, Nr. 9241-72-6853).

Die Unterzeichner dieses Schreibens erheben Einwendung gegen die Errichtung und den Betrieb der WAA. Im Folgenden sind einige schwerwiegende Gründe angeführt, die bei der Erörterung detailliert begründet werden können:

- 1) Schon der Normalbetrieb der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) gefährdet die Gesundheit der Österreicher und Österreicherinnen, weil die Bevölkerung mit einer erheblichen Kollektivdosis Radioaktivität belastet wird. Die hohe Abgabe von radioaktivem Krypton 85 und Tritium wird die Waldschäden am Nordhang der Alpen bis in den Wiener Raum vergrößern und damit zu wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden führen.
 - 2) Durch allfällige schwere Störanfälle der WAA werden in Österreich bei ungünstiger Wetterlage die in der deutschen Strahlenschutzverordnung für Gesundheitsgefährdung festgelegten Grenzwerte weit überschritten. Bei katastrophalen Störfällen sind in Österreich schwere Gesundheitsschäden und eine Vielzahl von Todesfällen nicht ausgeschlossen. Die österreichischen Grenzwerte für radioaktive Belastungen sind niedriger als die deutschen, was bei einem Störfallbetrieb bedeuten könnte, daß z.B. kontaminierte Lebensmittel nicht mehr verkauft werden dürften.
 - 3) Der Nachweis, wie die hochgiftigen und hochradioaktiven Abfälle der WAA beseitigt werden, ist unzureichend geführt.
 - 4) Eine Verminderung der Strahlengefahren durch direkte Endlagerung unter Verzicht auf Wiederaufarbeitung wird außer acht gelassen.
 - 5) Nach den Skandalen um die Verantwortlichen deutscher Atombetriebe (z.B. NUKEM, Transnuklear) ist wegen der Verflechtung der gesamten deutschen Atomindustrie zumindest höchste Skepsis gegenüber der Einhaltung aller Bestimmungen seitens der WAA-Betreiber angebracht.
 - 6) Es gibt keine Gewähr für die Einhaltung und Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages.“
- (Schluß) red/rr

Bereits am 20. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Dienstag Eröffnung der „Literatur im März“

Wien, 21.3. (RK-KULTUR) Die diesjährige „Literatur im März“, die vom 22. bis 27. März in der Secession stattfindet, ist dem Thema „heute: besichtigen & berichten“ gewidmet. Die Literaturwoche soll damit den geistigen Standort im heutigen Wien und Österreich umreißen und die Diskussion um die Ereignisse vor 50 Jahren ergänzen. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK wird die Literaturwoche am Dienstag um 19 Uhr eröffnet, weiters wird George TABORI am Eröffnungsabend sprechen.

Zu den Höhepunkten der kommenden „Literatur im März“ sind sicherlich auch Bruno KREISKYS Ausführungen zum Thema „Geschichte — klüger für ein anderes Mal“ am Mittwoch, dem 23. März, und ein Gespräch am 24. März, das Erich FRIED, Michael SCHARANG und Franz VRANITZKY zum Thema „Literatur und Politik heute“ führen, zu zählen. An den Vormittagen der Werkstage finden jeweils um 9 und um 11 Uhr Lesungen heimischer Autoren statt, zu denen im besonderen Schulklassen eingeladen sind. In einer „Werkstatt für junge Erwachsene“ werden — jeweils um 14 Uhr — Aufzeichnungen zum Thema „Heute“ erarbeitet. „Literatur primär“ stellt Texte, Dias und Fotos von Autoren vor, die versuchen, das Phänomen Stadt auch fotografisch zu analysieren. „Wir sprechen uns noch — Sprache in der Wende“ bringt am Freitag, dem 25. März, eine Auseinandersetzung mit der Sprache als Transportmittel der Wende-Philosophie. Am Sonntag, dem 27. März, dem Schlußtag der Literaturwoche, lesen in einer Matinee um 11 Uhr Burgschauspieler Texte zum Thema „Wien heute — Besichtigung einer alten Stadt“. Die Literaturwoche schließt mit dem Kabarett-Programm „jetzt erst recht“. (Schluß) gab/bs

Am 27. März Ist Familiensonntag

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Ein „Großes Spielprogramm vor dem Riesenrad“ und ein „Besuch des Wiener Wurstelpraters“, zu dem die Praterunternehmer und das Wiener Landesjugendreferat einladen, sind die Höhepunkte des Familiensonntags am 27. März. Darüberhinaus gibt es aber noch zahlreiche andere interessante und lustige Angebote für Kinder und Eltern, wie:

- Ein „Lese fest“ im Museum Moderner Kunst,
- „Allerlei vor Ostern“ im Haus der Begegnung Floridsdorf,
- ein Besuch im Tiergarten Schönbrunn unter dem Motto „Rund um das Ei“,
- „Emailarbeiten“ in der Kinderwelt Simmering und
- im Hallenbad Floridsdorf wird man „Waschelnaß beim Wasserspaß“.

Auskünfte über das Programm dieses Familiensonntags — Achtung, ab 27. März gilt die Sommerzeit — gibt es beim Wiener Landesjugendreferat unter der Telefonnummer 42 800/4100 DW. (Schluß) jel/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing

Wien, 21.3. (RK-BEZIRKE) Im Amtshaus Hietzing/Penzing, 13, Hietzinger Kai 1-3, 2. Stiege, 2. Stock, findet am Donnerstag, dem 24. März, um 16 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing statt. Auf der Tagesordnung stehen die Stellungnahmen der Bezirksvertretung zu Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt

Donnerstag, den 24. März, findet um 15 Uhr im Haus der Begegnung, 22, Schrödingerplatz 1, eine Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Genehmigung der Kosten in Höhe von einer Million Schilling für den Blumenschmuck in den Parks und von neun Millionen für die Erhaltung und Erneuerung der Schulen Konstanziagasse, Eßlinger Hauptstraße, Plankenmaisstraße, Breitenleer Straße und Schüttaustraße. (Schluß) end/rr

Fernwärme für ORF-Zentrum

Neue „Umweltfernwärmeleitung“ wurde in Betrieb genommen

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Montag früh erfolgte durch Energiestadtrat Johann HATZL sowie Bezirksvorsteherin Elfi BISCHOF und den technischen Direktor des ORF Heinz DOUCHA die offizielle Inbetriebnahme des Anschlusses des ORF-Zentrums Wien auf dem Küniglberg an das Fernwärmenetz. Mit dem Bau dieser Leitung war nach dem Abschluß des Wärmelieferungsvertrages mit dem ORF im Juli 1986 begonnen worden.

Die Leitung verläuft, ausgehend von der Wienerbergstraße (SW-Fernwärmering), in einer Länge von 3,4 Kilometern über die Edelsinnstraße bis zur Elisabethallee entlang einiger Energiegroßverbraucher, wie die Gendarmerie-Kaserne Meidling, die Maria Theresien-Kaserne sowie die Schulen und Wohnhausanlagen im Bereich Johann-Hoffmann-Platz, Schwenkgasse, Schönbrunner Allee und Montecuccoli-Platz. Die Gesamtkosten dieser Leitung belaufen sich auf fast 100 Millionen Schilling.

Die Heizungsanlagen der oben genannten Objekte mit einem Anschlußwert von etwa 40 Megawatt, das entspricht einem Heizölverbrauch von etwa 7.000 Tonnen pro Jahr, könnten durch diese Fernwärmeleitung versorgt werden. Darüber hinaus ist dieser Abschnitt Bestandteil des geplanten westlichsten Fernwärmeringes um Wien, der die Südwest-Leitung mit der Fernwärmeleitung Flötzersteig verbinden wird.

30 Tonnen weniger Schwefeldioxyd-Emission

Der größte Abnehmer im Bereich dieser „Umweltfernwärmeleitung“, das ORF-Zentrum mit einem Anschlußwert von 15 Megawatt, wurde nunmehr offiziell in Betrieb genommen. Durch die Stilllegung des Kesselhauses, das bisher einen jährlichen Ölverbrauch von 3.000 Tonnen Heizöl mittel hatte — das entspricht etwa dem Energiebedarf von 2.500 Wohnungen für Heizung und Warmwasserbereitung —, entfällt nun die Emission von Schwefeldioxyd im Ausmaß von ca. 30 Tonnen pro Jahr.

Durch dieses Leitungsbauvorhaben ist es möglich, neben den zentralbeheizten Objekten auch ältere Wohnhausanlagen nachträglich mit Zentralheizungen auszustatten und an das Fernwärmenetz anzuschließen.

„Die Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. (HBW) wenden im laufenden Geschäftsjahr mehr als 750 Millionen Schilling für Leitungsanlagen auf und stellen durch Investitionen in einer solchen Größenordnung einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor sowohl für die Bauwirtschaft als auch für den Anlagenbau in Wien dar“, stellte dazu der für die Fernwärmeversorgung zuständige Energiestadtrat Johann Hatzl fest. (Schluß) pz/bs

Küche im SMZ Ost wird 2.150 Personen versorgen

Gesundheitsausschuß genehmigte 35 Millionen Schilling

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Mit rund 3.000 Quadratmetern Nutzfläche wird die Küche im neuen Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost in der Donaustadt eine der größten Küchen in Österreich sein. Nach Fertigstellung der ersten und zweiten Ausbaustufe des Krankenhauses wird sie 2.150 Essensportionen (1.375 davon im Tablett-system) produzieren. Die Küche ist aber so geplant, daß bei einer möglichen Spitalerweiterung um eine Psychiatrische Abteilung, um eine Psychiatrische Tagesklinik und eine Abteilung für Langzeittherapie auch diese Patienten versorgt werden können. Für die Kücheneinrichtung genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen in seiner letzten Sitzung 35 Millionen Schilling.

Tablettsystem für Patienten

Im SMZ Ost wird es möglich sein, bis zu fünf Wahlmenüs und natürlich alle Diätformen, die medizinisch erforderlich sind, anzubieten. Für die Patienten wird es ein Tablettssystem geben, das heißt, die Speisen werden bereits in der Küche portioniert, und die Tablettts dann mit der automatischen Transportanlage zu den Stationen gebracht. In den Personalspeisesaal — dort ist eine Selbstbedienungsstraße vorgesehen —, in die Krankenpflegeschule und in den Kindergarten werden die Speisen in beheizten „Thermoportwagen“ transportiert.

Die Küche ist in mehrere Bereiche unterteilt. Die Waren werden bei einem Ladedock angeliefert, dort übernommen und auf die verschiedenen Lager verteilt: Trockenlager, Kühllager und Tiefkühllager mit Schockgefrieren. Ein Bereich dient der Vorbereitung von Gemüse, Fleisch, Fisch und Geflügel. Dann folgt die eigentliche Küche mit fünf Koch-, Brat- und Backstraßen, einem Diätkochplatz sowie der Mehlspeisküche und der „kalten Küche“ mit den entsprechenden Kühlräumen. In der Küche gibt es zwei Riesenherde mit je zehn Kochstellen, vier Heißluftöfen, sechs Kochkessel mit je 300 Liter Fassungsvermögen, sechs Druckkochkessel und sechs Kippbratpfannen. Die Speisenverteilung erfolgt auf drei Ausspeisebändern; die 1.375 Speisetabletts können in weniger als einer Stunde angerichtet werden. Das Kochgeschirr wird in zwei großen Reinigungsmaschinen gesäubert, das Speisegeschirr in zwei Bandreinigungsmaschinen und in einem Reinigungsautomaten für die Tablettts und das Besteck. In zwei Stunden können 1.700 Geschirrsätze gereinigt werden. Eine eigene Maschine reinigt bis zu 60 Transportcontainer in einer Stunde. Zur Reinigung und Desinfektion der Küche wird eine zentrale Hochdruckreinigungsanlage installiert.

Im Falle eines Stromausfalls gibt es eine Notstromversorgung und im Notfall auch eine eigene Dampferzeugung im Krankenhaus, um einen eingeschränkten Küchenbetrieb aufrechterhalten zu können.

Betriebsaufnahme 1991

Die Großküche soll bereits im Jänner 1991 den Betrieb aufnehmen und die schon bestehende Einrichtungen (Pflegeheim, geriatrisches Tageszentrum, Krankenpflegeschule) und das Personal versorgen. Die im Pflegeheim provisorisch eingerichtete Küche kann dann — wie vorgesehen — zu einem Mehrzweckraum umgestaltet werden. Ab Frühjahr 1992 wird für die Patienten und das Personal der ersten Krankenhaus-Ausbaustufe, ab 1994 auch für die Patienten und das Personal der zweiten Ausbaustufe aufgekocht. Dann werden etwa 115 Personen in der Speisenversorgung, 75 davon in der Speisenproduktion beschäftigt sein. (Schluß) sc/bs

Umkehr einer Einbahn in Favoriten

Wien, 21.3. (RK-LOKAL) Ab morgen, Dienstag, vormittag gibt es eine neue Einbahnregelung in Favoriten: Die Fahrtrichtung in der Neusetzgasse wird umgedreht, sodaß sie nunmehr in der Richtung vom Reumannplatz zum Antonsplatz zu befahren ist. Damit wird einem Wunsch der Anrainer und der Bezirksvertretung entsprochen. Ein „Schleichweg“ zwischen der Favoritenstraße und der Laxenburger Straße wird mit dieser Regelung unterbunden, die Anrainer der Neusetzgasse werden in Zukunft mehr Ruhe haben. (Schluß) roh/bs

Stadion-Prüfbericht an Staatsanwaltschaft Wien

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Auf Weisung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat das Kontrollamt heute, Montag, den Stadion-Prüfbericht der Staatsanwaltschaft Wien mit dem Ersuchen um Überprüfung einer allfälligen strafrechtlichen Relevanz übermittelt. (Schluß) red/gg

Goldenes Verdienstzeichen für Heinz Hruza

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte Montag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer dem Musiker Heinz HRUZA das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. (Schluß) red/gg

Busek: Wien muß sich auf EG-Beitritt vorbereiten

Wien, 21.3. (RK-POLITIK) Der Wiener ÖVP-Obmann Stadtrat Dr. Erhard BUSEK sprach sich am Montag in einer Pressekonferenz für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft aus. Das bedeute aber, so Busek, daß sowohl Bund wie Stadt Wien noch in der laufenden Legislaturperiode die nötigen Entscheidungen treffen müssen. In diesem Zusammenhang verwies Busek darauf, daß bereits heute in Österreich ein West-Ost-Gefälle festzustellen sei. Wien habe eindeutig Standortnachteile, und es drohe eine echte Randlage für die gesamte Ostregion. Busek wiederholte seine Forderung nach einem eigenen EG-Ausschuß des Wiener Landtages und eine entsprechende Vertretung der Bundeshauptstadt in den Vorbereitungskomitees auf Bundesebene. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex T33240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 22. März 1988

Blatt 516

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Die Wiener Rettung im Februar (517)
- Ehrendenken des Landes Wien (520)
- Hearing über die Novelle zum Baumschutzgesetz (521)
- Auskunftspflichtgesetz für bürgernahe Verwaltung (522)
- 192 öffentliche Uhren werden umgestellt (523)
- Wiener Stadtwerke: 1987 höherer Strom- und Gasverbrauch (524/525)
- Häupl: Bund und Wien müssen gemeinsam Umweltprobleme lösen! (526)
- Sallaberger: Planung muß auch vermeintliche Utopien prüfen (527)
- Geringere Geschwindigkeit in der Nacht vermindert den Lärm (528)
- Hochwassereinsatz in Wien (nur FS)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für die Siedlung „Hinterhainbach“ (518)
- Bausperre am Königlberg (518)

Kultur:

- Kindertheaterfestival bei den Festwochen (519)
- Diskussionsabend „Die dritte Generation“ im Historischen Museum (nur FS)
- Bruno Kreisky bei „Literatur im März“ (nur FS)

Die Wiener Rettung im Februar

6.485 Einsätze der Rettungsgemeinschaft

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) 6.485 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungsdienst, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe, im Monat Februar zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 43.550 Kilometer zurück. Von den 6.398 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 4.789 in Spitäler gebracht.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im vergangenen Monat bei 4.029 akut Erkrankten; bei 182 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 538 Fällen sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.126 verletzte Personen betreut, davon 428 nach Verkehrsunfällen, 303 nach Betriebsunfällen und 56 nach Sportunfällen. 110 Personen waren schwer, 2.016 Personen unbestimmten Grades verletzt. Bei 40 Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet. In 19 Fällen lagen Verbrennungen vor, in 168 Fällen Vergiftungen und in 51 Fällen Psychosen.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 133 Rauschgift- und Drogenkranken, 459 Patienten standen unter Alkoholeinfluß, 40 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 242 Personen konnte nicht mehr geholfen werden. Die Todesursache war in 59 Fällen Herzinfarkt, in 11 Fällen Selbstmord.

Der Krankenbeförderungsdienst hatte im Februar 5.345 Ausfahrten und beförderte 5.302 Personen. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 74.050 Kilometer zurück. (Schluß) sc/bs

Neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für die Siedlung „Hinterhainbach“

Wien, 22.3. (RK-BEZIRKE) Für den Bereich der „Siedlung Hinterhainbach“ im 14. Bezirk wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet.

Die Sicherung des Landschaftsbildes und die Erhaltung des stark durchgrüntes Wohngebietes unter Berücksichtigung der bestehenden Hausgrößen und der topografischen Verhältnisse stehen dabei im Vordergrund. So wird durch die Neufestlegung u.a. für den Großteil des Plangebiets nur mehr die Errichtung von Kleinhäusern gestattet, die Gebäudehöhe soll mit 6,5 Metern beschränkt werden.

Der Entwurf liegt vom 24. März bis 21. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Bausperre am Küniglberg

Wien, 22.3. (RK-BEZIRKE) Für einen Teil des Küniglbergs, dem Gebiet zwischen der Lainzer Straße, Würzburggasse, Lainzer Friedhof, Elisabethallee, Klimtgasse und Fasangartengasse, soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden.

Die Bausperre soll verhindern, daß die Planungsarbeiten für den neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch Bauführungen in Frage gestellt werden. Die geltenden Bebauungsbestimmungen sollen überarbeitet und auf das Ortsbild abgestimmt werden. Weiters ist u.a. vorgesehen, die bebaubaren Flächen zu beschränken und die öffentlichen Verkehrsflächen auf ihre Erfordernisse zu überprüfen sowie Vorsorge für die Erhaltung öffentlicher und privater Grünflächen zu treffen.

Der Entwurf liegt vom 24. März bis 21. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/gg

Kindertheaterfestival bei den Festwochen

Wien, 22.3. (RK-KULTUR) Nach dem großen Erfolg im Vorjahr findet im Rahmen der Wiener Festwochen heuer zum zweiten Mal ein Internationales Kindertheaterfestival statt. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und CA-Generaldirektor Dr. Guido SCHMIDT-CHIARI stellten am Montag nachmittag in einem Pressegespräch das Programm des Festivals vor, das von der Creditanstalt mit 800.000 Schilling unterstützt wird.

Das Festival findet vom 9. bis 20. Mai im Künstlerhaustheater statt. Insgesamt 13 Gruppen aus zehn Ländern bringen zeitgemäßes Kindertheater mit Professionalität, Qualität und Mut, Kindertheater zu Themen, die Kindern sonst oft vorenthalten werden. Spaß, Freude und Spannung kommen dabei natürlich auch nicht zu kurz.

Aus dem deutschsprachigen Raum werden die „Schauburg-Theater der Jugend“, München, mit einem Umweltthema, der „Geschichte vom Baum“, das Theater „Zinnober“ aus Berlin/DDR mit den „Bremer Stadtmusikanten“, das „Grips Theater“ aus Berlin mit „Max und Milli“, einer Geschichte um Konflikte in der Familie, das Kindertheater „Schnawwl“ aus Mannheim mit „Darüber spricht man nicht“, einem Spiel vom „Liebhaben und Lusthaben“, und — aus Österreich — die „Spielstatt Junge Bühne“ aus Linz mit „Kiebach und Dutz“, einer Comic-Geschichte, zu Gast sein. Weiterspielen Gruppen aus den Niederlanden, Italien, Frankreich, Schweden, Belgien, Portugal und den USA beim Kindertheaterfestival. (Schluß) gab/rr

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Montag nachmittag an Prof. Dipl.-Ing. Dr. Johannes SCHOBERMAYR und Oberamtsrat Franz TETENKA.

Im Rahmen ihrer Laudatio würdigte Smejkal die Pionierleistungen Schobermayrs auf dem Sektor des behindertengerechten Bauens und die gute Zusammenarbeit mit dem Sozialamt der Stadt Wien, dem er als Konsulent für bauliche Aspekte der Behindertenproblematik zur Verfügung steht.

Oberamtsrat Tetenka wurde aufgrund seiner Verdienste im Bereich der Jugendwohlfahrt — Tetenka war Leiter verschiedener Bezirksjugendämter — ausgezeichnet. (Schluß) jel/bs

Hearing über die Novelle zum Baumschutzgesetz

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL lud Montag, nachmittag, Fachleute und Interessenten zu einem Hearing über den Entwurf einer Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz ins Rathaus ein. Nach der Begrüßung durch SR Mag. Johann SCHORSCH, Leiter der MA 22 — Umweltschutz, sprach Stadtrat Dr. Häupl über die Grundidee des Hearings. Das neue Gesetz solle auf einem Grundkonsens beruhen. Deshalb würden auch die Betroffenen in den „Gesetzwerdungsprozeß“ eingebunden. Man wolle nicht von vornherein gesetzmäßige Entscheidungen treffen, ohne die Mitsprache der Bevölkerung zu gewährleisten. Das Hearing beispielsweise böte die Möglichkeit zur breiten Diskussion. Anschließend referierte OMR Dr. Herbert PELIKAN von der MA 22 über die wichtigsten Punkte der geplanten Novelle, z. B. Fragen des Schutzes von Obstbäumen, von Baumentfernungen wegen Bauvorhaben und Nachpflanzungen.

Erwin MIGGL, Präsident des Siedlerverbandes, stellte fest, daß sich die Siedler immer für den Schutz der Bäume ausgesprochen hätten. Aber durch die Maschinerie eines Gesetzes sollte die Neupflanzung von Bäumen nicht verhindert werden.

Hannes MINICH, Präsident der Landesgruppe Wien des Österreichischen Naturschutzbundes, forderte eine neue Regelung für die Widmung „Kleingartengebiet“, da Kleingartensiedlungen oft über einen wertvollen Baumbestand verfügen. Außerdem sprach er sich für die Schaffung von Baumschutzfonds in den Bezirken aus. Weiters regte er eine stärkere Einbindung der Bezirksvertretungen bei der Vollziehung des Baumschutzgesetzes an.

Anschließend ergriffen noch diverse Siedlervertreter und private Interessenten das Wort.

Die zahlreichen Anregungen, die im Rahmen des Hearings vorgebracht wurden, werden bei der endgültigen Fassung der Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz ihren Niederschlag finden. (Schluß) du/gg

Auskunftspflichtgesetz für bürgernahe Verwaltung

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Günther SALLABERGER legte Dienstag der Wiener Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes über die Auskunftspflicht (Wiener Auskunftspflichtgesetz) vor.

Bereits im Vorjahr hatte der Nationalrat ein Auskunftspflichtgesetz verabschiedet, das alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe sowie die Körperschaften des öffentlichen Rechtes verpflichtet, über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches Auskünfte zu erteilen. Binnen sechs Monaten haben die Länder nunmehr Ausführungsgesetze dazu folgen zu lassen. Jeder Bürger kann mündlich, telefonisch, telegrafisch, schriftlich oder fernschriftlich Auskunft begehren. Die Auskunft ist nach Möglichkeit mündlich oder telefonisch zu erteilen, ohne daß dem Auskunftswerber Kosten entstehen. Stadtrat Sallaberger bezeichnete den Gesetzesentwurf als einen weiteren Versuch, die Verwaltung noch bürgernäher zu gestalten. (Schluß) lf/bs

192 öffentliche Uhren werden umgestellt

Sommerzeit beginnt am 27. März

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Am Sonntag, dem 27. März, beginnt in Österreich wie auch in den meisten anderen europäischen Ländern wieder die Sommerzeit. Für die Stadt Wien bedeutet dies, daß die 192 öffentlichen Uhren (78 Lichtmastuhren, 76 Kirchenguhren, sieben Springzifferuhren und 31 Uhren auf Amtshäusern, Schulen und anderen Objekten), die von der Magistratsabteilung 33 („Öffentliche Beleuchtung“) verwaltet werden, umgestellt werden müssen. Dies gab Dienstag Stadtrat Johann HATZL bekannt.

Die Steuerung dieser Uhren erfolgt — bedingt durch die technische Entwicklung — auf verschiedene Weise. Das älteste Steuerungssystem, die Pendeluhr, gibt es nur mehr bei einer Anlage, der öffentlichen Uhr der Schule Afritschgasse 56 im 22. Bezirk. Der Großteil der Lichtmastuhren hat Funkempfänger eingebaut, die jede Minute einen Funkimpuls des Uhrensenders der Magistratsabteilung 33 empfangen und dann die Zeiger um eine Minute weiterbewegen. 103 Uhren sind mit kleinen Langwellenempfängern ausgerüstet. Sie empfangen den Zeitzeichensender der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig und erhalten von dort ihre Minutenimpulse. Weitere 15 Uhren schließlich werden von einem Mikroprozessor gesteuert, der ebenfalls vom Sender Braunschweig synchronisiert wird.

Bedingt durch diese verschiedenen Steuerungssysteme gestaltet sich auch der Vorgang der Umstellung auf Sommerzeit recht unterschiedlich. Die Pendeluhr wird selbstverständlich von Hand aus vorgestellt. Von den Uhren mit Langwellenempfängern stellen sich 82 vollautomatisch um. Der Zeitzeichensender sendet ab Sonntag, dem 27. März, 2 Uhr eine besondere Sommerzeitinformation verschlüsselt aus. Die Empfänger decodieren diese Information, prüfen mehrmals und geben schließlich 60 zusätzliche Minutenimpulse aus. Je nach der momentanen Empfangsqualität kann es bis zu drei Stunden dauern, ehe dieser Vorgang ausgelöst wird. Die übrigen Langwellenempfänger, die älteren Datums sind und die Sommerzeitinformation nicht auswerten können, müssen in der Woche vom 21. bis 25. März einzeln aufgesucht und von Hand aus auf die Umstellung vorbereitet werden.

Jene Uhren, die an das Funknetz der Magistratsabteilung 33 angeschlossen sind, erhalten am Sonntag zwischen 4.50 und 5 Uhr die erforderlichen 60 Stellimpulse. Dies geschieht in der Funkzentrale der Magistratsabteilung 33 durch einen Eingriff in den sonst vollautomatischen Sendeablauf. Anschließend müssen dann sämtliche Uhren aufgesucht und kontrolliert werden, da es durch verschiedene Störeinflüsse möglich ist, daß einzelne Uhren nicht richtig umstellen. Diese Kontrolle erfolgt durch drei Zweimannteams, die die Standorte anfahren und über Funk die Störungsmeldungen der Zentrale durchgeben. Um 8 Uhr beginnen dann die Monteure des Störungsdienstes ihre Arbeit. Sie erhalten die eingelaufenen Fehlermeldungen und sorgen dafür, daß so rasch wie möglich alle Abweichungen korrigiert werden.

Einschließlich der Vorbereitungsarbeiten kostet die Zeitumstellung rund 180.000 Schilling pro Jahr. Die Sommerzeit endet heuer am Sonntag, dem 25. September, um 3 Uhr. (Schluß) roh/gg

Wiener Stadtwerke: 1987 höherer Strom- und Gasverbrauch

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters gab Energiestadtrat Johann HATZL einen Überblick über den Quartalsbericht der Wiener Stadtwerke. Er stellte fest, daß der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1987 mit seinen endgültigen Zahlen voraussichtlich erst in zwei Monaten vorliegen wird. Es läßt sich jedoch bereits jetzt erkennen, daß es sowohl bei der Stromabgabe als auch bei der Gasabgabe starke Zuwachsraten gegeben hat. Dies ist allerdings auf die tieferen Temperaturen im ersten Halbjahr 1987 zurückzuführen.

Auch über die Wiener Verkehrsbetriebe könne Erfreuliches berichtet werden. Im Jahr 1987 gab es mit über 600 Millionen Beförderungsfällen mehr Fahrten und Fahrgäste als im Jahr davor.

E-Werke

Der voraussichtliche Strombedarf des Jahres 1987 betrug 7.444.000 Megawattstunden, das sind um 353.500 Megawattstunden oder fünf Prozent mehr als im Vorjahr.

Dieser hohe Zuwachs zeichnete sich bereits in den ersten drei Quartalen 1987 ab und zwar größtenteils witterungsbedingt. So wurden die höchsten Zuwachsraten (Jänner plus 10,1 Prozent, März plus 10,3 Prozent, Mai plus 14,7 Prozent) in jenen Monaten erzielt, in denen die Temperaturen wesentlich tiefer als 1986 und auch bedeutend unter dem langjährigen Durchschnitt lagen.

Am 31. Dezember 1987 waren 1.331.811 und am 31. Dezember 1986 insgesamt 1.327.978 (1.328.154 als vorläufige Zahl im vierten Vierteljahresbericht 1986) Stromzähler montiert. Die Zunahme beträgt 3.833 Stück.

Gaswerke

Die Erdgasabgabe an Tarifabnehmer lag um 6,1 Prozent über der Vorjahresmenge (725.649.700 Kubikmeter) und um 1,5 Prozent über der Planmenge. Diese Entwicklung ist fast ausschließlich auf den bereits bei den E-Werken dargestellten Witterungsverlauf zurückzuführen.

Am 31. Dezember 1987 waren 745.050 und am 31. Dezember 1986 insgesamt 745.324 Gaszähler montiert. Die Abnahme beträgt 274 Stück.

Verkehrsbetriebe

Die Beförderungsfrequenz im Verbundtarif vom Jänner bis Dezember 1987 verglichen mit jener des Vorjahres (601.914.000) ergab eine Zunahme von rund 5,6 Millionen Beförderungsfällen oder 0,9 Prozent, die Beförderungserlöse im Verbundtarif eine Zunahme von rund 16,8 Millionen Schilling oder 0,6 Prozent.

Der Gesamtstand an Schienenfahrzeugen betrug am Jahresende bei Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn 1.343 Einheiten. Der Gesamtstand an Autobussen am Ende des vierten Quartals betrug 477.

Darin sind enthalten:

- mit Flüssiggasmischbetrieb 167 Busse
- mit Flüssiggasbetrieb 286 Busse

Bestattung

Die Zahl der vom Unternehmen durchgeführten Erdbestattungen war mit 15.426 Fällen um 323 (2,1 Prozent) niedriger als jene des Vergleichszeitraumes 1986. Die Zahl der Feuerbestattungen war mit 3.400 Fällen (1986: 3.561) ebenfalls niedriger, und zwar um 4,5 Prozent.

Die Sargerzeugung war mit 39.449 Särgen um 5,7 Prozent niedriger als jene des Vergleichszeitraumes 1986.

Energieberatung

Die Tätigkeit der Energieberatung erstreckte sich im Jahr 1987 auf rund 10.500 Kunden der Wiener Stadtwerke und der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. Dies stellt eine Frequenzsteigerung gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte dar. Seit Eröffnung der Energieberatung im Juli 1985 haben damit mehr als 20.000 Kunden diese Dienstleistung in Anspruch genommen.

Der Personalstand der Wiener Stadtwerke betrug am 31. Dezember 1987 15.561 im Vergleich zu 1986 15.444, der Lehrlinge 366, im Vergleich zu 379. (Schluß) pz/gg

Forts. von Blatt 524

Häupl: Bund und Wien müssen gemeinsam Umweltprobleme lösen!

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL traf gestern, Montag nachmittag, zu einem ersten Informationsgespräch mit Umweltminister Dr. Marilies FLEMMING zusammen. Die beiden Hauptthemen, die besprochen wurden, waren die Luftreinhaltepolitik und der gemeinsame Kampf gegen den Müll.

Bei der Luftreinhaltepolitik standen als vorrangige Probleme das Smogalarmgesetz und Immissionsschutzvereinbarungen auf dem Programm. Für Stadtrat Dr. Häupl ist die Kooperation auf diesem Gebiet — die Klärung der finanziellen Fragen eingeschlossen — selbstverständlich. Unter dem Gesichtspunkt des gemeinsamen Kampfes gegen die Müllberge besprachen Umweltministerin und Umweltstadtrat ein künftiges Abfallbewirtschaftungsgesetz und Möglichkeiten zur Abfallvermeidung als unbedingte Notwendigkeiten für die Kommunen. Ein wichtiges Thema im Rahmen des Gesprächs war auch ein Batterierecyclinggesetz. Häupl sprach sich für die volle Wiener Unterstützung für ein derartiges Gesetz mit der Möglichkeit zum Pfandsystem aus und befürwortete die Errichtung einer Batterierecyclinganlage. (Schluß) du/rr

Sallaberger: Planung muß auch vermeintliche Utopien prüfen

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Einer der Schwerpunkte eines Pressegespräches, das Montag abend mit Stadtrat Günther SALLABERGER stattfand, waren Überlegungen zu Verkehrslösungen in Wien. Wie der Planungsstadtrat dazu feststellte, sei die Verkehrsplanung wie kaum ein anderer Planungsbereich ständigen Veränderungen unterworfen. Als Beispiel führte er das Problem der Wiener Westeinfahrt an. Während die Gürtelkommission an ihren Empfehlungen gearbeitet hat, ist zu einem für diese Planungen sehr späten Zeitpunkt das Projekt eines Wiener Zentralbahnhofes für den Personenverkehr aufgetaucht. Damit verbunden sei, so Sallaberger, die Idee eingebracht worden, auf der nicht mehr in vollem Umfang benötigten Westbahn-Trasse eine zweite Westeinfahrt für den Individualverkehr zu schaffen. Eine weitere Planungsüberlegung in diesem Zusammenhang stellt der sogenannte „City-Tunnel“ dar, der diese Westeinfahrt unterirdisch bis zur Brigittenauer Brücke führen könnte. „Auch wenn ein solcher Vorschlag utopisch klingen mag, gilt für mich der Grundsatz, auch solche Überlegungen von Experten eingehend auf Sinnhaftigkeit und Verwirklichungsmöglichkeiten überprüfen zu lassen. Phantasie in der Planung darf jedenfalls nicht ohne eingehende Überlegungen vom Tisch gewischt werden“, sagte der Stadtrat. Jedenfalls müsse man eine Lösung für eine zweite Westeinfahrt finden, da das früher vorgesehene Flötzersteigprojekt nicht mehr in Frage komme.

Braucht Wien einen Zentralbahnhof?

Ein Zentralbahnhof stelle eine der Grundvoraussetzungen für internationale Schnellverbindungen dar, die Wien in dieses geplante Eisenbahnnetz miteinbeziehen, betonte Sallaberger. Wien könne dabei auch seine bisherige Randlage verbessern, indem etwa leistungsfähige Verbindungen nach Prag oder in die mögliche Weltausstellungs-Partnerschaftsstadt Budapest geschaffen würden. Im Zusammenhang mit der geplanten Weltausstellung nannte der Stadtrat auch die Idee, die beiden Weltausstellungsgelände per Bahn direkt miteinander zu verbinden.

Weltausstellung als Initialzündung für die weitere Stadtentwicklung

Zur geplanten Weltausstellung sagte Sallaberger, daß eine solche Veranstaltung eine hervorragende Initialzündung für die weitere Stadtentwicklung darstellen könnte, wie etwa das Beispiel München zeigte, das durch die Olympischen Spiele 1972 selbst heute noch auf Überholkurs in der europäischen Städtekonkurrenz liege. Wien könne und dürfe sich eine solche Chance, seiner Ansicht nach, nicht entgehen lassen. Die intensiven Bestrebungen, etwa der Stadt Hannover, um eine Weltausstellung 1998 oder der Stadt Frankfurt um die Olympischen Spiele 2004 zeigten deutlich, daß die Konkurrenz der europäischen Metropolen in diese Richtung ziele. In Wien gelte es derzeit, die Standortfrage auf Grund der vorliegenden Juryempfehlung genau zu untersuchen. Über das Thema der geplanten Weltausstellung sollen sich Experten Gedanken machen, wobei die Zeit drängt, da die offizielle Bewerbung noch in diesem Herbst abgegeben werden muß. (Schluß) lf/bs

Geringere Geschwindigkeit In der Nacht vermindert den Lärm

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK präsentierte am Dienstag in seinem Pressegespräch eine Studie des Verkehrsexperten Professor Dipl.-Ing. Hermann KNOFLACHER, wonach eine Verringerung der Nachtfahrtgeschwindigkeit eindeutig eine Verringerung der Lärmbelastigung bewirken würde. Bürgermeister Zilk kann sich durchaus vorstellen, eine Empfehlung für eine verringerte Richtgeschwindigkeit in der Nacht auszuarbeiten. Es könnte vielleicht möglich sein, darüber später eine Volksbefragung durchzuführen.

Geschwindigkeit ist Hauptquelle des Lärms

Prof. Knoflacher verwies darauf, daß die Geschwindigkeit eine der Hauptursachen des nächtlichen Lärms sei. Eine Verringerung der Fahrtgeschwindigkeit um zehn Kilometer in der Stunde bringe eine Lärmreduzierung um zwei Dezibel; eine Senkung des Lärms um zehn Dezibel werde subjektiv bereits als eine Halbierung der Lärmbelastigung angesehen. Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit in der Stadt belaufe sich auf 24 bis 27 Kilometer in der Stunde. Durch ein „glattes Fahrverhalten“ werde auch auf längeren Strecken kaum Zeit verloren. Mit einer höheren Geschwindigkeit, so der Verkehrsexperte, werde also kaum etwas gewonnen, im Gegenteil, der Verbrauch an Energie steige durch das permanente Wechseln von Gasgeben und Bremsen, dazu komme die Lärmerregung. Die bisher durchgeführten Messungen zeigten, daß durch die Einführung und die Befolgung eines „Tempo 30“ im gesamten Stadtgebiet der Lärmpegel in der Nacht mehr als halbiert werden könnte, und sich damit die Umweltverhältnisse für einen großen Teil der Bevölkerung entscheidend verbessern würden. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3 Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrausek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 23. März 1988

Blatt 529

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Veterinärrats-Titel für Dr. Lamatsch (530/FS: 22.3.)
- Verdienstzeichen des Landes Wien (532)
- OAR Friedrich Thorwartl wurde Regierungsrat (532)
- Gesundheitsberufe in der Zukunft (533)
- Schloß Wilhelminenberg ab 1. April offen (534)
- Mutter- und Kind-Heim der Stadt Wien wiedereröffnet (535)
- 100 Jahre Orthopädie am Wiener AKH (536)
- Neu: Kunst- und Kulturmarkt am Ufer des Donaukanals geplant (537)
- Busek: Schließe Mißtrauensantrag gegen Zilk nicht aus (538)
- Stadion: Holding setzt Prüfungsausschuß ein (539)
- Kommenden Freitag Sitzungen von Landtag und Gemeinderat (nur FS)

Kultur:

- Ausstellung über „Verfolgung und Widerstand in Ottakring“ (531)

Veterinärrats-Titel für Dr. Lamatsch

Wien, 22.3. (RK-LOKAL) Dem Präsidenten der Landeskammer der Tierärzte Wiens, Dr. Otto LAMATSCH, überreichte Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag nachmittag die Urkunde zur Führung des Berufstitels „Veterinärat“. Dr. Lamatsch, praktischer Tierarzt in Wien, veröffentlichte sowohl als Assistenzarzt der damaligen Tierärztlichen Hochschule wie auch als freiberuflicher Tierarzt zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten. Er ist außerdem gerichtlicher Sachverständiger und Rennbahntierarzt des Wiener Galopprennvereins und des Wiener Trabrennvereins. Seit Jahresbeginn 1987 ist Dr. Lamatsch Präsident der Landeskammer der Tierärzte Wiens. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 22. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausstellung über „Verfolgung und Widerstand in Ottakring“

Wien, 23.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Ottakring ist vom 27. März bis 31. Dezember die Ausstellung „Verfolgung und Widerstand in Ottakring und Wien“ zu sehen. Mit verschiedenen Dokumenten, Fotos und anderen Exponaten gibt die Schau einen Einblick in den Widerstand in Wien und besonders in Ottakring in den Jahren von 1934 bis 1945. Die Ausstellung wird am Freitag, dem 25. März, um 17 Uhr, von Landtagspräsident a.D. Hubert PFOCH eröffnet. (Schluß) gab/bs

Verdienstzeichen des Landes Wien

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreichte Dienstag nachmittag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL der Direktorin des Österreichischen Buchklubs der Jugend Dr. Lucia BINDER.

Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien erhielt Dr. Karl AIGNER. Aigner ist Gründungsmitglied der Hilfsgemeinschaft für Körperbehinderte Österreichs.

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich erhielt Rudolf Martin EINHORN für seine Bemühungen im Bereich des Jugendschutzes und der Suchtgift-Vorbeugung. (Schluß) jel/rr

OAR Friedrich Thorwartl wurde Regierungsrat

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) OAR Friedrich THORWARTL (MA 3) erhielt Mittwoch von Personalstadtrat Günther SALLABERGER im Beisein von Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER das vom Bundespräsidenten verliehene Dekret zum Berufstitel Regierungsrat.

Stadtrat Sallaberger würdigte in einer kurzen Ansprache die Verdienste Thorwartls, der bereits vor knapp 45 Jahren in den Gemeindedienst eingetreten ist und sich durch Selbststudium hervorragende Kenntnisse auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung angeeignet hat, die er in seinem unmittelbaren Arbeitsbereich, dem Besoldungsamt, einsetzte, das nicht weniger als 85.000 Bezugskonten zu verrechnen hat. (Schluß) lf/bs

Gesundheitsberufe in der Zukunft

Stacher kündigte Akademie für Ganzheitsmedizin an

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Wiener Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ fand Dienstag abend im Wiener Rathaus ein Diskussionsabend zum Thema „Berufsbilder im Gesundheitswesen“ statt. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER stellte zur Zukunft des Gesundheitswesens fest, daß der primären Prävention, also der Verhinderung von Krankheiten durch Verbesserung der Lebensgewohnheiten, der Arbeitswelt und der Umwelt, eine immer größere Bedeutung zukommen wird. Dazu muß aber auch in der Bevölkerung ein stärkeres Gesundheitsbewußtsein geschaffen werden.

Um das Gesundheitsbewußtsein zu stärken, müssen sich die Menschen, die in Gesundheitsberufen tätig sind, mehr für das Gesundheitswesen engagieren. Außerdem ist im Gesundheitswesen mehr Teamarbeit und eine bessere Kooperation erforderlich. Das Hinführen zur Teamarbeit muß schon während der Ausbildung für die medizinischen Berufe erfolgen.

Gründung einer Akademie für Ganzheitsmedizin

Stadtrat Stacher kündigte an, daß in Wien eine Akademie für Ganzheitsmedizin gegründet werden wird. Dort sollen alle Möglichkeiten der Medizin — von der hochspezialisierten naturwissenschaftlichen Medizin bis zur Erfahrungsmedizin — behandelt werden. Als Grundlage für die Diskussion hielt Univ.-Prof. Dr. Hans-Ulrich DEPPE, Medizinsoziologe am Klinikum der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt, ein Referat über „Gesundheitsberufe in der Zukunft — Ausbildung — tägliche Praxis“. Für die Entwicklung des Gesundheitswesens in der Zukunft zog Prof. Deppe folgende Schlußfolgerungen:

- Die Zunahme chronisch-degenerativer Krankheiten erfordert verstärkt den Blick auf die Prävention und die Gesundheitsförderung. Dabei geht es auch um eine Veränderung des individuellen Gesundheitsverhaltens der Bevölkerung.
- Die Gesundheitsberatung muß über die Grenzen der naturwissenschaftlich geprägten Medizin hinaus ausgebaut werden. Vor allem ist dabei an den Ausbau der psychosozialen Berufe sowohl in der Wissenschaft wie auch in der täglichen Praxis zu denken. Berufe, die sich mit der Entstehung von Krankheiten aus Arbeit, Umwelt, Lebensstil und Ernährung beschäftigen, sind zu fördern, da sie verstärkt benötigt werden.
- Da die Zahl kranker alter Menschen zunehmen wird, müssen die Quantität und die Qualität der Kranken- und Altenpflege, die soziale Betreuung und die geriatrische Versorgung verbessert werden.
- Bei den Volkskrankheiten gibt es in der Regel multikausale Zusammenhänge, die eine interdisziplinäre Zusammenarbeit erfordern. Die Zusammenarbeit ist notwendig zwischen den verschiedenen Medizindisziplinen, zwischen ärztlichen, pflegerischen und technischen Berufen, aber auch — über das bestehende Medizinsystem hinaus — mit technischen und sozialen Berufen.
- Die zunehmende Technisierung des Medizinsystems in Krankenhaus und Praxis, vor allem der schneller werdende Wandel technischer Geräte und Apparate, erfordert eine gezielte Fortbildung.
- Die Zukunft der Gesundheitsberufe wird schon heute in der Ausbildung geprägt und festgelegt. Um die schwerwiegenden Versorgungsprobleme der Zukunft meistern zu können, muß gerade auf dem Ausbildungssektor eine längere Perspektive entworfen werden. Man muß bereits heute aktiv werden, wenn man in 20 Jahren positive Ergebnisse haben will. (Schluß)

sc/bs

Schloß Wilhelminenberg ab 1. April offen

Ein Gästehaus und ein neues Ausflugsziel

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Nach nur 14-monatiger Bauzeit präsentierte die WIGAST Dienstag abend ihr neuestes Kind, das zur gehobenen Drei-Sterne-Kategorie zählende „Gästehaus Schloß Wilhelminenberg“. Insgesamt 100 Millionen Schilling kostete der Umbau des einstigen Sitzes österreichischer Erzherzöge und spätere Kinderheim der Stadt Wien, wobei alle denkmalgeschützten Teile des Hauses erhalten, in den ursprünglichen Zustand gebracht und in das Gästehaus integriert wurden.

Die Fassade, Prunkstiege, Eingangshalle, Schloß-Cafe mit anschließender Bibliothek und Banketträumlichkeiten erhöhen die Attraktivität des Hauses. In der Bibliothek konnten sogar die originalen Möbel erhalten werden. Das Haus verfügt über 50 Appartements, in denen bis zu vier Personen untergebracht werden können, und 44 Zweibettzimmer, also über insgesamt 301 Betten. Die ursprüngliche Raumhöhe von 6 m machte es möglich, die Appartements in zwei Ebenen anzuordnen. Appartements und Zimmer verfügen natürlich über Dusche, WC, Telefon und TV-Anschluß.

Da mit dem „Gästehaus Schloß Wilhelminenberg“ besonders der Familien- und Jugendtourismus in Wien forciert werden soll, sind auch die Preise entsprechend familienfreundlich gehalten.

- Ein Appartement für 2 Personen kostet S 820,- inkl. Frühstück und aller Abgaben.
- In den Appartements können bis zu zwei Extrabetten untergebracht werden, diese kosten je S 210,-.
- Ein Einzelzimmer kostet S 560,-.

Zur Ausstattung des „Gästehauses Schloß Wilhelminenberg“ gehört auch ein Schloß-Cafe-Restaurant mit einer herrlichen Sonnenterrasse. Das Schloß-Cafe wird täglich von 7 Uhr bis 24 Uhr geöffnet sein.

Die WIGAST erwartet sich von dem Schloß-Cafe-Restaurant — in bester Lage mit herrlichem Blick auf Wien — auch eine besondere Anziehungskraft auf das heimische Publikum und will den Wilhelminenberg auch als Ausflugsziel propagieren.

Der als Bankettsaal fungierende ehemalige Audienzraum — von dessen Balkon man ebenfalls eine traumhafte Aussicht genießt — eignet sich für repräsentative Empfänge, Hochzeiten, Bälle etc. Das Interesse für die attraktiven Räumlichkeiten ist schon jetzt sehr groß.

Nun kommt ein Jugendgästehaus

Anstelle der alten Dependance wird nun ein Jugendgästehaus errichtet, das rund 20 Millionen Schilling kostet. Mit rund 150 Betten wird das Jugendgästehaus über den üblichen Standard verfügen, nämlich 4-Bett-Zimmer, Bad und WC auf dem Gang. Eröffnet soll das Jugendgästehaus im nächsten Jahr werden. (Schluß) wh/bs

Mutter- und Kind-Heim der Stadt Wien wiedereröffnet

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Das baulich neu gestaltete Mutter- und Kind-Heim der Stadt Wien in Simmering, Pleischlgasse 2, und das neue Betreuungskonzept dieses Heimes präsentierte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Mittwoch in einem Pressegespräch.

Nach dem neuen Konzept steht die sozialtherapeutische Betreuung der meist sehr jungen Mütter im Vordergrund. Acht sozialpädagogisch geschulte Betreuer stehen für 17 im Heim wohnende junge Frauen mit ihren Kindern zur Verfügung. Die Mütter, die ihre Kinder in einer sozialen Not-situation zur Welt gebracht haben und oft Unsicherheiten in der Mutter-Kind-Beziehung haben, werden dabei unterstützt, die Beziehung zu ihrem Kind zu entwickeln und zu stärken, führte Smejkal aus.

In geschützter Situation: Weg zur Selbständigkeit

Im Mutter- und Kind-Heim erhalten die Mütter verständnisvolle Betreuung in einer geschützten Umgebung. Sie werden dabei unterstützt, ihre Kinder selbst zu pflegen und zu erziehen.

Die baulichen Verbesserungen ermöglichen es den Frauen, im Heim in eigenen Wohneinheiten zu leben und sich dadurch auch mehr Selbständigkeit und praktische Haushaltserfahrung anzueignen. Die Frauen erledigen ihre Angelegenheiten möglichst selbständig, können jedoch auch die Unterstützung der Betreuer in Anspruch nehmen.

Nach dem neuen Konzept können auch schwangere Frauen ab Beginn der Schutzfrist aufgenommen werden.

Das Ziel der Betreuungsarbeit liegt darin, die Mütter schließlich in eine selbständige Existenz zu entlassen und eine Übersiedlung der Mütter mit ihren Kindern in eigene Kleinwohnung zu ermöglichen.

Durch das spezielle Angebot des Mutter- und Kind-Heimes wird die gesamte Mutter-Kind-Krisenilfe des Jugendamtes nunmehr auf 50 Plätze für Frauen mit Kindern erweitert.

Die Ursachen der Krisen liegen meist in Konflikten mit den Eltern der Mütter bzw. mit Ehegatten oder Lebensgefährten. Hauptziel der Krisenilfe ist es, die drohende Obdachlosigkeit zu vermeiden und eine Trennung von Mutter und Kind zu verhindern.

81 Müttern mit 92 Kindern konnte das Jugendamt der Stadt Wien im Jahre 1987 in Krisensituationen durch Bereitstellung einer Unterkunft helfen und so in vielen Fällen eine Trennung eines Säuglings oder Kleinkindes von der Mutter verhindern.

43 Mütter konnten im Laufe des Jahres aus den Krisenunterkünften entlassen werden, 39 davon in eine eigene Wohnung. Durch intensiverte Betreuung ist es 1987 gelungen, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Mütter in den Krisenunterkünften beträchtlich zu verringern, und zwar um dreieinhalb Monate auf sechs Monate.

Vorbeugende Hilfen verhindern Heim- und Pflegeunterbringungen von Kindern

Durch die Intensivierung vorbeugender Maßnahmen des Jugendamtes konnte die Zahl jener Kinder wesentlich gesenkt werden, die in Pflege und Erziehung der Stadt Wien übernommen werden müssen (in Heime oder Pflegefamilien).

Die Zahl der Neuaufnahmen betrug im vergangenen Jahr 619, um 15 Prozent weniger als 1986. Ein Viertel dieser Kinder konnte überdies direkt zu Pflegefamilien vermittelt werden. 1984 betrug die Zahl der untergebrachten Kinder noch 1.058. In drei Jahren konnte diese Zahl um 41 Prozent gesenkt werden. (Forts.mgl.) jel/bs

100 Jahre Orthopädie am Wiener AKH

Stadtrat Stacher eröffnete Ausstellung

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eröffnete Mittwoch vormittag im Wiener Allgemeinen Krankenhaus die Ausstellung „100 Jahre Orthopädie an der Universität Wien“. Die Ausstellung erinnert daran, daß Adolf LORENZ vor nun 100 Jahren damit begann, mit vier Betten in Räumen der alten Küche im zweiten Hof des Allgemeinen Krankenhauses orthopädische Fälle zu behandeln. Die Ausstellung findet im Informationsgebäude der VAMED, Wien 9, Währinger Gürtel 18-20, statt und ist Montag bis Donnerstag, von 8 bis 16 Uhr, und Freitag, von 8 bis 13 Uhr, geöffnet (Besichtigung durch Gruppen nach Voranmeldung).

Bei der Eröffnung der Ausstellung wies Stacher darauf hin, daß die Orthopädie eines jener medizinischen Fachgebiete ist, die sich in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten besonders rasch entwickelt haben. Dieser Entwicklung hat die Stadt Wien dadurch Rechnung getragen, daß vor zehn Jahren die Frauenklinik Gersthof in ein Orthopädisches Krankenhaus mit 150 Betten umgewandelt wurde. Eine neue Orthopädie-Abteilung mit 32 Betten ist im Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost vorgesehen. Die bestehende Orthopädische Universitätsklinik wird im ersten Halbjahr 1992 in das neue Haus mit seinen modernsten medizintechnischen Einrichtungen und Operationssälen übersiedeln.

328 Betten

Derzeit stehen, so Stacher, der Orthopädie in den Wiener städtischen Krankenanstalten insgesamt 328 Betten zur Verfügung. Nicht weniger als 28,5 Prozent der Patienten sind Nichtwiener, kommen also aus den anderen Bundesländern zur orthopädischen Untersuchung und Behandlung nach Wien.

Adolf Lorenz, der sich vor 100 Jahren darum bemühte, in Wien die Orthopädie aus der Chirurgie herauszulösen, war der Vater des Nobelpreisträgers Konrad Lorenz. Er wollte eigentlich Chirurg werden, konnte aber diese Laufbahn wegen eines Karbolezems nicht einschlagen. Sein damaliger Lehrer, Eduard ALBERT, riet ihm: „Wenn's mit der nassen Chirurgie nicht geht, so probieren Sie es halt mit der trockenen.“ Unter „trockener Chirurgie“ verstand man damals die Geraderichtung krummer Körperteile ohne chirurgischen Eingriff, lediglich durch Manipulationen mit den Händen oder mit eigens dafür erfundenen Maschinen. Lorenz schlug den Weg der „trockenen Chirurgie“ ein und wurde weltberühmt.

Seine Arbeiten über den Platt- und Klumpfuß, die Rückgratverkrümmung sowie über die „Pathologie und Therapie der angeborenen Hüftgelenkverrenkung“ (1892 und 1895) fanden weltweit Beachtung.

Kein Nobelpreis

Trotz seines großen Erfolges blieben ihm zeitlebens zwei Dinge versagt: der Nobelpreis für Medizin, für den er dreimal in der engeren Wahl war, und die Gründung einer selbständigen orthopädischen Klinik. Sein „Universitätsambulatorium für orthopädische Chirurgie“ war nur eine Abteilung der Chirurgischen Universitätsklinik. Operationen führte Lorenz in einer Privatklinik in der Mariannengasse durch. Unter Julius HASS, der 1924 der Nachfolger von Lorenz wurde, drohte der Abteilung sogar die Auflösung. Während der Kriegszeit leitete Gerhard HABERLER die damals vergrößerte orthopädische Abteilung. Nach 1945 folgte Albert LORENZ, der ältere Sohn von Adolf Lorenz und Bruder von Konrad Lorenz, als Abteilungsleiter nach.

1962 wurde Karl CHIARI Vorstand der damals neugegründeten Orthopädischen Universitätsklinik. Er fand mit seinen Beckenoperationen weltweit Anerkennung. Nach Chiari wurde 1984 Univ.-Prof. Dr. Rainer KOTZ der zweite Ordinarius für Orthopädie in Wien. (Schluß) sc/gg

Neu: Kunst- und Kulturmarkt am Ufer des Donaukanals geplant

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Paris-Besucher schwärmen davon — von den Bouquinisten, von den alten Büchern, den Bildern und Zeichnungen, die im Freien verkauft werden und mit dem Stadtbild untrennbar dazugehören. Ähnliches soll nun in Wien, am rechten Ufer des Donaukanals, entstehen. Geplant ist ein Kunst- und Kulturmarkt — aber kein zweiter Flohmarkt —, der von Mai bis September am Wochenende offen hat. „Dieser neue Markt am Ufer des Donaukanals soll nicht nur eine Attraktion für die Wienerinnen und Wiener und für die Gäste unserer Stadt sein, sondern auch zur Belebung des Donaukanals — wie es ja in Konzepten schon vorgeschlagen wurde — beitragen“, betonte die für die Märkte zuständige Stadträtin, Christine SCHIRMER, dazu Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Das Projekt soll bereits heuer, gemeinsam mit Vizebürgermeister Hans MAYR, Stadträtin Dr. Ursula PASTERK, den Kammern und den entsprechenden Innungen realisiert werden; dazu ist auch eine Novelle zur Änderung der Marktordnung notwendig.

Der Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal wird im Bereich zwischen Augartenbrücke und Aspernbrücke auf der rechten Seite des Gewässers — das ist die Seite zur Inneren Stadt — seinen Platz finden. Um die Atmosphäre eines echten Kunst- und Kulturmarktes zu garantieren, werden in erster Linie Antiquitäten und Kunstgegenstände, kunstgewerbliche Waren, Bücher, Musikalien, Schallplatten und Musikkassetten (bzw. entsprechende Altwaren) angeboten. Nebenbei können auch Souvenirartikel, Blumen bzw. Kunstblumen und Blumenarrangements verkauft werden — und weil man beim Marktbesuch oft hungrig wird, wird's auch — allerdings nur in kleinerem Rahmen — Imbisse geben. Übliche Altwaren wie alte Kleidung usw. bleiben nach wie vor auf den Flohmarkt beschränkt.

Der Entwurf zur Änderung der Marktordnung — in die der neue Donaukanal-Markt aufgenommen werden muß — ist derzeit in Begutachtung. „Mit dem neuen Markt am Donaukanal könnte, ergänzend zu bereits durchgeführten Aktivitäten, wie Stadtradelweg oder 'Johann Strauß' ein weiterer Schritt zur Belebung des Donaukanals getan und das neben Donau, Alter Donau und Neuer Donau vierte große Gewässer Wiens neuerlich ein Stück attraktiver gemacht werden“, erklärte Schirmer. (Schluß) hrs/rr

Busek: Schließe Mißtrauensantrag gegen Zilk nicht aus

FPÖ stellt im Landtag dringliche Anfrage zur Steuerreform

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Landesparteiobmann Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und ÖVP-Landespartei sekretär GR. Dr. Ferdinand MAIER schlossen am Mittwoch in einem Pressegespräch nicht aus, daß die Volkspartei in der kommenden Sitzung des Wiener Gemeinderates einen Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK einbringen werde. Die beiden ÖVP-Politiker befaßten sich in der Pressekonferenz mit „einer Reihe von Skandalen“, für die die politische Verantwortung übernommen werden müsse. Als Beispiele nannten sie das Versagen des Notstromaggregates im AKH — in diesem Zusammenhang sollte untersucht werden, was noch alles an „Leichen im Keller“ vorhanden sei —, die Kostenexplosion beim Wiener Stadion, die 'Affaire Braun-BFI', die Vorgänge um die Teletheater, das Margaretenbad sowie den Schuldenberg der Komödianten im Künstlerhaus“.

Dr. Busek meinte, die Rathausmehrheit habe trotz aller dieser Vorfälle offensichtlich keinerlei Interesse an einer effizienten Kontrolle, sonst wäre es nicht zu erklären, daß die Beteiligungskommission abgeschafft worden sei. Die ÖVP werde daher auch die Forderung im Gemeinderat einbringen, daß eine qualifizierte Minderheit Untersuchungen durch das Kontrollamt beschließen könne.

Weiters kritisierte Busek, daß besonders unter Bürgermeister Dr. Zilk zahlreiche Versprechungen abgegeben worden seien, die bis dato noch nicht erfüllt wurden. Busek nannte das Projekt Ronacher, das Konzept Messopalast, das Neugebäude, das Grassalkovics-Schlößl und das Palais Harrach sowie die Tunnelprojekte im Zusammenhang mit der Planung zur Süd- und Westeinfahrt. Die Stadtplanung bringe oft lediglich „Luftschlösser“ hervor.

FPÖ zur Steuerreform

Wie FPÖ-Klubobmann Dr. HIRNSCHALL der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ gegenüber bekanntgab, wird die FPÖ am Freitag in der Sitzung des Wiener Landtages eine dringliche Anfrage über die Auswirkungen der Steuerreform auf das Land Wien einbringen. (Schluß) fk/bs

Stadion: Holding setzt Prüfungsausschuß ein

Kraus schließt zivil- und strafrechtliche Konsequenzen für Geschäftsführer aus

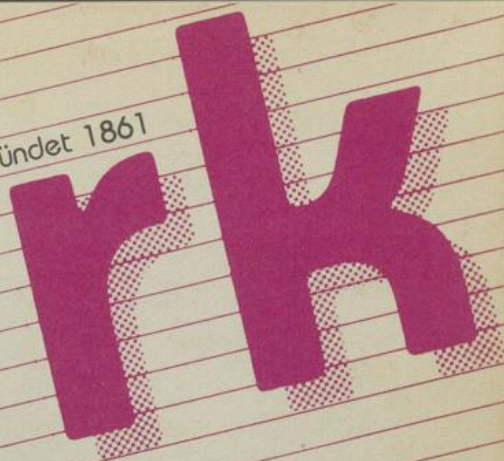
Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Eine Überprüfung des Kontrollamtsberichtes über das Wiener Stadion durch namhafte Arbeitsrechtler habe ergeben, daß keine zivil- und strafrechtlichen Fakten vorhanden sind, die entsprechende Schritte gegen die Geschäftsführung der Wiener Stadthalle oder der Ekazent rechtfertigen, erklärte Holding-Generaldirektor Dkfm. Dr. Ernst KRAUS Mittwoch in einem Pressegespräch. Die Holding selbst werde einen Prüfungsausschuß einsetzen, dem ein Anwalt, zwei unabhängige Zivilingenieure und Fachleute des Wiener Kontrollamtes angehören werden. Die Leitung des Prüfungsausschusses wurde Mag. PLAMETZBERGER von der Wiener Holding übertragen.

Nach Kraus ist es unrichtig, daß beim Wiener Stadion Beträge in der Größenordnung von 100 bis 140 Millionen versickert wären. Das Kontrollamt bemängelt eine Summe von rund 21 Millionen Schilling, wobei der Prüfungsausschuß nun rasch unter Beiziehung der Experten des Kontrollamtes sich mit den Bemängelungen auseinanderzusetzen haben werde. Kraus: „Wenn wir Rückforderungen an Firmen stellen wollen, genügt es nicht, den Firmen den Kontrollamtsbericht zu schicken. Wir müssen in diesem Falle unsere Forderung sehr genau untermauern.“ (Schluß) sei/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3 Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 24. März 1988

Blatt 540

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „66 A“: Besserer Anschluß an die U-Bahn (542)
- Auszeichnung von Persönlichkeiten des Gesundheitswesens (544)
- Information über Margaretentunnel-Gaudenzdorfer Gürtel (545)
- Neues Kuratorium des Wiener Stadterneuerungsfonds (547)

Kultur:

- Kainz-Medaillen an Gert Voss, Elisabeth Rath und Achim Freyer (541)
- Hrdlicka-Ausstellung in Kunstraum (543)
- Ehrenbürgerschaft für Gottfried von Einem (546)

Kainz-Medallen an Gert Voss, Elisabeth Rath und Achim Freyer

Wien, 23.3. (RK-KULTUR) Im Wappensaal des Wiener Rathauses überreichte Mittwoch nachmittag Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK die Josef-Kainz-Medaillen der Stadt Wien 1987. Die mit der höchsten Ehrung der Stadt für Theaterschaffende ausgezeichneten Künstler sind Gert VOSS, Elisabeth RATH und Achim FREYER. Die Förderungspreise zur Josef-Kainz-Medaille erhielten Klaus FISCHER, Katharina MANKER, Torsten FISCHER und Sabine KELLNER. Stadträtin Pasterk stellte in ihrer Rede fest, daß Wien stolz darauf sein kann, daß die mit der Josef-Kainz-Medaille ausgezeichneten Künstler in dieser Stadt leben und arbeiten. Sie hätten eines gemeinsam — gleichgültig lassen sie niemand.

Die Kainz-Medaillen 1987 wurden für folgende Leistungen vergeben:

- Gert Voss für die Darstellung der Titelfigur in „Richard III.“ von Shakespeare im Burgtheater;
- Elisabeth Rath für die Rolle der Mascha in „Drei Schwestern“ von Tschechow im Theater in der Josefstadt;
- Achim Freyer für die Ausstattung zu „Metamorphosen des Ovid oder die Bewegung von den Rändern zur Mitte und umgekehrt“ von Achim Freyer, Dieter Schnebel und Urs Troller im Burgtheater.

Förderungspreise

- Klaus Fischer für die Darstellung des Theodore Hickmann in „Der Eismann kommt“ von Eugene O'Neill im Theater in der Porzellangasse „Der Kreis“;
- Katharina Manker für die Rolle des Tranio in „Der Widerspenstigen Zähmung“ von Shakespeare im Theater im Kopf;
- Torsten Fischer für die Inszenierung von „Komödie der Irrungen“ von Shakespeare im Theater in der Josefstadt;
- Sabine Kellner für die Ausstattung zu „Scapin“ von Moliere im Theater Gruppe 80.

Der Feier wohnten auch Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL, Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL bei. (Schluß)
ull/rr

Bereits am 23. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

„66A“: Besserer Anschluß an die U-Bahn

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Um das Umsteigen von der U-Bahn in den Autobus ohne Zeitverlust zu ermöglichen, wird ab Samstag, dem 26. März, der Fahrplan der Autobuslinie „66A“ geändert. Er fährt dann ab Reumannplatz in der Zeit von 20.34 bis 22.49 Uhr in 15-Minuten-Intervallen zu den Minuten 04, .19, .34 und .49.

Ab Wohnpark Alt-Erlaa werden die Fahrten ab 0.21 Uhr nicht mehr wie bisher bis zum Reumannplatz, sondern nur mehr bis zur Raxstraße/Rudolfshügelstraße geführt. Grund für diese Maßnahme ist mangelnde Auslastung in diesem Bereich.

Die zusätzliche Fahrt ab Liesing über die Heizwerkstraße um 21.51 Uhr wird nunmehr von Montag bis Freitag — bisher an Freitagen nicht — durchgeführt. (Schluß) roh/bs

Hrdlicka-Ausstellung im Kunstraum

Wien, 24.3. (RK-KULTUR) Die erste Ausstellung im neuen „Kunstraum Wien“ im Messepalast eröffnete Mittwoch nachmittag Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK. 35 Steinskulpturen dokumentieren das Schaffen aus knapp 30 Jahren bildhauerischer Tätigkeit Alfred HRDLICKAS. Die Eröffnung des „Kunstraums Wien“ sei ein Anlaß, sagte Stadtrat Pasterk, sich der Bedeutung des Künstlers Alfred Hrdlicka bewußt zu werden, der vor kurzem seinen 60. Geburtstag gefeiert hat. Pasterk wies darauf hin, daß die Stadt Wien schon früh Arbeiten Hrdlickas angekauft und der Öffentlichkeit präsentiert habe.

Viele der 35 Skulpturen sind Leihgaben aus dem Ausland oder von privaten Sammlern.

Zu sehen ist die Ausstellung „Steinskulpturen“ bis 29. Mai, Montag bis Samstag, von 13 bis 19 Uhr, und Sonntag, von 10 bis 13 Uhr, im „Kunstraum Wien“, Messepalast, Halle H 4, Eingang Burggasse. (Schluß) jel/rr

Auszeichnung von Persönlichkeiten des Gesundheitswesens

Stacher überreichte Ehrenzeichen

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Mittwoch nachmittag im Wiener Rathaus Ehrenzeichen an fünf Persönlichkeiten des Wiener Gesundheitswesens. Das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Magister Dr. Paul BELOHLAVY, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien bekamen die Primarii Dr. Wilhelm BOSTJANCIC, Dr. Gerhard FELGER und Univ. Doz. Dr. Raol SCHINDLER, und das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Oberamtsrat i.R. Michael IDINGER.

Magister Belohlavy, Präsident der Wiener Apothekerkammer, ist seit mehr als 15 Jahren aktiv in verschiedenen Gremien der Interessensvertretungen der Österreichischen Apothekerschaft engagiert und hat sich besonders des Ausbildungswesens für Apothekenhelfer und für Pharmazeuten angenommen. Er war und ist stets um das Ansehen des Apothekerstandes, die Verbesserung und die Modernisierung der Apotheken in Wien und um die gute und prompte Arzneimittelversorgung der Wiener Bevölkerung bemüht.

Primarius Bostjancic ist Vorstand des Zentrallaboratoriums der Krankenanstalt Rudolfstiftung und hat sich besonders mit der Hepatitisepidemiologie beschäftigt.

Primarius Felger ist Vorstand der IV. Abteilung des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe und hat wesentlich an der Wiener Psychiatriereform mitgearbeitet.

Primarius Dozent Schindler ist Vorstand der VII. Abteilung des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe und hat mehr als 100 wissenschaftliche Arbeiten verfaßt. Er ist im Wiener Gesundheitsamt tätig und hat dort die Regionalisierung der psychiatrischen Versorgung Wiens vorbereitet. Seit 1982 ist er Präsident der Internationalen Föderation der Arbeitskreise für Tiefenpsychologie und seit 1986 Vorsitzender des Dachverbandes der psychotherapeutischen Gesellschaften Österreichs.

Oberamtsrat Idinger arbeitete in der Verwaltung der Kinderklinik Glanzing, war dann Verwalter des Krankenhauses Floridsdorf und schließlich Verwaltungsleiter des Psychiatrischen Krankenhauses, wo er maßgeblich mitgeholfen hat, die Psychiatriereform zu verwirklichen. An der Ehrung nahm auch Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß) sc/bs

Information über Margaretentunnel- Gaudenzdorfer Knoten

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) In den Empfehlungen der Gürtelkommission wird dem Projekt Gaudenzdorfer Knoten-Margaretentunnel höchste Priorität zugewiesen. Da bereits Ende 1989 erste Baumaßnahmen (Einbautenverlegungen) gesetzt werden sollen, lud Stadtrat Günther SALLABERGER gestern, Mittwoch, nachmittag, die Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter des 5., 6., 12. und 15. Bezirkes in die Räumlichkeiten der Wiener Bundesstraßen AG zu einem Informationsgespräch ein.

Der Planungsstadtrat wies einleitend darauf hin, daß die Realisierung dieses ca. zwei Milliarden Schilling teuren Projektes vor allem die derzeitige Umweltsituation grundlegend verbessern wird.

Das geplante Projekt beinhaltet Maßnahmen am Mariahilfer Gürtel (Abschnitt Mariahilfer Straße — Wiental), wo eine Fahrbahnverlegung zur Gürtelmitte vorgesehen ist, die völlige Neugestaltung des Gaudenzdorfer Knotens inklusive Wiental zwischen Längenfeldgasse und Pilgrambrücke sowie die Untertunnelung des Margaretengürtels bis zur Eichenstraße.

Der Tunnel Margaretengürtel ermöglicht neben der Reduktion der Lärmbelastung eine umfassende Neugestaltung des zurückgewonnenen Straßenraumes. Für die Anrainerbezirke ergeben sich mit diesem Projekt neue Perspektiven für zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten. Für die derzeit vom Lärm stark belasteten Anrainer des Margaretengürtels wird ein vergleichsweise ruhiges Wohngebiet entstehen.

Auch die vorgesehene Verlegung des Verkehrs aus der Schönbrunner Straße in das Wiental wird sich für die Bewohner, aber auch für Betriebe und Geschäfte äußerst positiv auswirken.

Das vorgestellte Projekt fand bei den Vertretern des 5. und 12. Bezirkes weitgehende Zustimmung.

Der von den Vertretern des 6. und 15. Bezirkes geforderten Untertunnelung des Mariahilfer Gürtels wurde entgegen gehalten, daß auf Grund der erforderlichen Anbindung der Mariahilfer Straße und der damit verbundenen Errichtung neuer Ein- und Ausfahrtsrampen eine zusätzliche Lärmbelastung gegenüber dem derzeitigen Zustand entstehen würde.

Abschließend wies Sallaberger im Zusammenhang mit der Finanzierung dieses Abschnittes darauf hin, daß von Seiten des Bundes die hohe Priorität anerkannt ist. Von Minister Graf wurde dieses Projekt im geplanten Sonderfinanzierungskonzept berücksichtigt. Eine endgültige Entscheidung über die Finanzierung muß jedoch auf Regierungsebene noch getroffen werden. (Schluß) wbg/rr

Ehrenbürgerschaft für Gottfried von Einem

Wien, 24.3. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte Donnerstag im Rahmen einer Feier im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses an o.Hochschulprofessor Gottfried VON EINEM die Ehrenbürgerurkunde.

Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK betonte in ihrer Begrüßung, daß die Werke des Komponisten zur Weltliteratur der Musik zählen und vor allem seine Opern zum Standardrepertoire der großen Opernhäuser in aller Welt gehören. In seiner Laudatio würdigte Dr. Rainer BISCHOF das schöpferische Lebenswerk, die Persönlichkeit sowie die Tätigkeit Gottfried von Einems in zahlreichen Funktionen im musikalischen Lebens Wiens und Österreichs.

Der Feier wohnten zahlreiche Gäste bei, unter ihnen Bundesminister a.D. Dr. Herta FIRNBERG, Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL, die Stadträte Dr. Erhard BUSEK, Maria HAMPEL-FUCHS und Ing. Günther ENGELMAYER sowie Bundestheatergeneralsekretär Dr. Rudolf SCHOLTEN.
(Schluß) chr/bs

Neues Kuratorium des Wiener Stadterneuerungsfonds

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds hat ein neues Kuratorium. In der konstituierenden ersten Sitzung des „entpolitisierten“ Kuratoriums wurde ein neues Präsidium gewählt und der Wirtschaftsplan 1988 für den Stadterneuerungsfonds genehmigt.

Zum Präsidenten des Fonds wurde Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER wiedergewählt. Die beiden Vizepräsidenten sind Vizebürgermeister Hans MAYR und Stadtrat Dr. Erhard BUSEK. Gegen die Besetzung der Vizepräsidenten mit Politikern erhob Stadtrat Dr. Rainer PAWKOWICZ (FPÖ) Einwand.

Das Kuratorium genehmigte den Wirtschaftsplan 1988 des Stadterneuerungsfonds, der Ausgaben in der Höhe von 67,36 Millionen und Einnahmen in der Höhe von 56,01 Millionen Schilling vorsieht.

Bis Ende Februar 1988 sind beim Wiener Stadterneuerungsfonds über 2.900 Anträge auf Sanierungsförderung eingelangt. Mehr als die Hälfte der Projekte mit einem Bauvolumen von fast 12 Milliarden Schilling wurde zur Förderung empfohlen. Über 400 Wohnhaussanierungen mit einem Bauvolumen von 2,8 Milliarden Schilling sind in Bau, 129 Projekte mit rund 4.700 Wohnungen wurden im Vorjahr fertiggestellt.

Das Kuratorium wird in seiner kommenden Sitzung die neuen Richtlinien für die Empfehlung von Projekten zur Förderung erarbeiten. 1988 werden aber trotz einer insgesamt Kürzung der Wohnbauförderungsmittel mehr Sanierungsanträge zur Förderung empfohlen werden können als 1987. Damit wird wieder ein Bauimpuls von rund 3 Milliarden Schilling ausgelöst. (Schluß) ah/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 25. März 1988

Blatt 548

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Terminvorschau vom 28. März bis 8. April 1988 (550)
- Kleingartenkonzept im Gemeinderat (551)
- Lainzer Tiergarten öffnet seine Pforten (551)
- Tempo 30 bis 40: 50 Prozent dafür, 37 Prozent dagegen (552)
- Wiener Landtag (553-561)
- Matzenauer: Ganztägige Schulformen — kein Kompromiß zu Lasten der Pädagogik (562)
- Wiener Gemeinderat (563-566)
- Von U 2 überrollt (nur FS/24.3.)
- Linie „46“ nach Bombendrohung eingestellt (nur FS)
- Samstag Festveranstaltung „100 Jahre Wiener Lokalbahnen“ (nur FS)

Sport:

- Neukonzipierte Aktion „Komm zum Sport“ (549/FS: 24.3.)

Neukonzipierte Aktion „Komm zum Sport“

Wien, 24.3. (RK-SPORT) Sportpreise für besondere Leistungen um den Wiener Sport und eine völlig neukonzipierte Förderungsaktion „Komm zum Sport“ — das sind zwei Schwerpunkte aus dem Sportkonzept, das Stadtrat Dr. Michael HÄUPL bei einem Pressegespräch Mittwoch abend präsentierte. „Jene Klubs, die zur weiteren Belebung beitragen, entsprechende Initiativen setzen, werden mit Subventionsmittel rechnen können, umreißt der Sportstadtrat seine Pläne.

So sollen jene Einzelsportler und Teams, die bei Olympischen Spielen oder Welt- und Europameisterschaften bzw. Weltcup- und Europacupbewerben siegen, Bargeldbeträge in der Höhe zwischen 50.000 und 100.000 Schilling erhalten. Außerdem wird, wie Häupl betonte, für besondere Leistungen im Dienste des Sportes oder für besondere Verdienste auf innovativem oder organisatorischem Gebiet des Wiener Sports auch ein Anerkennungspreis der Stadt von 20.000 Schilling in bar zuerkannt.

Gänzlich neukonzipiert wurde auch die Aktion „Komm zum Sport“, für die wieder Sonderförderungsmittel in der Höhe von 3 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Erste Überlegung ist, daß über die bisher geförderten Sportarten hinaus weitere Sparten in diese Förderung miteinbezogen werden können. Zudem werden nur noch jene Wiener Klubs finanziell unterstützt, die durch Eigenaktivität das Zuschauerinteresse bei Heimspielen heben. Nach Schätzungen des Sportamtes können diesmal etwa 200 Klubs in den Genuß der Förderung kommen. In diesem Zusammenhang gab der neue Sportstadtrat allerdings auch zu bedenken, wie die Verteilung knapper werdender Förderungsmittel für die Zukunft zu gestalten sei: „Es ist ernsthaft zu überlegen, ob der Profibetrieb international agierender Klubs aus Sportförderungsmitteln zu subventionieren ist“, meinte Dr. Häupl, und weiter: „Ich möchte zu diesem Thema gerne eine weitere Diskussion führen.“

Förderungsaktion der Stadt Wien für kleine platzbesitzende Vereine

Auch im Jahre 1988 werden kleine platzbesitzende Vereine, diesmal in den Sparten Fußball, Kanu, Rudern und Eisschützen, die von der Stadt Wien Grundflächen zur Sportausübung gepachtet haben, unterstützt. 30 Vereine erhalten je 25.000 Schilling, wobei die Mittel zweckgebunden für die Platzhaltung zu verwenden sind. Außerdem stellt der Wiener Landessportrat 3,55 Millionen Schilling für die Fachverbands- und Leistungssportförderung im Jahre 1988 bereit.

Ausweitung der Aktivitäten im Breitensport

Breitensporteinrichtungen auszuweiten und zusätzliche Aktivitäten in den der Stadt Wien gehörigen und von ihr verwalteten Einrichtungen und Anlagen zu schaffen — das ist ein weiterer Schwerpunkt im Sportkonzept. Abschließend meinte der Stadtrat, daß die seit Jahren mit großem Erfolg laufende Jugendaktion „Sportplatz der offenen Tür“, die über die schulfreien Sommermonate durchgeführt wird, einen besonderen Stellenwert einnehmen wird. (Schluß) hof/bs

Bereits am 24. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Terminvorschau vom 28. März bis 8. April 1988

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 28. März bis 8. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 28. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP

DIENSTAG, 29. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

DIENSTAG, 5. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 6. APRIL:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Sallaberger an die Parlamentsvizeidirektoren Dr. Eduard Neumaier und Dr. Reinhold Ruckser (Steinerne Saal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressegespräch Vbgm. Ingrid Smejkal „40 Jahre Landesjugendreferat“ (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Dior. Franz Herdin, Komm.-Rat Karl Kupka, Komm.-Rat Dkfm. Wilhelm Miller (Steinerne Saal, Rathaus)

DONNERSTAG, 7. APRIL:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Bgm. Zilk und die Landesräte Dr. Hugo Valentin und Dr. Anton Zelger „Südtiroler Kulturwochen“ (PID)

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal, neue Wohngemeinschaft (10, Otto-Probst-Straße 3/Block F/Stiege 48/Tür 5 und 6)

18.00 Uhr, Preisverleihung „Wien im Blumenschmuck '87“ durch StR. Dr. Häupl (Wappensaal, Rathaus)

FREITAG, 8. APRIL:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

10.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen durch Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

11.00 Uhr, Konsumentenbeirat

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Sport

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur

nachmittags: Bgm. Zilk und StR. Häupl — Stollendurchschlag Wetterinstollen, Pfannbauernquelle, Steiermark

(Schluß) red/gal

Kleingartenkonzept im Gemeinderat

Wien, 25. 3. (RK-KOMMUNAL) Dem Wiener Gemeinderat lag Freitag das Kleingartenkonzept für Wien vor. Es stellt die Leitlinie für die Entwicklung des Kleingartenwesens dar.

Das Konzept gibt die generellen Zielsetzungen und Maßnahmen für die Entwicklung des Kleingartenwesens in Wien an und ist damit die Leitlinie für die Organe der Stadt Wien, für alle städtischen Dienststellen, die im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung tätigen Betriebe, Fonds und Unternehmen. Eine Rechtsverbindlichkeit kann aus dem Konzept nicht abgeleitet werden.

Das Kleingartenkonzept bildet als übergeordnetes Sachkonzept zur Konkretisierung der Ziele des Stadtentwicklungsplanes die Grundlage für alle Überarbeitungen und Neuplanungen von Kleingartenanlagen.

Es ist auch bei allen sonstigen Planungen und Entscheidungen, die für die Stadt- und Bezirksentwicklung von Bedeutung sind, sowie bei der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen bzw. Gestaltungsplänen zu berücksichtigen.

Ausgangspunkte für das Konzept waren unter anderem

- Unklarheiten über die tatsächlichen Eigentums- und Bestandsverhältnisse
- zunehmende Unsicherheit bei der städtebaulichen Bewertung und Einschätzung älterer Kleingartenanlagen sowie sonstiger kleingärtnerisch genutzter Flächen (Problem „wilde Siedlungen“)
- offene Fragen bei der Ausweisung künftiger Neuanlagen, insbesondere im Zusammenhang mit der „Aktion 2000“
- Erfüllung der Forderungen des Stadtentwicklungsplanes nach der Erstellung von Fachkonzepten.

(Schluß) red/rr

Lainzer Tiergarten öffnet seine Pforten

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Der Lainzer Tiergarten und der Laaer Wald öffnen am Palmsonntag, dem 27. März, wieder ihre Pforten nach der Wintersperre. Beide Erholungsgebiete sind dann bis einschließlich 1. November von Mittwoch bis Sonntag sowie an Feiertagen von 8 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit frei zugänglich. (Schluß) du/gg

Tempo 30 bis 40: 50 Prozent dafür, 37 Prozent dagegen

Zilk präsentiert Ergebnisse einer IFES-Umfrage

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) 50 Prozent der Wiener Bevölkerung sind für eine Senkung der Geschwindigkeit auf 30 bis 40 Stundenkilometer während der Nacht, 37 Prozent sind dagegen. Das ergab eine von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in Auftrag gegebene Umfrage des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES), deren Ergebnisse er heute, Freitag, bekanntgab.

Von den Befürwortern sprachen sich 31 Prozent für die Einführung einer empfohlenen Richtgeschwindigkeit aus, 61 Prozent für eine gesetzliche Festlegung. Sollte zu diesem Thema eine Volksbefragung durchgeführt werden, so würden laut Umfrage 58 Prozent „sicher“ sowie 14 Prozent „eher“ teilnehmen. „Eher nicht“ oder „sicher nicht“ teilnehmen würden 9 bzw. 10 Prozent. 67 Prozent der Befragten verfügen in ihrem Haushalt über ein Auto.

Bemerkenswerte Unterschiede ergibt die Befragung bei der Aufgliederung nach Alter und Geschlecht. Bei den Frauen besitzen die Befürworterinnen einer Geschwindigkeitssenkung mit 57 Prozent eine deutliche Mehrheit gegenüber den Gegnerinnen mit 29 Prozent. Bei den Männern hingegen sind die Befürworter mit 40 : 47 Prozent knapp in der Minderheit. In der Altersgruppe ab 50 Jahren beträgt das Verhältnis von Pro- zu Kontrastimmen 57 : 27 Prozent, bei den 16- bis 29jährigen 50 : 42 Prozent, bei den 30- bis 49jährigen 39 : 48 Prozent.

Eine hohe Zustimmung findet die Senkung der Geschwindigkeit mit 56 : 21 Prozent bei den Pflichtschulabsolventen, während bei den Maturanten und Akademikern mit 40 : 45 Prozent die Ablehnung überwiegt. Der höchste Zustimmungsgang herrscht in der Berufsgruppe der Selbständigen mit 65 : 35 Prozent, der geringste bei den Arbeitern mit 34 : 54 Prozent. Relativ gering ist mit 43 : 49 Prozent die Ablehnung bei jenen Personen, die im Haushalt über ein Auto verfügen, deutlich hingegen mit 63 : 13 Prozent die Zustimmung in den „autolosen“ Haushalten. (Die jeweils fehlende Differenz auf 100 Prozent umfaßt die Gruppe der Unentschlossenen bzw. jene Personen, die zu der jeweiligen Frage keine Angaben machten.)

In der Nacht 4,2 Prozent des Gesamtverkehrs

Bürgermeister Zilk betonte, daß die empfohlene Richtgeschwindigkeit von 30 bis 40 km/h analog zum Lkw-Nachfahrverbot zwischen 23.00 und 4.30 Uhr gelten soll. Wie Messungen des Magistrats ergaben, beträgt während dieser Zeit der Verkehrsanteil am täglichen Gesamtaufkommen an Werktagen 4,2 Prozent, an Sonn- und Feiertagen 9,3 Prozent. Die Zahl der von der Temporeduktion betroffenen Verkehrsteilnehmer sei daher relativ gering, schloß Zilk. (Schluß) red/gg

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Ing. MANDAHUS (ÖVP) an StR. SALLABERGER (SPÖ), wann ein Entwurf für eine Bauordnungsnovelle vorliegen werde, erklärte StR. Sallaberger, er sei für die Ausarbeitung des Gesetzes selbst nicht zuständig. Allerdings wäre sein Ressort von einer solchen Änderung betroffen, und daher sei er an einer umfassenden Diskussion über eine Umgestaltung der Bauordnung interessiert. Die Entscheidungen darüber werden aber gewiß nur langfristig getroffen werden können, meinte Sallaberger.

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) richtete an StR. Sallaberger die ZWEITE ANFRAGE, welche Schritte er unternehmen werde, um die Vorstellungen Wiens über eine multifunktionale Nutzung der Rossauer Kaserne beim Bund durchzusetzen. Sallaberger betonte, daß dem Bund die Vorstellungen Wiens mitgeteilt worden seien, und daß vereinbart worden sei, in einem Architektenwettbewerb Möglichkeiten zur multifunktionalen Nutzung des Gebäudes auszuarbeiten. Er sei zuversichtlich, daß es zu einer Nutzung nach den Vorstellungen Wiens kommen werde und nicht zu einer ausschließlichen Nutzung durch das Bundesministerium für Landesverteidigung. Hirnschall wies darauf hin, daß Bundesminister Lichal eine solche Nutzung offensichtlich als gegeben erachte. Warum werde dann ein Wettbewerb durchgeführt, fragte Hirnschall. Sallaberger verwies darauf, daß er in dieser Angelegenheit Kontakt mit Bundesminister Graf aufgenommen habe und dieser in einer Anfragebeantwortung am 15.3.1988 im Parlament neuerlich versichert habe, daß es bei der von Wien initiierten Vorgangsweise bleibe.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. SRAMEK (SPÖ), wie groß das Förderungsvolumen im Bereich der Wohnbauförderung und der Wohnhausanierung im Jahre 1987 gewesen sei, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß 5.429 Wohneinheiten inklusive Lokalen und Ledigen-Wohnräumen mit einem Volumen von 3,4 Milliarden Schilling gefördert wurden. Für die Sanierung wurden 2,3 Milliarden Schilling aufgewendet und 240 Millionen Annuitätenzuschüsse gewährt. Für 459 Bauvorhaben gab es Zusicherungen. Für das heurigen Jahr könne man, sagte Edlinger, das Volumen angesichts der Änderungen und Einschränkungen bei der Verteilung der finanziellen Mittel noch nicht genau abschätzen, aber es sei damit zu rechnen, daß mehr als 4.000 neue Wohnungen sowie Sanierungen mit 3 Milliarden Volumen gefördert werden können. Bei der Sanierungsförderung werde eine Veränderung der Praxis mit Rücksicht auf die gewünschte städtebauliche Entwicklung notwendig werden. Die Veränderung im Kuratorium des Stadterneuerungsfonds beurteilte Edlinger als positiv, übte jedoch an der FPÖ Kritik, die keine konstruktiven Beiträge für die Stadterneuerung leiste.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. HAAS (SPÖ), wann mit der Verlängerung der Mietzinsbildungsbefugnisse zu rechnen sei, antwortete StR. EDLINGER, er strebe dies noch in der ersten Hälfte des heurigen Jahres und abgekoppelt von einer späteren Novellierung des Mietrechtsgesetzes an. Im Hinblick auf die Steuerreform müssen überdies neue Förderungsformen entwickelt werden. Voraussetzung sei allerdings, daß die Mietzinsbildungsbefugnisse verländert werden. Als für ihn sehr wichtig bezeichnete der Wohnbaustadtrat die Festlegung der Mietermitbestimmung.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP), wann dem Wiener Landtag ein neues Abfallwirtschaftsgesetz für Wien zur Begutachtung vorgelegt werde, sagte Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), er hoffe, im Herbst 1988 einen derartigen Gesetzentwurf zur Begutachtung aussenden zu können. Inhaltlich werde sich dieser Entwurf am Abfallbewirtschaftungskonzept für Wien sowie an Landesgesetzen anderer Bundesländer —

besonders dem 1990 in Kraft tretenden und in den Bereich der Produktverbote hineinreichenden niederösterreichischen — orientieren. Dieses Gesetz sei aber auch in Abstimmung mit den Überlegungen, die auf Bundesebene angestellt werden, zu bringen. Ziel sei eine ökologische Kreislaufwirtschaft, weshalb die „Müllströme“ noch weiter zu analysieren seien. Der Markt für Altglas und Altpapier zeige sich nun wesentlich aufgeschlossener als noch vor einem Jahr, weshalb man sich um Absatzmärkte für das Wertstoffrecycling weniger Sorgen zu machen brauche. Bei der Abwicklung werde man sich am besten an den bestehenden Abfallwirtschaftsverbund Wien-Niederösterreich als Rechtsträger halten.

Die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KABAS (FPÖ) beschäftigte sich mit Schritten zur Schaffung eines Nationalparks im Wienerwald. Der effektivste Schutz des Waldes, erklärte Umweltstadtrat Dr. Häupl, könne mit einer Reduzierung der Luftschadstoffemissionen erreicht werden. Er stehe der Überlegung, einen Nationalpark Wienerwald zu schaffen, eher skeptisch gegenüber, sei aber gesprächsbereit. Viel wichtiger sei es, mit Niederösterreich jene Maßnahmen zu diskutieren, die in Erfüllung der Wienerwald-Deklaration zu treffen seien. Zu diskutieren sei die Zersiedelung des Waldes; auch die Erstellung eines Waldzustandsinventars bzw. Waldschutzkatasters. Er sei, betonte Häupl, kein Gegner von Nationalparks und stehe der Idee des Nationalparks Hohe Tauern bzw. des Nationalparks Ost, der Wien unmittelbar betreffe, außerordentlich positiv gegenüber.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. FÜRST (ÖVP), warum noch immer nicht mit der Errichtung des Park-and-Ride Parkplatzes bei der S-Bahn-Station Leopoldau begonnen worden sei, antwortete StR. HATZL (SPÖ), der Grundsatzvertrag sei zwar abgeschlossen worden, es müssen aber noch die Details der Kosten für die Erhaltung dieser Anlage mit dem Bund geklärt werden. Er hoffe, daß dies noch heuer geschehe. Auf eine ZUSATZFRAGE sagte Hatzl, er werde sich für eine weitere Koordinierung der Betriebszeiten der Schnellbahn mit dem Wiener Verkehrsnetz einsetzen.

Er halte eine Neufassung der Wiener Bauordnung für vernünftiger als eine Novelle, sagte StR. SALLABERGER (SPÖ) auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. STOCKINGER (SPÖ). Die derzeitige Bauordnung stamme ursprünglich aus dem Jahre 1929 und wurde insgesamt 30mal novelliert. Die Gespräche über die Neufassung werden weitergeführt, man könne auf eine Fülle von vorhandenen Unterlagen zurückgreifen. In einer Enquete sollten die Wünsche der Fachleute an die Rechtsabteilung aufgearbeitet werden.

Die Novelle zum Wiener Fremdenverkehrsförderungsgesetz hat die daran geknüpften Erwartungen nicht ganz erfüllt, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. HANKE (SPÖ). Die Zunahme der Ortstaxe im Jahre 1987 lag aufgrund der Entwicklungen im Wiener Fremdenverkehr unter den Erwartungen.

Wahl eines Mitglieds des Bundesrates

Landtagspräsident Ing. HOFMANN brachte den Vorschlag zur Neuwahl eines Mitgliedes sowie von zwei Ersatzmitgliedern des Bundesrates zur Abstimmung. Es wurde einstimmig beschlossen, daß Dr. Elisabeth HLAVAC (SPÖ) Mag. Dr. Ernst-Eugen VESELSKY (SPÖ) als Mitglied des Bundesrates nachfolgen soll. Als Ersatzmitglieder wurden LAbg. Herbert DINHOF sowie Josef RAUCHENBERGER (beide SPÖ) gewählt.

Gesetzesänderungen

Eine Vorlage des Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1967 und das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966 geändert wird, wurde in

Forts. von Blatt 553

Forts. auf Blatt 555

1. und 2. Lesung einstimmig beschlossen.

Eine Vorlage des Gesetzes, mit dem die Wiener Abgabenordnung geändert wird, wurde ebenfalls in 1. und 2. Lesung einstimmig beschlossen.

Änderung der Dienstordnung

StR. SALLABERGER (SPÖ) beantragte eine Gesetzesnovelle, mit der die Dienstordnung 1966, vor allem das darin enthaltene Disziplinarrecht, geändert werden soll.

LAbg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) stellte fest, daß mit dieser Änderung des Disziplinarrechts eine langjährige Kritik der ÖVP berücksichtigt wird. Die abschreckende und präventive Wirkung des neuen Disziplinarrechts bei groben Dienstpflichtverletzungen sei zu begrüßen, könne aber die Führungskraft von Vorgesetzten nicht ersetzen. Engelmayer kritisierte, daß es vor allem im Bereich der Verkehrsbetriebe Alkoholdelikte gebe, die bestraft werden müßten. Er schlug vor, die Statistik der Disziplinarfälle zu analysieren, um Maßnahmen gegen häufige Disziplinarvergehen ergreifen zu können.

LAbg. Ing. HUBER (SPÖ) meinte, daß Alkoholvergehen gerade bei den Verkehrsbetrieben schwerer geahndet werden als im Kanzleidienst, weil die Verantwortung für Menschenleben höher sei. Als positiv beurteilte Huber den Wegfall der Doppelbestrafung und die Änderung der Strafausmaße.

In seinem Schlußwort stellte StR. SALLABERGER fest, daß das Disziplinarrecht deshalb streng sei, weil eben Beamte eine besondere Vorbildfunktion hätten. Daß die Prävention funktioniere, sei daran zu erkennen, daß jährlich nur etwa 50 bis 100 Disziplinarfälle anfallen, was etwa einer Promille der Beschäftigten der Stadt Wien entspreche.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig beschlossen.

Weitere Gesetzesänderungen

Eine Gesetzesvorlage, mit der die Vertragsbedienstetenordnung 1979 geändert wird, wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig beschlossen.

Weiters wurde eine Gesetzesvorlage über Stiftungen und Fonds (Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz) in 1. und 2. Lesung einstimmig beschlossen.

Dringliche Anfrage der FPÖ

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte an Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) eine dringliche Anfrage über „die drohenden Auswirkungen der von den Regierungsparteien vereinbarten Steuerreform des Bundes auf die Stadt Wien“. Hirnschall begründete seine Anfrage damit, daß seiner Ansicht nach die Länder und Gemeinden zu den Verlierern der vorgesehenen Steuerreform zählen. Aus diesem Grund müsse er nun konkret um Auskunft darüber ersuchen, wieviel die Steuerreform die Stadt Wien kosten werde.

Dem Antrag, über die dringliche Anfrage eine Debatte abzuhalten, wurde einstimmig zugestimmt.

In seiner Wortmeldung in der Debatte führte Hirnschall aus, daß das Steuerreformpaket des Bundes die propagierte Zielsetzung nicht erreiche. Seiner Ansicht nach hätte die Steuerreform darüber hinaus Auswirkungen auf den Wiener Haushalt, vor allem im Bereich der Wohnbauförderung und der Stadterneuerung. Es sei unredlich seitens des Bundes, Steuerausfälle Ländern und Gemeinden anzulasten und Erhöhungen nur dort vorzunehmen, wo es sich um Bundesabgaben handle, meinte Hirnschall. Er verwies

Forts. von Blatt 554

Forts. auf Blatt 556

Forts. von Blatt 555

auf die massiven Länderproteste, darunter auch auf den heftigen Protest, den Landeshauptmann Zilk anlässlich der Eröffnung der Wiener Messe geäußert habe. Hirnschall unterstrich die eminente Bedeutung der Erhaltung der Finanzkraft von Ländern und Gemeinden, die man im Interesse der Bürger mit allen Mitteln verteidigen müsse. Bezüglich der Vorgangsweise sagte Hirnschall, daß es nicht zielführend sei, wenn der Nationalrat die Steuerreform zuerst beschließe und erst danach Länder und Gemeinden beim Finanzausgleich als Bittsteller auftreten müßten. Ein gemeinsames Vorgehen der Länder sei wichtig für eine erfolgreiche Verteidigung der Länderrechte.

LAbg. FREITAG (SPÖ) entgegnete, daß die Steuerreform für rund 90 Prozent der Arbeitnehmer Vorteile bringe und die SPÖ in den Verhandlungen, entgegen den Vorstellungen der ÖVP, wesentliche Vorteile für die Arbeitnehmer habe durchsetzen können. Gewiß gäbe es auch Wermutstropfen, die Auswirkungen auf die Länder haben. Um eine gerechte Aufteilung der Belastungen zu erreichen, werden gewiß harte Verhandlungen ins Haus stehen. Er sei aber optimistisch, daß Wien dabei nicht schlecht abschneiden werde. Freitag bezeichnete Vizebürgermeister Mayr als einen Garanten für berechtigten Optimismus in dieser Hinsicht.

LAbg. Ingrid KARIOTIS (FPÖ), Bürgermeister Dr. ZILK habe bei der Messeeröffnung vor den Auswirkungen der Steuerreform gewarnt, insbesondere vor Nachteilen für die Stadterneuerung. Kaum habe die Stadterneuerung zu greifen begonnen, werde sie auch schon wieder gebremst. Wirtschaft und Arbeitsplätze seien gefährdet und das, während die Hälfte der Wiener Bevölkerung in unzeitgemäßen Wohnungen leben müsse. Vizebürgermeister Mayr habe die Interessen Wiens nicht ausreichend vertreten. Die Familien würden durch die Steuerreform belastet. Kariotis verlangte vom Vizebürgermeister Auskunft, welche Maßnahmen getroffen werden, um die Einnahmehausfälle nicht zu Lasten der Bürger der Stadt Wien gehen zu lassen. Sie erkundigte sich, ob es Tarif- und Gebührenerhöhungen oder stattdessen Gespräche mit dem Finanzminister geben werde.

StR. Dr. BUSEK (ÖVP) erinnerte daran, daß die Einführung der „Sparbuchsteuer“ seinerzeit von der FPÖ mitgetragen worden sei. Man könne nicht erwarten, daß die Steuerreform einerseits eine Entlastung für die Bevölkerung bringe, und andererseits zusätzliche Mittel für die Länder und Gemeinden verlangen. Die Steuerreform sei notwendig, um das Leistungsinteresse des Bürgers wiederherzustellen, um auf diese Weise dessen Bereitschaft zu erhöhen, Steuern zu zahlen. Die hohe Steuerbelastung habe bisher dazu geführt, daß viel Geld „schwarz“ verdient wurde. In den vergangenen Jahren habe sich in Wien die Tendenz eingebürgert, vom Bund immer mehr Leistungen zu verlangen. Der Bund könne sich dies allerdings jetzt nicht mehr leisten. Andere Bundesländer hätten beispielsweise bei der Wohnbauförderung auch eigene Mittel beigegeben. Bei der „Sparbuchsteuer“ müsse man auch die Blickrichtung auf einen EG-Beitritt im Auge behalten und daran denken, daß die Bundesrepublik Deutschland einen derartigen Schritt vorbereitet. Österreich könne sich davon nicht abkoppeln. Abschließend erklärte Busek, die Steuerreform werde sehr wohl die Stadterneuerung und die Familien fördern und den Mittelstandsbetrieben neue Impulse geben.

Die ÖVP, erklärte LAbg. Dr. SWOBODA (SPÖ), sei nicht überzeugend in ihrer Argumentation, daß das Land Wien zuviel Geld habe. Dies könne nicht übereinstimmen mit den Forderungen der ÖVP nach mehr Ausgaben für Stadterneuerung, Gesundheitswesen und so weiter. Seine Fraktion, erklärte Swoboda, verlange von der Bundesregierung eine Steuerreform, die Gemeinde und Länder finanziell so ausstatte, daß sie ihre Aufgaben auch erfüllen können. Stadt und Staat müßten für den Bürger arbeiten, was nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln möglich sei. Zur Kritik der FPÖ an

Forts. auf Blatt 557

der Zinsertragssteuer sagte Swoboda, ein EG-Beitritt Österreichs sei ohne diese nicht vorstellbar. Darüber hinaus liege die Steuerreform mit der Einführung dieser Steuer auch im Interesse kleiner und mittlerer Gewerbebetriebe.

LAbg. Dr. MAIER (ÖVP) kritisierte die Rücklage in Höhe von rund drei Milliarden Schilling aus Wohnbauförderungsmitteln des Bundes. Die Finanzpolitik der Stadt Wien sei in den letzten Jahren nicht effizient gestaltet worden, sagte Maier. Maier kritisierte weiters die verspäteten Proteste Bürgermeister Zilks gegen die geplante Absiedlung des Elin-Werkes aus Wien und erklärte, Zilk sei seiner Pflicht in Hinblick darauf nicht nachgekommen. Man hätte bereits vor einiger Zeit verhindern müssen, daß derartige Entwicklungen Platz greifen. Die ÖVP sei, mit der Absicht zu sanieren, in die Bundesregierung gegangen und damit auch den Ländern wieder mehr Geld zu verschaffen.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) stellte der formellen Beantwortung der dringlichen Anfrage der FPÖ einige grundsätzliche Bemerkungen voran.

So akzeptiere er die Zielsetzung der FPÖ, die kleinen Steuerzahler zu unterstützen. Kritik übe er allerdings an steuerlichen Begünstigungen für Familien, wenn diese vom Einkommen und damit der Steuerleistung abhängig sind. Ein direktes Beihilfensystem sei effizienter und sozial gerechter.

Da auch die Zinseinkünfte zu versteuerndes Einkommen sind, nähme die ÖVP durch ihre im Grunde ablehnende Haltung zur Kapitalertragssteuer jene in Schutz, die derartige Einkommen einer Versteuerung entziehen.

Die ÖVP zeige, so Mayr, wenig Bereitschaft zu einer sachlichen Diskussion, wenn sie behaupte, daß Wien zuviel Geld habe. Die Steuereinnahmen Wiens pro Kopf mit 7.307 Schilling liegen unter dem österreichischen Durchschnitt. Dennoch trage Wien etwa hohe Ausgaben im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Obwohl Wien den Großteil der Kosten für den Nahverkehr übernehmen müsse, werde Wien bei der Zuteilung von Straßenbaumitteln nicht gerade bevorzugt.

Wie wenig die ÖVP zu sachlichen Lösungen beitrage, zeige das Beispiel der Wohnbauförderung. Die vom Finanzminister verlangte und beinahe schon zugesicherte Wertsicherung der Wohnbauförderungsmittel und ihre prozentuelle Bindung an die Summe der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die zu einer Stabilisierung der künftig zur Verfügung stehenden Mittel geführt hätte, sei an der Haltung der steirischen Landesregierung gescheitert. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Länder und Gemeinden betreibe die ÖVP in Wien „wirtschaftlichen Hochverrat“, so Mayr, wenn sie weiter behauptet, Wien hätte zuviel Geld.

In der formellen Beantwortung der dringlichen Anfrage sagte Mayr: Grundsätzlich ist im Rahmen der Steuerreform mit Einnahmeausfällen in den Bereichen Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer zu rechnen, wobei die Länder und Gemeinden unmittelbar durch die Tarifsenkung der Lohn- und Einkommensteuer und die Reduzierung des Steuermaßbetrages der Gewerbesteuer betroffen sein werden, da die Körperschaftssteuer eine ausschließliche Bundesabgabe darstellt. Netto würden sich durch die Tarifsenkung Ausfälle in der Höhe von 15 bis 16 Milliarden ergeben.

Für Wien würde sich ein Einnahmefehl aus der Steuerreform von 1,1 bis 1,3 Milliarden Schilling pro Jahr ergeben. Weil die Wohnbauförderung an den Ertrag aus Lohn- und Einkommensteuer gebunden ist, ergibt sich hier für alle Bundesländer ein Minus von 1,2 Milliarden Schilling.

Der Finanzminister sagte den Ländern zu, eine beteiligungsadäquate Belastung der Gebietskörperschaften mit den Einnahmeausfällen anzu-

Forts. von Blatt 556

Forts. auf Blatt 558

streben. Im Bereich der Stadterneuerung schließlich wurde als Ersatz für die Streichung der vorzeitigen Abschreibung ein 20prozentiger Investitionsfreibetrag erreicht.

Dringliche Anfrage der ÖVP

Die ÖVP brachte eine DRINGLICHE ANFRAGE an den Landeshauptmann über die skandalösen Vorkommnisse der letzten Zeit (Stadion, AKH, Braun-BFI, Teletheater, Raimundtheater) sowie über die Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten ein.

Zur Begründung der dringlichen Anfrage betonte LAbg. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP), die letzten Wochen und Monate hätten eine Fülle von Skandalen an die Öffentlichkeit gebracht. Es sei Aufklärung nötig. Der Landeshauptmann habe die politische Verantwortung und er müsse auch Konsequenzen ziehen. Im Interesse der Steuerzahler erwarte die Volkspartei Antworten, welche Maßnahmen künftig gesetzt werden, um weitere Skandale zu verhindern.

Die Debatte über die dringliche Anfrage wurde von LAbg. Dr. Maier eingeleitet. Er erinnerte daran, daß bei der erstmaligen Inbetriebnahme des 150 Millionen teuren Notstromaggregates im AKH das Gerät eingegangen sei. Der Kontrollamtsbericht habe beim Wiener Stadion eine Kostenexplosion, Umplanungen und Schlampereien sowie Doppelverrechnungen aufgezeigt. Die Volkspartei habe viele Anträge auf Kontrolle gestellt, die jedoch von der Mehrheit niedergestimmt worden seien. Der Landeshauptmann dürfe es sich nicht zu einfach machen; Er müsse feststellen, wer die politische Verantwortung trage, und könne sich nicht auf einen kleinen Geschäftsführer ausreden. Der Landeshauptmann selber sei dafür verantwortlich, daß es bei der Wiener Holding nach der Abschaffung der Beteiligungskommission keine entsprechende Kontrolle gebe. Und es sei interessant, daß bei der Firma Ekazent-Consult, die in den Stadionskandal verwickelt ist, nicht einmal ein Aufsichtsrat existiert. In diesem Zusammenhang sprach Dr. Maier vom Verdacht der Parteienfinanzierung und meinte, es sei ein Zynismus, wenn der Landeshauptmann-Stellvertreter sage, daß aufgrund der Auflösung von Rücklagen der Holdingfirmen zur Schadensdeckung keine Steuermittel herangezogen werden müßten. Die Volkspartei erwarte sich nun Konsequenzen.

LAbg. Mag. KABAS (FPÖ) gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es auch in Wien nicht möglich sei, Fehlleistungen und Skandale zu verhindern. Dies gefährde und erschüttere seiner Ansicht nach das System. Er unterstrich die positive Rolle von Kontrollamt und Kontrollausschuß, der offensichtlich eine Hilflosigkeit der Mächtigen gegenüberstehe. Er forderte, daß taugliche Gegenmaßnahmen gegen Fehlentwicklungen getroffen werden, und vertrat die Ansicht, daß alle großen Problemfälle der letzten Jahre im Zusammenhang mit dem Ressort von Vizebürgermeister Mayr stünden. Neben erforderlichen Konsequenzen im Management solle daher auch die politische Verantwortung übernommen werden. Begleitende Kontrolle und Projektkontrolle seien ebenso wichtig wie die Möglichkeit, auch in Wien Untersuchungsausschüsse einsetzen zu können.

LAbg. Ing. MANDAHUS (ÖVP) nahm zum „Fall Ronacher“ Stellung und kritisierte, daß erst nach Abschluß des Wettbewerbes ein Kostenlimit gesetzt wurde. Dies hätte seiner Ansicht nach bereits in den Wettbewerbsbedingungen bekanntgegeben werden müssen. Ihm dränge sich daher der Verdacht auf, daß die Absicht bestehe, den zweitplacierten des Wettbewerbs zu bevorzugen. Auf einen Zwischenruf von Bürgermeister Zilk sagte Mandahus, es würde ihn freuen, wenn es zu einem positiven Ergebnis kommt. Zum Stadion meinte Mandahus, daß eine derartige Kostenüberschreitung in der Privatwirtschaft undenkbar wäre. Wer Verträge nicht einhalte, müsse dies vor dem Handelsgericht verantworten. Unter den Punk-

Forts. von Blatt 557

Forts. auf Blatt 559

ten, die seiner Ansicht nach zu kritisieren seien, führte Mandahus vor allem eine mangelnde Bauvorbereitung und lückenhafte Kostenschätzungen an. Auch habe die Stadt Wien von ihrem vollen Überprüfungsrecht nicht ausreichend Gebrauch gemacht. Zu denken gebe ihm, daß beim Praterstadion ebenso wie beim Horr-Stadion die Ekazent und ein Zivilingenieurbüro beauftragt worden seien, obwohl es bereits beim Horr-Stadion gravierende Probleme gegeben habe.

LAbg. WIMMER (SPÖ) vertrat die Ansicht, daß die Kontrolle in Wien funktioniere und daß sich alle drei Parteien darüber einig seien, dort Konsequenzen zu ziehen, wo Verfehlungen vorgekommen sind. Allerdings könne das Kontrollamt im Falle Teletheater und BFI nur jene Bereiche prüfen, die die Stadt Wien betreffen. Zum Stadion meinte Wimmer, daß Kostensteigerungen auch durch erhöhte Bau- und Lohnkosten, gerechtfertigte Umplanungen (Vollüberdachung, Sicherheitspaket) entstanden sind. Heftige Kritik übte Wimmer an der Firma Heinz, die für die Planung verantwortlich gewesen ist. Dafür könne man die Holding-Firmen nicht verantwortlich machen. Selbstverständlich müsse es bei Unregelmäßigkeiten entsprechende Konsequenzen geben. Im Falle des nichtfunktionierenden Notstromaggregates beim AKH habe sich gezeigt, daß die begleitende Kontrolle funktioniert habe. Schließlich sei es die VAMED gewesen, die auf den Fehler aufmerksam gemacht hat. Zur Frage des Raimundtheaters kritisierte Wimmer den Bund, der sich seiner Ansicht nach der Verantwortung entziehe. Generell müsse man sich die Frage stellen, ob der Aufsichtsrat der Holding seine Kontrollrechte ausreichend wahrnehme. Die Kontrollinstanzen der Stadt Wien jedenfalls hätten bisher gut funktioniert. Dies werde auch in Zukunft der Fall sein.

StR. Dr. Ursula PASTERK erklärte im Zusammenhang mit der Revitalisierung des Ronachers, daß das ursprüngliche Projekt (Kosten 900 Millionen Schilling) derzeit nicht finanzierbar sei. Es muß mit der Hälfte ausgekommen werden, und es sind Einwände des Bundesdenkmalamtes zu berücksichtigen. Die beiden Preisträger für die Sanierungskonzepte seien aufgrund des neuen Kostenlimits eingeladen worden, neue Revitalisierungsvorschläge vorzulegen. Pasterk wandte sich gegen den Vorwurf, es solle „gemauschelt“ werden.

LAbg. PRINZ (FPÖ) befaßte sich mit der Stadion-Sanierung und erklärte, daß weder Projektant (Firma Heinz) noch örtliche Bauleitung und technische Prüfung (EKAZENT) ordnungsgemäß gearbeitet hätten. Es habe Versäumnisse, Fehleinschätzungen und fachliche Disqualifikation gegeben. Augenfällige Rechenfehler wurden akzeptiert, entscheidende Teile wurden in der Ausschreibung einfach vergessen und Neuherstellungen durchgeführt, obwohl sie nicht notwendig gewesen wären. Das Kontrollamt habe festgestellt, daß Millionenbeträgen keine Nachweise gegenüberstehen. Es habe Berechnungen nach falschen Positionen, das Fehlen von Rechnungen, Doppelverrechnungen und anderes angeprangert.

GR. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) verwies auf die enorme Kostensteigerung, die nur zu einem Fünftel durch Baukostenvalorisierungen begründet sei. Es habe eine Reihe von Versuchen zur Reinwaschung gegeben, aber: die EKAZENT habe unter anderem nichts zur Einhaltung des Kreditrahmens getan, der Projektant (Firma Heinz) sei durch schlechte Erfahrungen beim Horr-Stadion bekannt, der Bauherr (Stadthalle) habe einen ungeeigneten Projektanten und unkritische Firmen ausgewählt, und der Vollzugsausschuß, in dem auch Finanzverwaltung und Sportamt vertreten waren, habe nichts getan, um die nun bestehenden Mißstände zu verhindern, sondern der Entwicklung zugesehen. Den Landeshauptmann fragte Regler, ob dieser wieder die Beteiligungskommission einsetzen werde, und meinte, die SPÖ wehre sich gegen einen Untersuchungsausschuß — eine Einrichtung, die sich schon beim AKH bewährt hätte. Von Landeshauptmann Zilk

Forts. von Blatt 558

Forts. auf Blatt 560

haben eine begleitende Kontrolle einsetzen werde, um „ein solches Debakel“ in Hinkunft zu vermeiden.

Wien habe in den letzten Jahren das BFI mit rund 35 Millionen Schilling subventioniert, sagte LAbg. PROCHASKA (ÖVP). Im Hinblick darauf könne man beim Rücktritt des Exstadtrates Braun von „selbstverständlich, kritisch und unösterreichisch“ sicherlich nicht sprechen. Bürgermeister Zilk, sagte Prochaska, sei nicht in der Lage und nicht willens, zur Aufklärung über die BFI-Subventionen der Stadt Wien beizutragen.

Im 33. Planungs- und 26. Baujahr des AKH, sagte Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), stehe man nun vor einem neuerlichen Debakel. Diesmal gehe es um die Gasturbinen für die Notstromversorgung des AKH, die bereits beim ersten Probelauf versagt hätten. Vor der Fertigstellung dieses am längsten dauernden Spitalsbaus der Welt sei man bereits gezwungen, Sanierungsmaßnahmen am Bauwerk und den technischen Einrichtungen zu setzen. Die ÖVP habe vor diesen Ereignissen, die auf Kosten des Steuerzahlers gingen, rechtzeitig und eindringlich gewarnt.

Seit vielen Jahren, meinte LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), verfallen einige immer wieder für gerettet erklärte Kulturgüter Wiens, wie das Ronacher, das Neugebäude, das Grassalkovics-Schlössl und das Palais Harrach. Es sei die Frage nach der politischen Verantwortung für die Vorgangsweise bei der „Rettung“ dieser Kulturgüter zu stellen. Dieses sei der eigentliche Skandal, und er wünsche sich eine „Haftpflicht für politische Erklärungen“. Es würde dann weniger Schlagzeilen, aber auch weniger Schulden, die das Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Politiker zerstören, geben. Erneuerte politische Kultur erfordere Anstand und „Fakten, die sich an Erklärungen halten“.

In der Beantwortung der Dringlichen Anfrage ging Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK auf die einzelnen Punkte ein: Beim Stadion habe das Kontrollamt eine Summe von insgesamt 20 Millionen als aufklärungsbedürftig befunden, davon sind 17 Millionen von offenen Honoraren einbehalten worden, sodaß mit Sicherheit keine Steuermittel zur Schadensbehebung nötig seien. Er selbst habe die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, und die Wirtschaftspolizei habe die Untersuchungen aufgenommen.

Zum Thema Horr-Stadion sagte Zilk, die Frist zur Abrechnung der Subvention sei bis Ende März verlängert worden. Zum AKH meinte der Landeshauptmann, es gebe bereits seit 1980 eine begleitende Kontrolle, die auch bei der Vergabe des Notstromaggregates eingeschaltet war. Die VAMED überlege, vom Vertrag zurückzutreten. Im übrigen laufe der Baufortschritt beim AKH nach Plan, und auch der Kostenrahmen werde eingehalten. Zum Thema Braun-BFI sagte Zilk, daß das Kontrollamt eine Prüfung über die Verwendung der Beiträge der Stadt Wien bereits eingeleitet habe. Bundessubventionen könnten nicht von Wien überprüft werden. In der Frage Teletheater könne das Kontrollamt nicht einschreiten, da Wien kein Mehrheitseigentümer sei. Allerdings hat das Kontrollamt sowohl 1985 als auch 1986 die Veranstaltung des Sommertheaters überprüft. Die Schulden des Raimundtheaters betragen 167 Millionen und nicht wie behauptet 200 Millionen. Die Stadt Wien erfülle ihre Verpflichtungen, aber der Bund drücke sich offensichtlich davor.

Als Beweis dafür, wie effizient die Kontrolltätigkeit in Wien ablaufe, führte der Landeshauptmann an, daß das Kontrollamt über seinen Auftrag weisungsfrei sei. Er selber habe den Eindruck, daß manche Anträge der Opposition mehr auf Öffentlichkeitswirksamkeit als auf Effizienz ausgerichtet seien. Nicht umsonst sei er immer schon dafür eingetreten, betonte Zilk, daß der Vorsitzende des Kontrollausschusses von einem Vertreter der kleinen Oppositionspartei gestellt werde. Man dürfe auch nicht vergessen, daß er in seiner Amtszeit im 28 Fällen einen Prüfantrag an das Kontrollamt

Forts. von Blatt 559

Forts. auf Blatt 561

gegeben habe und in 13 Fällen sogar die Staatsanwaltschaft eingeschaltet habe.

Er sei bereit, die volle politische Verantwortung zu übernehmen, wie es den Aufgaben des Bürgermeisters und Landeshauptmannes entspreche. Diese politische Verantwortung betreffe aber nur Tatsachen und nicht Behauptungen. Und er habe keinen Anhaltspunkt dafür, daß die zuständigen Stadträte ihren Pflichten nicht vollinhaltlich nachgekommen seien. Weiters betonte Zilk, daß er sich vom ersten Tag seiner Tätigkeit an für eine ordnungsgemäße, sparsame und zweckmäßige Verwendung von Steuergeldern eingesetzt habe. Zum Vorwurf, daß die Beteiligungskommission abgeschafft worden sei, stellte Zilk fest, daß alle Fragen, die die Holding betreffen, im Finanzausschuß besprochen werden.

Abschließend stellte Zilk fest, daß das Ronacher nun gerettet sei. Er verwies darauf, daß zum Zeitpunkt, als er sein Amt übernommen hat, für dieses Gebäude ein unterschrittsreifer Abbruch-Bescheid vorhanden gewesen sei.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 15.20 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 560

Matzenauer: Ganztägige Schulformen - kein Kompromiß zu Lasten der Pädagogik

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Zu der Diskussion über Modelle von ganztägigen Schulformen stellte der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest: „Die öffentliche Diskussion um ein flexibles Modell eines ganztägigen Betreuungsangebotes für Schüler wird derzeit unter verschiedenen Blickwinkeln geführt:

- dem Wunsch der Eltern, die eine Betreuungsmöglichkeit und eine bessere Förderung für ihre Kinder verlangen,
- der Forderung der öffentlichen Hand, die anfallenden Kosten in einen vertretbaren Rahmen zu halten,
- der Angst privater Organisationen, die eine Bedrohung ihrer Tätigkeit im Bereich der Nachmittagsbetreuung befürchten,
- dem Wunsch von Privatschulen, öffentliche Gelder zur Führung ganztägiger Schulen zu bekommen.

Es ist daher höchste Zeit, auch die Interessen und Bedürfnisse der Kinder einzubringen und der Diskussion eine pädagogische Dimension zu geben. Ein flexibles Modell, als bildungspolitischer Kompromiß, muß so weit gefaßt werden, daß es den Pädagogen möglich ist, die Schüler am Nachmittag nicht nur zu beaufsichtigen und zu betreuen. Es muß gewährleistet sein, daß im Tagesablauf der Schüler Phasen der Belastung mit Phasen der Erholung wechseln können. Es muß die Möglichkeit bestehen, daß eine tägliche Übungsstunde in Kleingruppen vorgesehen werden kann, wobei der Lehrer, der das Kind im Unterricht betreut, auch die Übungsstunde hält. Es muß im Rahmen des Freizeitbereiches möglich sein, ein sinnvolles, kreatives, die gesamte Persönlichkeit des Kindes erfassendes Kursangebot zu verwirklichen. Die sinnvolle „Bewältigung der Freizeit“ wird ein Problem der Zukunft sein.

Ein flexibles Modell muß darüber hinaus sicherstellen, daß verschiedene Varianten möglich sind:

- Da der überwiegende Teil der zumeist berufstätigen Eltern eine sich über das gesamte Schuljahr erstreckende Betreuung ihrer Kinder wünscht, sollten die neuen Modelle auf dieses Bedürfnis Rücksicht nehmen. Für jene Eltern, die nur eine fallweise Betreuung ihrer Kinder wünschen, sollten ebenfalls Angebote vorhanden sein.
- Das Prinzip der Freiwilligkeit ist unteilbar. Freiwillig heißt nicht nur, einer ganztägigen Schule ausweichen zu können, sondern freiwillig heißt auch, auf Wunsch einen Platz an einer ganztägigen Schule garantiert zu bekommen. Erhebungen der letzten Jahre weisen darauf hin, daß in Wien bis zu 60 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder bereit wären, ihr Kind in eine ganztägige Schule zu geben.“

Abschließend forderte Prof. Matzenauer, bei der zukünftigen Diskussion auf bildungspolitischer Ebene darauf zu achten, daß die finanziellen Lasten ausgewogen verteilt werden und kein Kind aus finanziellen Gründen vom Besuch einer ganztägigen Schulform ausgeschlossen wird. (Schluß)
wstr/bs

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Sitzung des Landtages trat der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Mag. KABAS (FPÖ), warum die Stadt Wien keine Alternativstandorte für die Aufstellung des Hrdlicka-Denkmal in Betracht gezogen habe, betonte Bürgermeister Dr. ZILK, daß es sich hier nicht um ein Hrdlicka-Denkmal, sondern um ein Denkmal gegen den Faschismus handle, an dem Hrdlicka seit zehn Jahren arbeite. Nach dem vom Künstler vorgeschlagene Standorte (Stephansplatz, Morzinplatz) wieder verworfen wurden, wurde 1983 im Stadtsenat und im Gemeinderat einstimmig ein Werkvertrag mit Alfred Hrdlicka geschlossen. Bestandteil dieses Vertrages ist der Aufstellungsort Rasenfläche am Platz vor der Albertina. Dieser Vertrag sei einzuhalten. Im übrigen verwies Zilk auf die Zeit um die Jahrhundertwende, als es vergleichbare Debatten um das Loos-Haus und anderes gegeben hatte. In einer Zusatzfrage bekräftigte Kabas, daß er nicht das Denkmal an sich in Frage stelle, sondern die Gestaltung des Albertinaplatzes, zu der er eine Volksbefragung anregte. Zilk gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die FPÖ das Denkmal an sich nicht in Frage stelle. Er vertrat den Standpunkt, daß Volksentscheidungen in Fragen der Kunst problematisch seien. Speziell die Jugend und das Ausland würden die mit einer Volksbefragung verbundene Diskussion um das Denkmal kaum verstehen.

GR. Dkfm. KÖNIG (ÖVP) richtete an StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER die Frage nach den Kosten einer neuen Kuranstalt in 5, Ziegelofengasse, die als Ersatz für die fehlende physikalische Anstalt im neuen Margaretener „Erlebnisbad“ angekündigt wurde. Stacher erklärte sich grundsätzlich als unzuständig für private Krankenanstalten. Die Kosten für eine derartige Anstalt seien je nach Ausstattung und Angebot mit sechs bis 16 Millionen Schilling anzunehmen. Zur Zeit liege bei der MA 14 kein Ansuchen auf Errichtung und Betrieb vor.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Kfm. Hilde SCHILLING (ÖVP), ob bereits alle Vorbereitungen getroffen seien, damit die Fernwärmeversorgung von Krankenhaus und Pflegeheim Lainz ohne Verzögerung durchgeführt werden kann, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, daß die Heizbetriebe Wien die Anschlußleitung bis zum Krankenhaus und Pflegeheim im Jahre 1989 fertigstellen werden. Nach Abschluß der notwendigen Erhebungen auf dem Anstaltsareal und unter der Voraussetzung der gesicherten Finanzierung sei die Fertigstellung des Anschlusses selbst 1990/91 zu erwarten. Derzeit laufen, so Stadtrat Stacher, Gespräche mit den HBW über Finanzierung und Kostenteilung.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. FAYMANN (SPÖ) nach dem Stand des Ausbaus des Wiener Luftmeßnetzes antwortete StR. Dr. HÄUPL (SPÖ), daß zur Zeit 16 städtische Meßstellen zur Verfügung stehen und eine weitere auf dem Friedrich-Schmidt-Platz geplant sei. Dazu kommen noch vier nicht-städtische Meßstellen, die jedoch von der städtischen Umwelta Abteilung abgefragt werden können. Für die Errichtung des Meßnetzes wurden bisher 28 Millionen Schilling aufgewendet, die jährlichen Kosten liegen bei rund zwei Millionen. Mit diesem Netz können Aussagen über die Umweltsituation im Stadtgebiet getroffen werden und sie lassen auch Aussagen über einen allenfalls erforderlichen Smog-Alarm zu. Bei der Mittelzuteilung durch den Bund sei Wien sehr schlecht weggekommen. Zwei Jahre lang habe es kein Geld gegeben. Heuer sollen wieder Zuschüsse bezahlt werden. Derzeit finden Gespräche zwischen der Stadt Wien (Umwelta Abteilung) und dem Umwelt-Bundesamt statt, in denen geklärt werden soll,

welche Maßnahmen im Zusammenhang mit einem Smogalarmgesetz und der Emissionsschutz-Vereinbarung notwendig sind. Dies werde sich in Bundesmitteln niederschlagen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), sagte Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), die letzte umfassende Untersuchung über die Gewässergüte stehender Gewässer in Wien sei 1983 durchgeführt und 1985 im Bundesumweltkataster veröffentlicht worden. Da derartige Untersuchungen alle fünf Jahre vorgesehen seien, werde 1988 eine neuerliche Untersuchung durchgeführt. Die letzten Untersuchungen haben ergeben, daß die vorgeschriebenen bakteriologischen und chemischen Grenzwerte — auch bei der laufenden Überprüfung der Badegewässer vor und während der Badesaison — eingehalten werden. Entsprechende Maßnahmen bei einer Überschreitung der ÖNORM-Werte würden, wo und wann immer notwendig, bereits jetzt ergriffen. Es gebe, sagte Häupl, aber keine Vergleichswerte zu stehenden Gewässern in den Bundesländern.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) nach der Entsorgung der Filterkuchen von EBS und Flötzersteig sagte Stadtrat Dr. HÄUPL, die Firma Kommunal-Service, die den Filterkuchen der Anlage am Flötzersteig entsorge, sei nicht bereit, den Ort bekanntzugeben. Die EBS lagere derzeit auf eigenem Gelände. Es werde aber, sagte Häupl, in absehbarer Zeit möglich sein, ein neues Verfahren zum Multirecycling, das derzeit in der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig erprobt werde, zu beurteilen. Dieses Verfahren bedeute einen großen technischen Fortschritt in Hinblick auf die Verfestigung des Filterkuchens und werde voraussichtlich eine Reduktion desselben um 50 Prozent ermöglichen. Die EBS führe derzeit Verhandlungen, um ihre Filterkuchen ins Ausland zu entsorgen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte StR. EDLINGER, mit dem Ankauf des Bierlokals "Oberbayern" wolle die Stadt Wien einen Beitrag zur Belebung des Volkspraters leisten. Es sei nicht beabsichtigt, daß die Stadt selbst einen Gastronomiebetrieb führe, die Anlage solle an einen Pächter aus Niederösterreich weitergegeben werden. Dieser werde den Betrieb als Diskothek für die Jugend führen. Mit dem Ankauf möchte die Stadt Wien verhindern, daß sich auf diesem Areal etwa eine „Spielhölle“ ansiedle.

Die Stadt Wien habe keine „8 Milliarden auf der Kante“, betonte Vizebürgermeister MAYR auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ). Der Liquiditätsstand unterliege großen Schwankungen. Der Kassenbestand müsse so gewählt sein, daß täglich fällige Zahlungen geleistet werden können. Außerdem werden wegen der Zweckbindung der Mittel Rücklagen gebildet. Die Behauptungen von StR. Dr. Busek von den 8 Milliarden seien aus der Luft gegriffen.

In Beantwortung der NEUNTEN ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPÖ) befaßte sich Vizebürgermeister MAYR mit den Auswirkungen der Steuerreform auf die Stadt Wien. Bei einer Aussprache im Finanzministerium haben sich die Länder und Gemeinden bereiterklärt, den Steueranfall mitzutragen, die Aufteilung der Belastung müsse aber gerecht sein. Auswirkungen auf die Stadterneuerung befürchte er nicht, da er die politische Zusage habe, daß der Investitionsfreibetrag für Private weiterhin eine attraktive Rendite biete.

Kleingartenkonzept

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) führte als Berichterstatter aus, daß das neue Kleingartenkonzept die generellen Zielsetzungen und Maßnahmen für die Entwicklung des Kleingartenwesens in Wien enthalte. Es stelle eine Leitlinie dar, sei aber nicht rechtsverbindlich.

GR. PRINZ (FPÖ) vertrat den Standpunkt, daß es aus Gründen des Um-

Forts. von Blatt 563

Forts. auf Blatt 565

weltschutzes nicht vertretbar sei, die Errichtung von Senkgruben zu fördern, wie dies das Kleingartenkonzept vorsehe. Dieser Aspekt widerspreche sowohl der Bauordnung als auch dem Kleingartengesetz. Außerdem schreibe das Kleingartenkonzept seiner Ansicht nach die „protektionistische Verwaltung“ fort. Zur Problematik der Senkgruben erinnerte Prinz an eine Aussage von StR. Häupl, der im Zusammenhang mit der Wasserqualität der Alten Donau eine Kanalisation im Bereich der umliegenden Kleingärten gefordert habe. Überprüfungen hätten ergeben, daß ein Drittel der untersuchten Senkgruben undicht ist. Schwere Bedenken äußerte Prinz in diesem Zusammenhang bezüglich der geplanten Anlage Hausfeld in Aspern, zumal nachträgliche Kanalanschlüsse zu Lasten der Bewohner gehen. Weiters kritisierte Prinz die seiner Ansicht nach nicht zu vertretende „Allmachtstellung“ des Zentralverbandes der Kleingärtner. Prinz forderte die Erstellung einer Liste, aus der zu entnehmen sei, in welchen städtischen Wohnhausanlagen Mietergärten angelegt werden können. Dem neuen Kleingartenkonzept, das er als überwiegend rückschrittlich bezeichnete, werde seine Fraktion nicht zustimmen, sagte Prinz.

In der Frage der fehlenden Kanalanbindung in der geplanten Siedlung Hausfeld teilte GR. FUCHS (ÖVP) die Bedenken seines Vorredners. Weiters sprach er sich für die zügige Errichtung weiterer Kleingärten aus und stellte einen Beschluß(Resolutions)antrag, wonach zumindest ein Drittel neuer Kleingärten im Eigentum erworben werden können soll, der Rest soll nach sozialen Gesichtspunkten vergeben werden. Grundsätzlich sei die Möglichkeit zu schaffen, Kleingärten zu erwerben.

Außerdem, so Fuchs, soll gegebenenfalls die Umwidmung von Kleingartensiedlungen in Gartensiedlungen sowie eine ganzjährige Benützung möglich sein. Das neue Konzept stelle seiner Ansicht nach den Beginn zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens dar.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) verwies darauf, daß das Kleingartenkonzept aufgrund einer politischen Initiative der SPÖ zustande gekommen sei. Voraussetzung dafür sei das Kleingartengesetz gewesen. Das neue Konzept schaffe die Rahmenbedingungen, um sicherzustellen, daß Entwicklungen nicht den Zielen der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung entgegenlaufen.

Svoboda gab einen Überblick über das Zustandekommen des neuen Konzeptes, dessen Vorarbeiten ins Jahr 1982 zurückreichen. Es habe eine breite Diskussion sowohl mit Experten als auch mit der Bevölkerung gegeben. Das Konzept sei mit dem im Jahr 1984 beschlossenen Stadtentwicklungsplan abgestimmt. Es enthält eine Zusammenstellung der Probleme und Entwicklungstendenzen einerseits sowie der Ziele und Maßnahmenvorschläge andererseits. Die Vielfalt der Landschaften und städtischen Räume soll auch in den Kleingärten zum Ausdruck kommen. Aus den im Zusammenhang mit dem Konzept erkannten Entwicklungstendenzen sollen, so Svoboda, neue Wohnformen im städtischen Randbereich entwickelt werden. Die SPÖ erwarte sich von der Mietermitbestimmung im städtischen Wohnhaus auch ein Interesse der Bewohner für Mietergärten.

Von den Kleingärten dürften keine negativen Auswirkungen ausgehen, zum Beispiel auf das Grundwasser. Doch vordringlich müßten dort Kanalanschlüsse gemacht werden, wo ganzjährig bewohnte Häuser bestehen. Kanalanschlüsse sollen aber trotzdem auch für derzeit über Senkgruben entsorgte Kleingärten nicht ausgeschlossen werden, wenn dies später von der Aufschließung und Topographie her möglich ist. Aufgrund des Konzeptes soll auch geprüft werden, wie Kleingartenanlagen, die im Wald- und Wiesengürtel liegen, nach Möglichkeit saniert werden können.

Dieses Konzept sei von entscheidender Bedeutung für die Zukunft und

Forts. von Blatt 564

Forts. auf Blatt 566

habe unter anderem bereits dazu geführt, daß die Aufschließungskosten neuer Anlagen verringert werden konnten.

In seinem Schlußwort würdigte GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) die Leistungen und das Engagement sowohl der städtischen Dienststellen als auch der Bezirkskleingartenkommissionen, des Kleingartenbeirats und der Obmänner der Anlagen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Der ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

Verkauf einer Liegenschaft

Die freiwillige Feilbietung der Liegenschaft 19, Nußberggasse 14, beantragte GR. FAYMANN (SPÖ).

GR. KIRCHNER (FPÖ) sagte, die Argumentation der FPÖ habe sich seit der ersten Behandlung dieses Geschäftsstückes im Jänner 1988 nicht geändert.

GR. FAYMANN wies darauf hin, daß der Ertrag aus dem Verkauf der Liegenschaft der Kinderwohlfahrt zugute komme.

ABSTIMMUNG: mit Stimmenmehrheit angenommen.

Bädertarife

GR. Elisabeth FLEISCHMANN (SPÖ) stellte den Antrag auf Neufestsetzung der Tarife für die städtischen Bäder.

Namens der FPÖ lehnte GR. Mag. KABAS die Erhöhung ab. Sie sei nicht gerechtfertigt und noch dazu undifferenziert. Es sei äußerst unsozial, die Tarife für das „Tröpferlbad“ bis zu 25 Prozent bei gleichzeitiger Reduzierung der Badezeit zu erhöhen. Er brachte zwei ABÄNDERUNGSANTRÄGE ein: Die Badezeit im „Tröpferlbad“ sollte unverändert bleiben, ebenso der Brausebadtarif.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte, die ÖVP werde den Abänderungsanträgen zustimmen und lehne die Erhöhung der Badetarife generell ab. Man sollte nicht nach dem Kostendeckungsprinzip vorgehen, sondern versuchen, die Nachfrage zu stimulieren. Die erhöhten Tarife könnten eher eine Preisbarriere schaffen.

GR. Maria PAUL (SPÖ) betonte, die SPÖ gehe nicht leichtfertig mit Preiserhöhungen um. Die Rednerin verwies auf den großen Personenkreis, der nach wie vor zu begünstigten Tarifen die Bäder benützen könne, wie die Senioren, die Behinderten, die Gemeindebediensteten und die Jugendlichen. Die Kostensteigerungen seien sowohl auf die Personalkosten als auch auf die Energiekosten zurückzuführen. Die neuen Preise brächten auch Vorteile, so könnten nun mit der Jahreskarte alle Wiener städtischen Hallenbäder genutzt werden.

ABSTIMMUNG: Die beiden Abänderungsanträge wurden abgelehnt, die neuen Bädertarife mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der Gemeinderat schloß um 18 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 565

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 28. März 1988

Blatt 567

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ausstellung „Industrie und Eisenbahn in Wien“ (568/FS: 26.3.)
- Lohnsteuerkartenreferat Liesing übersiedelt (569/FS: 27.3.)
- Frühlingsblumen für alle Wiener Parks (570)
- 2,2 Millionen für Projekte des Volksbildungswerkes (571)
- Fußgeherpassagen wurden attraktiver (572)
- Wiener ÖVP beklagt hohe Ärztearbeitslosigkeit (573)
- Stromausfall in Favoriten (nur FS/27.3.)
- Brand im KGM Nord (nur FS)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Ausstellung „Industrie und Eisenbahn in Wien“

Wien, 26.3. (RK-LOKAL) „Industrie und Eisenbahn in Wien“, eine kleine Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs, ist nur noch bis 7. April im Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, Stiege 6, 1. Stock, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, zu sehen. Sie zeigt die historischen Zusammenhänge zwischen der industriellen Entwicklung Wiens und dem Ausbau der Eisenbahnen von den Anfängen (1838) bis 1938. Eine Informationsbroschüre wird kostenlos abgegeben. (Schluß) am/gg

Bereits am 26. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Lohnsteuerkartenreferat Liesing übersiedelt

Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Das Lohnsteuerkartenreferat des Magistratischen Bezirksamtes für den 23. Bezirk übersiedelt von der derzeitigen Außenstelle Volksschule Pülslgasse 28 wieder in das Amtshaus in der Perchtoldsdorfer Straße 2. Aufgrund der Übersiedlung entfällt am kommenden Dienstag, dem 29. März, der Parteienverkehr. Ab Mittwoch, dem 30. März, ist das Lohnsteuerkartenreferat wieder im Amtshaus, Tel. 86 75 31/Kl. 245, erreichbar. (Schluß) red/gg

Bereits am 27. März 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Frühlingsblumen für alle Wiener Parks

Wien, 28.3. (RK-LOKAL) Es wird wieder Frühling in Wien! Das Stadtgartenamt ist bereits voll damit beschäftigt, mit 32.000 Gänseblümchen, 20.000 Vergißmeinnicht, 60.000 Primeln, 115.000 Stiefmütterchen und 6.500 Stück Goldlack Farbe in die Stadt zu bringen. Ausgepflanzt werden die ersten Frühlingsboten in allen Wiener Parkanlagen, in den Blumenschalen in den Fußgängerzonen und in den diversen Grünflächen. (Schluß) du/rr

2,2 Millionen für Projekte des Volksbildungswerkes

Wien, 28.3. (RK-LOKAL/KULTUR) Der Gemeinderat bewilligte in seiner letzten Sitzung einen Subventionsrahmen von insgesamt 2,2 Millionen Schilling für eine Reihe von Projekten des Wiener Volksbildungswerkes.

Unter anderem werden 1988 die „Kulturwanderwege“ fortgesetzt, im Rahmen der „Kristallisationsgitter“ finden Führungen durch Ausstellungen und Museen statt, Heim-, Spital- und Schulprogramme dienen dazu, auch Gruppen mit Kulturveranstaltungen zu versorgen, die sonst keinen Zugang haben. Die Ringgalerie gibt Künstlern, Sammlern und Kunsthandwerkern die Möglichkeit, sich einer möglichst breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Weiters ist eine Reihe „Wiener Herbst“ mit zahlreichen Veranstaltungen in den Bezirken geplant. (Schluß) gab/bs

Fußgeherpassagen wurden attraktiver

Wien, 28.3. (RK-KOMMUNAL) Die Fußgeherpassagen entlang der Ringstraße — Schotten-, Babenberger-, Albertina-, Opern- und Karlsplatz-Passage — haben sich in den letzten Monaten verändert. Es gibt ein verstärktes Warenangebot außerhalb der Geschäftslokale, sogenannte „Warenausräumungen“ und Verkaufsstände beleben das Bild. Grundlage dieser Veränderung war eine Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, der eine Untersuchung über mögliche „Warenausräumungen“ veranlaßt hat und danach den Geschäftsleuten entsprechende Anregungen gab.

Die Untersuchung basiert auf Zählungen des Fußgeherverkehrs. Die höchsten Frequenzen ergaben sich im Bereich der U-Bahn-Abgänge in der Schotten- und der Karlsplatz-Passage mit 15.000 bis 20.000 Personen in vier Stunden. Die Maximalfrequenz betrug 3.000 Personen in einer Richtung in einer Stunde.

Die Wiener Handelskammer hat in Briefen an die rund 60 Geschäftsinhaber in den Passagen auf die Wirksamkeit der Warenausräumung hingewiesen. Jetzt macht schon mehr als die Hälfte von ihnen davon Gebrauch. Auch die Zahl der Verkaufsstände für Modeschmuck, Blumen und Souvenirs ist größer geworden. (Schluß) sti/rr

Wiener ÖVP beklagt hohe Ärztearbeitslosigkeit

Probleme bei der Verstaatlichten in Wien

Wien, 28.3. (RK-KOMMUNAL) Auf jeden Arzt in Ausbildung kommt in Wien bereits mehr als ein arbeitsloser Jungarzt, beklagte am Montag ÖVP-Gemeinderat Dr. Erwin RASINGER in einem Pressegespräch. Das Problem der Ärztearbeitslosigkeit sei zum überwiegenden Teil ein Wiener Problem, da die Bundesländer sehr restriktiv bei der Ärzteausbildung vorgehen. Gleichzeitig gibt es einen Fachärztemangel; daher trete die Wiener Volkspartei für ein Fachärzte-Sonderausbildungsprogramm ein, zur Überbrückung der Wartezeiten auf einen Turnusplatz sollte die Funktion eines Medizinalassistenten geschaffen werden. Auch die Aktion, Jungmediziner auf Schwesternposten einzusetzen, sollte ausgeweitet werden. Weiters sprach sich der Mediziner Dr. Rasinger dafür aus, die Wartezeiten auf einen Turnusplatz in allen Wiener Spitälern, auch in den privaten, offenzulegen. Als bedauerlich wertete es Dr. Rasinger, daß im AKH mit seinen mehr als 2.300 Betten keine Ausbildung für Praktiker durchgeführt werde.

ÖVP für Verstaatlichten-Gipfel

ÖVP-Landesparteiensekretär, GR. Dr. Ferdinand MAIER, verlangte die rasche Einberufung eines Verstaatlichten-Gipfels zwischen Bund, Wien, Niederösterreich und der ÖIAG, um ein Konzept für die Erhaltung bzw. den Ausbau der Arbeitsplätze in der Verstaatlichten Industrie in Wien zu entwickeln. Angesichts der dramatischen Arbeitsplatzverluste der Verstaatlichten in der Ostregion müsse alles getan werden, um moderne, zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen, schloß Maier. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (IPR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 29. März 1988

Blatt 574

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Sonderführungen im Rathaus (575)
- 14 städtische Jugendzentren in der Karwoche geöffnet (575)
- Mobile Gebietsbetreuung mit Bürgerdienstbus unterwegs (576)
- Wiener Gemüse: Frisch, gut und ständig kontrolliert (578/579)
- Neue Einbahnregelungen im 20. Bezirk (580)
- Transport gefährlicher Güter nur mit Landesgenehmigung (581)
- Ein Monat Umleitung bei der Wiener Westausfahrt (582)
- Mayr: Kein Einkaufszentrum auf dem Rosenhügel (583)
- Wiener Hochwasserschutz bestens bewährt (584)

Sport:

- Frühlingslauf: 3.500 Teilnehmer werden erwartet (577)

Sonderführungen Im Rathaus

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtinformation bietet in der Woche der Osterferien zwei Sonderführungen durch das Wiener Rathaus mit anschließender Filmvorführung. Die Führungen finden Donnerstag, dem 31. März, und Freitag, den 1. April, jeweils um 9 Uhr statt. Treffpunkt ist die Stadtinformation (Rathaus, Eingang Friedrich-Schmidt-Platz), die Teilnahme ist kostenlos. (Schluß) sti/rr

14 städtische Jugendzentren in der Karwoche geöffnet

Wien, 29.3. (RK-LOKAL) In der Karwoche sind in Wien 14 städtische Jugendzentren geöffnet. Sie stehen allen Interessenten jeweils zwischen 14 und 17 Uhr zur Verfügung. Nähere Auskünfte — auch über diverse Veranstaltungen und Ausflüge — sind unter der Telefonnummer 38 76 45, Klappe 13, möglich. (Schluß) ull/rr

Mobile Gebietsbetreuung mit Bürgerdienstbus unterwegs

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Die „Mobile Gebietsbetreuung“ wird ihre Beratungstätigkeit zum Schutz von Mietern in Althäusern vor unredlichen Absiedlungsmethoden erweitern. In den kommenden Wochen bis zum Sommer wird sie mit dem Bürgerdienstbus in Wien unterwegs sein.

Wenn also mit Kündigung gedroht wird, wenn Baugebrechen nicht repariert werden, wenn man seine Wohnung verbessern will oder sonstige wohnrechtliche Probleme in Althäusern hat, dann hilft die „Mobile Gebietsbetreuung“. Telefonische Auskünfte erteilt auch die „Kummernummer“ des Wiener Stadterneuerungsfonds 43 59 19 DW 55.

Bereits im Herbst des Vorjahres wurde eine ähnliche Beratungsaktion durchgeführt, wo bei nur sechs Terminen rund 100 Anfragen erfolgten.

Die ersten kostenlosen Beratungstermine der „Mobilen Gebietsbetreuung“ in den kommenden Wochen sind:

- 30. März: 2. Bezirk, Praterstern/Aufgang U 1,
 - 6. April: 3. Bezirk, Radetzkyplatz/Ecke Radetzkystraße,
 - 13. April: 4. Bezirk, Wiedner Hauptstraße 68-70,
 - 20. April: 7. Bezirk, Hermannsgasse 24 (Bezirksamt) und
 - 27. April: 8. Bezirk, Albertgasse 27 (vor Cafe Hummel),
- jeweils in der Zeit zwischen 15 und 18 Uhr.
(Schluß) ah/rr

Frühlingslauf: 3.500 Teilnehmer werden erwartet

Wien, 29.3. (RK-SPORT) Mit rund 3.500 Teilnehmern, um etwa 500 mehr, als im vergangenen Jahr, rechnet der Veranstalter bei den Frühlingsläufen über 5 und 13 km, die im Rahmen des Wiener Stadtmarathons am 10. April durchgeführt werden. „Diesmal wollen wir vor allem den Gedanken der Laufgemeinschaft fördern und rufen die Familien, Laufgemeinschaften oder Firmenmannschaften auf, Wiens Prunkstraße laufend zu erleben“, meinte Dir. Walter STRAUB, Vorsitzender des Organisationskomitees.

Die Startgebühr beträgt beim Frühlingslauf 50 Schilling, für Gruppen kommt es billiger (40 Schilling ab 15 Personen, 35 Schilling ab 50 Personen). Anmeldungen sind bei allen Filialen der Zentralsparkasse, bei den Zweigstellen der Wiener Städtischen Versicherung und bei allen BP-Tankstellen möglich. Meldeschluß ist am 9. April um 18 Uhr im Kongreßzentrum Hofburg.

Für den Marathonbewerb, der heuer bereits zum fünften Mal ausgetragen wird, werden rund 3.000 Läufer erwartet. Die Nennungsgebühr beträgt 400 Schilling. Anmeldungen bei der Interconvention im Austrian Center, Telefon 23 69 642. Meldeschluß ist ebenfalls am 9. April um 18 Uhr im Kongreßzentrum. Rund um die Großveranstaltung: Sportartikel-Ausstellung, Frühstück mit Streckenbesichtigung für die Läufer am Donauturm, Kaiserschmarrn-Party im Festsaal des Rathauses. Der Start erfolgt am Sonntag, dem 10. April um 10 Uhr, vor dem Rathaus durch Bürgermeister Helmut ZILK und Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL. (Schluß) hof/bs

Wiener Gemüse: Frisch, gut und ständig kontrolliert

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) 33.000 bis 35.000 Tonnen frisches Gemüse erzeugen die in der Landwirtschaftlichen Gemüseverwertungsgenossenschaft Wien, kurz LGV, zusammengeschlossenen Wiener Gemüsegärtner. Diese 35.000 Tonnen sind rund die Hälfte des gesamtösterreichischen Bedarfs, und der Wiener Bedarf allein wird zu 60 Prozent durch das in Wien erzeugte Gemüse selbst gedeckt. Logisch, daß daher besondere Anforderungen an Wiener Gemüse gestellt werden. Seit drei Jahren gibt es dazu ein spezielles Kontrollsystem, eine Kombination Monitoring-Umweltkontrolle, Pestizid- und Nitratkontrolle zur Untersuchung der Rückstände im Gemüse. Die Untersuchungsergebnisse 1987, die jetzt vorliegen, zeigen, daß das in Wien produzierte Gemüse ausgezeichnet ist und lediglich eine geringe Rückstandsbelastung, entsprechend jener in industriefernen Gebieten, aufweist. Nicht nur beim geschützten Anbau in Glas- und Folienhäusern, der natürlich besonders niedrige Werte aufweist, sondern auch im Freiland liegen die gefundenen Werte mit Abstand unter den Richtwerten. Über die Ergebnisse der Gemüsekontrollen berichtete Konsumentensstadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Gemüsekontrolle in Wien wird von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien durchgeführt; Verwendet werden Salatpflanzen aus eng begrenzten Überwachungsgebieten, da der Salat durch seine große Oberfläche ein besonders empfindlicher Indikator zur Früherkennung von Schadstoffimmissionen ist. Untersucht werden jährlich 100 Salatproben aus den großen Anbaugebieten Simmering — Schwechat und Donaustadt — Donauefeld aus Feldanbau und geschütztem Anbau (Glashaus, Folien). Geprüft wird auf Spuren von den Schwermetallen Blei, Kadmium, Chrom und Nickel. Seit einem Jahr wird auch versucht, aus dem Spülwasser auf saure Niederschläge Rückschlüsse zu ziehen.

Stagnierende Schwermetallwerte in Österreich

Erfreulich für Österreich und natürlich auch für Wien: Wie die Überprüfungen der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, aber auch der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchungen und Forschung ergeben haben, ist in Österreich und Wien eine stagnierende bis leicht fallende Tendenz der Schwermetallwerte zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu wurde bei der 20. Codextagung für Konterminanten im März 1988 in Den Haag festgestellt, daß in anderen Ländern sehr unterschiedliche Bleibelastungen und teilweise Überschreitungen der zulässigen Aufnahmemengen, vor allem von Blei, festgestellt wurden.

Gerade bei Blei zeigt sich, daß durch den Verzicht auf Verbleiung des Benzins bzw. Eurosupers die Bleiwerte gesunken sind. Generell kann eine noch weitergehende Verminderung des Bleianteils in der Umwelt nur noch dann eintreten, wenn Treibstoff überhaupt nicht mehr verbleit wird.

Wie sich bei den Gemüsekontrollen der Lebensmitteluntersuchungsanstalt außerdem gezeigt hat, hat sich die von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK initiierte Errichtung von Schutzwänden an den Straßenrändern entlang der Gemüseanbauflächen und die Anlage geschützter Kulturen (Glas- und Folienhaus) speziell in Simmering sehr bewährt. Der Bleigehalt — der selbstverständlich auch bei dem im Freien gezogenen Gemüse unter den Richtwerten liegt — konnte dadurch auf 50 bis 25 Prozent der Freilandkulturen gesenkt werden. Damit wurde für die Konsumenten ein weiterer wesentlicher Erfolg erreicht. In Simmering/Schwechat z.B. betrug der Bleiwert bei einem Richtwert von 0,3 mg/kg 1986 0,141 mg und 1987 0,083 mg, bei Glassalat 0,117 bzw. 0,021 mg.

In Simmering gibt es übrigens einen besonders hohen Anteil an Gemüse, das in Glas- und Folienhäusern bzw. unter Flachfolien gezogen wird. Von 11.862 Tonnen Gemüse, die 1987 im 11. Bezirk produziert wurden, stammen 11.216 Tonnen aus geschütztem Anbau.

Gemüseprodukte werden auch auf Nitrat und Pestizide kontrolliert

Fallweise durchgeführte Quecksilberuntersuchungen zeigen dessen völlig Bedeutungslosigkeit beim Gemüse im Raum Wien.

Bromide werden regelmäßig untersucht, da sie als Schimmelvehütungsmittel eingesetzt werden. Der Grenzwert liegt bei 30 mg/kg, gefunden wurden fallweise 1 bis 2 mg als unbedeutende Menge.

Die Untersuchung des Spülwassers der Proben auf saure Niederschläge hat ebenfalls in keinem Fall ein positives (sprich für den Konsumenten schlechtes) Ergebnis erbracht.

Die Wiener Gemüseprodukte werden zusätzlich zur Monitoring-Systemkontrolle auch ständig auf Nitrate und Pestizide kontrolliert.

Die Nitratwerte sind düngungs-, feuchtigkeits- und lichtabhängig. Durch besondere Sorgfalt bei der Düngung und Pflanzenauswahl wird von den Gärtnern darauf geachtet, die Nitratgehalte niedrig zu halten. In keinem einzigen Fall der hundert standortspezifischen Untersuchungen wurden die Nitratgrenzwerte des Salates von 3000 mg/kg für das Sommerhalbjahr oder 4000 mg/kg für das Winterhalbjahr überschritten oder überhaupt nur erreicht.

Bei den Pestiziden untersucht die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien die Pflanzen auf Rückstände von insgesamt 39 Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel. Über 120 Proben werden jährlich aus dem Wiener Anbauggebiet überprüft. Das letzte Mal wurden 1985 bei zwei Wiener Gärtnern überhöhte Pestizidwerte gefunden, seither wurden weder verbotene Pestizide noch überhöhte Mengen festgestellt.

Neben der strengen Kontrolle durch die Stadt Wien sind die guten Ergebnisse natürlich auch den Gärtnern und der LGV selbst zu verdanken, deren erklärtes Ziel es ist, Gemüse mit möglichst niedriger Schwermetall- und Nitratbelastung und ohne Pestizidrückstände anzubieten.

Gütesiegel für's Gemüse

Wien ist damit vermutlich die einzige Großstadt, die durch die zahlreichen Gemüsegärtnereien einen hohen Prozentsatz an Eigenversorgung mit wirklich täglich frischem Gemüse aufweist. Das Wiener Gemüse wurde daher auch mit einem eigenen Gütesiegel und dem Hinweis „ständig kontrolliert von der Stadt Wien“ ausgezeichnet. (Forts.mgl.) hrs/bs

Wiener Gemüse: Frisch, gut und ständig kontrolliert (2)

Der Präsident der Wiener Landwirtschaftskammer, KmzI. Rat Josef JEDLETZBERGER, dankte bei der Pressekonferenz für die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Wien und wies darauf hin, daß die Wiener Gemüseproduzenten — zumeist Klein- und Kleinstbetriebe mit einer Durchschnittsfläche von 1,5 Hektar — selbst sehr daran interessiert sind, sich streng an die entsprechenden Bestimmungen zu halten und Qualitätsgemüse zu erzeugen. Ein weiterer Vorteil des Wiener Gemüses: es wird, wie Jedletzberger sagte, vollfrisch geerntet, nichts braucht gelagert zu werden. (Schluß) hrs/rr

Forts. von Blatt 578

Neue Einbahnregelungen im 20. Bezirk

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Donnerstag, den 31. März, werden im 20. Bezirk zwei Gassen nur mehr als Einbahnen befahrbar sein, und zwar:

Die Allerheiligengasse zwischen Leystraße und Allerheiligenplatz in Richtung Allerheiligenplatz; durch die Einbahnregelung wird beidseitig das Längsparken möglich sein.

Die Greiseneckergasse zwischen Raffaelgasse und Hartlgasse in Richtung Hartlgasse; in diesem Bereich wird eine Schrägparkordnung festgelegt.
(Schluß) pz/gg

Transport gefährlicher Güter nur mit Landesgenehmigung

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekanntgab, tritt am 1. April 1988 die sogenannte „Streckenbewilligungsverordnung“ — die Verordnung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr über die einer Streckenbewilligung unterliegenden gefährlichen Güter — in Kraft.

Gemäß dieser Verordnung dürfen gefährliche Güter, die in einer mengen- und artikelspezifischen Stoffliste — ident einer entsprechenden Liste gefährlicher Güter in der Bundesrepublik Deutschland — enthalten sind, nur mit einer Bewilligung des Landeshauptmannes transportiert werden. Brennbare Gasgemische, Chlor, Phosgen, Schwefelsäure sind nur einige aus einer großen Anzahl von gefährlichen Gütern, die ab einer gewissen Transportmenge einer gesonderten Streckenbewilligung bedürfen.

Langjähriger Wunsch Wiens erfüllt

Das Bundesland Wien weist bereits seit Jahren darauf hin, daß bestimmte Mengen von gefährlichen Gütern nur auf bestimmten Straßen, Fahrtstrecken oder Arten von Straßen unter Einhaltung der erforderlichen Sicherheitsbestimmungen transportiert werden sollen. Die nunmehr vorliegende Streckenbewilligungsverordnung gibt dazu die Möglichkeit und stellt bei entsprechender Vollziehung gemäß der Verordnung einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, der allgemeinen Sicherheit und des Umweltschutzes dar.

Dieser Verordnung unterliegende gefährliche Güter werden im Bundesland Wien, bei Beförderung mit Fahrzeugen, deren Gesamtgewicht an den gesetzlichen Höchstgrenzen gemäß § 4 KFG liegt (Fahrzeuge mit zwei Achsen 16 Tonnen Gesamtgewicht, Fahrzeuge mit mehr als zwei Achsen 22 Tonnen, Sattelkraftfahrzeuge 38 Tonnen), nur mehr unter Vorschreibung und Einhaltung bestimmter Sicherheitsvorschriften, wie auch von Transportzeiten, auf den vorhandenen Nord-Süd und Ost-West-Transit-routen wie A 2, A 21, A 23, A 22 etc. transportiert werden können.

Der Zulieferverkehr mit derartigen Fahrzeugen zu **einem einmaligen Entladeort** wird nur mehr auf bestimmten Straßen, vorrangig auf jenen mit besonderer Verkehrsbedeutung, wie Autobahnen und Bundesstraßen, bewilligt werden.

Der Zulieferverkehr, **zu mehreren oder einer Vielzahl von Entladeorten** in direkten Wohngebieten mit derart großen Fahrzeugen, beladen mit gefährlichen Gütern, soll in Hinkunft vermieden werden.

„Daraus resultiert für den innerstädtischen Verkehr die unumgängliche Forderung nach kleineren Fahrzeugen mit geringeren Transportmengen von gefährlichen Gütern“, stellte Hatzl abschließend fest. (Schluß) pz/gg

Ein Monat Umleitung bei der Wiener Westausfahrt

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Seit der unmittelbaren Inbetriebnahme der Umleitungsstrecke bei der Wiener Westausfahrt ist bereits mehr als ein Monat vergangen. „Anlaß genug, um eine erste Zwischenbilanz zu ziehen“, wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL am Dienstag im Bürgermeisterpressegespräch feststellte.

Verkehrsmaßnahmen

Für die Installierung der Umleitungsstrecke sowie im Zuge der bisherigen Baumaßnahmen wurden insgesamt rund 250 Verkehrszeichen, 200 Laufmeter Betonleitwände und 300 Laufmeter Abschränkungen errichtet; weiters wurden im Bereich Tuersgasse, Firmiangasse, Zufferbrücke und Brauhausbrücke insgesamt ca. 250 Meter Wiener Schwellen hergestellt, um verkehrswidriges Überholen oder Abbiegen zu unterbinden.

Im Zuge einer Ergänzungsverhandlung wurde auch der Einengungsbereich im Auhof von drei auf zwei beziehungsweise von zwei auf eine Spur weiter stadtauswärts verlegt und weitläufiger abgeschränkt, um hier eine Optimierung des Reißverschlußsystems zu erzielen.

Verkehrsablauf

In der ersten Woche nach der Inbetriebnahme der Umleitungsstrecke war ein verminderter Verkehr als Folge vermehrten Ausweichens beziehungsweise Umsteigens auf öffentliche Verkehrsmittel zu registrieren. In den Wochen danach ist der Verkehr wieder angewachsen.

In **Fahrtrichtung stadtauswärts** gibt es so gut wie keine Stauungen, in **Fahrtrichtung stadteinwärts** kam es vor allem in der Anfangsphase im Bereich Auhof zur Zeit der Verkehrsspitze mehrmals zu Stauungen, deren Ursache im noch nicht eingespielten Reißverschlußsystem aber auch teilweise in Unfällen begründet lag. Allerdings kommt es selbst bei normalem zweispurigen Verkehr auf dieser Strecke immer wieder zu Stauungen.

Auf der **Gegenverkehrsstrecke** selbst kam es in der Anfangsphase, veranlaßt durch verkehrswidriges Abbiegen mehrmals zu Ziehharmonikaeffekten und dadurch zu kurzfristigen Stauungen. Gerade dies zeigt jedoch, wie wichtig eine **ampelfreie Führung** des einspurigen Gegenverkehrsbereiches und ein ausreichendes Rückstauraeservoir im zweispurigen Bereich vor der Ampel Guldenbrücke für einen ordnungsgemäßen Verkehrsablauf sind.

Zu lokalen Problemen kommt es im Querungsbereich bei den Kreuzungen der Guldenbrücke auf Grund des verstärkten Verkehrsaufkommens zwischen den beiden angrenzenden Bezirken, da die Sankt-Weiter-Brücke als Verbindung vom 14. in den 13. Bezirk für die Dauer der Umleitungsmaßnahmen nicht zur Verfügung steht.

Zu Undiszipliniertheiten kommt es im Umgebungsbereich der Umleitungsstrecke, betonte Stadtrat Hatzl, wo einzelne Absperrungen bis zu dreimal täglich mutwillig zerstört oder umgeworfen werden.

In der **Linzer Straße** ist das Verkehrsaufkommen deutlich erhöht, die Verkehrslichtsignalanlage bei der Kreuzung Linzer Straße — Bergmillergasse — Hüttelbergstraße wird nach den bisherigen Erfahrungen demnächst umgebaut, wodurch sich eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Linzer Straße und auch der Hüttelbergstraße ergeben müßte.

In der **Sankt-Veit-Gasse** ist das Verkehrsaufkommen ebenfalls erhöht, allerdings muß in Erinnerung gerufen werden, sagte Stadtrat Hatzl, daß dieser Straßenzug schon vor der Inbetriebnahme der Umleitung teilweise überbelastet war. (Schluß) pz/rr

Mayr: Kein Einkaufszentrum auf dem Rosenhügel

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Zu einem Bericht in einer Wiener Tageszeitung, er trete für ein Einkaufszentrum auf dem Areal der Rosenhügel-Studios ein, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, er sei weder für ein Einkaufszentrum noch für eine Wohnverbauung. Der derzeitige Verwendungszweck solle bleiben, die Versuche, in Wien Filmproduktionen anzureizen, blieben aufrecht, betonte Mayr. (Schluß) sei/rr

Wiener Hochwasserschutz bestens bewährt

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag berichtete SR Dipl.-Ing. Gerhard WEBER, Leiter der MA 45 — Wasserbau — über das Hochwasserereignis der vergangenen Tage. Seit vergangendem Dienstag, dem 22. März, stieg die Donau bis Sonntag, dem 27. März, wo sie mit 6,73 m den höchsten Wasserstand erreichte. Seit Sonntag sinkt der Fluß wieder. Heute, Dienstag, hatte die Donau einen Wasserstand von 6,20 m um 7 Uhr früh. Weber verweist darauf, daß sich im Zuge dieses Hochwassers die Wiener Hochwasseranlagen, wie z.B. das Entlastungsgerinne, bestens bewährt hätten. (Schluß) du/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 30. März 1988

Blatt 585

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Mayr: Betriebswirtschaft vom öffentlichen Interesse trennen (586)

Straßenverwaltung und Straßenbau im Jahr 1987 (587)

Mietergärten: Ja, aber freiwillig (588)

Hatzl: Strenge Auflagen für MVA Spittelau (589)

Wiener ÖVP fordert mehr Rechte für die Opposition (590)

Mayr: Betriebswirtschaft vom öffentlichen Interesse trennen

Wien, 30.4. (RK-KOMMUNAL) Eine strikte Trennung bei gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zwischen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und jenen Leistungen, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht werden, forderte Dienstag Wiens Finanzstadtrat und Vizebürgermeister, Hans MAYR, bei einer vom Österreichischen Städtebund und von der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft durchgeführten Vortragsveranstaltung im Wiener Rathaus.

Mayr definierte eingangs ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen als eines, dessen Eigentümer bereit sei, nicht nur betriebswirtschaftliche Ziele zu verfolgen, sondern im Interesse der Allgemeinheit auch Verluste in Kauf zu nehmen. Zwischen diesen beiden Bereichen sollte allerdings eine strikte Trennung erfolgen. Seine Vorstellung sei, so Mayr, daß zunächst eine Kalkulation rein betriebswirtschaftlicher Aufgaben erfolgen sollte, die sich selbst finanzieren müssen. Erst danach müsse der Eigentümer die darüber hinaus gehenden Ziele und Aufgaben festlegen, die durch ihn zu finanzieren wären. So könnten vor diesen Zuschüssen Gewinne und Verluste gemacht werden, was einen zusätzlichen Leistungsanreiz bedeutete und helfen würde, die Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen. Beim Theater an der Wien könnte man die Deckung durch den Betrieb mit rund 60 Prozent festlegen, etwa zwei Drittel dieser Summe müßte die Stadt Wien im Interesse des Fremdenverkehrs, der Ausbildung junger Menschen und der Arbeitsplatzbeschaffung zuschießen.

Als Beispiele für jene Bereiche, die durch gemeinwirtschaftliche Betriebe abgedeckt werden sollten, bezeichnete Mayr den öffentlichen Verkehr, Kultur und Freizeit sowie die Wirtschaftspolitik. Gerade bei der Wirtschaftspolitik sind durch den städtischen Wirtschaftsförderungsfonds im Hinblick auf Betriebsansiedlungen gewaltige Projekte verwirklicht worden, die ohne Hilfeleistung der öffentlichen Hand keine Chance gehabt hätten. Das geht vom Angebot an Grundstücken über die Koordinierung der Magistratsstellen bis zur Schaffung der finanziellen Voraussetzungen, wie Mayr am Beispiel von Pharmafirmen, die an der Genforschung arbeiten, betonte.

Gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik konnte erreicht werden, daß Wien statt über Industrieruinen über eine rege Betriebstätigkeit verfügt, schloß Mayr. (Schluß) roh/rr

Straßenverwaltung und Straßenbau im Jahr 1987

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Der seit kurzem vorliegende, umfangreiche Verwaltungsbericht der Magistratsabteilung 28 — Straßenverwaltung und Straßenbau — für das Jahr 1987 gibt einen umfassenden Überblick über die zahlreichen Aufgaben und Tätigkeiten dieser Magistratsabteilung, die für die Verwaltung und Erhaltung eines öffentlichen Straßennetzes von immerhin 2.746 Kilometern Länge (das entspricht etwa der Entfernung Wien — Neapel und zurück) zuständig ist. In dieser Zahl sind im einzelnen enthalten: 2.498 Kilometer Gemeindestraßen, 214 Kilometer Bundesstraßen B und 34 Kilometer Bundesstraßen A (Autobahnen).

Für die Neuherstellung beziehungsweise Instandsetzung von Versorgungsleitungen und Kanälen wurden **rund 12.600 Aufgrabungsbewilligungen von der Magistratsabteilung 28 an öffentliche Dienststellen und an private Bauwerber** erteilt. In 96 Fällen wurden in verkehrsreichen Straßen anstelle von Aufgrabungen Bohrungen (50) und Minierungen (46) durchgeführt.

Allein für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen fuhren vier Dienst-Pkw im Jahr 1987 mit insgesamt 47.000 Kilometer wesentlich weiter als einmal um den Äquator. Diese Kontrollfahrten werden nicht zuletzt im Interesse der Öffentlichkeit durchgeführt, um eine möglichst klaglose und arbeitsintensive Abwicklung der Aufgrabungen zu ermöglichen.

Der Tätigkeitsbericht der Magistratsabteilung 28 umfaßt ein breites Spektrum von Maßnahmen, darunter vor allem:

- Herstellungsarbeiten an Hauptverkehrsstraßen und sonstigen verkehrsreichen Straßen von größerer Bedeutung: Vor allem Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln sowie diverse Umbauten für Verkehrssicherheitsmaßnahmen
- Herstellung von „Sammel- und Anliegerstraßen“
- Anlegen von Siedlungsstraßen und die dazu notwendigen Ausbau beziehungsweise Umbauarbeiten.
- Neuherstellung von Radwegen beziehungsweise die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen, Randsteinabsenkungen und -neulungen, Herstellung von Asphalttrampen und anderes mehr).

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte bildeten:

- Ausbauprogramm zur Herstellung von Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen.
- Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten durch zahlreiche bauliche Maßnahmen an Gehsteigen und Fahrbahnen.
- Arbeiten im Zuge des Behindertenprogrammes wurden im gesamten Wiener Raum fortgesetzt. So wurden in erster Linie „behindertengerechte“ Gehsteigabsenkungen bei verkehrsreichen, stark von Fußgängern frequentierten Kreuzungsbereichen und Übergängen ausgeführt.
- Im Zusammenhang mit der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden in vier Industriegebieten (im 10., 21. und 23. Gemeindebezirk) Straßenneubauten errichtet.
- Auch der **U-Bahn-Bau** erforderte im Jahr 1987 eine Reihe von straßenbaulichen Maßnahmen vorwiegend in den Bezirken 1, 3, 6, 7, 12 und 15, da rechtzeitig vor Baubeginn leistungsfähige Umleitungsstrecken für den Individualverkehr, bauliche Vorarbeiten für den eigentlichen U-Bahn-Bau sowie wichtige Verkehrsleiteneinrichtungen errichtet werden mußten. Auch wurden nach bereits abgeschlossenen Arbeiten für die U-Bahn großflächige Wiederinstandsetzungs- beziehungsweise Wiederherstellungsarbeiten begonnen.

Verkehrstadtrat Johann HATZL bezifferte die gesamten Aufwendungen für diese Maßnahmen im Jahr 1987 bei Bundesstraßen und Gemeindestraßen mit annähernd 1,1 Milliarden Schilling. (Schluß) pz/bs

Mietergärten: Ja, aber freiwillig

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Die städtische Wohnhäuserverwaltung steht Mietergärten grundsätzlich positiv gegenüber. Die Stadt wird entsprechende Planungs-, Parzellierungs- oder Anschließungsarbeiten aber nur dort in Angriff nehmen, wo sich die Mieter mehrheitlich dafür entscheiden. Zwangsbeglückungen werde es nicht geben, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zu einem entsprechenden Vorschlag von FPÖ-Gemeinderat Walter PRINZ.

Edlinger stellte außerdem fest, daß Mieter von städtischen Wohnhausanlagen bereits jetzt ihre Grünanlagen selbst pflegen und betreuen können, wenn sie dies wünschen. Überdies werde die Kleingartenaktion 2000 ihr ursprünglich gesetztes Ziel übertreffen und bis 1990 etwa 3000 neue Kleingärten in Wien geschaffen haben. (Schluß) ah/gg

Hatzl: Strenge Auflagen für MVA Spittelau

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL merkte Mittwoch zum gewerbebehördlichen Verfahren um den Wiederaufbau der Müllverbrennungsanlage Spittelau an, daß dieses Verfahren, wie sich jetzt erkennen läßt, Auflagen bringen wird, die weit über die bisher bestehenden hinausgingen. So hat die MA 22 (Umweltschutz) wesentlich strengere Emissionsgrenzwerte als die derzeit in der 2. Durchführungsverordnung zum Dampfkesselsemissionsgesetz vorgeschriebenen festgelegt. Auch die Feuerwehr hat stark erweiterte Auflagen erstellt, die das Öllager, den Müllbunker, den Ammoniakbehälter und die Denoxanlage betreffen.

Im Gutachten der MA 15, Gesundheitsamt, heißt es, daß die Immissionskonzentrationen nach dem Einbau der Rauchgasreinigungsanlage so weit unter den Grenzkonzentrationen liegen, daß eine Gesundheitsgefährdung oder unzumutbare Belästigungen nicht gegeben sind. Bei bestimmten meteorologischen Situationen (tiefe Temperaturen, Inversionswetterlage) müssen Auflagen der MA 15 eingeholt werden.

„Wenn nach einem so eingehenden und strengen Verfahren der Müllverbrennungsanlage Spittelau die gewerbebehördliche Genehmigung erteilt werden sollte, kann man mit ruhigem Gewissen davon ausgehen, daß sie tatsächlich keinerlei Gefährdung für unsere Umwelt darstellt“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/bs

Wiener ÖVP fordert mehr Rechte für die Opposition

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Mehr parlamentarische Rechte für die Opposition forderte Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN (ÖVP) am Mittwoch in einem Pressegespräch. Das Übergewicht der Regierungsmehrheit gegenüber der Opposition hinsichtlich Information, Personal, Ressourcen, Expertisen und Publizität sei so groß wie nie zuvor, bedauerte der ÖVP-Politiker. Die Opposition sei in den allerseltensten Fällen in der Lage, wirklich zu kontrollieren. Sie kann gerade noch punktuell Übelstände feststellen, wenn sie offenkundig geworden seien.

Im einzelnen trat Prof. Welan für folgende Verbesserungen der Kontroll- und Oppositionsrechte ein:

- Möglichkeit der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen auf Antrag einer qualifizierten Minderheit;
- Durchsetzung von Kontrollamtsprüfungen auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Kontrollausschusses;
- Einführung einer „aktuellen Stunde“ im Gemeinderat und Landtag;
- Mitgliedern der Vertretungskörper solle ein allgemeines und umfassendes Akteneinsichts- sowie Auskunftsrecht sowie ein Besuchsrecht in Bezug auf alle städtischen Einrichtungen eingeräumt werden.

Abschließend meinte Prof. Welan, daß durch eine Stärkung der Kontrollrechte die Sitzungen von Gemeinderat und Landtag aufgewertet würden. (Schluß) fk/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 31. März 1988

Blatt 591

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Im Pflegeheim Lainz wird die Küche renoviert (592)
- Das Sommersemester der Verwaltungsakademie beginnt (593)
- Computer gestaltet U-Bahn-Wände (594)
- 100. Geburtstag im Pflegeheim Baumgarten (595)
- Zilk: Schulfreier Nachmittag zum Papstbesuch (596)
- Im Werde 19 steht, wie vereinbart, den Behinderten zur Verfügung (597)
- Ölalarm auf der Donau (nur FS)

Im Pflegeheim Lainz wird die Küche renoviert

12 Millionen Schilling für den Umbau

Wien, 31.3. (RK-LOKAL) Die Hauptküche im Pflegeheim Lainz, die täglich Mahlzeiten für 3.300 Patienten und bis zu 250 Mitarbeiter produziert, wird nun mit einem Kostenaufwand von 12 Millionen Schilling renoviert. Die wichtigsten Baumaßnahmen: Der Küchenboden erhält einen Fliesenbelag, und es wird eine Be- und Entlüftungsanlage installiert. Die Bauarbeiten beginnen nach Ostern und werden etwa sieben Monate dauern.

Während des Umbaus werden die kleinen Mahlzeiten, die kalten Abendessen und die Getränke weiterhin von der Anstaltsküche zubereitet. Die warmen Hauptmahlzeiten werden angeliefert, die Mehlspeisen von verschiedenen Firmen bezogen. (Schluß) sc/rr

Das Sommersemester der Verwaltungsakademie beginnt

Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) Im Sommersemester 1988 finden in der Verwaltungsakademie der Stadt Wien wieder zahlreiche weiterbildende Veranstaltungen statt. Auskünfte über die einzelnen Veranstaltungen sowie eine Beratung der Mitarbeiter/-innen in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung erteilt die MD-Verwaltungsakademie unter der Telefonnummer 48 15 51/Klappe 405 DW.

Der Rahmen der Veranstaltungen reicht über den Zyklus „Grundsätze der Kommunalpolitik“ und den Zyklus „Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Verwaltungsführung“ bis zum Thema „Bürotechnik“, „Wirtschaft“, „Stadtplanung“, „Verkehr“ bis zum „Bauwesen“ und „Gesundheit und Soziales“. Darüber hinaus gibt es Vorträge, Kurse, Seminare und Exkursionen. (Schluß) fk/bs

Computer gestaltet U-Bahn-Wände

Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) Ein Computerprogramm hat die Wandgestaltung des U 6-Abganges „Schedifkaplatz“ entworfen. Der Computer des beauftragten Bildhauers hat dabei eine Struktur erstellt, bei der jeder einzelnen Fliese ihr Platz zugewiesen wird. Eine der beiden Wände ist bereits fertiggestellt.

Die Station „Philadelphiabrücke“ bis zu der die U 6 im Herbst 1989 ihren Betrieb aufnehmen wird, ist bereits im Rohbau fertiggestellt. Beim Abgang Schedifkaplatz waren zwischen der Oberfläche und dem Passagengeschoß zwei Längswände mit einer Fläche von je 90 Quadratmetern zu gestalten. Aufgrund des Ergebnisses eines Wettbewerbes ging der Auftrag an den Akademischen Bildhauer Mag. Kurt INGERL. Vorgegeben waren Fliesen in einer Größe von 30 mal 30 Zentimetern mit glatten, gestreiften oder gerasterten Strukturen, die zu 80 Prozent weiß sein sollten, der Rest grau und schwarz. Eine der beiden Wände ist bereits fertiggestellt, die andere in Arbeit. Im Rahmen der Rundfahrten „Modernes Wien“, die im Mai beginnen, werden beide Wände bereits besichtigt werden können. (Schluß) roh/gg

100. Geburtstag im Pflegeheim Baumgarten

Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) Ihren 100. Geburtstag feierte heute, Donnerstag, Frau Katharina WINTER im Pflegeheim Baumgarten. Frau Winter wurde in Gerasdorf, in Niederösterreich geboren und übersiedelte 1912 anlässlich ihrer Verehelichung nach Wien. Seit dem Jahr 1966 verwitwet, lebt die Patientin seit dem Jahr 1986 im Pflegeheim Baumgarten, wo sie täglich von ihrer Tochter besucht wird.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Bezirksvorsteher Otto BAUER statteten der Jubilarin Donnerstag einen Besuch ab und überreichten ihr ein Ehrengeschenk der Stadt Wien sowie Blumen. (Schluß) zi/gg

Zilk: Schulfreier Nachmittag zum Papstbesuch

Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) Auf Vorschlag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK soll anlässlich des Papstbesuches am 23. Juni am Nachmittag ab 14 Uhr an den Wiener Schulen der Unterricht entfallen, um den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an den Feierlichkeiten zu ermöglichen. Außerdem wurde mit ORF-Intendant Ernst Wolfram MARBOE vereinbart, den Wortgottesdienst mit einer Ansprache des Papstes im Stephansdom (ca. 17.30 Uhr) auch auf den Stephansplatz und den Stock-im-Eisen-Platz zu übertragen. (Schluß) chr/rr

Im Werd 19 steht, wie vereinbart, den Behinderten zur Verfügung

Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) Zur angekündigten „Besetzung“ der von der Stadt Wien über den Winter eingerichteten Notschlafstelle im ehemaligen Kinderheim Im Werd, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, der vereinbarte Termin für die Übernahme des Hauses Im Werd 19 durch die Behindertenorganisation „Jugend am Werk“, bleibe aufrecht.

Diese Vereinbarung sei mit „Jugend am Werk“ getroffen worden, um Nichtseßhaften im Falle eines Kälteeinbruchs bis 31. März die Möglichkeit von Notschlafstellen anbieten zu können. Man habe aber nie verschwiegen, daß Im Werd 19 als Notschlafstelle ab 31. März geschlossen werde. Für die Betroffenen seien im Zuge langer Gespräche ausreichende Möglichkeiten zur Unterbringung in anderen Einrichtungen der Stadt Wien bzw. privater Organisationen angeboten worden. Darüber hinaus habe man das Versprechen eine Wohngemeinschaft für Obdachlose einzurichten insofern gehalten, als diese in kurzer Zeit zur Verfügung stehen werde. Man bemühe sich zusätzlich um Wohnungen für diese Gruppe von Menschen. Ebenfalls geplant sei die Verlängerung der Öffnungszeiten im Tageszentrum für Nichtseßhafte im 2. Bezirk, Pazmanitengasse.

Abschließend sagte Smejkal, es gehe nicht darum, „Obdachlose aus einer für sie bestimmten Einrichtung zu entfernen“, sondern diese Einrichtung ihrer ursprünglichen Bestimmung zuzuführen, die auf einer feststehenden Vereinbarung beruhe. Darüber hinaus seien alle mit der Nichtseßhaften-Problematik befaßten Organisationen, wie die Stadt Wien, die Caritas, die Heilsarmee usw., sich einig, daß das Zurverfügungstellen eines Hauses für Obdachlose, zur „Ghettobildung“ führen könne, nicht aber zur Lösung der Probleme dieser Menschen. (Forts. mgl.) jel/gg



60984 81800

